

FALTER

Ökonomie

Eine kritische Handreichung

Nr. 34a/14

Erscheinungsort: Wien P.b.b. 02Z033405 W
Verlagspostamt: 1010 Wien laufende Nummer 2463/2014



Illustration: P. M. Hoffmann

DIE KRI- SE VON HEUTE ERSTEHEN

Interview Thomas Piketty · Marx, Keynes, Hayek & Co. –
bedeutende Wirtschaftsdenker im Porträt · Eine Umweltökonomin,
ein Keynesianer und ein Liberaler streiten über die Krise ·
Überblick: Wer uns die Wirtschaft erklärt · Rezensionen: John
Lanchester über Flash Boys · Die wichtigsten Wirtschaftsbücher

AK BIBLIOTHEK WIEN FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN

→ 500.000 Bücher → 12.000 eBooks → 850 Zeitungen und Zeitschriften → Entlehnung bis zu drei Monaten → Online-Katalog → Leseräume mit Terrasse → Kostenloser Internetzugang
wien.arbeiterkammer.at/bibliothek

 Finde uns auf Facebook/AK Bibliothek



Prinz Eugen-Straße 20-22, 1040 Wien
Öffnungszeiten: Mo bis Fr von 10 – 19.30 Uhr
(Aushebezeiten von 12 – 18 Uhr)
Servicetelefon: (01) 501 65 -2352, E-Mail: bibliothek@akwien.at



WISSEN IST MACHT

Editorial

Dieses Heft versucht Ihnen einen umfassenden Einblick in die ökonomischen Probleme der Gegenwart zu geben. Und zwar abseits der Sprechblasen des Wirtschaftsjournalismus, jenseits von PR-Phrasen und abseits der Schaumgummi-sprache der Politik. Wir stecken mitten in der Krise, auch wenn uns da und dort mitgeteilt wird, wir seien dabei, sie zu überwinden.

Die Probleme des alles dominierenden Finanzkapitalismus wurden nach dem Crash von 2008 nicht einmal angetippt. Das wirtschaftliche Paradigma ist nach wie vor jenes des Neoliberalismus. Wirtschaftspolitik scheint so etwas wie Voodoo zu sein, ein mystisches Ritual, das Investmentbanker und Spitzenpo-

litiker hinter verschlossenen Türen feiern. Wir dachten, es wäre in dieser Lage eine gute Idee, Ihnen verschiedene ökonomische Denker vorzustellen, die unsere Gegenwart noch immer bestimmen.

Wir haben nicht bei Adam Smith angefangen, aber immerhin bei **Karl Marx**. Wir, das sind Experten der Arbeiterkammer Wien, vor allem **Markus Marterbauer** und **Georg Feigl**, und Redakteure des *Falter*. Wir haben gemeinsam diese Ausgabe geplant und geschrieben; redigiert wurde sie von **Joseph Gepp** und von mir.

Die Vierteilung des Themas erleichtert hoffentlich den Zugang; neben Porträts ökonomischer Meisterhirne (Teil eins) haben wir als zweiten Teil ein Streitgespräch gestellt, in dem, repräsentiert durch die

Diskutierenden **Sigrid Stagl**, **Christian Keuschnigg** und **Stephan Schulmeister**, drei verschiedene Perspektiven aufeinanderprallen. Der dritte Teil stellt jene Leute vor, die uns in Österreich Wirtschaft erklären, und problematisiert den mit solchen Erklärungen meist verbundenen Kampf um die Hegemonie.

Im vierten Teil bringen wir neben Rezensionen wichtiger Bücher auch ein Interview mit **Thomas Piketty**, dem Autor des Weltbestsellers „Das Kapital im 21. Jahrhundert“. Dazu kommt – darauf sind wir stolz – eine ausführliche Buchrezension eines der weltbesten Wirtschaftsautoren, des Briten **John Lanchester**. Wir wünschen aufschlussreiche Lektüre.

ARMIN THURNHER

Inhalt

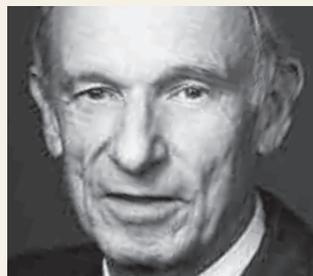
1. Die Denker	5	3. Die Erklärer	35
Karl Marx – Das Kapital verstehen Die Widersprüche des Kapitalismus	6	Wie eine Sekte Weltmacht wurde Armin Thurnher über Neoliberalismus ..	36
John Maynard Keynes – Die Krise verstehen Kampf um Stabilität	8	Wer erklärt uns die Wirtschaft Österreichs Institute im Überblick	38
Friedrich August Hayek – Den Markt verstehen Ideologie als Waffe	10	Die Personen: Wer in Österreich die Wirtschaft erforscht	40
Tim Jackson – Die Ökologie verstehen An den Grenzen des Wachstums	12	<i>Diese Uni-Professoren und Bankanalysten sollte man kennen</i>	43
Joseph Schumpeter Über Kreisläufe schöpferischer Zerstörung	14	Gespräch: „Wirtschaftsjournalismus für Dummies“	44
Elinor Ostrom Wie Gemeinschaften lernen können zu teilen	14	<i>Kleines ABC des Anlegerjournalismus</i>	44
Käthe Leichter Eine Pionierin der feministischen Ökonomie	15	4. Die Bücher	45
Milton Friedman Ein Ökonom und Praktiker freier Märkte	16	Europa denkt nicht an seine Zukunft Thomas Piketty im Gespräch	46
Joan Robinson Die Nachfolgerin Keynes'	16	<i>Robert Misik über das Ereignis Piketty</i>	50
Ludwig von Mises Der Staat ist an allem schuld	16	John Lanchester über Michael Lewis' „Flash Boys“	52
Amartya Sen Über den Versuch, den Wohlstand zu messen	17	Markus Marterbauer Zahlen bitte	54
Maria Szécsi-März Wie die Arbeiter vom Wachstum profitieren können	17	Paul Krugman Vergesst die Krise!	55
Karl Polanyi Utopischer Marktglaube und seine Auswirkung auf die Wirklichkeit ..	18	Robert und Edward Skidelsky Wie viel ist genug?	55
Hyman Minsky Über den Ablauf von Wirtschaftskrisen	18	Richard Wilkinson/Kate Pickett Gleichheit ist Glück	56
Kurt Rothschild/Josef Steindl Zwei große österreichische Ökonomen	19	J. Jäger/E. Springler Ökonomie der internationalen Entwicklung	57
<i>Wien & Wirtschaft</i> Ein wirtschaftshistorischer Spaziergang in sechs Stationen	20	Chrystia Freeland Die Superreichen	57
2. Die Krise	21	Thomas Fricke Wie viel Bank braucht der Mensch?	58
Die Spielanordnung zerstört sich selbst. Und wir sind mittendrin		Ulrike Herrmann Der Sieg des Kapitals	59
Was ist schuld an der Krise? Ein Streitgespräch dreier Ökonomen	22	Robert Misik/Michel Reimon Supermarkt Europa	60
<i>Gegensatzpaare der Krise I: Hyperinflation oder Deflationsgefahr?</i>	25	Giacomo Corneo Bessere Welt	61
<i>Gegensatzpaare der Krise II: Sparender Staat oder investierender Staat?</i> ..	27	Joseph Stiglitz Der Preis der Ungleichheit	61
<i>Gegensatzpaare der Krise III: Demokratie oder Troika?</i>	29	Wolfgang Streeck Gekaufte Zeit	62
<i>Von Bear Stearns bis zu Mario Draghi: Kurze Geschichte der Krise</i>	33	Gespräch: „Leser stellen die Systemfrage“	63
<i>Glossar</i> Was man zum Streitgespräch der Ökonomen wissen sollte	34	<i>Schätze aus Papier: Sammlerstücke für Ökonomie-Freaks</i>	63

Impressum

Falter 34a/14 Herausgeber: Armin Thurnher **Medieninhaber:** Falter Zeitschriften Gesellschaft m.b.H., Marc-Aurel-Straße 9, 1010 Wien, T: 01/536 60-0, F: 01/536 60-912, E: wienzeit@falter.at, www.falter.at **Redaktion:** Joseph Gepp, Armin Thurnher **Herstellung:** Falter Verlagsgesellschaft m.b.H.; Layout: Daniel Car, Marion Großschädl, Raphael Moser; Lektorat: Helmut Gutbrunner, Wieland Neuhauser, Patrick Sabbagh, Andrea Schmidtberger; Geschäftsführung: Siegmund Schlager **Druck:** Leykam Druck GmbH **DVR:** 047 69 86. Diese Beilage erscheint in Kooperation mit der AK Wien. Alle Rechte, auch die der Übernahme von Beiträgen nach § 44 Abs. 1 und 2 Urheberrechtsgesetz, vorbehalten. Die Offenlegung gemäß § 25 Mediengesetz ist unter www.falter.at/offenlegung/falter ständig abrufbar.



Kurt Bayer
Wirtschaftspublizist



Günther Chaloupek
Ex-AK-Wien-Leiter Wirtschaft



Georg Feigl
AK-Wien-Budgetexperte



Sándor Fülöp
Journalist



Joseph Gepp
Falter-Politik-Redakteur



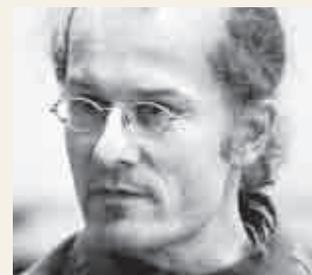
Alois Guger
Wifo-Ökonom

**Diese
Beilage
schrieben**

Autorinnen und Autoren
aus Wirtschaftswissenschaft,
Forschung, Politik
und Journalismus.
Auf dieser Seite stellen wir sie vor



Johannes Jäger
VWL-Professor an der FH des bfi



Sebastian Kiefer
Falter-Autor



Käthe Knittler
Ökonomin und Autorin



Heinz D. Kurz
VWL-Professor Uni Graz



John Lanchester
Schriftsteller, Journalist



Markus Marterbauer
AK-Wien-Leiter Volkswirtschaft



Manuel Melzer
Ökonom, Entwicklungsforscher



Robert Misik
Publizist und Autor



Matthias Schnetzer
AK-Wien-Verteilungsexperte



Stephan Schulmeister
Wifo-Ökonom



Valentin Schwarz
Attac-Aktivist



Peter Sim
Journalist



Michael Soder
WU-Ökonom



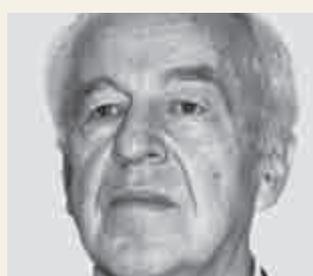
Elisabeth Springler
FH-Studiengangsleiterin



Claus Thomasberger
VWL-Professor HTW Berlin



Armin Thurnher
Falter-Herausgeber



Ewald Walterskirchen
Wifo-Ökonom



Thomas Zotter
AK-Wien-Finanzmarktexperte



Josef Zuckerstätter
AK-Wien-Einkommensexperte



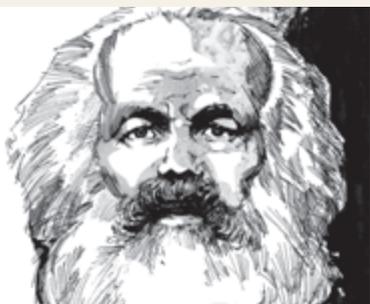
Klara Zwickl
WU-Ökonomin

1. Die Denker

Von Marx bis Mises, von links bis rechts – Theorien, die unsere Debatten über Ökonomie bestimmen

„In der Sichtweise der Neoklassik bekam jeder, was er verdiente. An die Stelle gesellschaftlicher Klassen traten abstrakte Produktionsfaktoren“

JOHANNES JÄGER ÜBER KARL MARX



Er war kein Marxist: der politische Ökonom Karl Marx

SEITE 6



John Maynard Keynes war Ökonom, aber auch Investor und Mäzen

SEITE 8



Friedrich August von Hayek, Galionsfigur der Neoliberalen

SEITE 10



Ökonom Tim Jackson hat auch die Ökologie im Blick

SEITE 12

Karl Marx

Das Kapital verstehen

Mit der Krise ist Marx auch für die breitere Öffentlichkeit wieder aus der Versenkung erschienen. In einem Überblick zu den einflussreichsten Ökonomen im wirtschaftsliberalen deutschen *Handelsblatt* nahm er kürzlich gar die erste Stelle ein. Wie er allerdings zu beurteilen ist, darüber wird bis heute gestritten. Verständlicherweise – umfassen seine gesammelten Werke doch 40 Bände, was die Einschätzung nicht unbedingt erleichtert. Neben analytischen Arbeiten finden sich im Werk Marx' auch politische Schriften wie das bekannte kommunistische Manifest. Die einen sehen in ihm einen Philosophen, der bestenfalls ein schrulliges Verständnis von Wirtschaft hatte und für die Schrecken des Realsozialismus ein Stück weit mitverantwortlich ist. Die anderen sehen in Marx einen herausragenden politischen Ökonomen, der die Bewegungskonzepte der kapitalistischen Wirtschaftsweise und die Interessengegensätze in diesem Wirtschaftssystem besser herausgearbeitet hat als alle anderen.

Karl Marx studierte Philosophie, unter anderem bei Hegel. Bürgerliche Revolutionen gegen die alte feudale Ordnung und die Herausbildung eines neuen Gesellschafts- und Wirtschaftssystems bildeten den zentralen Bezugspunkt seiner Forschungen. Dabei verband Marx stets abstrakte Überlegungen mit ganz konkreten historischen, politischen und wirtschaftlichen Analysen. Sein Brotberuf als kritischer Journalist und Verleger kam ihm da entgegen.

Theoretisch arbeitete er sich an den ökonomischen Klassikern der politischen Ökonomie ab, an Adam Smith und vor allem an David Ricardo. Der Untertitel zu seinem Hauptwerk „Das Kapital“ lautet entsprechend „Zur Kritik der politischen Ökonomie“. Auch wenn sein Ausgangspunkt ein anderer war, nämlich die Umkehrung von Hegels idealistischer Geschichtsphilosophie und damit eine dialektisch-materialistische Zugangsweise, so hatte er doch viel mit Smith und Ricardo gemein. Wie diese beiden Klassiker begriff auch er Wirtschaft, Gesellschaft und Politik als untrennbare Einheit. Ihnen allen ging es darum zu verstehen, was die Funktionslogiken und Entwicklungsdynamiken des neu aufkommenden Kapitalismus waren, welche Rolle dabei Arbeit als die Quelle des Reichtums spielte und was unterschiedliche gesellschaftliche Klassen und ihre politischen Strategien dazu beitrugen.

Dabei schrieb Marx emanzipatorischen Akteuren in konkreten historischen Kontexten eine wichtige Rolle zu. Wie er es ausdrückte, machen die Menschen „ihre eigene Geschichte, aber sie machen sie nicht aus freien Stücken, nicht unter selbstgewählten, sondern unter unmittelbar vorgefundenen, gegebenen und überlieferten Umständen“.

Er zeigte die Widersprüche des Kapitalismus auf. In der Krise wird Marx wieder modern

PORTRÄT:
JOHANNES JÄGER

„Marx' Verdienst ist es, die inhärente Krisenhaftigkeit des Kapitalismus herausgearbeitet zu haben“

Zur Person

Karl Marx (1818–1883) wurde im deutschen Trier geboren. Er studierte Philosophie in Jena und wurde oppositioneller Journalist. Später befasste er sich mit politischer Ökonomie. Nach der Revolution 1848 ließ er sich im Exil in London nieder. Im selben Jahr publizierte er mit Friedrich Engels sein „Manifest der Kommunistischen Partei“. Im Jahr 1867 erschien der erste Band des Hauptwerks „Das Kapital“

Bei Smith und Ricardo ging es dabei insbesondere um die aufstrebende neue bürgerliche Klasse, die Bourgeoise, und ihr Verhältnis zur alten feudalen Klasse – also den Grundbesitzern. Smith und Ricardo kritisierten die alte Ordnung und wollten zeigen, wie und warum kapitalistischer Fortschritt auch für die feudale Klasse vorteilhaft sei. Sie schufen damit einen Diskurs, der dem aufstrebenden Bürgertum höchst willkommen war.

Marx hingegen, deutlich jünger als Smith und Ricardo, nahm etwas anderes in den Blick: das Verhältnis zwischen Kapitalisten und Arbeiterklasse. Dies erfolgte aufgrund veränderter historischer Umstände. Die Arbeiterklasse und die „soziale Frage“ wurden zunehmend zu einem politischen Faktor.

Smith und Ricardo waren noch davon ausgegangen, dass Löhne mit dem Fortschreiten des Kapitalismus nicht wirklich stiegen, sondern auf einem Subsistenzniveau stagnierten, also gerade zur Befriedigung der Grundbedürfnisse reichten. Der Überfluss an Arbeitern, die auf wenige Jobs drängten, führte aufgrund der Konkurrenz zwischen diesen zu eben solchen niedrigen Löhnen. Dieses Erklärungsmodell entsprach der historischen Realität; auch Marx hat in seiner Analyse diese Sichtweise übernommen. Steigende Profite und Grundrenten, geschaffen durch Arbeitskräfte für niedrige Löhne, das sei Ausbeutung. Arbeiter schufen zwar Werte, erhielten aber einen zu geringen Teil dafür.

Die politische Ökonomie stellte sich im Lichte dieser Interpretation als wenig geeignet heraus, kapitalistische Produktionsverhältnisse zu rechtfertigen. Entsprechend wurde die gegen Ende des 19. Jahrhunderts entwickelte und heute noch dominante Sichtweise auf Ökonomie, die Neoklassik, von der herrschenden Bourgeoise freudig aufgenommen. In dieser Sichtweise bekam jeder, was er verdiente. Gesellschaftliche Klassen waren verschwunden. An ihre Stelle waren abstrakte Produktionsfaktoren getreten. Die aus Sicht der neuen dominanten herrschenden Klasse unbrauchbar gewordene politische Ökonomie hatte ausgedient.

Für die Arbeiter – egal ob reformistisch oder radikal orientiert – blieb die politische Ökonomie jedoch ein wichtiger Bezugspunkt, um das kapitalistische Wirtschaftssystem zu kritisieren und die eigenen Interessen zu artikulieren – entgegen neoklassischer Argumente. Die Ideen wurden später zum Teil indirekt sowohl im Realsozialismus aber auch in der Sozialpartnerschaft und der sozialen Marktwirtschaft wirkungsmächtig.

Viel hat sich seither verändert. Insbesondere in Westeuropa haben sich mit der Durchsetzung kollektivvertraglicher Lohnabschlüsse und des Sozialstaates die Le-

bensverhältnisse für viele zumindest bis in die 1980er-Jahre erheblich gebessert. Die kapitalistischen Grundstrukturen sind jedoch gleich geblieben. In den letzten Jahrzehnten haben im Zuge des Neoliberalismus tendenziell Kapitalinteressen wieder die Oberhand gewonnen. Mit dem Diskurs um die 99 Prozent ist aber das Klassenbewusstsein bei denen, die nicht zum reichen einen Prozent gehören, wieder stärker geworden.

Aufbauend auf die Tradition von Marx werden auch heute im Rahmen moderner kritischer politischer Ökonomie aktuelle Entwicklungen untersucht. Wenn etwa Arbeitnehmer in Österreich im Schnitt heute deutlich mehr leisten als vor 15 Jahren, viele aber trotzdem real nicht mehr verdienen, stellt sich die Frage, warum dies so ist und wie es geändert werden könnte. Dasselbe gilt für das zunehmende Auseinanderklaffen der Schere zwischen Arm und Reich. Marx würde das als Ausdruck eines Klassenkampfes „von oben“ interpretieren.

Marx' Verdienst ist es, die inhärente Krisenhaftigkeit des Kapitalismus herausgearbeitet zu haben. Er zeigte, warum die Widersprüche zwischen Kapital und Arbeit im Kapitalismus immer wieder zu Krisen führen. Dass das Kapital versucht, die Löhne zu drücken, um zumindest kurzfristig eigene Profite zu erhöhen, führt dazu, dass mittelfristig die Kaufkraft fehlt, um die von Unternehmen erzeugten Produkte auch kaufen zu können. Entsprechend können Kapitalisten ihren Profit nicht mehr realisieren. Spekulative Kredite und Finanzspekulation mögen dieses Realisierungsproblem zwar hinausschieben, können es aber nicht lösen.

Eine wirkliche Lösung der Krise in Europa wäre aus Marx' Sicht nur möglich, wenn Löhne stärker stiegen und Vermögenseinkommen entsprechend zurückgingen und auch ausreichend besteuert würden. Dies bedürfte jedoch der politischen Macht der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungsorganisationen, um diese Änderung auch durchzusetzen. Marx ging es allerdings weniger um einen funktionstüchtigeren und menschlicheren Kapitalismus. Er war sehr skeptisch, was die Reformierbarkeit des Kapitalismus betraf. Angesichts der ökologischen Problematik und der sozialen Misere in weiten Teilen der Welt wird diese Skepsis heute von vielen geteilt.

Vielmehr sei, so Marx, ein neues demokratisches und soziales Wirtschaftssystem erstrebenswert. Wie ein solches konkret aussehen könnte, hat er jedoch nicht herausgearbeitet. Wie in seiner Tradition stehende, mehr oder weniger konkrete Utopien entwickelt werden könnten, beschäftigt auch heute noch Menschen in aller Welt. Es käme aber, wie Marx festhält, nicht nur darauf an, die Welt unterschiedlich zu interpretieren. „Es kommt darauf an, sie zu verändern.“

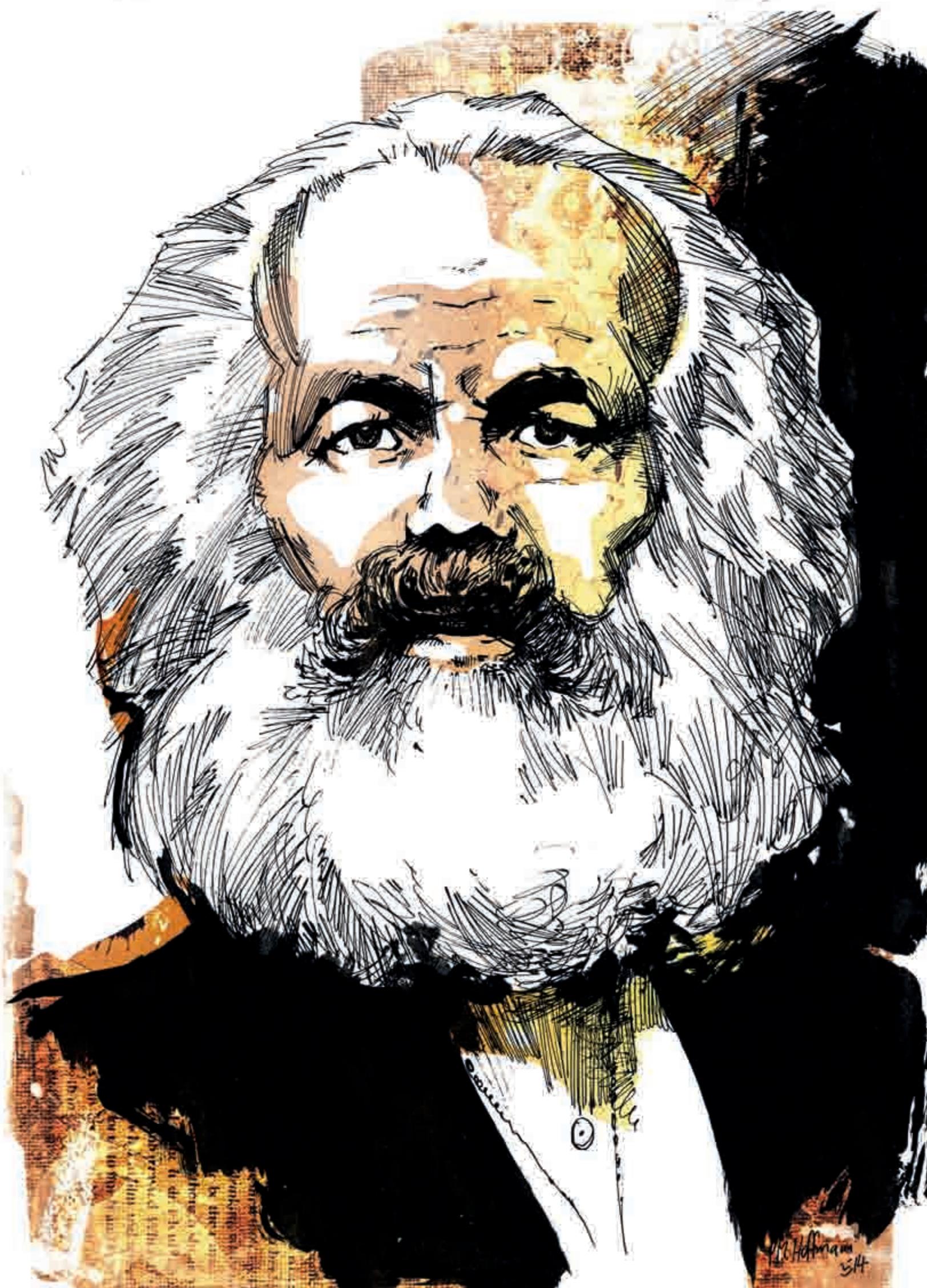


ILLUSTRATION: P.M. HOFFMANN

John Maynard Keynes

Die Krise verstehen

Der Aufstieg der ökonomischen Lehre von John Maynard Keynes war eng mit der Massenarbeitslosigkeit der 1930er-Jahre verknüpft. Diese war die Folge des Platzens der Spekulationsblase im Banken- und Finanzsystem und einer Wirtschaftspolitik, die auf die Senkung von Löhnen und Staatsausgaben setzte und so die wirtschaftliche Abwärtsspirale dramatisch beschleunigte – eine Entwicklung, die man heute mit dem Begriff „Weltwirtschaftskrise“ zusammenfasst.

Als Keynes im britischen Cambridge zunächst Mathematik und Philosophie, später auch Ökonomie studierte, dominierte – wie auch heute – die neoklassische Theorie die Universitäten und die Wirtschaftspolitik. Diese Lehre sieht die Höhe der Produktion von Gütern und Dienstleistungen als abhängig von der Verfügbarkeit der Produktionsfaktoren Kapital und Arbeit (das sogenannte Say'sche Gesetz). Die Inflation wird von der Höhe der Geldmenge bestimmt (die sogenannte Quantitätstheorie) und Arbeitslosigkeit ist eine Folge zu hoher Reallöhne.

Keynes allerdings erkannte angesichts der Beobachtung der wirtschaftlichen Realität, dass diese Theorie zwar vielleicht im Spezialfall einer Wirtschaft mit Vollbeschäftigung brauchbar ist. Für die Lösung der drängenden Probleme einer stark unterausgelasteten Wirtschaft hingegen erwies sie sich als nicht relevant.

In seinem 1936 erschienenen Hauptwerk „The General Theory of Employment, Interest and Money“ betonte Keynes die Bedeutung der effektiven Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen für die Höhe von Produktion und Beschäftigung. Für die Gesamtnachfrage spielen die Konsumnachfrage und die Investitionsnachfrage eine wichtige Rolle. Erstere bestimmt durch das verfügbare Einkommen der Haushalte deren Konsumneigung, zweite die Absatzerwartungen der Unternehmen.

Entscheidend für die Konjunktur sind in einer Welt der Unsicherheit die Erwartungen, und zwar nicht nur jene der Unternehmen und der Konsumenten, sondern auch jene der Anleger auf den Finanzmärkten. Sie bilden Erwartungen über die Erwartungen anderer Spekulierender – und dies führt zu dem für Finanzmärkte charakteristischen Herdentrieb.

Keynes warnte schon in den 1930er-Jahren eindringlich vor einem zu großen Finanzsystem, das die Realwirtschaft zu einem Spielball der Spekulation verkümmern lässt. Er legte dar, wie leicht eine Marktwirtschaft in eine Unterbeschäftigungssituation gerät, aus der die Marktkräfte nicht von selbst wieder herausfinden. Hier hilft nur ein entschiedener Impuls der Budget- und Geldpolitik.

Er erkannte, wie sich die Krisen des Kapitalismus verhindern lassen – indem der Staat gegensteuert

PORTRÄT:
MARKUS
MARTERBAUER

Ein Porträt des Autors Markus Marterbauer finden Sie auf Seite 42

Zur Person

John Maynard Keynes (1883–1946) entstammte einer Wissenschaftlerfamilie aus Cambridge. Er studierte an mehreren britischen Eliteuniversitäten und war unter anderem an den Versailler Friedensverhandlungen 1919 und den Bretton-Woods-Verhandlungen 1946 beteiligt. Keynes' Hauptwerk, die „Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes“, erschien 1936 und prägte später die Nachkriegszeit

John Maynard Keynes war aber nicht nur Theoretiker, sondern trat auch beherzt für seine wirtschaftspolitischen Überzeugungen ein. Als Anhänger der Liberalen Partei hielt er Staatseingriffe zur Sicherung der Stabilität der Marktwirtschaft für notwendig. Er trat deshalb in zahllosen Zeitungsartikeln, Radioansprachen und Briefen an wirtschaftspolitische Entscheidungsträger wie den US-Präsidenten Franklin D. Roosevelt heran. Vehement forderte Keynes einen Kurswechsel zugunsten einer aktiven Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Seine Vorschläge umfassten eine Ausweitung der öffentlichen Investitionen, öffentliche Beschäftigungsprogramme, die Stimulierung der Konsumnachfrage und eine Koordination der internationalen Währungs- und Wirtschaftspolitik.

Seine Herzkrankheit hielt Keynes nicht davon ab, sich mit den mit Ausbruch des Zweiten Weltkrieges entstehenden, völlig neuen ökonomischen Problemen auseinanderzusetzen. So entwarf er die wissenschaftlichen Grundlagen der britischen Position für

„Vehement forderte Keynes einen Kurswechsel hin zu weniger Arbeitslosigkeit und mehr Investitionen“

die Nachkriegsordnung und war führend an den Verhandlungen von Bretton Woods für eine Weltwährungsordnung beteiligt.

Keynes wird oft als Theoretiker der kurzen Frist verkannt. Er verfasste jedoch nicht nur Überlegungen zur Stimulierung der Konjunktur in der Rezession, sondern auch bedeutende Analysen über die langfristige wirtschaftliche Entwicklung. So sah er nach einer Periode der raschen Expansion der europäischen Wirtschaft in den Nachkriegsjahrzehnten das langfristige wirtschaftliche Problem in Stagnation und Arbeitslosigkeit, weil die Ersparnisse der privaten Haushalte in Relation zu den Investitionsmöglichkeiten der Unternehmen zu hoch sein würden.

Der Wirtschaftspolitik empfahl er, dieser Herausforderung unter anderem mit Umverteilung zugunsten der unteren, konsumfreudigen Einkommensgruppen zu begegnen. In dem wegweisenden, Anfang der 1930er-Jahre verfassten Artikel „The Economic Possibilities for Our Grandchildren“ legte Keynes dar, wie der technische Fortschritt in den nächsten hundert Jahren zu einer enormen Zunahme des Wohlstandes führen würde. Er sah dann die wirtschaftlichen Probleme der Menschheit gelöst, im Wege einer radikalen Verkürzung der Arbeitszeit sollte allen Menschen ein gutes

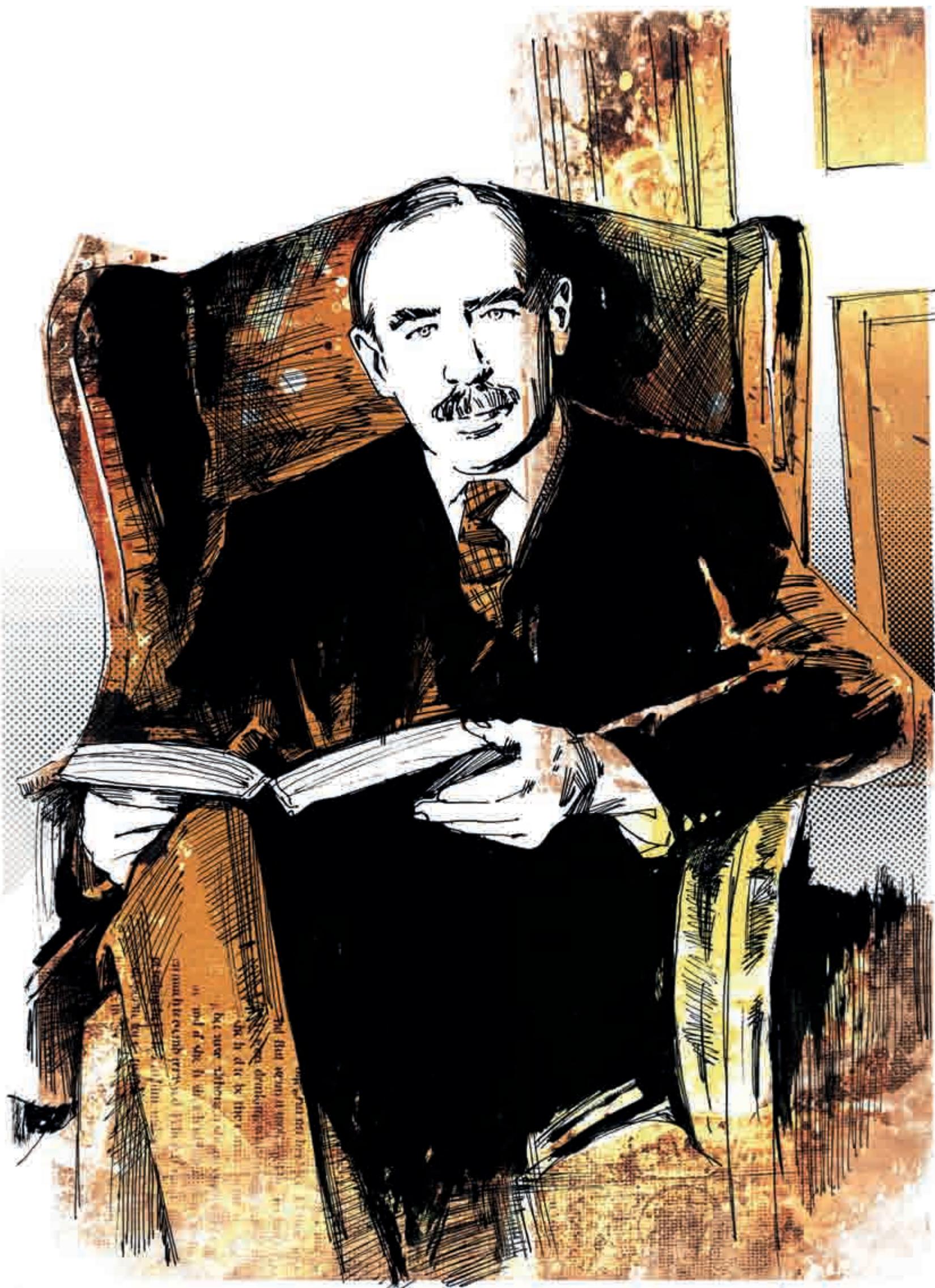
Leben ermöglicht werden. Seine vielfältigen Interessen machten Keynes nicht nur zum einflussreichsten Ökonomen des 20. Jahrhunderts, sondern auch zum erfolgreichen Investor, zum Berater der Liberalen Partei und zum Förderer der Künste. So gründete er ein eigenes Theater, war Kurator der National Gallery und Vorsitzender des britischen Arts Council.

Die Keynes'sche Theorie prägte die Wirtschaftspolitik in der langen Phase der Stabilität und des steigenden Wohlstandes in den Nachkriegsjahrzehnten. In den 1970er-Jahren gelang es der Wirtschaftspolitik in vielen Ländern jedoch nicht mehr, das Doppelproblem steigender Arbeitslosigkeit und steigender Inflation zu bewältigen. Aufgrund einer Verschiebung der Machtverhältnisse zugunsten der Kapitalbesitzenden setzte sich die neoliberale Gegenrevolution durch, die die Bekämpfung der Inflation zulasten von Vollbeschäftigung und sozialer Absicherung betrieb. Hingegen konnten in Österreich wichtige Elemente von Keynes' Überlegungen im Rahmen des Austrokeynesianismus sogar bis Mitte der 1990er-Jahre bewahrt werden, was nicht zuletzt in relativ niedrigen Arbeitslosenraten zum Ausdruck kam.

Zeitgleich mit Keynes arbeiteten zahlreiche Ökonomen an einer Überwindung der veralteten neoklassischen Theorie. In Polen war das Michal Kalecki, in Schweden Gunnar Myrdal. Gemeinsam mit Keynes waren in Cambridge etwa Richard Kahn, Piero Sraffa und Joan Robinson tätig. Die keynesianische Theorie prägte in verschiedenen Ausformungen die Wirtschaftswissenschaften in den Nachkriegsjahrzehnten. Seit den 1980er-Jahren erlangte allerdings wieder die neoklassische Theorie Dominanz an den Universitäten, auch in Österreich. Gleichzeitig entstanden verschiedene Strömungen des Postkeynesianismus, die auf der Keynes'schen Theorie basieren.

Die vielfältigen keynesianischen Strömungen haben in den letzten Jahrzehnten am ehesten in den USA überlebt. In Europa und vor allem in Deutschland dominierte wieder die alte neoklassische Theorie. Auch deshalb erweist sich die Wirtschaftspolitik in der gegenwärtigen Finanzkrise als so hilflos.

Zwischen der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre und der aktuellen Krise seit 2007 gibt es zahllose Parallelen. John Maynard Keynes würde wohl die Bekämpfung der Massenarbeitslosigkeit als wichtigste Aufgabe für die Wirtschaftspolitik erkennen – und dies auch lautstark proklamieren. Eine strenge Regulierung der Finanzmärkte und die Stärkung der Konsum- und Investitionsnachfrage etwa durch Umverteilung zugunsten der unteren Einkommensgruppen und der Realwirtschaft wären ihre wesentlichen Elemente. **F**



Friedrich August Hayek

Den Markt verstehen

Die Probleme der damals noch jungen Sowjetunion ließen Friedrich August von Hayek in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts sein Lebensthema finden: die Steuerbarkeit eines ökonomischen Systems. Eine zentrale Planbehörde könne ein grundlegendes Problem nicht einmal ansatzweise lösen: Was soll wie für wen produziert werden? Der Markt hingegen bringe durch die Bildung von Preisen laufend neue Signale über Angebot und Nachfrage in Umlauf. Er regle diese Frage also wie von selbst, quasi optimal. So argumentierte Hayeks wichtigster Förderer, Ludwig von Mises – und Hayek griff diese Gedanken auf.

In Wien arbeitet er an seiner Konjunkturtheorie: Übersteigerte Geldschöpfung der Notenbanken und ein (daher) zu niedriges Zinsniveau führen zu einem Investitionsboom. Ein nachfolgender Wirtschaftseinbruch ist unvermeidlich, er darf daher nicht bekämpft werden – das mache die Sache nur schlimmer, meint Hayek.

Mit dieser Theorie erregt er 1931 bei einem Gastvortrag an der London School of Economics großes Aufsehen. Dort entsteht ein Gegenpol zum Kreis um John Maynard Keynes an der Cambridge University. Keynes befürwortet massive Interventionen des Staates zur Bekämpfung der Weltwirtschaftskrise – und Hayek wird mit seiner Gegentheorie zum Shootingstar der wirtschaftswissenschaftlichen Szene. Er erhält einen Lehrstuhl und kämpft im Ökonomen-Krieg gegen Keynes' Thesen.

Aus dieser Auseinandersetzung allerdings geht Keynes – nach Publikation seiner „General Theory“ im Jahr 1936 – als überlegender Sieger hervor. Um Hayek wird es nun still. In dieser Zeit schreibt er sein einflussreichstes Buch, „Der Weg zur Knechtschaft“ (1944). Es ist eine Abrechnung mit jenen wohlmeinenden Ökonomen und Intellektuellen, welche die Grundübel in Wirtschaft und Gesellschaft auf „konstruktivistische“ Weise zu überwinden trachten, wie Hayek das nennt. Ihn stört es, wenn Wissenschaftler das Design einer sogenannten „good society“ umsetzen und die Welt besser machen wollen.

Vordergründig geht es Hayek um einen Fundamentalangriff gegen alle Formen totalitärer Herrschaft. Hintergründig greift Hayek auch die Planer des Wohlfahrtsstaats an, gewissermaßen eine sanfte Form der „Knechtschaft“. Einen wirtschaftspolitisch aktiven Staat lehnt Hayek trotzdem nicht gänzlich ab, weil er sich sonst zu weit abseits und rechts positioniert hätte. Er will möglichst viele Menschen erreichen und tritt zu einer langfristigen Offensive gegen Sozialismus, Gewerkschaften, Sozialstaat und den Keynesianismus an.

Er plant diese Offensive mit größter Gründlichkeit. Ihm ist klar, dass die Hoch-

Der wirkungsmächtige neoliberale Ökonom setzte seine ideologische Offensive gegen den Keynesianismus planvoll durch

PORTRÄT:
STEPHAN
SCHULMEISTER

Ein Porträt des Autors Stephan Schulmeister finden Sie auf Seite 41

„Ich persönlich ziehe einen liberalen Diktator einer demokratischen Regierung vor, der es an Liberalismus mangelt“

Zur Person

Friedrich August von Hayek (1899–1992), in Wien geboren, studiert Jus. Sein Mentor Ludwig Mises gründet 1927 das Österreichische Institut für Konjunkturforschung – das heutige Wifo –, Hayek wird dessen erster Direktor. 1931 Lehrstuhl an der London School of Economics, 1947 Gründung der Mont Pelerin Society, 1950 University of Chicago, 1964 Universität Freiburg, 1974 Nobelpreis (zusammen mit Gunnar Myrdahl)

blüte von Keynesianismus und Sozialstaatlichkeit noch bevorsteht. Vorbild für die Planung der Gegenoffensive ist ihm der Erfolg der sozialistischen Ideen seit dem 19. Jahrhundert. Eine neoliberale Langfriststrategie braucht daher mehrere Komponenten. Sie muss etwa über Ideale verfügen, welche die Gefühle der Menschen mehr mobilisieren können als trockene Forderungen wie jene nach einem freien Kapitalverkehr. Es braucht zudem einen theoretischen Rahmen und ein internationales Netzwerk, gewissermaßen eine „neoliberale Internationale“. Dazu braucht es Unterstützer – etwa Denkfabriken, welche Intellektuelle wie Journalisten und Lehrer mit Argumentationsmaterial versorgen. Und schließlich müssen der Wirtschaftspolitik alternative Konzepte zur Verfügung gestellt werden, die den alten keynesianischen Lösungen entgegenstehen.

Das wichtigste Ideal hinter all dem wird die Freiheit. Wobei Hayek diesen Begriff immer negativ versteht, als Freiheit von Zwang aller Art. Im Kalten Krieg wird dieser Gedanke dann besonders attraktiv werden. Dass Freiheit auch einen Mindestlebensstandard sicherstellt, wozu es etwa den Sozialstaat braucht, sieht Hayek nicht. Radikaler Individualismus bildet das sozialphilosophische Fundament des Neoliberalismus. Den Menschen als soziales Wesen gibt es nicht. Margaret Thatcher bringt es auf den Punkt: „There is no such thing as society“.

Das ökonomisch-theoretische Fundament von Hayeks Programm besteht in der These, dass Marktprozesse in jedem Fall die bestmögliche Lösung der wirtschaftlichen Grundprobleme ermöglichen. Hayek geht von der richtigen Beobachtung aus, dass dezentrale Informations- und Entscheidungsprozesse bei der Erstellung privater Güter effizient funktionieren. Diese Beobachtung jedoch stilisiert Hayek zu einer allgemeingültigen Wahrheit hoch. Entgegenhalten könnte man dieser Theorie, dass etwa sozialstaatliche Gesundheitswesen effizienter laufen als private. Außerdem werden die Entwicklung, Produktion und Vermarktung von Gütern nicht primär durch Preissignale gesteuert, was insbesondere für Innovationen gilt. Aber Hayek geht in seiner Theorie aufs Ganze.

Als transatlantisches Netzwerk gründet er im Jahr 1947 die „Mont Pelerin Society“ mit dem Ziel, die absehbare Ausweitung des Sozialstaats, der Sozialpartnerschaft und des Staatseinflusses rückgängig zu machen und den Keynesianismus aus den Universitäten zu vertreiben. Alle bedeutenden neoliberalen Ökonomen der vergangenen 50 Jahre waren – und sind – Mitglieder dieser Vereinigung.

Mit finanzieller Hilfe der (Super-)Reichen werden in den 1950er- und 1960er-Jahren viele „think tanks“ gegründet und

ausgebaut, insbesondere in Großbritannien und den USA. Hunderte Ökonomen arbeiten dort an neoliberalem Argumentationsmaterial und leiten dieses an Intellektuelle in Medien und Schulen weiter. Hayek nennt sie seine „second-hand dealers“.

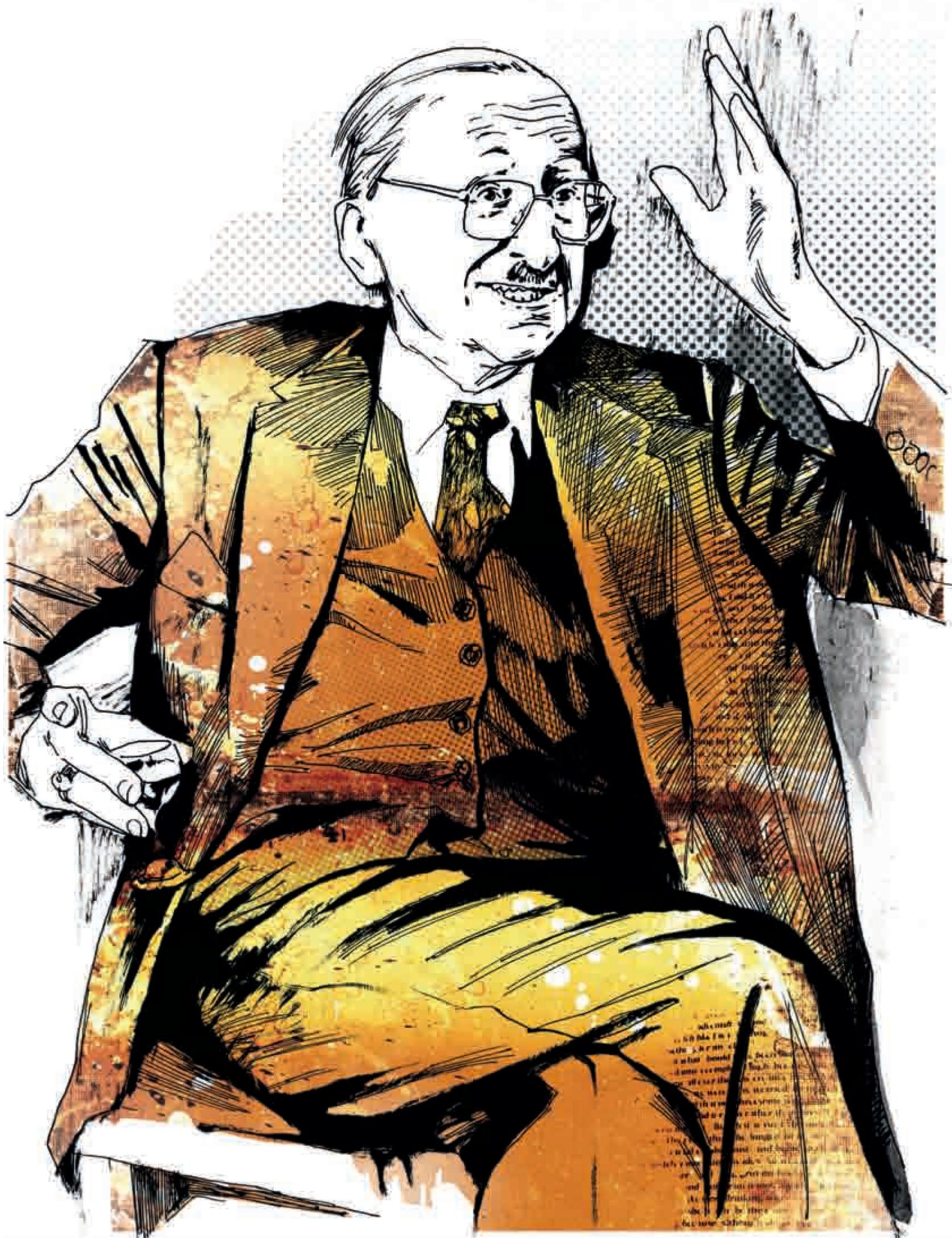
Kommandozentrale für den Kampf gegen den Keynesianismus wird die Universität Chicago. Dort werden die wichtigsten Modelle gegen die Regulierung der Finanzmärkte, Vollbeschäftigungspolitik, Sozialstaat und Gewerkschaften entwickelt. Ende der 1960er-Jahre ist die Zeit dieser Konzepte gekommen: Offensive Gewerkschaften, der Aufstieg der Sozialdemokratie und die Linkswende der Intellektuellen hatten die Vermögenden provoziert – gleichzeitig wurden zu jener Zeit jedoch auch erstmals Schwächen keynesianischer und pseudokeynesianischer Wirtschaftsordnungen offenkundig.

Die Leistung von Hayek und Co kann man auch am Versagen der linken Ökonomen seit den 1970er-Jahren ermessen. Ihnen ist es niemals gelungen, eine Alternative zur neoliberal-finanzkapitalistischen Ordnung zu entwickeln, die über die Theorien von Keynes hinausgeht. Als das neoliberale System ab dem Jahr 2008 in eine schwere Krise führte, war dies gewissermaßen ein „aufgelegter Elfmeter“ für die Keynesianer. Doch selbst diesen konnten sie nicht nutzen. Im Gegenteil: Die vom Neoliberalismus verursachte Krise wurde zum Turbo für die finale Durchsetzung seiner Forderungen.

Auch dafür hatte Hayek eine Legitimation erdacht: In Krisen können parlamentarische Demokratie und freie Wirtschaft in einen unlösbaren Konflikt geraten. Er drückte dies mit den offenen Worten aus: „A dictatorship may be a necessary system for a transitional period.“ Mit seinen Besuchen in Chile samt einer Audienz bei Augusto Pinochet wollte Hayek ein Zeichen setzen: „Ich persönlich ziehe einen liberalen Diktator einer demokratischen Regierung vor, der es an Liberalismus mangelt“, sagte Hayek 1981 der chilenischen Tageszeitung *El Mercurio*.

Zur Bekämpfung der „abuses of democracy“ schlug Hayek in den 1970er-Jahren die Schaffung einer „Jury“ vor. Diese agiert über dem Parlament. Mehrheitsentscheidungen, welche nach Meinung des „Weisenrats“ die Freiheit der Individuen einschränken, etwa eine Pflichtmitgliedschaft in der Sozialversicherung, wären dann nicht möglich. Die „Troika“ von EZB, Europäischer Kommission und IWF kann man als Prototyp von Hayeks Jury ansehen.

Unter dem „Sachzwang“ freier (Finanz-) Märkte wird seit Jahren gegen den Willen der meisten Menschen Politik gemacht. Um die – vorläufige – Durchsetzung des Primats des Markts über die Politik hat sich Hayek größte Verdienste erworben. **F**



Tim Jackson

Die Ökologie verstehen

In der jüngeren Geschichte führte die Industrialisierung der westlichen Welt zu bis dato ungeahntem wirtschaftlichem Wachstum. Dieses war zwar ungleich verteilt, aber immer mehr Menschen konnten aus der Armut befreit werden. Nach den Weltkrieg Jahren kam es in den Nachkriegsjahren durch den Wiederaufbau zu einem weiteren Wachstumsschub.

Der Ausbau des Wohlfahrtsstaats und die steigenden Einkommen verhalfen in dieser Zeit der breiten Masse zu materiellem Wohlstand und verschafften ihr Zugang zu Basisgütern wie Bildung, Gesundheit und Mobilität in bisher nicht gekanntem Ausmaß. Nur eines trat dabei in den Hintergrund: Schon seit dem Altertum, seit griechischen Gelehrten wie Epikur und Aristoteles, haben sich Menschen die Frage nach dem „guten Leben“ gestellt.

Wie viel materiellen Wohlstand braucht es, damit man sich wohlfühlt – und was braucht es überhaupt dazu? Während sich in den Zwischenkriegsjahren noch unter anderem der berühmte John Maynard Keynes in seiner langfristigen Prognose mit Vorstellungen vom guten Leben beschäftigte, verschwand diese Diskussion in den Nachkriegsjahren fast völlig – und Wohlstand wurde nur noch mit wirtschaftlichem Wachstum gleichgesetzt.

In den 70er-Jahren des vergangenen Jahrhunderts jedoch traten erstmals Zweifel an der Nachhaltigkeit dieser Gleichsetzung auf. Mit dem Bericht „The Limits to Growth“ an den Club of Rome und dessen Aktualisierungen erreichte die Frage über die Grenzen des Wachstums schlussendlich die politische und öffentliche Debatte. Fragen taten sich in diesen Jahren auf. Ist wirtschaftliches Wachstum immer gut? Was bewirkt Wachstum unter ökologischen und psychologischen Grenzen? Was passiert bei ständiger Überschreitung dieser Grenzen? Wie könnte eine Wirtschaft ohne Wachstum aussehen, und benötigen wir es für ein gutes Leben?

All diese Fragen stellt sich auch der britische Ökonom Tim Jackson, Professor für Nachhaltige Entwicklung an der Universität von Surrey und Direktor der Sustainable Lifestyle Research Group (SLRG). Eines seiner bedeutendsten Werke, „Wohlstand ohne Wachstum“, befasst sich mit der Entwicklung eines Wirtschaftsmodells ohne die Notwendigkeit weiteren wirtschaftlichen Wachstums.

Am Anfang seines Modells steht die Analyse des Ist-Zustands auf Basis eines einfachen dynamischen Wirtschaftsmodells mit zwei Komponenten. Dem kapitalistischen Gewinnstreben mit seiner „schöpferischen Zerstörung“, zurückgehend auf den österreichischen Ökonomen Joseph Schumpeter, auf der einen Seite und der Verbrauchernachfrage auf der anderen, mit jener

Tim Jackson fordert einen Wohlstand ohne Wachstum. Und er fragt, wie das gute Leben aussehen könnte

PORTRÄT:
MICHAEL SODER

„Das Zusammenspiel von Nachfrage und Gewinnstreben führt zum Wachstumszwang und zur Übernutzung unserer Welt“

Zur Person

Tim Jackson (geboren 1957) ist Universitätsprofessor im britischen Surrey, wo er Sustainable Development erforscht. Jackson studierte Mathematik, Philosophie und Physik. Jackson ist ein geringesehener Redner, wenn es um Alternativen zum Wirtschaftswachstum geht. Sein Hauptwerk „Wohlstand ohne Wachstum“ erschien in deutscher Sprache im Jahr 2011 im Oekom Verlag

Lust auf Neues und jenem Statuskonsum, der den Menschen eigen ist.

Auf die gesellschaftliche Rolle des Konsums wies zum Beispiel bereits lange vor Jackson der Ökonom Thorstein Veblen in seinem Werk „Die Theorie der feinen Leute“ aus dem Jahr 1899 hin. Auch Keynes äußerte sich zu dem, was er als Nicht-Sättigung des relativen Konsums begriff, unterschätzte aber in seiner Prognose der langen Frist dessen Bedeutung. In der jüngeren Vergangenheit beschäftigte sich ebenfalls Tim Jackson in Kooperation mit Psychologen und Anthropologen eingehend mit dieser Dimension des Konsums.

Während das Gewinnstreben über Investition und Innovation zu Produktivitäts- und Effizienzsteigerungen und damit über kurz oder lang zu niedrigeren Preisen führt, absorbiert die Verbrauchernachfrage aufgrund des relativen Charakters des (Status-)Konsums die gesteigerte Produktion. Das dynamische Zusammenspiel dieser beiden Komponenten ist für Jackson ursächlich für den Wachstumszwang unseres Wirtschaftssystems verantwortlich und führt zu einer Übernutzung der Umwelt.

Zunächst führen das Wachstum und der vermehrte Abbau von Rohstoffen, insbesondere der nicht erneuerbaren, zu ihrer Verknappung und in weiterer Folge zum Verschwinden, schreibt Jackson. Ein Beispiel stellt die Diskussion um den sogenannten „peak oil“ dar, also das Erreichen des Zenits der globalen Erdölreserven.

Laut den in einer keynesianischen Tradition stehenden britischen Ökonomen Robert und Edward Skidelsky schafft das Zusammenspiel von Preisen und technischer Innovation ständig neue Anreize, um entweder neue Ressourcen zu finden, vorhandene Rohstoffe effizienter auszubeuten oder Alternativen zu suchen. Damit wird, so die Argumentation, Wachstum letztendlich aufgrund des technischen Fortschritts weiter aufrechtzuerhalten sein.

Weiters stellt nicht nur das Versiegen der Rohstoffquellen, sondern die ökologische Tragfähigkeit des Planeten ein Problem dar. Die ökologische Tragfähigkeit meint die Fähigkeit des Planeten, die Folgen der wirtschaftlichen Aktivität absorbieren zu können. „Noch bevor uns das Öl ausgeht, geht uns der Planet aus“, sagt zum Beispiel der US-amerikanische Ökologe Bill McKibben. Auf dieser Problemebene ist der Ausgangspunkt jener, dass sich durch negative externe Effekte der wirtschaftlichen Aktivität falsche Marktpreise ergeben. Es kommt dadurch zu einer Überproduktion im Verhältnis zu den wahren Kosten.

Zur Lösung dieser Problemlagen und um einen Weg zu einer nachhaltigeren Wirtschaftsweise aufzuzeigen, leitet Jackson einige Vorschläge aus seinem dynamischen Wirtschaftsmodell ab.

Erstens müssen laut Jackson die ökologischen Grenzen vom Wirtschaftssystem berücksichtigt werden. Verbindliche Regelungen für Obergrenzen bei der Ressourcennutzung und den Emissionen sowie Reduktionsziele müssen gesetzt werden. Ein umgestaltetes Steuersystem muss anschließend die externen Kosten wirtschaftlicher Aktivität internalisieren.

Zweitens, sagt Jackson, muss ein struktureller Übergang vom derzeitigen in ein nachhaltigeres Wirtschaftssystem mittels ökologischer Investitionssteuerung und durch eine stärkere Rolle des Staates in den Zeiten des Übergangs, zum Beispiel durch die Absicherung von Arbeitsplätzen, die Schaffung von Vermögenswerten sowie Investitionen in die Infrastruktur und deren ökologische Adaptierung unterstützt werden.

Drittens muss aufseiten der Verbrauchernachfrage die gesellschaftliche Logik dahingehend verändert werden, dass der unser westliches Wirtschaftsmodell prägende Konsumismus abgebaut wird. Dies bedeutet einerseits bewusstseinsbildende Maßnahmen und andererseits Bekämpfung der Ungleichheit, da stärker ungleiche Gesellschaften eher zu Statuskonsum tendieren.

Dennoch bleiben die Verteilungsaspekte in Jacksons Vorschlägen leider unterrepräsentiert – leider. Denn gerade die Verteilungsfrage scheint in einer nicht wachsenden Wirtschaft aufgrund der kapitalistischen Akkumulationsdynamik von besonderer Brisanz zu sein.

Des Weiteren schlägt Tim Jackson eine Reduktion der Arbeitszeit gekoppelt an die Zunahme der Arbeitsproduktivität vor, um die aus der steigenden Arbeitsproduktivität resultierende Zunahme der Arbeitslosigkeit in einer stagnierenden Wirtschaft zu kompensieren. Insbesondere John Maynard Keynes wies bereits im Rahmen seiner Prognose der langen Frist auf die Problematik der Dynamik zwischen Arbeitslosigkeit und Arbeitsproduktivität hin – und schlug bereits in den 1930er-Jahren ebenfalls eine Reduktion der Arbeitszeit als möglichen Lösungsweg vor.

Zur Messung, ob die Ziele in all diesen Bereichen erreicht werden, müsste dementsprechend die bisherige volkswirtschaftliche Gesamtrechnung revidiert und andere Maße der Wohlstandsmessung entwickelt werden. An solchen neuen Indikatoren, die das BIP pro Kopf um weitere Dimensionen erweitern, wird bereits gearbeitet.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass im Werk Tim Jacksons über all diesen realpolitischen oder technischen Fragen schlussendlich die Frage nach dem guten Leben abseits des reinen Einkommenswachstums schwebt. Diese wird aber auch von Jackson letztlich nicht hinreichend beantwortet. **F**



Joseph Schumpeter: Von Kreisläufen

Schumpeter, geboren 1883 in Mähren in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie, führte ein bewegtes Leben. Der Jurist und Nationalökonom studierte in Wien und England. Er praktizierte Jus in Kairo, lehrte in Czernowitz und Graz, diente 1919 der Regierung Renner II kurz als Staatssekretär, wurde dann Bankier, verspekulierte sich und wurde 1925 wieder Professor in Bonn. 1932 ging er nach Harvard in die USA, dort starb er 1950. „Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie“ und „Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung“ gehören zu seinen Hauptwerken.

Schumpeters Held ist der „Unternehmer“, der Neuerer. Das Werk dieses Ökonomen gleicht diesem Helden. Die von ihm gezogene intellektuelle Spur zeugt von „schöpferischer Zerstörung“. Ohne Scheu reißt er altbekannte Lehren ein. Wie der Unternehmer ist auch Schumpeter kein Rationalist, der sich optimierend in gegebene Verhältnisse schickt, sondern ein energischer Mensch, der „Freude am Erfolg haben“ und am „Siegen über andere“ hat – und sich die Verhältnisse selbst zu richten trachtet.

Innovationen und die „Durchsetzung neuer Kombinationen“ sind „die überragende Tatsache in der Wirtschaftsgeschichte der kapitalistischen Gesellschaft“. Marx habe dies bereits erkannt. Schumpeter aber folgt ihm nur zum Teil. Einige von dessen zentralen Ideen weist er zurück, andere kombiniert er auf originelle Weise neu.

Ihm zufolge besteht die Wirtschaft aus Wellen von Innovationen, die in Mustern einander folgen

PORTRÄT:
HEINZ D. KURZ



Joseph Schumpeter (1883–1950) gilt als einer der wichtigsten österreichischen Ökonomen

Elinor Ostrom: Erfolgreich teilen – aber wie?

Rauchende Schlote galten den 1950er-Jahren als Zeichen für Wohlstand. Steigende Einkommensunterschiede waren den 1980ern Leistungsanreize. Und Privatisierungen öffentlicher Leistungen von der Wasserversorgung bis zum Krankenhaus gelten bei Liberalen und Konservativen nach wie vor als Allheilmittel für wirtschaftliche Probleme.

Immer geht es bei solchen Fragen über Gemeinschaftsgüter um die Frage, wie man Umweltverschmutzung, soziales Unrecht oder zu schlechte Kranken- und Wasserversorgung verhindert – können sich alle einfach auf die anderen verlassen?

Verstaatlichen oder Privatisieren gelten in solchen Fällen seit jeher als einzige Al-

Wie kann es funktionieren, dass etwas allen gehört? Dies erforschte die US-amerikanische Grenzgängerin Elinor Ostrom

PORTRÄT:
SEPP ZUCKERSTÄTTER



Elinor Ostrom (1933–2012) bekam im Jahr 2009 den Wirtschaftsnobelpreis

ternativen – mehr ideologisch als inhaltlich begründet: Entweder soll eine zentrale Staatsbehörde oder private Eigentümer für die Beschränkung der Nutzung oder für gleiche Beiträge sorgen.

Die US-amerikanische Politologin Elinor Ostrom hingegen zeigte, dass Markt oder Privat nicht ausschließliche Lösungsmöglichkeiten sind. Abhängig von sozialen, historischen und ökologischen Umständen können mannigfache Organisationsformen von Markt und Staat funktionieren – und vieles dazwischen.

Ostrom wurde 1933 mitten in die große Depression hineingeboren. Sie ließ sich von vorgegebenen Grenzen nie beeindrucken. Als erste Frau in ihrer Familie besuchte sie ein College. In einer Zeit, in der Sekretärin der einzig denkbare Bürojob für Frauen war, schaffte sie ein Doktoratsstudium für Politikwissenschaften. Ursprünglich angestrebt hatte sie dies nicht. Erst nachdem sie die Ökonomen aufgrund ihres Geschlechts abgelehnt hatten, schlug Ostrom den Weg in die Politikwissenschaft ein. Die spezielle Verbindung aus Politologie und Ökonomie legte dann den Grundstein ihrer mit dem Nobelpreis ausgezeichneten Forschungen.

Am Thema von Ostros Dissertation, der Verwaltung der Grundwasservorräte in Kalifornien, lassen sich die Probleme von Gemeinschaftsgütern (auch als „Common Pool Ressourcen“ bzw. Allmenden bezeichnet) beispielhaft aufzeigen: Es gibt viele, die

ihr Wasser aus dem Boden pumpen können – und sie alle haben das Gefühl, es sei beliebig viel davon vorhanden. Wird aber zu viel entnommen, versalzt das Grundwasser. Und wird daraufhin für alle unbrauchbar.

Die Frage ist nun, wie diese Übernutzung verhindert werden kann. Elinor Ostrom zeigte in ihrer Forschung in vielen Fallstudien – etwa von Fischereirechten, Almweiden bis hin zu Bewässerungssystemen in Afrika, Asien und Amerika –, dass die Betroffenen oft, aber nicht immer in der Lage sind, sich auch ohne Privateigentum oder Behörden selbst zu organisieren. Manchmal sind Mischungen aus den Instrumenten Markt, Staat und Selbstorganisation sinnvoll.

Spieltheorie, Experimente und Feldstudien, die bis dahin in der Ökonomie unüblich waren, wurden zu Ostros Instrumenten. Sie sind allesamt überaus interessant zu lesen. Ostrom stellte ein Schema auf, nach dem sich einzelne Fälle analysieren lassen, und zeigte, unter welchen Bedingungen autonom organisierte Verteilungen funktionieren.

Ostrom gab damit weiteren Forschungen Leitlinien vor, aber keine Grenzen. Wesentlich ist, dass es bei der Organisation von Menschen keine alleinseligmachende Lösung gibt – jede hat ihre Vor- und Nachteile und ihre Anwendungsgebiete. Ostros zentrale Aussage war daher immer: „Es gibt kein Allheilmittel.“

schöpferischer Zerstörung

„Wie erzeugt das wirtschaftliche System die Kraft, die es unaufhörlich verwandelt“ und mit ihm Gesellschaft und Kultur? Es geht Schumpeter darum, den Kapitalismus als „Kulturphänomen“ zu begreifen. Und wie Marx kommt er zum Ergebnis, dass der Kapitalismus letztlich am eigenen Erfolg zugrunde geht. Das ist das Thema des 1942 veröffentlichten Buches „Capitalism, Socialism and Democracy“.

Schumpeter begreift wirtschaftliche Entwicklung als Übergangsprozess. Innovationen zwischen jeweils stationären Phasen lösen diesen Prozess aus. Sowohl in der Ausgangs- als auch in der Endlage sieht Schumpeter weder „Unternehmer“ noch „Kapitalisten“, sondern nur „statische Betriebsleiter“. Der Unternehmer reißt dann die Wirtschaft aus ihrem Dornröschenschlaf mittels neuer Güter, Produktionsverfahren, Organisationsformen und der Erschließung neuer Rohstoff- und Absatzmärkte.

Der Unternehmer tritt jedoch typischerweise mittellos auf den Plan: Um Unternehmer zu werden, muss er zuerst Schuldner werden, also einen Kredit aufnehmen, dessen Risiko in letzter Instanz jedoch auch der Bankier trägt. Im eigenen Interesse muss dieser Investitionsprojekte sorgfältig prüfen. Gründliche Expertise und eine langfristige Orientierung sind hierbei unabdingbar. Wer nur noch mit kurzfristiger Optimierung auf Finanzmärkten beschäftigt ist, dem mangelt es an beidem.

In einer vollbeschäftigten Wirtschaft, wie Schumpeter sie konzipierte, führt steigende Nachfrage nach Geld zu einem Anstieg der Preise produktiver Güter. Diese durch Kredite herbeigeführte Inflation wirkt wie eine Steuer auf die statischen Betriebe und spielt dem Unternehmer die benötigten Ressourcen in die Hände. Um einen Prozess der Entwicklung in Gang zu setzen, ist keine Ersparnis vonnöten. Es genügt der Kredit an die Neuerer. Erst durch die Innovationen dieser Neuerer kommt es zu Ersparnissen aus den realisierten Gewinnen und den steigenden sonstigen Einkommen.

Der Geldmarkt ist dabei gleichsam „das Hauptquartier der kapitalistischen Wirtschaft“, der Zins wird aus dem innovationsbedingten Gewinn für die Überlassung von Liquidität bezahlt. Gewinn und Zins, sagt Schumpeter, gebe es nur in einer dynamischen Wirtschaft.

Der unternehmerische Gewinn ist aber vergänglich: „Er ist zugleich Kind und Opfer der Entwicklung.“ Der typische Verlauf, wie Innovationen verbreitet werden, verdeutlicht dies. Dieser Verlauf kreist um den Unterschied zwischen Invention, Innovation und Imitation. Im „ersten Akt des Dramas“ wird das Neue eingeschleust – der erfolgreiche Unternehmer streicht einen hohen „Monopolgewinn“ ein. Im „zweiten Akt“ wird der „statische Bann“ gebrochen, andere Firmen folgen dem „Impuls des lockenden Gewinns“ und ahmen die erfolgreiche Innovation nach. Die produzierte Men-

„Erst wird das Neue eingeschleust. Der erfolgreiche Unternehmer streicht einen Monopolgewinn ein. Dann ahmen andere die Innovation nach. Schließlich geht der Neuerer im Strudel der Konkurrenz unter“

Buchtipps:

Heinz D. Kurz und Richard Sturn: Schumpeter für jedermann. Von der Rastlosigkeit des Kapitalismus. Frankfurter Allgemeine Buch 2011, 224 S., € 18,40

ge wächst, der Wettbewerb wird intensiver, dadurch sinken Produktionskosten und der Preis der Waren. Ein anschwellender Schwarm von Firmen stemmt sich gegen den Untergang durch Imitation. Nicht alle werden überleben. Für das sich abspielende Drama findet Schumpeter die markige Formulierung „vom Geschrei der Zermalmten, über die die Räder des Neuen gehen“.

Mit dieser Verbreitung des Neuen verliert das Pionierunternehmen seine Monopolstellung und wird von der Meute der Konkurrenten eingeholt. Es geht „im Strudel der nachströmenden Konkurrenz zugrunde“. Das System bewegt sich in Richtung eines neuen stationären Kreislaufs mit jetzt niedrigeren Kosten und Preisen, aber höheren Realeinkommen. So liest sich Schumpeters Version der Doktrin von den nicht intendierten Folgen eigeninteressierten Verhaltens, wie sie von Adam Smith vertreten worden ist. Das selbstsüchtige Verhalten der Wenigen bewirkt hinter deren Rücken die Steigerung des Wohlstands der Vielen.

Dieser Prozess ist notwendig zyklisch, erfolgt in „Wellenschlägen von Prosperität und Depression“. In ihnen ist die Krise lediglich ein wiederkehrendes Moment. Will man sie abschaffen, muss man Innovationen unterbinden. Indes können die regelmäßig am oberen Wendepunkt des Konjunkturzyklus auftretenden Krisen des Geld- und Finanzwesens durch wirtschaftspolitische Maßnahmen gemildert werden. **F**

Käthe Leichter: Für Frauen am Arbeitsmarkt

Frauen in der Arbeitswelt scheinen uns heute selbstverständlich. Wir lesen Statistiken über die Erwerbstätigkeit von Frauen oder etwa über Unterschiede im Einkommen. Doch wie lange ist das schon so? Keine hundert Jahre.

Einen wichtigen Beitrag dazu leistete Käthe Leichter, Sozialistin, Ökonomin und Widerstandskämpferin. Sie zählt in Österreich zu den allerersten Frauen, die Volkswirtschaft studiert haben, was ihr nur über eine Ausnahmeregelung gelang. Denn das reguläre Studium war Frauen an der juristischen Fakultät in Wien bis 1919 untersagt. Ihre Promotion muss sie aus diesem Grund noch in Deutschland ablegen.

Gegen Widerstände gründet Leichter 1925 das Frauenreferat der Arbeiterkammer Wien. In dessen Leitung legt sie einen Themenschwerpunkt auf das Arbeitsleben der Frau und ihre alltägliche Mühen.

Die bald darauffolgende Veröffentlichung des „Handbuchs der Frauenarbeit in Österreich“ gilt als bahnbrechend, ebenso wie ihre Studie „So leben wir ... 1320 Industriearbeiterinnen berichten über ihr Leben“. Die Untersuchung erfolgte während der Finanz- und Wirtschaftskrise, kurz nach dem Zusammenbruch der Credit-Anstalt 1931, und wurde zu einem wichtigen Krisendokument.

Aufgrund der thematisch engen Verknüpfung der Lebensbereiche Erwerbsarbeit, Hausarbeit und Freizeit, stellt Leichter

Sie zählt zu den Pionierinnen der feministischen Ökonomie in Österreich

PORTRÄT: KÄTHE KNITTLER



ters Arbeit bis heute eine Rarität in Krisenanalysen dar – vor allem in den Wirtschaftswissenschaften. So wissen wir heute viel über den Zustand der griechischen Finanzmärkte, hingegen wenig darüber, wie sich Familien über Wasser halten oder wie Frauen als soziale Airbags durch unbezahlte Arbeit fungieren.

„Überall zeigt es sich, daß gerade die Frauen Konjunkturschwankungen am stärksten und raschesten zu fühlen bekommen“, schrieb Leichter über die Entwicklung der Frauenerwerbstätigkeit nach dem Ersten Weltkrieg. Denn für arbeitslos gewordene Frauen bringen Rationalisierung und Wirtschaftskrise „gesundheitsschädlichen Hunger“. Jene Arbeiterinnen, die in Arbeit

bleiben, leiden hingegen unter Arbeitsverdichtung und steigendem Lohndruck.

Zusätzlich führen Kosteneinsparungen von Unternehmen bei der Betriebsausstattung und den Löhnen zu mehr Unfällen und Krankheiten. Frauen werden einerseits immer öfter zur alleinigen Familiernährerin, andererseits verstärken Krisentendenzen Parolen gegen Frauenerwerbstätigkeit. Frauen an den Herd, das war die Devise.

Doch Leichter scheute keine inhaltliche Auseinandersetzung. Ihre Artikel befassen sich mit Streiks von Frauen, den Auswirkungen der Rationalisierung auf ihre Situation am Arbeitsmarkt sowie wirtschaftlichen Alternativen zum Kapitalismus, „um nicht in kritischen Augenblicken, die Handeln und Entscheidungskraft erfordern, erst zu akademischen Auseinandersetzungen gezwungen zu sein“, wie sie schrieb.

Bis zum Verbot durch den Austrofaschismus ist Leichter in der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei aktiv, anschließend geht sie in den Untergrund. 1940 wird Leichter verraten, in das Frauenkonzentrationslager Ravensbrück deportiert und im Zuge eines Euthanasieprogramms in der Anstalt Bernburg an der Saale ermordet.

Im Gegensatz zu anderen geriet ihr Schaffen jedoch nicht ganz in Vergessenheit. Der jährliche Staatspreis der Frauenministerin für Frauenforschung, Geschlechterforschung und Gleichstellung in der Arbeitswelt ist nach Leichter benannt. **F**

Milton Friedman: Apologet der freien Märkte

PORTRÄT:
MATTHIAS SCHNETZER

Nur wenige Ökonomen können behaupten, ihre Theorien hätten breite Anwendung in der Politik gefunden. Im Fall Friedmans trifft das selbst nach seinem Tod noch zu. Er gilt als einer der neoliberalen Gründungsväter, dessen Ideen nach wie vor wirkmächtig sind. Den direktesten Einfluss hatte Friedman auf Chile, wo er am Design der wirtschaftspolitischen Schocktherapie für eine liberale Wirtschaftsordnung mitarbeitete, die nur mit den Mitteln einer grausamen Diktatur durchzusetzen war. Später schwappten diese Ideen auf die USA und Großbritannien über und verbreiteten sich von dort global weiter.

Milton Friedman war seit jeher politischer Ökonom, die meiste Zeit an der Universität Chicago. Seine Überzeugung für den Wirtschaftsliberalismus führte ihn 1947 in die Schweiz zur Gründungstagung einer der bis heute wichtigsten Denkfabriken zur Verbreitung neoliberalen Gedankenguts, der Mont Pelerin Society. Dieses Engagement wurde vor allem durch die Antipathie gegenüber der damals noch dominanten keynesianischen Theorie beflügelt. So zog er in seinem 1962 erschienenen Buch „Kapitalismus und Freiheit“ enge Grenzen für staatliche Aufgaben und stellte die Freiheit des Einzelnen ins Zentrum seiner Argumentation.

Gerne betonte er seine Kernbotschaft, wonach die wichtigsten Errungenschaften der Menschheitsgeschichte nicht vom Staat erzielt wurden, sondern von Individuen, die erstrangig ihr Eigeninteresse verfolgen. Seine Ablehnung ging sogar so weit, dass er in diesem Buch ironisch überzeichnend behauptete, in der Sahara herrschte innerhalb weniger Jahre Sandknappheit, wären staatliche Autoritäten für die Wüste verantwortlich. Nur der Rückzug des Staates aus der Wirtschaft könne ein reibungsloses Funktionieren der Märkte garantieren.

Heute wird der Name Friedman oft mit dem Begriff des Monetarismus in Beziehung gesetzt. Dahinter steht die Überzeugung, dass die Geldmenge der wichtigste Steuerknüppel einer Volkswirtschaft ist. Demzufolge legen die Zentralbanken die Geldmenge und damit auch die Inflation fest – ein Zusammenhang, der nach der Krise seit dem Jahr 2008 wohl als widerlegt angesehen werden kann.



Milton Friedman (1912–2006) konzipierte die neoliberale Schocktherapie für Chile unter Pinochet

Joan Robinson: Sie hat Keynes vera

Joan Robinson gehört zweifelsohne zu den großen Ökonomen des 20. Jahrhunderts. Sie spielte in der Liga der Nobelpreisträger, hat den Preis selbst jedoch nie bekommen. 1975 waren ihre Chancen zwar hoch. Doch ihre politischen Ansichten, die mit dem Alter immer ausgeprägter wurden, waren dem Vergabekomitee zu links.

Robinson studierte 1922 bis 1925 in Cambridge Ökonomie. Sie heiratete 1926 ihren Kollegen Austin Robinson, mit dem sie für zwei Jahre nach Indien ging. Damit wurde der Grundstein für ihr Interesse für den Subkontinent und Entwicklungsfragen gelegt. Nach ihrer Rückkehr lehrte sie in Cambridge Ökonomie.

Im Alter von 29 Jahren legte sie 1933 ihr erstes Buch vor: „The Economics of Imperfect Competition“. Damit wurde Robinson mit einem Schlag bekannt. Gemeinsam mit dem US-Ökonomen Edward Chamberlin entwickelte Robinson darin die Preistheorie entscheidend weiter – hinaus über die Extreme der vollständigen Konkurrenz und des reinen Monopols, die in der Praxis kaum vorkommen. Robinson rückte stattdessen Firmen mit einem bestimmten Grad an Monopolmacht ins Zentrum. Es geht um Kostenvorteile der Massenproduktion statt um stets steigende Grenzkosten. Die Firmen beuten ihre Mitarbeiter und Kunden aus, um ihren Gewinn zu maximieren. Die Arbeitnehmer werden nicht nach dem Grenzprodukt entlohnt wie im Mo-

Märkte sind unperfekt, sagte Joan Robinson – und wagte eine Korrektur

PORTRÄT:
ALOIS GUGER



Joan Violet Robinson (1903–1983) erweiterte die Ideen von Keynes zur sogenannten „Postkeynesianischen Theorie“

Ludwig von Mises: der radikalste

Für Ludwig von Mises war die Sache klar: Der Markt und nichts als der Markt schafft Wohlstand. Jeder Eingriff in ihn führt zwangsläufig in die Diktatur. Mises' radikale Thesen wirken bis heute, auch wenn der 1881 geborene Vertreter der Österreichischen Schule der Nationalökonomie keine akademische Karriere erreichte. In seiner „Theorie des Geldes und der Umlaufmittel“ schreibt Mises 1912, Krisen seien meist auf eine zu starke Ausweitung der Geldmenge zurückzuführen.

Ähnlich argumentieren heute Neoliberale – niedrige Zinsen und nicht Ungleichheit und unregulierte Finanzmärkte hätten die 2008 platzte Finanzblase geschaffen.

In „Die Gemeinwirtschaft“ kritisiert Mises 1922 das Konzept der Planwirtschaft. Da der Staat und nicht der Markt die Preise bestimme, würden diese nicht die tatsächliche Knappheit von Gütern widerspiegeln. Ressourcen könnten daher nicht effizient eingesetzt werden, das System müsse scheitern. Im Jahr 1926 gründet Mises gemeinsam mit seinem Adlatus Hayek das Institut für Konjunkturforschung, das heutige Wifo. Mises ist zwar einflussreich, aber zu schroff und von sich eingenommen, um zur intellektuellen Leitfigur zu werden. In einer Debatte bei der neoliberalen Mont Pelerin Society stürmt er mit dem Ruf „Ihr seid doch alles Sozialisten“ zornig aus dem Raum.

Wie viele Bürgerlich-Liberale der Zwischenkriegszeit sieht Mises im Sozialis-

Staat und Gewerkschaften seien an allen Krisen schuld, meinte Mises

PORTRÄT:
VALENTIN SCHWARZ



Ludwig von Mises (1881–1973) wurde in Lemberg geboren, damals Österreich-Ungarn, heute Ukraine. Er starb in New York

allgemeinert



dell der vollständigen Konkurrenz vorge-
sehen – und den Kunden werden zu hohe
Preise abverlangt.

Robinson war auch Mitglied des Cambridge
Circus, einer Gruppe um Keynes, die wes-
entlich an der „Keynes’schen Revolution“
beteiligt war. Keynes’ Theorien machte Ro-
binson durch ihre eigenen Werke nicht nur
für viele zugänglich, sie verallgemeinerte sie
auch auf lange Perioden hin. So wurde Ro-

*„Robinson wollte lehren,
wie man es vermeidet, von
Ökonomen getäuscht
zu werden“*

binson prägend für die sogenannte „Post-
keynesianische Theorie“. Mit ihrem Buch
„The Accumulation of Capital“ legte sie
dazu eine paradigmatische Grundlage und
versuchte die traditionelle statische Analyse
durch eine dynamische Theorie zu ersetzen,
die in historischer Zeit wurzelt.

Robinson begann ihr Studium mit dem
Ziel, die Armut zu verstehen. Am Ende ih-
res Lebens warnte sie schließlich vor den
fertigen Antworten der Ökonomen und
meinte, es gehe vor allem darum zu lernen
„wie man es vermeidet, von Ökonomen ge-
täuscht zu werden.“

Marktradikale



mus den größten Feind – und im Faschis-
mus das geringere Übel. Dieser müsse zwar
scheitern, schreibt Mises 1927, weil er auf
Gewalt statt Ideen setze. Doch mit seinem
brutalen Vorgehen gegen Linke habe der
Faschismus Europa vor dem Sozialismus
gerettet. Dieses „Verdienst“ werde „in der
Geschichte ewig fortleben“.

An der Weltwirtschaftskrise sind für
Mises Staatseingriffe und Gewerkschaften
schuld. Sinken die Löhne nur tief genug,
schreibt er 1931, löse sich das Problem von
selbst. Auch Arbeitslosengeld sei keine Hil-
fe in der Not, sondern mitschuld an der ho-
hen Arbeitslosigkeit. Im Geiste Mises’ an-
wortet heute die Troika von EU-Kommissi-
on, EZB und Währungsfonds auf Jobman-
gel mit Lohndumping und dem Abbau von
Arbeitsrechten.

Im Jahr 1934 geht Mises nach Genf, 1940
schließlich in die USA. Dort schreibt er
gegen den Keynesianismus an, der sich als
Lehre aus der Krise durchgesetzt hat und
auf Konjunktursteuerung und Sozialstaat
setzt. Beides betrachtet Ludwig von Mises
als Weg in die Diktatur. Der Staat hat sei-
ner Ansicht nach eine einzige Aufgabe: die
Sicherheit und vor allem den Schutz des
Privateigentums.

Dieses Denken findet heute auch bei
der Tea Party Anklang, deren Präsiden-
tschaftskandidatin Michelle Bachmann im
Jahr 2012 sagte: „Wenn ich im Urlaub am
Strand liege, habe ich Mises dabei.“

Amartya Sen: wie sich der Wohlstand messen lässt

PORTRÄT:
GEORG FEIGL

Chancengleichheit, Gerechtigkeit, Frei-
heit und soziale Ungleichheit sind om-
nipräsente Worte. Wahrscheinlich hat sich
auf dem Feld der Wirtschaftspolitik nie-
mand so intensiv mit ihnen beschäftigt wie
der 1933 in Indien geborene Amartya Sen.
Obwohl selbst gut situiert, wurde er von
Hunger und sozialen Konflikten in der in-
dischen Gesellschaft geprägt.

An der Grenze zwischen Philosophie
und politischer Ökonomie beschäftigt sich
der Nobelpreisträger Zeit seines Lebens
mit der Frage, welchen Beitrag Individuen,



Amartya Sen (geboren 1933) stammt aus
Shantiniketan im indischen Bundesstaat Westbengalen

Wirtschaft und Politik zu einem möglichst
guten Leben leisten können. Sein 2000 er-
schienenes Buch „Ökonomie für den Men-
schen – Wege zu Gerechtigkeit und Soli-
darität in der Marktwirtschaft“ bringt die-
se Orientierung auf den Punkt.

Das Besondere an Sens Ansatz ist, dass er über
die ökonomischen Möglichkeiten hinaus-
geht und auf individuelle Verwirklichungs-
chancen abzielt. Materielle Möglichkeiten
– insbesondere für Menschen in absoluter
Armut – bleiben zwar relevant, doch dürf-
ten sie ihm zufolge nicht losgelöst von Bil-
dungs-, Mit- und Selbstbestimmungschän-
gen gesehen werden. Die Verteilung dieser
individuellen Möglichkeiten ist ein weite-
rer wichtiger Punkt.

Sen begnügt sich nicht mit philosophi-
schen Abhandlungen, sondern bemüht sich
seit nunmehr 40 Jahren, durch neue Kenn-
zahlen und Messmethoden den öffentlichen
Fokus vom Wirtschaftswachstum auf für die
Wohlfahrt aussagekräftigere Größen zu ver-
schieben. Diese sollten bessere wirtschafts-
politische Entscheidungen ermöglichen. So
war er in den 1980er-Jahren führend an der
Ausarbeitung des heute in globalen Län-
dervergleichen etablierten Human-Develop-
ment-Index (HDI) beteiligt.

Auf dem Höhepunkt der Krise sorgte
Sen abermals für Aufsehen, als er gemein-
sam mit Joseph Stiglitz, Jean-Paul Fitoussi
und anderen ein Indikatorenset entwickel-
te, das anstelle des BIP zum zentralen Re-
ferenzpunkt für gesellschaftliche Fortschritts-
messung werden sollte. Dieses Ziel wur-
de bisher zwar verfehlt, aber immerhin lie-
gen vereinzelt beachtenswerte Ergebnisse
vor – wie etwa der Bericht „Wie geht’s Ö-
sterreich?“ der Statistik Austria.

Maria Szécsi-März: Keynesianerin am Puls der Zeit

PORTRÄT:
GÜNTHER CHALOUPEK

Maria Szécsi war eine führenden Öko-
nomin der Gewerkschaftsbewegung
und gehörte als erste Frau dem Beirat für
Wirtschafts- und Sozialfragen an. In die-
ser Funktion leistete sie einen bedeutenden
Beitrag für die Wirtschaftspolitik im soge-
nannten „Golden Age“ der österreichischen
Nachkriegsgeschichte, den Jahren zwischen
1950 und 1975.

Ihre Familie ist 1919 nach der fehlge-
schlagenen ungarischen Revolution von
Budapest nach Wien ausgewandert. 1938
musste Maria Szécsi neuerlich emigrieren,
diesmal in die USA. Dort konnte sie endlich
ihre Universitätsstudien in Ökonomie, Ge-
schichte und Politikwissenschaft abschlie-
ßen, woran sie zuvor durch den Ständestaat
gehindert worden war.

Aus der großen Zahl ihrer Arbeiten ist an erster
Stelle die Studie „Der Lohnanteil am öster-
reichischen Volkseinkommen 1913–1967“
zu erwähnen, deren Ergebnisse durch die
exemplarische Behandlung auch heute noch
aktuell sind. Die keynesianische Denkrich-
tung, zu der Szécsi gehörte, ging von der
Notwendigkeit eine langfristig konstanten
bereinigten Lohnquote aus, um ein „gleich-
gewichtiges“ Wirtschaftswachstum zu er-
reichen. Nur so werden die Arbeitnehmer
am Produktivitätsfortschritt beteiligt, so-
dass eine entsprechende Zunahme des pri-
vaten Konsums möglich ist, um die wach-
sende Menge an Waren und Dienstleistun-
gen auch abzusetzen.

Heute noch zeigt sich im Umkehrschluss
die Bedeutung dieser Denkweise: Die oft
monierte Schwäche der Binnennachfrage
durch die fallende Lohnquote wird immer
mehr zur entscheidenden Ursache der eu-
ropäischen Wachstumsschwäche. Schon seit
fast zwei Jahrzehnten bleiben die Reallöhne
hinter dem Produktivitätsfortschritt zurück
oder stagnieren sogar. Maria Szécsis Studie
aus dem Jahr 1970 hat uns in dieser Hin-
sicht auch über 40 Jahre später noch eini-
ges zu sagen.

Stets blieb sie auf der Höhe der Zeit. Ihr
Artikel zum Thema Arbeitszeitverkürzung
„Jenseits der Vierzigstundenwoche“ erschien
1970 kurz nach Fixierung der Verkürzung
der Normalarbeitszeit von 45 auf 40 Stun-
den. Schon 1975 stellte sie sich der heute
vielleicht noch relevanteren Frage nach den
Grenzen des Wachstums.



Maria Szécsi-März (1914–1984) hinterfragte
bereits in den 70er-Jahren die Vierzigstundenwoche

Karl Polanyi: Ökonom der Transformation

Die Tatsache, dass Polanyis Arbeiten auch 50 Jahre nach seinem Tod so aktuell sind, resultiert auch aus der Bedeutung, die marktfundamentalistische Ideen erneut gewonnen haben. Wenn der britische Soziologe Colin Crouch vom „befremdlichen Überleben des Neoliberalismus“ spricht, verweist er auf die praktische Macht, die die Marktutopie in den vergangenen Jahrzehnten wiedererlangt hat – und mit der sich Karl Polanyi Zeit seines Lebens beschäftigte.

Polanyi, in Budapest aufgewachsen, kehrt nach dem Ersten Weltkrieg in seine Geburtsstadt Wien zurück. Aber das Wien des Jahres 1919 ist nicht mehr die Hauptstadt der Donaumonarchie, sondern das „Rote Wien“. Polanyi ist Sozialist, auch wenn er die Idee der zentralwirtschaftlichen Planung ablehnt und dem Bolschewismus kritisch gegenübersteht. Er mischt sich aktiv in austromarxistische Diskussionen ein, an denen sich etwa auch Otto Bauer und Max Adler beteiligen. Gleichzeitig arbeitet er als Redakteur für den *Österreichischen Volkswirt*. Im Jahr 1933 zur Emigration gezwungen, verfasste er während des Zweiten Weltkriegs in den USA sein bekanntestes Werk „The Great Transformation“.

Polanyi betätigt sich als Sozialwissenschaftler, Ökonom, Journalist, Historiker und Anthropologe. Er prägte Kategorien wie jene von der „Einbettung der Wirtschaft in die Gesellschaft“ oder der „Doppelbewegung“, die längst zum Standardkanon des sozialwissenschaftlichen Diskurses gehören. Die Aktualität von Polanyis Arbeiten aber resultiert aus seinem Ansatz und aus seiner Methode.

Von der Möglichkeit des Wandels in Richtung einer menschlicheren, sozialistischen Gesellschaft überzeugt, versucht Polanyi die Ursachen und die historische Bedeutung der beiden Weltkriege, der Weltwirtschaftskrise und des Aufstiegs des Faschismus in einer großen Theorie zu entschlüsseln. Was zeichnet seinen Ansatz aus?

Er untersuchte, wie fatal sich utopischer Marktglaube im wirklichen Leben niederschlägt

PORTRÄT: CLAUDIUS THOMASBERGER



Karl Polanyi (1886–1964) emigrierte als Jude 1940 in die USA, wo er sein Hauptwerk verfasste

Polanyi macht deutlich, dass die bürgerliche Epoche eine in der menschlichen Geschichte ganz und gar außergewöhnliche historische Periode darstellt, in der das Marktsystem und somit „die Wirtschaft“ der Gesellschaft insgesamt ihren Stempel aufdrückt. Polanyi schlussfolgert, dass die Desaster des 20. Jahrhunderts in ihrem Kern als Krise der modernen Zivilisation in ihrer Gesamtheit verstanden werden müssen. Das Verhältnis von menschlichen Vorstellungen, Wirtschaft und Gesellschaft rückt ins Zentrum der Betrachtung. Letztlich sind es die Menschen, die, wie Marx es formuliert hatte, „ihre eigene Geschichte machen“, wenn auch nicht aus freien Stücken.

Das bedeutet nicht, in eine ökonomisch-deterministische Interpretation zurückzufallen. Polanyi ist davon überzeugt, dass die Klassenlage und Interessen relevant,

„Ausbeutung ist nur ein Aspekt einer umfassenden Warenwerdung des Lebens und der Natur“

aber nicht entscheidend sind. Die marxistische Basis-Überbau-These greift ihm zufolge zu kurz. Was die Zivilisation des 19. Jahrhunderts in Europa und Amerika charakterisiert, ist hingegen der Glaube an die Utopie eines sich selbst regulierenden Marktsystems. Auch wenn diese Marktutopie eine „Absurdität“ darstellt, die sich auf eine bizarre Vorstellung über die Natur der menschlichen Beziehungen stützt und die „über längere Zeiträume nicht bestehen (konnte), ohne die menschliche und natürliche Substanz der Gesellschaft zu vernichten“ – so ist der Glaube daran doch real.

Ebendies ist Polanyis zentrale Erkenntnis. Die im 19. Jahrhundert herrschenden wirtschaftsliberalen Kräfte versuchen tatsächlich, das Unmögliche möglich zu machen. Gesellschaftspolitische Ideen wie die

Utopie vom Markt haben Konsequenzen, auch wenn sie einseitig überhöht, fiktiv und utopisch sind – denn sie prägen das politische Handeln und damit die Richtung der institutionellen Transformation.

In seinem Hauptwerk „The Great Transformation“ untersucht Polanyi genau dies: die faktische Macht des liberalen Credos, daher des Glaubens an die segensreiche Wirkung eines seelenlosen Mechanismus. Am Beispiel England arbeitet er heraus, wie die Marktutopie die Politik veranlasst, Arbeit, Geld und Natur tatsächlich in Waren zu verwandeln und entsprechende Märkte künstlich zu etablieren – auch wenn sie nicht für den Verkauf produziert und daher an sich keine Waren sind.

Polanyi zeichnet die verheerenden Konsequenzen nach, die die glaubensbasierte Politik für die Mehrzahl der Menschen hat. Die Ausbeutung wird sichtbar als Aspekt einer viel umfassenderen Warenwerdung des Lebens und der Natur. Polanyi analysiert die Bedrohungen von Demokratie und Freiheit, die aus dem Festhalten an der Warenfiktion resultieren, die Gegenbewegungen, die die Realität der Gesellschaft gegen die Umsetzung der Marktutopie zu verteidigen suchen, sowie die fatale Entwicklung in Richtung Weltwirtschaftskrise und Faschismus.

Seine Arbeiten machen verständlich, warum Erfahrung allein den neoliberalen Glauben nicht widerlegen kann. Entscheidend sind nicht die Tatsachen als solche, sondern die Interpretation der Ereignisse. Wie zu Polanyis Zeiten kommt es heute darauf an, den utopischen Charakter der neoliberalen Politik deutlich zu machen und diese mit der sozialen Wirklichkeit zu konfrontieren.

Mehr denn je sind daher kritische Beiträge gefordert, die die Irrtümer aufzeigen, die der Gleichsetzung von Markt und Freiheit unterliegen. Nicht Märkte, sondern Freiheit und Demokratie sind Ziele, die es zu verteidigen gilt, wenn die Errungenschaften der modernen Zivilisation bewahrt und erweitert werden sollen. **F**

Hyman Minsky: Der Mann und sein Moment

Wer hat vor der Finanzkrise von Hyman P. Minsky gehört? Kaum jemand außer einigen Ökonostudenten. Als die Finanzkrise 2008 auch Europa erreichte und man eifrig nach Lösungen suchte, wurde auch eines seiner Werke, „Stabilizing an Unstable Economy“, wiederaufgelegt. Der 1996 verstorbene US-Ökonom Minsky hatte sich seit den 1960er-Jahren mit der Frage auseinandergesetzt, ob „es“ wieder passieren kann – die Krise der 1930er-Jahre. Antwort: ja, es kann.

Im Zentrum der Argumentation steht die Finanzierungsstruktur von Unternehmen, die – dem kapitalistischen Credo der Profitsteigerung gehorchend – bei anhaltender Konjunktur zusehends risikoreicher agieren. Solange die Konjunktur anhält, ist von der steigenden Instabilität des Systems nichts zu merken. Ist der Boom jedoch zu Ende, bricht die Konstellation zusammen

Mit Blick auf die 30er-Jahre sah er voraus, wie auch die aktuelle Wirtschaftskrise ablaufen würde

PORTRÄT: ELISABETH SPRINGLER



Hyman Minsky (1919–1996) wurde als Kind einer weißrussischen Familie in Chicago geboren und forschte als Ökonom an der Universität von St. Louis

(der sogenannte „Minsky Moment“). Was folgt, ist eine Rezession. Hat die Boomphase davor länger angedauert, ist der folgende Abschwung massiver.

Die Finanzkrise von 2007/2008 passt gut in dieses Schema, denn die Bedeutung der Finanzierungsstruktur lässt sich leicht auf den Verschuldungsgrad der Haushalte ausweiten. Doch Minsky gab zu seiner Zeit nicht nur eine Krisenerklärung, er gab auch – mit postkeynesianischen Argumenten – Vorschläge zur Krisenvermeidung. Aller-

dings wurde in den westlichen Ökonomien bislang das Gegenteil von dem unternommen, was Minsky vorgeschlagen hätte.

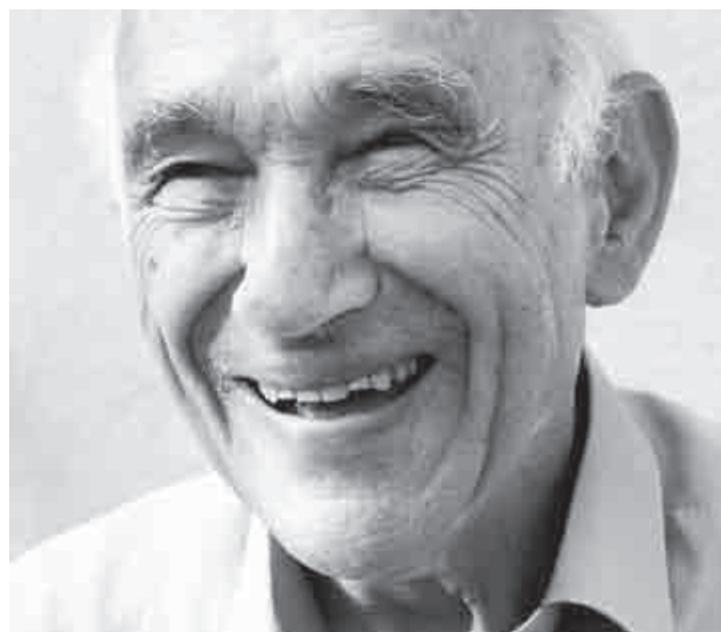
Durch Deregulierungsmaßnahmen auf nationaler und internationaler Ebene kommt es zu einer Verstärkung der konjunkturellen Auf- und vor allem Abschwünge. Zwar hätten Unternehmen dadurch in einer Boomphase größere Chancen, höhere Gewinne einzufahren – doch der konjunkturelle Abschwung ist durch das lückenhafte Netz institutioneller Abfederung umso massiver. Genau das ist in den letzten Jahrzehnten passiert. Minsky schreibt die mangelhafte Krisenpolitik dem Vergessen zu – sind seit der letzten Weltwirtschaftskrise doch schon 80 Jahre vergangen.

Als Rezept gegen die Krise empfiehlt Minsky einen starken öffentlichen Sektor, die Regulierung der Finanzmärkte sowie eine aktive antizyklische Budgetpolitik. **F**

Zwei große österreichische Ökonomen: Kurt Rothschild und Josef Steindl

Sie verhalfen dem **Keynesianismus
hierzulande zum Durchbruch – und prägten
Generationen heimischer Ökonomen**

DOPPELPORTRÄT: EWALD WALTERSKIRCHEN



Kurt Rothschild (1914–2010) und **Josef Steindl (1912–1993)** (unten) kehrten nach dem Zweiten Weltkrieg nach Österreich zurück – und bauten die Ökonomie neu auf

Große Ökonomen zeichnen sich dadurch aus, dass sie nicht nur das traditionelle Wissen bewahren, sondern auch neue Ideen einbringen, um die brennenden wirtschaftlichen Probleme ihrer Zeit zu lösen.

Kurt Rothschild und Josef Steindl sind solche Ökonomen. Sie kehrten nach dem Zweiten Weltkrieg von englischen Universitäten nach Österreich zurück und fanden hier Aufnahme im Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung in Wien. Zwei Jahrzehnte später erhielt Rothschild eine Professur an der Universität in Linz. Rothschild und Steindl prägten gemeinsam mit anderen Professoren als Lehrer und Forscher eine ganze Generation von Ökonomen in Österreich.

Beide Wissenschaftler trugen entscheidend dazu bei, den Keynesianismus in Österreich einzuführen und ihm zum Durchbruch zu verhelfen. Der Keynesianismus stellt die Vollbeschäftigung als wirtschaftspolitisches Ziel in den Vordergrund. Die effektive Nachfrage nach Gütern und Dienstleistungen ist in dieser Theorie die treibende Kraft der Beschäftigung – nicht der niedrige Lohn. Die Kaufkraft der Bevölkerung spielt somit eine wichtige Rolle.

Die Auswirkungen des Konzentrationsprozesses der Wirtschaft auf Preise, Löhne und Investitionen interessierte diese beiden Ökonomen besonders, da das Denkmodell der „vollkommenen Konkurrenz“ durch neuere wirtschaftliche Entwicklungen infrage gestellt wurde.

Der 1914 geborene Kurt Rothschild erwarb besonders als Preis- und Verteilungstheoretiker internationalen Ruf. Mit seinem bahnbrechenden Artikel „Price Theory and Oligopoly“ beeinflusste er die Entwicklung der Preistheorie entscheidend. Rothschild zeigte auch die Bedeutung von Machtfaktoren für die Verteilung auf. Die Einkommensverteilung folgt keineswegs einem ehernen ökonomischen Gesetz – sondern sie wird durch Machtfaktoren und politische Weichenstellungen, etwa die Globalisierung, stark beeinflusst.

Seine Untersuchungen haben nichts an Aktualität verloren. Wir sehen heute beispielsweise, wie die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften durch Globalisierung und Verlagerung von Produktionsstätten ins Ausland geschwächt wird. Im Sinne Rothschilds könnte dem Konzentrationsprozess der Unternehmen nur eine ebensolche Konzentration der Gewerkschaften Paroli bieten.

Arbeitsmarkt- und Lohnfragen waren ein Schwerpunkt von Rothschilds Arbeiten. Als die herrschende orthodoxe ökonomische Theorie die Arbeitslosigkeit bloß auf mangelnde Flexibilität der Löhne und des Arbeitsmarktes zurückführen wollte, schrieb er eine Arbeit mit dem Titel: „Arbeitslose, gibt's die?“. Darin zeigte er, dass die Arbeitslosigkeit entscheidend von der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage abhängt. Diese Diskussion um die Ursachen der Arbeitslosigkeit ist heute aktueller denn je.

In den letzten Jahren seines Lebens setzte sich Rothschild notgedrungen mit dem Neoliberalismus auseinander. In einem Interview sagte er, der Heiligenschein des Neoliberalismus sei angekratzt, aber noch

immer sehr stark. Massive wirtschaftliche Interessen würden offenbar sein Überleben ermöglichen. Rothschild starb 2010.

Neben Kurt Rothschild zählt der 1912 geborene Josef Steindl zu den großen österreichischen Ökonomen in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Steindl erlangte in den 1950er-Jahren internationalen Ruf durch sein Buch „Maturity and Stagnation in American Capitalism“. Er erklärte die Stagnationstendenz der 1930er-Jahre mit dem Konzentrationsprozess der Wirtschaft, also der Entstehung von Großkonzernen. Sein Buch wurde vor allem von Marxisten begeistert aufgenommen, da bereits Marx einen Konzentrationsprozess des Kapitals geortet hatte. Steindl jedoch war kein Marxist, sondern Kaleckianer, also Schüler des keynesianischen Ökonomen Michal Kalecki. Als Steindl nach dem Krieg nach Österreich zurückkam, empfahl er den Sozialdemokraten, sich mit der keynesianischen Wirtschaftstheorie statt mit der Marx'schen Arbeitswertlehre auseinanderzusetzen.

Steindl erkannte früh die Bedeutung von Bildung und Technologie für die langfristige wirtschaftliche Entwicklung. Er empfahl eine Ausweitung der berufsorientierten Bildung in Form berufsbildender höherer Schulen. Früher als die meisten an-

„Rothschild zeigte auf, wie entscheidend Machtfaktoren für Verteilungsfragen sind“

deren Ökonomen setzte er sich auch für eine aktive Technologiepolitik ein. Er sah in technischen Innovationen einen Anreiz für Investitionen.

Die keynesianischen Ideen sah Steindl als ökonomische Revolution an. Deshalb sprach er von einer „Konterrevolution“, als die alte neoklassische Truppe in den 1980er-Jahren wieder „auf den Thron“ zurückkehrte. Er verglich das mit der Rückkehr der Bourbonen nach der Französischen Revolution.

Besonders aktuell sind Steindls Ideen zum Budget. Steindl vertrat die These, dass Budgetdefizite meist nicht aktiv herbeigeführt, sondern „erlitten“ werden. Der gegenwärtige Anstieg der Staatsschulden infolge der Finanzkrise bestätigt diese Einsicht. Langfristig entstehen Budgetdefizite dadurch, dass die Investitionskredite der Unternehmen nicht mehr an die hohen Ersparnisse der privaten Haushalte heranreichen. Die Wirtschafts- und Steuerpolitik ist deshalb gefordert, die überhöhten Ersparnisse begüterter Privathaushalte („Rentiers“) zurückzuführen. Steindl starb 1993.

Rothschild und Steindl setzten sich immer für eine strikte Regulierung der Finanzinstitutionen ein. Eine Deregulierung der Finanzmärkte wäre ihnen nie in den Sinn gekommen. Die neoliberale Laissez-faire-Politik hat mit der Finanz- und Wirtschaftskrise als Zukunftsmodell ausgedient. Die postkeynesianischen Ideen Rothschilds und Steindls stellen hingegen eine Alternative und wirtschaftspolitische Chance dar. **F**

Wien: Ein wirtschaftshistorischer Spaziergang in sechs Stationen

Porzellangasse 27, Alsergrund
 Hier lag die Redaktion des Magazins Der Österreichische Volkswirt, das in der Zwischenkriegszeit Weltruhm genoss. Einer der Redakteure war Karl Polanyi, Autoren waren etwa Joseph Schumpeter, Friedrich A. von Hayek und Paul F. Lazarsfeld

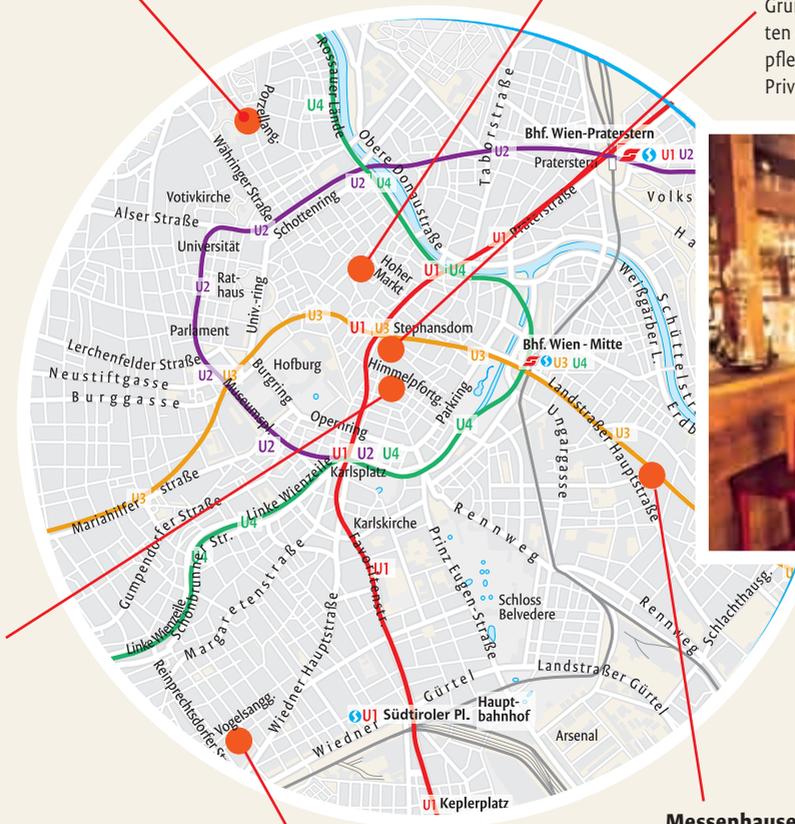


Hoher Markt 8, Innenstadt
 Hier gründeten Friedrich August von Hayek und Ludwig von Mises 1927 das „Österreichische Institut für Konjunkturforschung“ – das heutige Wifo, das inzwischen seinen Sitz im Arsenal hat

Grünangergasse 10, Innenstadt
 Hier befand sich bis 1993 das Traditionsrestaurant Zum Grünen Anker (heute: Ma Creperie), zu dessen Stammgästen etwa Franz Werfel und Max Reinhardt gehörten. Mises pflegte hier mit seinen Anhängern allwöchentlich ein Privatseminar abzuhalten



Himmelfortgasse 6–8, Innenstadt
 Im ehemaligen Finanzministerium fungierte Joseph Schumpeter im Jahr 1919 als parteiloser Staatssekretär im Kabinett Renner II



Messenhausergasse 14, Landstraße
 Hier wurde im Jahr 1899 Friedrich August von Hayek geboren



Vogelsanggasse 36, Margareten
 Hier begründete Otto Neurath die „Wiener Methode der Bildstatistik“ – im Bild Neuraths berühmter Atlas. Bis heute befindet sich hier das Österreichische Gesellschafts- und Wirtschaftsmuseum, das auf Neurath zurückgeht



2. Die Krise

Ein Gespräch zwischen einem Marktliberalen, einer ökologisch orientierten Ökonomin und einem Keynesianer

„Bei allen Gegensätzen sind wir uns in einem einig: Man soll nicht mit fremdem Geld spekulieren dürfen“

CHRISTIAN KEUSCHNIGG ZU STEPHAN SCHULMEISTER

FOTOS: HANS HOCHSTÖGER



Die WU-Professorin Sigrid Stagl, der Wifo-Ökonom Stephan Schulmeister (l.) und der IHS-Chef Christian Keuschnigg diskutieren über die Gründe der Krise, die Wahrscheinlichkeit einer nächsten, den Erfolg der internationalen Krisenbekämpfung und die Rolle ihres eigenen Berufsstands bei alldem

„Die Spielanordnung zerstört Und wir sind mittendrin“ Drei

Was genau sind die Ursachen der Krise? Ist die internationale Politik richtig mit ihr umgegangen? Droht uns eine neue, vielleicht noch größere Krise? Der Falter hat drei Wirtschaftsforscher zu einer Debatte geladen – mit denkbar unterschiedlicher Ausrichtung.

Christian Keuschnigg (siehe auch S. 40) ist der Leiter des Instituts für Höhere Studien in Wien. Er bezeichnet sich selbst als „liberaler Ökonom“ und gilt als einer, der tendenziell zu viel politischer Regulierung skeptisch gegenübersteht.

Stephan Schulmeister (siehe auch S. 41) hingegen, Ökonom vom Wifo, gilt als Keynesianer und strenger Kritiker des herrschenden Marktglaubens und der neoliberalen Wirtschaftspolitik.

Und Sigrid Stagl (siehe auch S. 43) schließlich, Professorin für Umweltökonomie an der Wiener Wirtschaftsuniversität, hat die ökologischen Aspekte und möglichen Grenzen des Wirtschaftswachstums im Blickpunkt ihrer Forschungsarbeit.

Stagl, Schulmeister und Keuschnigg treffen sich im Restaurant Le Loft im obersten Stockwerk des Nouvel Towers am Donaukanal zum Streitgespräch. Die Blicke der Wissenschaftler schweifen kurz über das Häusermeer der Stadt. Danach diskutieren sie darüber, ob es in Europa und in der westlichen Welt mit der Wirtschaft so weitergehen kann – und wenn nicht, was sich ändern muss.

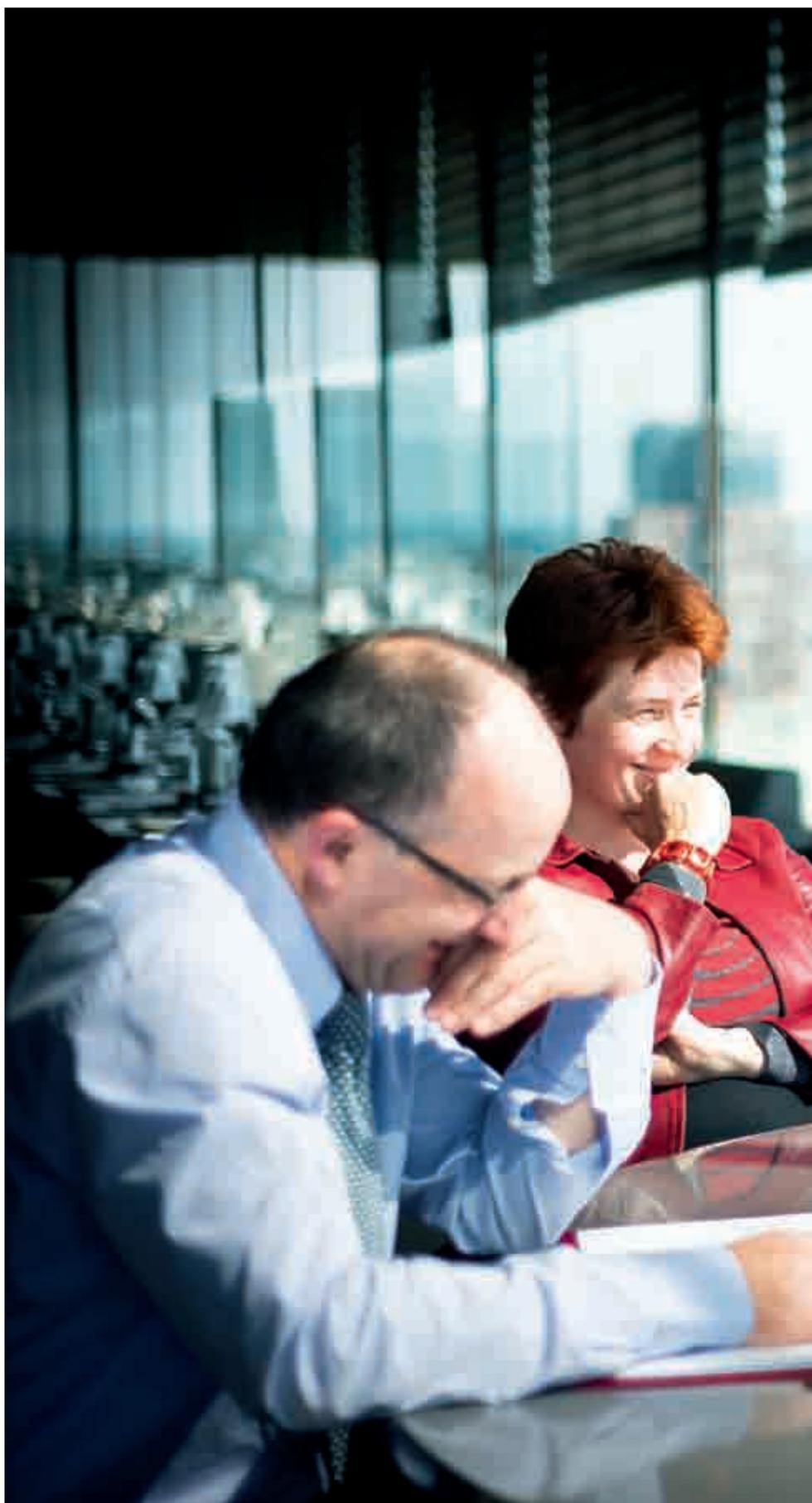
Falter: *Frau Stagl, Herr Keuschnigg, Herr Schulmeister, im September 2008 kollabierte die US-Investmentbank Lehman Brothers. Das hat das internationale Bankensystem beinahe zusammenbrechen lassen und zu einer jahrelangen Serie von Krisen geführt, die bis heute andauert. Seither gab es viele Maßnahmen in der westlichen Welt, um wieder mehr Wachstum und Beschäftigung zu erreichen. Es gab beispielsweise Konjunkturpakete für Konsum und Investitionen, eine beispiellos lockere Geldpolitik zur Belebung des Kreditwesens, eine harte Sparpolitik zur Reduktion von Staatsschulden – und es gab natürlich Milliarden zur Rettung strauchelnder Banken. Keine dieser Maßnahmen hat aber, so scheint es, bis heute ausreichend funktioniert. Herr Keuschnigg, was ist in der Krisenbewältigung seit 2008 falsch gelaufen?*

Christian Keuschnigg: Die Ursache der Finanzkrise war eine massive Überschuldung in allen Bereichen – im Privatsektor, bei den Banken und beim Staat. Wenn Überschuldung zu groß wird, werden Akteure illiquide und es kommt zu Insolvenzen. Das richtet schwere wirtschaftliche Schäden an. Ich ver-

Was hat die Krise ausgelöst? Und wann droht die nächste? Ein Streitgespräch

INTERVIEW:
JOSEPH GEPP

FOTOS:
HANS HOCHSTÖGER



Keuschnigg (l.), Stagl und Schulmeister treffen sich im obersten Stockwerk des Nouvel-Turms am Donaukanal

sich selbst.

Ökonomen diskutieren über die Krise



Fortsetzung von Seite 22

stehe die Krise als die Folge eines Regulierungsversagens der Marktwirtschaft. Weil den Finanzmärkten klare Spielregeln fehlten, kam es zu Fehlentwicklungen. Das hat sich nicht nur in der Bankenkrise gezeigt, sondern auch bei der darauffolgenden Eurokrise in Europa – die hat der internationale Finanzsektor ja wesentlich mitangetrieben. Nach 2008 sind die Folgen eines massiven Regulierungsversagens über uns hereingebrochen – und seither gilt es, den Finanzsektor auf sichere Füße zu stellen.

Und wie?

Keuschnigg: Risiken müssen verringert und die Finanzintermediation* abgesichert werden. Diese Maßnahmen braucht es, um wieder Wachstum zu erlangen. Eben das



„Im Großen und Ganzen befinden wir uns auf dem richtigen Weg hinaus aus der Krise“

bezweckt beispielsweise die Erhöhung der Eigenkapitalquoten im Rahmen von Basel III*. Abgesehen davon braucht es im Finanzsektor eine stärkere Marktdisziplin. Banken müssen scheitern können genauso wie alle Betriebe in der Realwirtschaft – und deshalb müssen für die Banken geordnete Insolvenzen möglich sein. In Europa ist dies ein wesentliches Anliegen der Bankenunion*. Der Bankensektor soll für riskante Geschäfte selbst zahlen und nicht die Allgemeinheit in die Pflicht nehmen. Solcherart wird riskanten Geschäftsstrategien vorgebeugt.

Wir sind also auf dem richtigen Weg hinaus aus der Krise?

Keuschnigg: Im Großen und Ganzen schon, auch wenn man die großen Regulierungsschritte der vergangenen Jahre in vielen einzelnen Punkten kritisieren kann. Insgesamt stimmt der Weg hin zu mehr Eigenkapital, mehr Liquidität und zur Möglichkeit einer geordneten Abwicklung von Problembanken.

Herr Schulmeister, denken Sie auch, dass wir auf dem richtigen Weg sind?

Stephan Schulmeister: Ganz und gar nicht. Ich persönlich bin überzeugt, dass in 20, 30 Jahren Wirtschaftshistoriker konstatieren werden, dass zumindest Europa in unserer Zeit in eine lange Phase der wirtschaftlichen und sozialen Depression eingetreten ist.

Warum? Herr Keuschnigg hat doch gerade ausgeführt, dass man sich um wichtige Regulierungen immerhin bemüht.

Schulmeister: Wir befinden uns aber innerhalb eines komplett falsch aufgesetzten Sys-

tems. Ich nenne es „Finanzkapitalismus“ im Gegensatz zum „Realkapitalismus“, den es in den ersten 20 bis 25 Jahren der Nachkriegszeit gab. In dieser falschen Spielanordnung funktionieren die derzeitigen kleinsten Symptomtherapien nicht, also Maßnahmen wie die höheren Eigenkapitalquoten oder niedrige Zinsen im Rahmen einer lockeren Geldpolitik. Unsere Ökonomie hat als Ganzes einen Systemdefekt. Sie ist eine Rentier-Ökonomie. Honoriert wird nicht jener, der durch unternehmerische Tätigkeit neue Werte schafft – sondern der, der mit Preisdifferenzen von bestehendem Vermögen profitiert. Dabei kann es sich um Immobilien, Gemälde oder Aktien handeln. Solche Phasen einer falschen finanzkapitalistischen Spielanordnung hat es in der Wirtschaftsgeschichte immer wieder gegeben, egal ob in den Holländischen Republiken des 17. Jahrhunderts, in Großbritannien Ende des 19. Jahrhunderts oder vor der Weltwirtschaftskrise 1929. Die Spielanordnung zerstört sich selbst. Und wir sind mittendrin.

Wie ist es Ihrer Ansicht nach zu dieser Situation gekommen?

Schulmeister: Sie resultiert daraus, dass sich die Politik das versagt, was ihre ureigentliche Aufgabe wäre – zum Beispiel hohe Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, Armut zu verringern und die Umwelt zu schützen. Unter dem Diktat des Fiskalpakts* und der Sparpolitik hat sich der Staat selbst entmündigt. Dies geschieht fatalerweise genau in einer Situation, die charakteristisch für wirtschaftliche Depressionen ist: nämlich in einer, in der die Marktkräfte aus sich heraus nicht zu einem Aufschwung in der Lage sind. Denn wichtige Wirtschaftsbereiche blockieren sich gegenseitig. In unserem Fall stagniert die Konsumbereitschaft der Haushalte wegen zu hoher Arbeitslosigkeit und Ungleichheit. Zugleich sinkt die Investitionsbereitschaft der Unternehmer – denn unter den gegenwärtigen Rahmenbedingungen ist es für sie zu riskant, ihr Vermögen in Maschinen und Realinvestitionen anzulegen. Die Unternehmen kaufen sich daher lieber Häuser oder Aktien, was sich in entsprechenden Preissteigerungen manifestiert. Und schließlich setzt bei alledem auch der Staat aus.

Sie sehen keine Trendwende?

Schulmeister: Im Gegenteil. All die Spiele, die in die große Krise geführt haben, spielt man derzeit mit noch größerer Vehemenz. Die Diskrepanz zwischen der Entwicklung der Aktienkurse und der Realwirtschaft in Europa nimmt groteske Ausmaße an. Gleichzeitig haben wir im wesentlichen seit fünf Jahren kein Wirtschaftswachstum mehr, wir haben also mindestens zehn Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts* verschenkt. All das hat auch politische Konsequenzen. Denn die deklassierten Massen sind abholbereit für rechtspopulistische Parteien.

Was wäre der Ausweg?

Schulmeister: Man muss die Kernenergie des Kapitalismus, das Profitstreben, kompromisslos auf Aktivitäten der Realwirtschaft konzentrieren. Das funktioniert nur, indem man Profitmöglichkeiten in der Finanzwirtschaft zusperrt. Ich habe mich intensiv mit dem New Deal* von Franklin Delano Roosevelt* beschäftigt. Er hat während der Weltwirtschaftskrise in den 30er-Jahren mit viel

Stichwort Finanzintermediation, New Deal, Fiskalpakt, Peak Oil, Bankenunion, Goldman Sachs

Diese und andere Ausdrücke finden Sie im Glossar auf S. 34

politischem Instinkt verstanden, dass man die „speculation with other people's money“ verhindern muss. Das hat Roosevelt in den ersten drei Monaten seiner Amtszeit getan. Darauf folgte der nächste Schritt, die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Keuschnigg: Ich widerspreche Herrn Schulmeister in vielen Aspekten – aber hier begehen wir uns: Man darf nicht mit fremdem Geld spekulieren. Aber hier wird bereits etwas getan. Die internationale Politik sorgt dafür, etwa mit Basel III und höheren Eigenkapitalquoten. Wer mit eigenem Geld einstehen muss, ist vorsichtig.

Schulmeister: Diese Maßnahmen allein bringen aber nichts. Man müsste 100 Prozent Eigenkapital verlangen, um Spekulation zu verhindern. Denn selbst bei – theoretisch – immens hohen Eigenkapitalquoten bleibt ja der Rest zum Spekulieren übrig. Für das Spekulieren – und das ist ein weitverbreitetes Missverständnis – kommt es ja nicht auf die Menge der Jetons im Casino an. Wenn man die Zahl reduziert, zirkuliert der Rest eben schneller. Dann passieren Geschäfte eben im Millisekundentakt, wie wir das auf den Finanzmärkten ja immer mehr erleben. Mein Fazit: Will ich die sogenannte Finanzalchemie treffen, muss ich nicht beim Eigenkapital, sondern bei den Aktivitäten ansetzen. Die europäische Finanztransaktionssteuer* etwa wäre eine gute Methode gewesen. Aber die wurde von der Politik de facto getötet – unter tatkräftiger Hilfe



„All die Spiele, die in die große Krise geführt haben, spielt man derzeit mit noch größerer Vehemenz“

Zu den Personen

Stephan Schulmeister, 64, forscht seit 1972 am Wifo. Der renommierte keynesianische Ökonom kritisiert in zahlreichen Publikationen den Neoliberalismus und fordert einen „New Deal“. Der Sohn des langjährigen Presse-Chefredakteurs Otto Schulmeister forschte im Lauf seiner Karriere auch an den Unis in New York und New Hampshire

Christian Keuschnigg, 55, leitet seit 2012 das renommierte Institut für Höhere Studien. Er folgte in dieser Funktion dem langjährigen IHS-Chef Bernhard Felderer nach. Keuschnigg promovierte 1987 in Innsbruck in Volkswirtschaftslehre. Der gebürtige Tiroler und Vater von Zwillingen lehrt und forscht seit 2001 an der Universität St. Gallen und pendelt derzeit zwischen der Schweiz und Wien hin und her

der herrschenden Wirtschaftswissenschaft und der Research Departments großer Finanzkonzerne wie Goldman Sachs* und der Deutschen Bank.

Keuschnigg: Ich weiß nicht, was Herrn Schulmeister vorschwebt. Natürlich, man soll nicht mit fremdem Geld spekulieren, weil das der Realwirtschaft und dem Unternehmertum schadet. Aber Herr Schulmeister übersieht, dass erfolgreiche Unternehmer viel Risiko eingehen müssen und nicht alles alleine finanzieren können. Der Finanzmarkt dient also auch dazu, Fremdkapital für unternehmerische Tätigkeit aufzustellen, um mehr Investitionen zu finanzieren. Mit neuem Eigenkapital von der Börse kann man das Risiko auf mehr Schultern verteilen und begrenzen. Die Finanzwirtschaft ist deshalb eine wichtige Stütze für Unternehmen. Wenn man sein eigenes Geld einsetzt, muss man das Risiko richtig einschätzen. Spekulation hat also durchaus ihren guten Grund – sofern sie richtig reguliert ist. Immerhin sind die fortschrittlichsten Unternehmer immer zugleich die

risikofreudigsten, und damit sind sie automatisch auf den Finanzmarkt angewiesen. Um ihre Innovationen zu schaffen, müssen die Unternehmer viel Energie in Forschung und Entwicklung stecken.

Schulmeister: Wenn sich die Finanzmärkte frei entfalten können, wie derzeit, dann produzieren sie systematisch Risiken. Und zwar völlig unnötige.

Keuschnigg: Diese Fixierung ist mir zu einseitig. Viele Märkte produzieren Risiken, nicht nur der Finanzmarkt. Preisblasen kann es ja auch bei Hauspreisen und Unternehmenswerten geben. Der Finanzmarkt ist eben bei jeder Krise mit im Spiel – selbstverständlich, denn keine Branche kann ohne Fremdfinanzierung funktionieren. Wo es Risiko gibt, gibt es Eigen- und Fremdkapital, also ist der Finanzmarkt zwangsläufig in Krisen involviert.

Erweitern wir den Radius. Frau Stagl, steht uns ein neuer Crash bevor?

Sigrid Stagl: Ich denke schon. Denn was im Aufarbeiten der extremen Fragilität des alten Wirtschaftssystems von vor 2008 bisher geschehen ist, hat viele unserer Grundprobleme überhaupt nicht berührt.

Welche?

Stagl: Zum Beispiel kann die steigende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in eine neue Krise führen. Und – noch mehr – kann dies die fehlende Berücksichtigung der biophysischen Grundlagen unseres Wirtschaftens, also sämtliche Umweltaspekte. Hier wurde eine große Chance vertan. Denn Krisen und ihre Instabilitäten bringen ja immer auch die Chance zur Umorientierung. Aber sie wurde nicht genutzt. Wir bräuchten dringend Institutionen, die sicherstellen, dass alle Folgen des wirtschaftlichen Handelns für das Klima automatisch berücksichtigt werden. Stattdessen orientieren sich die wirtschaftlichen Akteure wie eh und je auf kurze Fristen. Eine weitere vergebene Chance ist das Auseinanderfallen von BIP und diversen Wohlbefindensindikatoren. Wenn wir ausschließlich einem immer höheren BIP hinterherhetzen, erhöht das nicht automatisch das Wohlbefinden aller Bevölkerungsgruppen. Gleichzeitig führt die BIP-Fixierung zu einem immensen Ressourcenverbrauch, zu enorm hohen Energie- und Klimagasimplikationen. Hier wurden in der Krisenbewältigung große Chancen vertan.

Zur Person

Sigrid Stagl, 45, ist Professorin für Umweltökonomie und -politik an der WU Wien. Dort leitet sie das Institut für Ökologische Ökonomie und das neue Masterstudium für Sozialökologische Wirtschaft und Politik. Stagl war weltweit die erste PhD-Absolventin für Ökologische Ökonomie. Die Mutter eines Kindes wuchs im Waldviertel auf einem Bauernhof auf und lebt heute in Wien



„Die Chance zur Umorientierung, die die Krise gebracht hätte, wurde nicht genutzt“

Es gab doch – gerade in der Krise – grüne Konjunkturpakete, beispielsweise Förderungen für umweltfreundliche Technologien.

Stagl: Ja, aber die große sozialökologische Transformation ist ausgeblieben. Außerdem tragen diese Maßnahmen oft nur ein grünes Mäntelchen. Wahrhaft wichtige Investitionen in Umwelttechnologien liegen im einstelligen Prozentbereich. Ganz wenige Länder haben hier ernsthafte Maßnahmen gesetzt.

Keuschnigg: Ich hingegen denke, auch in Sachen Umweltschutz steht die Trendwende außer Zweifel. Das sieht man, wenn man offenen Auges verfolgt, was geschieht. Denn die Unternehmen profitieren heute ja davon, wenn sie massiv in den Umweltschutz investieren – weil die Kosten für umweltbelastende Produktionsweisen ständig steigen, müssen sie investieren, um Kosten zu senken. So kann Wachstum von Umweltbelastung entkoppelt werden. Fraglich ist allein die Geschwindigkeit dieses Wandels, das räume ich ein.

Stagl: Von einer echten Transformation hin zu einem wahrhaft nachhaltigen Entwicklungspfad kann trotzdem keine Rede sein. Denn um Umweltprobleme wirklich anzugehen, bräuchte es größere Schritte, die uns auf einen nachhaltigen Entwicklungspfad hieven – nicht eine marginale Verbesserung hier und da. Wenn Umwelt- und soziale Probleme als voneinander abhängig wahrgenommen und gemeinsam adressiert wer-

den, eröffnen sich oft neue Handlungsmöglichkeiten – also die Chance, nachhaltige Entwicklung echt umzusetzen. Wir müssen außerdem einen wichtigen Fakt bedenken: Wir haben im Umweltsektor weltweit nicht nur ein Ressourcenproblem, sondern maßgeblich auch ein Senkenproblem. Das bedeutet: Unser Problem ist nicht unbedingt, dass etwa das Erdöl zur Neige geht, sondern vielmehr, dass die Atmosphäre die Gase nicht mehr aufnehmen kann, die bei der Verbrennung von Öl, Kohle oder Erdgas entstehen. Meine Sorge ist daher weniger das berühmte Peak Oil*, sondern eher die Vorstellung, dass bereits entdeckte Ressourcen wie eh und je genutzt werden. Mein Fazit: Weil manche Ressourcen gar nicht knapp sind, sondern sozusagen nur ihre Lagerstätten – deshalb zweifle ich daran, ob der von Herrn Keuschnigg skizzierte Wandel in dieser Form wirklich funktionieren kann.

Keuschnigg: Ich würde trotzdem überhaupt nicht unterschreiben, dass der Staat in dieser Krise versagt hat – weder bei Umweltschutzaspekten noch insgesamt bei der Stabilisierung der Lage. Im Gegenteil: Im Vergleich zur Weltwirtschaftskrise in den 30er-Jahren ist es der Politik gelungen, die Wirtschaft wesentlich aufzufangen. Wir verfügen heute über einen ausgebauten Sozialstaat, selbst bei hoher Arbeitslosigkeit.

Sprechen Sie von Österreich oder von Europa?

Keuschnigg: Auch von Europa. In den südlichen Ländern ist der Sozialstaat natürlich nicht so großzügig, aber auch dort ist die Situation meilenweit entfernt von den 30er-Jahren. Selbstverständlich: Man kann die Krise nicht wegdiskutieren, die Einkommen sind massiv zurückgegangen. Aber vieles konnte aufgefangen werden, nicht nur bei der Unterstützung der Arbeitslosen. Auch ist die Finanzkrise zwar in eine Staatsschuldenkrise übergegangen – aber immerhin konnte ein unkontrolliertes Ausbreiten eines finanziellen Chaos oder etwa eine Serie europäischer Staatspleiten verhindert werden.

Allerdings um den Preis einer kompromisslosen, viel kritisierten Sparpolitik.

Keuschnigg: Wir befinden uns heute eben

Fortsetzung nächste Seite

Gegensatzpaare der Krise I: Hyperinflation oder Deflationsgefahr?

Die Ängste vor einem drohenden Verlust von Kaufkraft und Ersparnissen übersteigen bei vielen Menschen alle anderen Sorgen im Zusammenhang mit der Finanzkrise. Sie werden von deutschen Bundesbankern und den Finanzgurus der Wirtschaftspresse gern geschürt. Den Ausgangspunkt der Inflation bildet in allen populären Prophezeiungen die Flutung des Finanzsystems mit Geld.

Die Erzählung lautet folgendermaßen: In der Finanzkrise stellen die Zentralbanken weltweit den Geschäftsbanken unbegrenzt Liquidität zur Verfügung, um deren drohenden Untergang und damit den Zusammenbruch des Finanzsystems zu vermeiden, und kaufen in erheblichem Umfang Staatsanleihen. Die Ausweitung der Geldmenge führt früher oder später zu In-

In Österreich lag die **Inflationsrate** im Juni bei 1,9 Prozent. Mehr als zwei Prozent betrug sie zuletzt Mitte 2013

flation – so zumindest in der Theorie des Monetarismus, die in vielen Köpfen weiterhin herumspukt.

In der Realität jedoch ist bislang von der Hyperinflation nichts zu bemerken: Im Euroraum betrug die Inflationsrate zuletzt 0,5 Prozent – weit unter jenen zwei Prozent, mit denen man gemeinhin Preisstabilität definiert. Warum fließt das Zentralbankgeld nicht in die Wirtschaft und verteuert Güter und Dienstleistungen? Die Antwort: Es bleibt bei den Banken liegen, weil die Nachfrage nach Krediten so niedrig ist.

Für das Entstehen von Inflation reicht es also nicht, wie man aus monetaristischer Sicht vermutet, wenn die Geldmenge erhöht wird. Dazu bedarf es zusätzlicher Rahmenbedingungen: Vor allem einer hohen Aus-

lastung der Produktionskapazitäten und stark steigender Kosten, die die Unternehmen in Form höherer Preise weitergeben.

Doch die Wirtschaft Europas liegt in der Finanzkrise darnieder und ist durch Massenarbeitslosigkeit gekennzeichnet: Die Zahl der Arbeitslosen ist um zehn Millionen gestiegen. Das schwächt die Verhandlungsmacht der Arbeitnehmenden und dämpft den Lohn- und Preisanstieg. Damit drohen Nachfragemangel und Deflation, also ein sich selbst verstärkender Rückgang des allgemeinen Preisniveaus. Die Folge wäre vor allem ein massiver Anstieg der Schuldenlast von Unternehmen und Staaten. Die großen Krisen der Weltwirtschaft, wie jene der 1930er-Jahre, waren immer Deflationskrisen, keine Inflationskrisen. ☛

Fortsetzung von Seite 25

in einem Stadium, in dem die Wirtschaft krisenrobuster werden muss. Zu diesem Zweck müssen die Schulden sinken. Jene der Banken sowieso. Aber auch der Haushaltssektor darf nicht derart überschuldet sein, dass die Leute an schwankenden Immobilienpreisen massenweise bankrott gehen. Genauso muss der Unternehmenssektor robust genug sein, dass bei einem Konjunkturreinbruch von fünf Prozent nicht 20 Prozent der Firmen in Konkurs gehen. Und genauso wie alle anderen Schulden müssen jetzt eben auch die Schulden von Staaten sinken.

Schulmeister: Wenn wir den Ablauf der Krise seit dem Kollaps von Lehman Brothers betrachten, dann sehen wir einen fortgesetzten Schrumpfungsprozess in allen Wirtschaftsbereichen und in allen Industrieländern. In Griechenland zum Beispiel betrug der Einbruch Anfang 2010 nur vier Prozent – seither hat Griechenland jedoch nochmals 20 bis 25 Prozent seines BIPs verloren. Dasselbe geschieht in anderen Krisenstaaten. Die Ursache ist die Sparpolitik, die auf einem schweren Denkfehler beruht: Man meint, in allen wirtschaftlichen Sektoren gleichzeitig das Defizit senken zu können. Das funktioniert aber nicht – Sparen in einem Sektor ist nur möglich, wenn sich die Politik gleichzeitig überlegt, welcher andere Sektor dafür mehr ausgeben könnte oder wie etwa die Haushalte zu mehr Konsum bewegt werden können. Eine parallele Sparpolitik in allen Sektoren ist eine beispiellose Verantwortungslosigkeit.

Die aktuelle Anti-Krisen-Politik macht also den gleichen Fehler wie die der 30er-Jahre, Herr Schulmeister?

Schulmeister: Parallelitäten liegen auf der Hand. Was derzeit in Griechenland geschieht, entspricht beispielsweise in Ablauf und Logik dem, was damals in Deutschland unter Reichskanzler Heinrich Brüning* geschah.

Keuschnigg: Es gibt aber einen entscheidenden Unterschied zwischen den 30er-Jahren und heute.

Welchen?

Keuschnigg: Im Jahr 2008 hatten Europa und die USA, von wo die Krise ja ausging, grob gesprochen dasselbe Problem: den Finanzsektor. Es zeigte sich jedoch ein wichtiger Unterschied: In Europa kamen noch massive Ungleichgewichte im Handel in den verschiedenen Staaten des Kontinents dazu. Die Krisenstaaten können Importe nicht ständig mit Schulden finanzieren, sie müssen eine Exportindustrie aufbauen, um ihre Importe bezahlen zu können. Dementsprechend konnte die Finanzkrise in den USA bald beendet werden, indem viele Banken abgewickelt wurden – und heute sind die USA wieder eine Region, die das weltwirtschaftliche Wachstum trägt. In Europa jedoch geht die Krise aufgrund der Ungleichgewichte weiter. Weil es eben Zeit braucht, bis die Exportindustrien aufgebaut sind, damit das Land aus den Exporterlösen die Importe zahlen kann.

Die Krise ist also in den USA eine Finanzkrise und in Europa eine Strukturkrise, die aus regionalen Unterschieden resultiert?

Keuschnigg: So könnte man es sehen.

Schulmeister: Sie übersehen, dass es in den USA keine Sparpolitik gab.

Keuschnigg: Ja, aber dafür verschulden sich die USA im Ausland gewaltig. Damit schieben sie in Wahrheit das Problem auf – wie nachhaltig das ist, sei einmal dahingestellt. Mein Punkt ist: Man kann die Krise in Europa wegen der enormen Handelsungleichgewichte nicht mit jener in den USA oder mit der Weltwirtschaftskrise von 1929 vergleichen. Der Euro konzentriert all die Ungleichheiten in einem Währungsraum. Vergleichen Sie doch einmal Griechenland mit der Türkei: Letztere hat auch massive wirtschaftliche Probleme gehabt, aber die Türkei wertete einfach ihre Währung ab. Die Griechen können das nicht. Wenn sie nicht sparen, müssen es eben die Österreicher und Deutschen tun. Dass muss man den Leuten klipp und klar sagen. Die Griechen haben nicht die Möglichkeiten, ihre Währung abzuwerten oder sich über Neuverschuldung ständig von anderen finanzieren zu lassen. Sie müssen ein exportgetriebenes Wachstum zustande bringen – und das braucht Zeit.

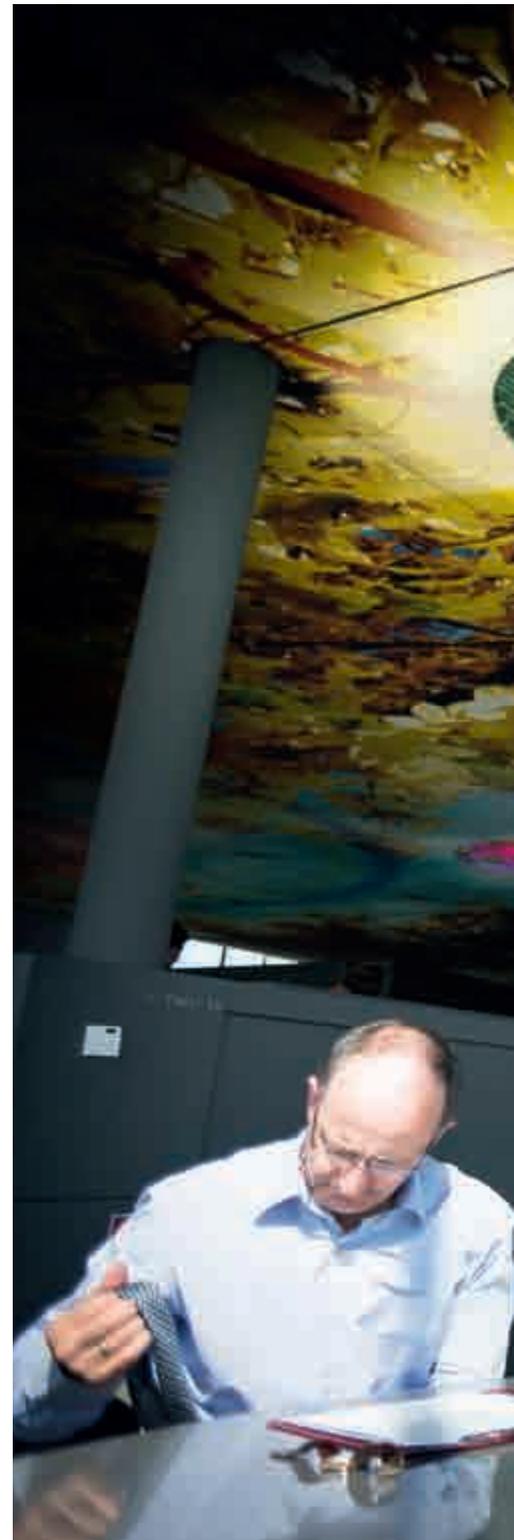
Schulmeister: Langsam, bitte. Die Eurokrise ist ausgebrochen, nachdem die Europäische Zentralbank etwas zugelassen hat, was die Federal Reserve* in den USA von Anfang an ausgeschlossen hat – nämlich dass der freie Markt die Euroländer gegeneinander ausspielen darf. Im Herbst 2010 begann das Spiel des Finanzmarktes, mit Credit Default Swaps* auf den Bankrott von Staaten zu spekulieren. Die Politik hat das durchaus gefördert. Denn unter dem maßgeblichen Einfluss der deutschen Bundesbank sieht Europa das Spekulieren gegen Staaten ja als eine Art gerechte Strafe an: Die Staaten sparen nicht genug, also sollen sie auch hohe Zinsen auf ihre Staatsanleihen zahlen. Jens Weidmann* sprach in diesem Zusammenhang stets von einer „Disziplinierung“ der Staaten. Die Zinsen können ruhig zehn oder zwölf Prozent betragen, damit sie zur Disziplin zurückfinden. Die Folge war das Ausspielen der Länder gegeneinander: Denn in dem Maß, in dem Griechenland, Portugal oder Irland enorme Zinsen zahlen müssen, verringern sich ja jene Österreichs oder Deutschlands.

Keuschnigg: Da ist aber keine Spekulation dahinter. Sie reden immer so, als gäbe es eine große Absicht. Tatsächlich haben die Investoren einfach Angst bekommen, dass sie ihr Geld nicht mehr zurückbekommen. Ich möchte auf den Ursprung des Wortes „Spekulation“ verweisen – es bedeutet „in die Zukunft schauen“. Wenn jemand große Gelder ausstehen hat, will er sie wieder zurückbekommen. Hat er Angst um sein Geld, steigen die Zinsen.

Schulmeister: Herr Keuschnigg, Sie tun immer so, als wären die Aktivitäten auf den Finanzmärkten im Wesentlichen eine legitime Risikoabsicherung. Ich betreibe seit 25 Jahren Feldforschung am Finanzmarkt. Als 2010 die Spekulation gegen Griechenland begann, habe ich die Akteure angerufen und gefragt: Werdet Ihr das Spiel auf andere Staaten ausweiten? Sie antworteten: Natürlich, wir probieren es. Immerhin gibt es genug Unsicherheit in Portugal, Spanien und Italien. Die Renditen der Spekulanten, die in einer relativ frühen Phase mit Credit Default Swaps auf Staatsbankrotte gewettet haben, waren astronomisch. Sie lagen bei 300 bis 400 Prozent. Aber natürlich – nicht alles an diesem Spiel ist reine Spekulation: In einer späteren Phase waren die Zinsen schon so hoch getrieben, dass

„Ich möchte auf den Ursprung des Wortes ‚Spekulation‘ verweisen – es bedeutet, in die Zukunft schauen“

Christian Keuschnigg



Die Debatte im Restaurant Le Loft verläuft angeregt

sich auch konservative Anleger oder etwa Manager von Pensionsfonds zu sorgen begannen. Die sagten: Hoppla, das wird gefährlich. Und so verstärkt sich der Kreislauf immer mehr.

EZB-Chef Mario Draghi hat im Jahr 2012 angekündigt, die Staaten mit dem Kauf von Staatsanleihen um jeden Preis unterstützen zu wollen.*

Schulmeister: Da war es bereits viel zu spät. Man darf gar nicht erst zulassen, dass Akteure wie Goldman Sachs die Zinsen ungeniert in die Höhe treiben und gewaltige Gewinne lukrieren.

Keuschnigg: Draghis Ankündigung war eine gute Sache. Vielleicht hätte sie tatsächlich etwas früher erfolgen sollen. Mein Punkt ist aber, dass die Finanzmärkte nicht einfach aus Jux, Tollerei und böser Absicht speku-

Fortsetzung nächste Seite



Gegensatzpaare der Krise II: Sparender Staat oder investierender Staat?

:: Mit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise rückte ein Thema in den Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Debatte: Soll die öffentliche Hand zur Wirtschafts- und Beschäftigungsstabilisierung Milliarden ausgeben und sich dafür (noch) höher verschulden?

Während vor der Krise Ökonomen Investitionsprogramme weitgehend ablehnten, bewirkte die unerwartete Tiefe des Einbruchs ein rasches Umdenken. Als die Politik zu Jahresende 2008 weltweit Konjunkturpakete schnürte, war ihr der Applaus sicher – zumindest, wenn die Pakete so konzipiert waren, dass sie auf absehbare Zeit wieder verschwinden würden. Wann das allerdings sein soll, war ungleich stärker umstritten. In Europa wurde die De-

batte politisch dadurch beendet, dass während der Griechenland-Krise ein Kurswechsel von den Konjunkturpaketen in Richtung kompromisslose Sparpolitik folgte.

Im Sinn dieser Sparpolitik wurde argumentiert, dass radikales Sparen der Wirtschaft sogar helfen könnte: Erstens würden Unternehmen und Haushalte in Erwartung einer langfristig niedrigeren Steuer- und Abgabenquote schon jetzt mehr ausgeben; zweitens könnte auf diese Weise Entschlossenheit im Kampf gegen die Krise signalisiert werden – was das für einen Aufschwung notwendige Vertrauen wiederherstellen würde.

Gegen die Sparpolitik wurde – etwa von Nobelpreisträger Paul Krugman – bereits damals eingewendet, der Glaube an

die „Vertrauensfee“ sei verfehlt und die Zusammenhänge würden relativ banal bleiben: Gibt der Staat weniger aus, erhalten jene, die ihn beliefern, weniger Aufträge, die Beamtenschaft bekommt weniger Lohn und Konsumenten können sich weniger leisten. Folglich wäre mit einem Teufelskreis aus Einsparungen, schwächerer Wirtschaft, steigender Arbeitslosigkeit, sinkenden Staatseinnahmen und damit neuen Einsparungen zwecks Erreichung der Sparziele zu rechnen.

Trotz Rezession in der Eurozone 2012 und 2013 und dem Anstieg der Arbeitslosigkeit auf zwölf Prozent sind bislang jene Stimmen in der wirtschaftspolitischen Debatte tonangebend geblieben, welche den Sparkurs befürworten. **F**

Fortsetzung von Seite 26

lieren. Tatsächlich müssen die Staaten den Märkten auch einen Grund für das Spekulieren geben. Im Fall der europäischen Krisenstaaten waren das eben die extreme Überschuldung und die enormen makroökonomischen Risiken. Wenn Sie wissen, dass Ihr Nachbar total überschuldet und sein Job unsicher ist, dann werden Sie



„Man darf nicht die Umwelt verbessern, indem man einfach das BIP crashen lässt“

halt vorsichtig sein, ihm Ihr sauer Ersparnis auch noch zu überlassen.

Stagl: Ich meine, die Anti-Krisen-Politik der EZB führt nur zu scheinbarer Sicherheit. Es gibt enorme Risiken, an denen Draghis Ankündigung rein gar nichts geändert hat – und die man nur in den Griff bekommt, wenn man Klimabetrachtungen und andere Umweltfaktoren massiv und systematisch in Institutionen, Strukturen und Entscheidungen hineinbringt.

Welche Risiken gibt es zum Beispiel?

Stagl: Nehmen wir den Klimawandel. Hier zeigt sich, wie Umweltprobleme in die herkömmliche Ökonomie hineinspielen. Die internationale Staatengemeinschaft hat sich dem sogenannten Zwei-Grad-Ziel verschrieben. Die Klimaerwärmung darf also nicht höher als zwei Grad Celsius gegenüber dem Niveau vor der Industrialisierung liegen. Zwei Grad wären eine Möglichkeit, mit den anstehenden Problemen noch irgendwie fertigzuwerden; Naturwissenschaftler fordern sogar 1,5 Grad. Wenn hingegen das derzeitige *business as usual* weitergeht wie bisher, stehen wir in Prognosen bei vier bis fünf Grad.

Sie meinen, all das erhöht die Gefahr von Bürgerkriegen oder Wasserknappheit?

Stagl: Das wären zunächst die direkten Auswirkungen: Unsere Nahrungsmittelsicherheit und Energiegrundlage wird bedroht. Dazu kommen sogenannte negative Feedbackeffekte. Wenn zum Beispiel der Permafrost in den Polarregionen abschmilzt, werden große Mengen des Klimagases Methan frei – was die Temperaturen noch weiter ansteigen lässt. Aber ich spreche gar nicht nur von diesen direkten Effekten.

Sondern?

Stagl: Die Wirtschaft in ihrer derzeitigen Verfasstheit vergrößert noch zusätzlich die Instabilität, die aus solchen Bedrohungen resultieren. Zum Beispiel, indem große Unternehmen und Finanzkonzerne enorme Reserven an fossilen Brennstoffen in ihren Büchern stehen haben. Das sind riesige ökonomische Werte – die aber, wenn man

die Politik ernst nimmt, in Wahrheit gar nichts wert sind. Denn sie können ja nicht verbrannt werden, ohne das Zwei-Grad-Ziel massiv zu verfehlen. Das System ist ohnehin fragil – und derartige Risikofaktoren machen es noch instabiler. Irgendwann wird den Analysten auffallen, wie fraglich solche Werte in den Unternehmensbuchhaltungen eigentlich sind. Auf diese Erkenntnis wird ein Erdbeben folgen, gegen das diverse Ankündigungen der EZB reine Makulatur sind. Solche Dinge meine ich, wenn ich sage, dass wir Erwägungen rund ums Klima und die Umwelt in wirtschaftlichen Abläufen fix institutionalisieren und systematisieren müssen. Die fossilen Brennstoffe in den Büchern sind nur ein Beispiel dafür. Auf verschiedenen Ebenen fahren wir momentan einen Hochrisikokurs.

Und was sollen wir tun?

Stagl: Wir müssen weg von der Nachhaltigkeitsrhetorik und vom Feiern kleiner Erfolge. Wir brauchen eine kohlenstofffreie Produktion und nicht eine, die stolz darauf ist, dass sie beispielsweise um drei Prozent energieeffizienter abläuft.

Das einzige Jahr in den vergangenen Jahrzehnten, das dem Weltklima gutgetan hat, war 2009. Damals haben Millionen Menschen ihre Jobs verloren, und der internationale Export wäre fast zusammengebrochen. Wie könnten solche Reformen gelingen, ohne dass Wohlstand und Stabilität massiv gefährdet werden?

Stagl: Peter Victor* hat die schönen Worte geschrieben: „Slower by design, not by disaster.“ Im Jahr 2009 war der Rückgang der Emissionen nicht etwa der Erfolg von Umwelt- und Klimapolitik, sondern ein Nebeneffekt des massiven wirtschaftlichen Einbruchs. Kaum hatte sich das BIP erhöht, sind die Emissionswerte wieder gestiegen. 2009 haben wir – wenn man so will – einen Vorgeschmack auf die Disaster-Version erlebt. Wir brauchen aber die Design-Variante. Gemeinhin sind Emissionen stark mit dem BIP gekoppelt – höheres BIP, höhere Emissionen. Aber das muss nicht so sein. Man kann mit drastischen Veränderungen in der Produktionsweise einen Rückgang an Emissionen schaffen. Klar ist jedenfalls: Wir sollten die Umwelt nicht verbessern, indem wir einfach das BIP derart crashen lassen, sodass sich für viele Menschen die Lebensbedingungen extrem verschlechtern. Das sehen selbstverständlich auch Umweltschritte kritisch.

Sie meinen also, wir brauchen einen geplanten Wandel riesigen Ausmaßes – aber wie? Durch mehr Regulierung, mehr Planung, mehr Staat? Oder können die Kräfte des Marktes die Transformation bewältigen?

Stagl: Märkte sind wunderbare Mechanismen, um die Ressourcenallokation* in der Gesellschaft zu regeln. Aber sie müssen in die Schranken gewiesen werden. Ansonsten erreichen wir gesellschaftlich erwünschte Ergebnisse nur im Ausnahmefall. Wir müssen die Märkte also durch richtige Institutionen regulieren, die gesellschaftlich gewünschte Ergebnisse ermöglichen. Sonst liefern sie uns hohe Klimagase, immer mehr gesellschaftliche Ungleichverteilung und große Instabilität.

Keuschnigg: Ich stimme zu, Märkte mit den richtigen Spielregeln sind sehr leistungsfähig. Ansonsten aber bin ich viel optimisti-

Federal Reserve, Mario Draghis Ankündigung, Credit Default Swaps, Jens Weidmann

Erläuterungen dazu finden sich im Glossar auf S. 34

Was ist schuld an der Krise? Einige Theorien

Der Klassiker unter den Schuldigen sind natürlich die **Banken**. These: Eine übermächtige Finanzwirtschaft habe, befeuert durch Deregulierung, das Weltfinanzsystem instabil gemacht. Damit verbunden ist oft die Kritik an den großen **Rating-Agenturen**, die wie Brandbeschleuniger fungiert hätten. Gern wird auch – meist aus der weltanschaulichen Gegenrichtung – das unverantwortliche Schuldenmachen der **Staaten** als Krisenursache ins Treffen geführt, das schließlich zu einem immensen Vertrauensverlust geführt habe. Dazu gesellt sich in Europa gern die Kritik an den Konstruktionsfehlern des **Euro** – und vor allem an Europas **Sparpolitik**, die alles noch viel schlimmer mache. Oft als Krisenfaktor genannt werden auch **globale Ungleichgewichte**, etwa die hohe Verschuldung der USA im aufstrebenden **China**. Manche nennen als Ursache für die Krise auch das **Geldsystem** und fordern das sogenannte „Vollgeld“, das ausschließlich vom Staat geschöpft werden kann und nicht von Banken. Als tieferliegende Ursachen gelten für manche der **Wachstumszwang**, der zu immer höherer internationaler Verschuldung geführt habe, und die **Digitalisierung**, die den Staaten die Kontrolle über Geldströme geraubt habe

schon als Frau Stagl. Schauen Sie doch kurz in die Vergangenheit – was hat der technische Fortschritt nicht alles an Veränderungen gebracht! Bei Autos zum Beispiel lag der Benzinverbrauch noch vor zwei Jahrzehnten bei 15 Litern auf hundert Kilometer. Heute gibt es Autos, die einen Elektromotor mit einem Benzinantrieb kombinieren und vielleicht zwei Liter brauchen. Und diese Entwicklung geht ja ständig weiter.

Stagl: Stimmt nicht ganz. Die Motoren der Autos werden zwar effizienter, auf der anderen Seite kommen immer größere Motoren zum Einsatz und man packt immer mehr Features in die Autos rein – sodass der Saldo am Ende gleich oder gar negativ ist. Natürlich produzieren wir heute energieeffizienter als in den 60er-Jahren. Allerdings ist wegen der höheren Produktion der gesamte Energieverbrauch deutlich gestiegen. Die Effizienzsteigerung kompensiert die Mengenzunahme bei weitem nicht. Für den Planeten aber zählt die absolute Menge, die Effizienz ist egal. Im ökonomischen Instrumentarium jedoch geht es immer um Effizienz, das ist ein Kategorienfehler.

Keuschnigg: Für die große Transformation in Richtung Umweltschutz braucht es trotzdem nicht unbedingt einen gewaltigen staatlichen Generalplan. Ich denke, die massiven Effizienzsteigerungen der Vergangenheit haben bewiesen, dass der Wandel auch über Preise erfolgen kann. Warum werden in der Privatwirtschaft denn riesige Investitionen getätigt, um im Umweltbereich etwas weiterzubringen? Weil sich die



„Für die Transformation zu Umweltschutz braucht es keinen gewaltigen staatlichen Generalplan“

Preise für umweltbelastende Produkte immer mehr erhöhen. Es lohnt sich also für Unternehmen, stark in den Umweltschutz zu investieren. Der hohe Ölpreis zum Beispiel hat wohl mehr in Richtung Entölung der Wirtschaft bewirkt als jede politische Maßnahme.

Schulmeister: Ich widerspreche, Marktpreise mit ihren manisch depressiven Schwankungen sind nicht fähig, nachhaltigen Umweltschutz sicherzustellen. Schauen Sie zum Beispiel, was in den USA durch das Fracking passiert. Erdgas wird markant billiger, schon bauen die Marktkräfte energieintensive Produktionen aus. Schließlich folgen sie ihrem Gewinnstreben. Oder der Ölpreis: Innerhalb von 24 Monaten beträgt er einmal 50 Dollar je Barrel, dann 150, schließlich 35. In einer solchen Situation weiß kein Unternehmer, was ihm der Markt sagen will. Dann steht der Unternehmer blöd da, wenn er in energiesparende Technologien investiert hat und anschließend

sinken die Energiepreise. In Wahrheit handelt es sich bei diesen Preisentwicklungen um eine krasse Abfolge von Bullen- und Bärenmärkten*, dominiert von den Finanzmärkten. Sie sind absolut unzuverlässig und unfähig, die Welt in Richtung mehr Nachhaltigkeit zu führen.

Wie könnte man mehr Stabilität in das System bringen?

Schulmeister: Ein konkreter Vorschlag: Es gibt Studien, die berechnen, um wie viel der Erdölpreis steigen müsste, damit die Verbraucher ihr Verhalten derart umstellen, dass wir unter das Zwei-Grad-Ziel kommen. Diese Studien könnte man hernehmen. Laut OECD zum Beispiel wäre ein solcher Richtpreis ungefähr 250 Dollar je Barrel. Die EU könnte beispielsweise auf Basis dieser Zahl eine flexible Abschöpfungssteuer einführen. Auf den normalen Preis wird diese Steuer dann einfach draufgeschlagen, sodass die Summe 250 Dollar ergibt. Dieses Projekt müsste zeitlich begrenzt erfolgen, zum Beispiel bis zum Jahr 2025.

Also sollen nicht mehr Angebot und Nachfrage am Markt den Ölpreis bestimmen, sondern er wird einfach von der EU festgesetzt?

Schulmeister: Die Unternehmer, die Autoindustrie, alle könnten bei einem solchem Modell mit Sicherheit rechnen. Wer sein Haus thermisch sanieren will, weiß, es zahlt sich aus – denn billiger wird das Heizöl garantiert nicht wieder. Eine solche Herangehensweise wäre ungleich effizienter als die derzeitige – und zugleich nutzt sie die Marktlogik. Ich glaube nicht, dass irgendwelche Katastrophenfilme über den Klimawandel je die Menschen dazu bringen werden, im Sinn der Umwelt zu handeln. Aber Anreize durch Preise, die schaffen das. Und in dem Fall schaffen sie es auch noch höchst zuverlässig. Die Kosten des Klimawandels, die der freie Markt nicht zu berücksichtigen in der Lage ist, würden in diesem Modell eingepreist. Das ist ein Vorschlag, in dem die Politik das Schicksal der Gesellschaft selbst in die Hand nimmt – und es nicht dem heiligen Markt überlässt. Aber genau deshalb ist dieser Vorschlag für modern sozialisierte Ökonomen ganz und gar undenkbar.

Keuschnigg: So undenkbar ist die Idee für mich gar nicht, nur unterscheidet sich mein Gegenvorschlag geringfügig: Ich glaube

Peter Victor, Emissionshandel, Ressourcenallokation, Heinrich Brüning
Erläuterungen dazu finden sich im Glossar auf S. 34

nicht, dass Politiker und Bürokraten den richtigen Preis finden können. Stattdessen schlage ich vor, dass die Politik einen Emissionspfad vorgibt. Nicht der Preis soll also reguliert werden, sondern die Menge der Emissionen. Wirtschaft und Markt müssten dann selbst den richtigen Weg finden. Und genau dieses Modell wird ja auch praktiziert, in Form des europaweiten Emissionshandels*.

Schulmeister: Private Haushalte haben auch Emissionen, und die erreicht man mit Zertifikaten nicht. Sondern nur die Unternehmen.

Außerdem gilt der europäische Emissionshandel als realpolitisches Desaster.

Stagl: Ja, aber das ist eine Frage des institutionellen Designs. Theoretisch könnte das System der Emissionszertifikate funktionieren – nur war das bisher noch nicht der Fall. Im bisherigen Emissionshandel hat es Lobbying bis zum Umfallen gegeben. Der draus resultierende Preis von fünf bis sechs Euro pro Emissionszertifikat war so niedrig, dass er kaum steuernde Wirkung hatte. Das bisherige Modell war ein Feigenblatt, null Wirkung. Aber das muss nicht so sein.

Wie könnte es sein?

Stagl: Es sind durchaus Formen der von Herrn Keuschnigg vorgeschlagenen Mengenregulierung denkbar, die funktionieren. In jedem Fall muss man aus umweltökonomischer Perspektive die Planbarkeit von Entscheidungen erhöhen, sowohl in Unternehmen als auch in Haushalten. Wir brauchen größere Klarheit über Preise und deren Entwicklung. Nur dann können die Akteure auf umweltschonende Technologien umrüsten, ohne das nachher bereuen zu müssen. Es gibt allerdings einen Haken an der Regulierung der Menge statt an jener der Preise: Wenn man die politische Ökonomie mitbedenkt, ist es schwer vorstellbar, dass bei der Festsetzung von Emissionsmengen kein Lobbying stattfinden wird und dass nicht erneut zu viele Zertifikate ausgegeben werden. Die Regulierung über den Preis hingegen läuft über Steuern – und die sind ein klassisches Vehikel von Staaten. Steuern haben wir getestet, da kennen wir uns aus. Wir wissen zwar nicht genau, wie hoch Steuern sein sollen, die ökologisch hundertprozentig korrekt sind. Aber man könnte

zum Beispiel sagen: Weil Kohle doppelt so kohlenstoffintensiv ist wie Erdgas, ist die Steuer auf Kohle eben doppelt so hoch wie auf Erdgas.

Schulmeister: Würde man den Ölpreis fixieren, dann könnte man sich hundertprozentig auf die Preisentwicklung verlassen – und das würde einen Investitionsboom sondergleichen auslösen. Die Autoindustrie zum Beispiel weiß derzeit nicht, ob es sich auch auszahlt, in Elektromobilität und andere alternative Antriebsformen zu investieren – weil die Preise für fossile Treibstoffe könnten ja auch wieder sinken. Solche Unsicherheiten würde die Regulierung der Preise beenden. Ich glaube allerdings, dass es für einen solchen Schritt auch ein neues Denken braucht. Ein gewisses New-Deal-Den-



„Schwankende Marktpreise sind nicht fähig, nachhaltigen Umweltschutz sicherzustellen“

ken. Wir müssen sagen: Packen wir es an! Man könnte zum Beispiel in Österreich generalstabsmäßig den kompletten Gebäudebestand thermisch sanieren. Damit verbessere ich nicht nur die Umwelt, ich schaffe auch zehntausende Arbeitsplätze. Ähnliche Maßnahmen ließen sich beispielsweise im öffentlichen Nahverkehr durchführen.

Keuschnigg: Und wie bitte wollen Sie das mit dem staatlichen Budgetdefizit in Einklang bringen? Ich nehme an, bei einem solchen Projekt würde es sich um öffentliche Investitionen handeln. Der Staat gibt also Geld dafür aus – und das muss er über

Fortsetzung nächste Seite

Gegensatzpaare der Krise III: Demokratie oder Troika?

Im Zuge der Verschärfung der Krise in der Eurozone setzte bald eine Reformdiskussion ein, die sich im Kern um eine Frage dreht: Braucht es mehr der sogenannten „Disziplinierung der Staaten durch die Märkte“? Oder muss umgekehrt der demokratisch legitimierte Souverän gestärkt werden, damit das Allgemeinwohl nicht von den Launen und Fehlern der Finanzanleger abhängt? Gerade die Deregulierung der Finanzmärkte führte ja zur großen Rezession und beinahe zum Systemkollaps.

Deutschlands Bundeskanzlerin Angela Merkel brachte den Marktdisziplinierungsansatz auf den Punkt, als sie vom Ziel einer „marktkonformen Demokratie“ sprach. Sie definierte diese als Umgestaltung der parlamentarischen Mitbestimmung in der Form, „dass sich auf den Märkten die entspre-

Im März 2014 übte das EU-Parlament scharfe Kritik an der Troika: Sie vernachlässige Wachstumsimpulse und sei demokratisch nicht legitimiert

chenden Signale ergeben“. Höhepunkt dieser Entwicklung ist die „Troika“ aus EZB, IWF und EU-Kommission, die Staaten zum Sparen zwingen.

Die These hinter solchen Maßnahmen ist jene der sogenannten effizienten Finanzmärkte. Sie besagt – umgelegt auf die Wirtschaftspolitik –, dass aus Eigeninteresse heraus Leute dort am meisten ihr Geld anlegen, wo ihr Risiko am geringsten ist. Eine „marktkonforme“ Wirtschaftspolitik ist in dieser Sichtweise am besten für alle. Jede europäische Hilfe wäre kontraproduktiv, weil sie den Druck von der Politik nähme, „richtige“ Entscheidungen zu treffen.

Allerdings: Die These der effizienten Finanzmärkte hat sich seit der Krise 2008 als katastrophal falsch erweisen – selbst in den Augen etlicher Mainstream-Ökono-

men. Der Ansatz gilt heute als undemokratisch und unpraktikabel.

Hingegen haben zahlreiche Maßnahmen gezeigt, dass sich die wirtschaftliche Lage in der Krise erst durch öffentliche Intervention beruhigt. So konnten erst milliardenschwere Bankenrettungs- und Konjunkturpakete den Einbruch stoppten. Die Staaten mussten die Banken, die viel (fremdes) Geld in nicht nachhaltige Projekte gesteckt hatten, retten – und nicht umgekehrt, wie es die These der effizienten Finanzmärkte eigentlich vorsehen würde.

Auch die Rezession 2012 wurde nur durch staatliche Intervention beendet – durch Rettungsschirme und die Ankündigung der EZB, die Eurozone zu retten. Dennoch: Die kompromisslose Sparpolitik bleibt bislang aufrecht.

Fortsetzung von Seite 29

Steuern wieder hereinbekommen. Somit stellt sich die Frage, wie die Steuerlasten fair verteilt werden können. Wie man es dreht und wendet – am Ende muss jemand für solche Maßnahmen bezahlen.

Schulmeister: Es geht gar nicht so sehr um öffentlicher Investitionen. Ich führe ein Beispiel aus der Geschichte an: Als Roosevelt seinen New Deal durchführte, ist das Budgetdefizit in den USA niemals gestiegen. Die staatliche Nachfrage nach Investitionen ist zwischen 1933 und 1937 viel weniger gewachsen als die private. Und gleichzeitig wuchs das BIP um stolze 43 Prozent.

Wie war das möglich ohne große staatliche Investitionsprogramme?

Schulmeister: Roosevelt hat einfach das ganze System neu aufgesetzt. Das Geld für die Reform kam aus der kompromisslosen Unterbindung von Spekulation. Der Grundgedanke war, dass man dem Finanzkapital selbstreferenzielle Vermehrungsmöglichkeiten versperrt. Dies hat Roosevelt beispielsweise mit dem Glass-Steagall-Act* durchgesetzt. Und weil Kapital ja immer einen Renditezwang hat, wanderte es in die Realwirtschaft ab, nachdem ihm der Weg in die Finanzwirtschaft verwehrt worden war. Zum Vergleich: Heute finden in Europa über 90 Prozent der Transaktionen, die Banken durchführen, innerhalb von Banken statt. Genau solche Spielchen hat Roosevelt einst unterbunden! Ich will noch einen Aspekt hinzufügen: Man darf auch die sozialpsychologische Komponente von Roosevelts New Deal nicht außer Acht lassen. Er hat den Menschen Zuversicht gegeben. Eine Depression zu bekämpfen, heißt auch, gegen Niedergeschlagenheit anzugehen. Und die breitet sich unter jungen Leuten natürlich aus, wenn sie keine Jobs finden.

Stagl: Ich stimme zu, es braucht eine kollektive Anstrengung, um der Transformation Ausdruck zu verleihen. Ein Beispiel: Ende der 70er-Jahre sind in Großbritannien – und das ist wahrlich keine Planwirtschaft – Abgesandte des Staates durch die Straßen gezogen und haben die Haushalte motiviert, die alten Kohleöfen durch Gasboiler zu ersetzen. Die Haushalte bekamen damit sauberere und günstigere Energie, und der Staat hat das effizient und zentral organisiert. Dieses erfolgreiche Beispiel spiegelt sich bis heute in den britischen Emissionswerten wider.

Schulmeister: Was damals die Gasboiler waren, ist heute die Wärmedämmung.

Stagl: Ich möchte Herrn Schulmeister aber in einem Punkt widersprechen. Bei dem sogenannten Green New Deal*, den Sie skizzieren, geht es immer noch darum, dass BIP zu steigern. Das ist meiner Ansicht nach die falsche Kategorie. Man müsste stattdessen das Wohlbefinden erhöhen. Viele Aspekte des Wohlbefindens korrelieren nicht mit dem BIP. Da müssen wir präziser messen.

Ein neuer Index soll das BIP ersetzen?

Stagl: Einer, der gleichzeitig misst, inwieweit wir innerhalb unserer biophysischen Grenzen bleiben, die gesellschaftliche Gleichheit erhöhen und unser Wohlbefinden sich entwickelt. Das wäre ein multidimensionales Zielsystem. Derzeit haben wir nur ein Navigationssystem für einen Teil dessen, was gesellschaftlich als relevant erachtet wird. Wir sind momentan ein bisschen unterwegs wie in jener Zeit, bevor Richard Stone* die



Fortsetzung Seite 32



Über dem Häusermeer Wiens debattieren die Wissenschaftler über die Krise, ihre Ursachen und Folgen



Fortsetzung von Seite 30

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung* aufgesetzt hat.

Keuschnigg: Innerhalb der Ökonomie hat man längst erkannt, dass das BIP nicht das Maß aller Dinge ist. Die Uno zum Beispiel hat neue Wohlstandsmaße entwickelt, oder etwa die Statistik Austria. In diese gehen neben dem Einkommen auch Dinge wie Freizeit, Umweltqualität und Sicherheit ein. Aber es ist schwierig, abseits des BIP verlässliche Vergleichbarkeit zwischen Staaten herzustellen.

Stagl: Es gibt aber bereits Entwürfe, die schön zusammenfassen, wie ein solches multidimensionales Zielsystem aussehen könnte. Die Stiglitz-Kommission* aus Joseph Stiglitz, Amartya Sen und Jean-Paul Fitoussi hat hier beeindruckende Arbeit geleistet. Es gibt erstaunlich viele Daten, die auch international vergleichbar sind. Man muss nur umdenken.

Nehmen wir an, wir entwickeln neue Modelle zur Messung des Wohlbefindens. Außerdem machen wir die Welt umweltfreundlicher und stellen Kostenwahrheit her, indem wir Steuern einheben, zum Beispiel auf fossile Brennstoffe. Aber führt all das nicht nur dazu, dass sich die armen Leute den Konsum nicht mehr leisten können? Müssen sie der Umwelt zuliebe zurück zum Lebensstandard der 70er-Jahre?

Stagl: Die moderne Umweltökonomie diskutiert umweltfreundliche Produktion und faire Verteilung immer gemeinsam. Umweltreformen müssten daher mit progressiveren Einkommenssteuern einhergehen. Die Institutionen müssten so ausgestaltet sein, dass die Einkommens- und Vermögensverteilung gerechter wird.

Schulmeister: Ich bleibe dabei, dass Europa für mehr Gerechtigkeit und mehr Umweltschutz vor allem wieder dorthin zurück muss, wo es bis in die 70er-Jahre war. Damals hat noch die Verteilung gestimmt und die Realwirtschaft florierte. Gleichzeitig war – wenn man so will – das Banking noch

In einem knapp zweistündigen Gespräch werden alle Positionen zur Krise aufgearbeitet

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Stiglitz-Kommission, Glass-Steagall-Act, Initiative der Studenten, Green New Deal

Erläuterungen dazu finden sich im Glossar auf S. 34

boring, und der Banker war ein Bankbeamter. Ein weiteres Beispiel aus der Ökonomiegeschichte: Laut Wirtschaftshistorikern hat das Verbot aller Termingeschäfte im Deutschen Reich im Jahr 1895 wesentlich zur Industrialisierung beigetragen. Im heutigen Europa hingegen wird im Durchschnitt jeden Tag die 120-fache Menge des BIP auf den Finanzmärkten hin- und hergeschoben. Oder schauen Sie kurz ins moderne China: Dort sind in den vergangenen vier Jahren die Aktienkurse an den Börsen um 50 Prozent gefallen, während sich die Realwirtschaft ungleich stärker als in vielen anderen Weltgegenden weiterentwickelt hat – das ist ein irres Signal für die immense Diskrepanz zwischen Real- und Finanzkapitalismus.

Keuschnigg: Damit Wirtschaftswachstum zustande kommt, braucht es allerdings nicht nur die gute alte Kreditversorgung und das vielzitierte *boring banking*. Es muss heutzutage beispielsweise auch Exporttätigkeit versichert werden, ebenso wie Preisschwankungen. Jeder kleine Betrieb braucht heute die sogenannte Spekulation an den Finanzmärkten, um sich mit Termingeschäften gegen Preisschwankungen abzusichern und die Erlöse zu stabilisieren. Ein stark entwickelter Finanzsektor, wenn auch mit Spielregeln, ist notwendig für Wachstum und Wohlstand. Das beweisen arme Länder mit schwachen Finanzwirtschaften. Ein unterentwickelter Finanzmarkt war noch immer ein Hemmnis, das weist auch die Wissenschaft nach.

Apropos Wissenschaft: Sie alle drei unterrichten auf Universitäten. Dort hat sich kürzlich – wieder einmal – eine Initiative aus Studenten und Professoren gebildet. Sie kritisiert die ökonomische Lehre als zu formalistisch. Gerade angesichts der Krise und der Ereignisse am Finanzmarkt, so der Vorwurf, würden große grundsätzliche Fragen an den Unis nicht gestellt. Herr Keuschnigg, haben die Kritiker recht?*

Keuschnigg: Dass die Erkenntnisse aus der Krise nach und nach in die Forschung einfließen, ist ein Prozess, der Zeit braucht. Trotzdem ist heute ein modernes Makroökonomie-Lehrbuch* nicht mehr vorstellbar ohne ein Kapitel über den Finanzmarkt. Im Übrigen ist die Lehre an den Unis ziemlich diversifiziert: Wir an der Universität Sankt Gallen beispielsweise verfügen etwa über ein Kontextstudium, in dem fächerübergreifend auch philosophische und gesellschaftliche Fragen behandelt werden. Derzeit beschäftigen sich viele Wissenschaftler mit der Finanzkrise, ihren Auswirkungen, dem Zusammenhang mit der Staatsverschuldung oder der Stabilität der Finanzmärkte. Da passiert unglaublich viel – aber es dauert eben, bis das systematisch in die Lehrbücher einfließt. Wie ein Unternehmen muss eine Uni natürlich darauf achten, fit und auf dem neuesten Stand zu sein. Ich glaube aber, dass die Ökonomie insgesamt auf dem richtigen Weg ist.

Wenn Sie ein Student nach lohnenden Themen fragt, was antworten Sie?

Keuschnigg: Das Durchdeklinieren der großen wirtschaftspolitischen Probleme – von öffentlichen Finanzen über Arbeitslosigkeit bis zu Umweltverknappung. Das sind spannende Diplomarbeiten und Dissertationen. Üblicherweise sind die Studierenden dankbar für solch brennende Fragen. Aber natürlich gibt es dann auch die Kollegen, die sich wahnsinnig spezialisieren, wie es der akademische Wettbewerb erfordert.

Schulmeister: Ich meine, die ökonomische Lehre hat sich unfassbar selbst isoliert – und zwar paradoxerweise gerade in ihrem Bestreben, es in der Genauigkeit und vor allem in der Widerspruchsfreiheit mit den Naturwissenschaften aufzunehmen. Diese Entwicklung geht zurück bis ins 19. Jahrhundert. Wenn ich jedoch als Ökonom ein widerspruchsfreies Modell schaffen möchte, dessen Gegenstand eine Welt voller Widersprüche ist – dann baue ich mir letzten Endes ein Luftschloss.

Keuschnigg: Aber dieses Problem ist nicht in der Ökonomie angelegt, sondern im Verhältnis zwischen Grundlagenforschung und angewandter Forschung. Der Abstand zwischen den beiden ist in der Ökonomie nicht größer als etwa in der Physik und den Naturwissenschaften. Trotzdem gibt es auch eine breite angewandte Forschung, die empirisch oder etwa wirtschaftspolitisch orientiert ist – und sich mit den brennenden Problemen der Gegenwart beschäftigt.

Schulmeister: Wo bitte gibt es die? Was Sie als angewandte oder empirische Forschung bezeichnen, ist die Praxis, die Welt durch Zeitreihen und Datenhaufen zu betrachten. Was völlig fehlt, ist das riesige Gebiet der konkreten Feldforschung. Der Ökonom muss Wirtschaften als menschliches Verhalten verstehen. Wenn man zum Beispiel befragen will, wie sich Devisenhändler verhalten, muss man in ihre Büros gehen. Dort sitzen die Händler vor sechs Bildschirmen – was ist darauf zu sehen? Nach welchen Kriterien kauft der Händler plötzlich Millionen, um sie 30 Sekunden später wieder zu verkaufen? Was hat er da zuvor angeschaut? Man muss die Wirtschaftsakteure beobachten wie einst Konrad Lorenz die Graugänse.

Keuschnigg: Genau das wird doch getan! Es gibt die moderne Behavioral Economics* oder etwa mikroökonometrische* Methoden, bei denen man sich Haushalte und Unternehmen genau anschaut.

Schulmeister: Das sind Befragungen, die das Problem nicht lösen. Lorenz hat die Graugänse ja auch nicht befragt, sondern beobachtet. Die Ökonomie konstruiert stattdessen eine Welt als Welle und Vorstellung. Sie malt sich eine Gesellschaft aus lauter Homi-

Homo oeconomicus, Makroökonomie, Ökonometrie, Behavioral Economics, Erläuterungen dazu finden sich im Glossar auf S. 34

Mitarbeit:
Sepp Zuckerstätter, AK

nes oeconomici* aus, von denen jeder im Gehirn angeblich exakt dieselbe Informationsverarbeitungsmaschine hat. Der Wettstreit unter Ökonomen ist es dann, dem Kollegen möglichst einen logischen Fehler nachzuweisen. Das Schlimme an diesem grotesken System ist, dass man glaubt, aus dieser Logik der Luftschlösser heraus Handlungen für die echte Welt und die Wirtschaftspolitik ableiten zu können. Daraus ergibt sich eine Entmündigung des Systems Politik. Der Primat des Marktes über die Politik wird de facto wissenschaftlich legitimiert. Ein Beispiel: Die Ökonomen glauben, dass der Arbeitsmarkt wie der Äpfelmarkt funktioniert, ausschließlich über Angebot und Nachfrage. Deshalb muss man Arbeitslosigkeit mit Lohnsenkungen bekämpfen – ist doch ganz logisch. Und die Politik greift solche Vorschläge allen Ernstes auf.

Keuschnigg: Wenn Sie so wollen, Herr Schulmeister, dann hat jeder Wissenschaftler seine Luftschlösser. Denn jede Theorie – auch die Ihre – beruht auf irgendeinem Gedankengebäude. In diesem Sinn baut jeder, der abstrahiert, sein eigenes Luftschloss, sonst sieht man den Wald vor lauter Bäumen nicht. Ohne Abstraktion gewinnt man keine Erkenntnisse.

Stagl: Ich will als Positivbeispiel unser Department für Sozioökonomie an der Wiener Wirtschaftsuniversität nehmen. Es zeigt meiner Ansicht nach, wie man das Ökonomiestudium besser gestalten könnte. Wir beginnen dort bei den großen gesellschaftlichen Herausforderungen. Unser Master-Lehrgang zum Beispiel ist angereichert mit Erkenntnissen aus anderen Sozialwissenschaften und konsistent mit den Naturwissenschaften, etwa was die biophysische Ba-

sis des Wirtschaftens betrifft. Wir beginnen im Grunde bei der Wissenschaftstheorie, bei der Frage: Wie schauen wir überhaupt auf das System? Denn man braucht immer mehrere Linsen, um ein komplexes System auch nur ansatzweise zu verstehen. Es gab in den Wirtschaftswissenschaften in den vergangenen Jahren die Tendenz, die wirtschaftlichen Akteure als superhuman zu begreifen, als clever und immer cleverer – bis kein individueller Unterschied mehr übriggeblieben ist. Diese Sichtweise produziert jedoch Fehleinschätzungen und Unsicherheiten. In Wahrheit hat die Verhaltensökonomie in vielen netten Laborexperimenten schon längst bewiesen, dass die angeblichen Anomalien der Menschen in Wahrheit der Normalfall sind. Darüber hinaus muss man aber auch die Strukturen betrachten, innerhalb derer Entscheidungen getroffen werden. Deshalb befassen wir uns in unserem Department auch mit Wohlbefindensindikatoren oder etwa dem Unterschied zwischen Wachstum und Entwicklung. Und zu all dem kommt noch das handfeste Wissen der Mikro- und Makroökonomie, quasi das essenzielle Handwerkszeug unserer Studenten und Absolventen.

Ihr Lehrgang ist also bewusst ein Gegenentwurf zur gängigen ökonomischen Lehre, wie sie derzeit an den Universitäten unterrichtet wird?

Stagl: Ja, das kann man so sehen. Wir machen einen konstruktiven Vorschlag, was man wissen sollte, um als Ökonomen mitzuhelfen, die großen gesellschaftlichen Herausforderungen zu adressieren.

Danke für das Gespräch.

EF

Von Bear Stearns bis zu Mario Draghi: Eine kurze Geschichte der Krise(n)

Bei allen großen Ereignissen setzen sich früher oder später populäre Erzählweisen durch – so auch bei der großen Finanzkrise. Ihren Beginn datiert man gerne auf September 2008, als die New Yorker Investmentbank Lehman Brothers pleitegeht. Tatsächlich jedoch beginnt sie schon ein Jahr davor: Mitte 2007 werden zwei Hedgefonds der US-Investmentbank Bear Stearns bankrott, die mit US-Immobilien spekuliert haben.

In der Folge geraten auch deutsche Landesbanken und etwa die britische Bank Northern Rock in die Bredouille, weil sie mit Bear Stearns in Verbindung stehen. Bear Stearns selbst wird bald von der Investmentbank J. P. Morgan Chase übernommen – und damit gerettet. Ein Jahr später, bei Lehman Brothers, wird sich dieser Schritt jedoch nicht wiederholen.

In den Monaten nach Lehman treten alle Probleme des Bankensektors voll zutage: Zahlreiche kriselnde Investmentbanken werden von anderen übernommen. Die USA notverstaatlichen den Versicherungsgiganten AIG, um ihn vor der Pleite zu retten. Der US-Bankensektor wird mit 700 Milliarden Dollar gestützt – und Europa zieht bald mit ähnlichen Schritten nach. Solche Maßnahmen werden diesseits wie jenseits des Atlantiks heftig kritisiert. Aber sie sind in dieser Lage wohl unausweichlich, um das internationale Finanzsystem zu stabilisieren.

Im Herbst 2008 herrscht jedenfalls Katastrophenstimmung: Die Kurse stürzen in ungekannte Tiefen, die Staaten pumpen un-

Drei große Krisen

Die Tulpenkrise
brach im Jahr 1636 in den Niederlanden aus, nachdem Tulpenzwiebel zum Spekulationsobjekt geworden waren

Der Gründerkrach
brach 1873 infolge eines Börsenbooms in Wien aus. Die jahrelange Depression beendete das Zeitalter des europäischen Liberalismus

Der Weltwirtschaftskrise
ab 1928 ging ein Spekulationsfieber in den USA voran. In Amerika konnte sie durch den New Deal überwunden werden, in Europa bereitete sie dem Faschismus den Weg

vorstellbare Summen in ihre Finanzsektoren – im Frühjahr 2009 stellt auch Österreich bis zu 100 Milliarden Euro Staatsgeld zur Verfügung. Gleichzeitig bricht weltweit die Wirtschaft ein und muss mit milliardenschweren Konjunkturpaketen stimuliert werden. 2009 ist in vielen Ländern das Jahr mit dem größten Wachstums- und Exporteinbruch seit dem Zweiten Weltkrieg.

Infolge der gewaltigen staatlichen Interventionen beruhigt sich ab Herbst 2009 die Situation wieder, zumindest vorläufig. Die Krise hinterlässt nun Staaten, die sich hoch verschuldet haben – was Anfang 2010 direkt in den zweiten Akt des Dramas führt.

Im Februar steht Griechenland knapp vor dem Staatsbankrott, bald folgt Irland. Obwohl die Sorge um die Stabilität des Euro wächst, reagieren die Euro-Staaten zunächst bei weitem nicht so entschlossen wie bei der Rettung der Banken – die zu diesem Zeitpunkt übrigens international längst wieder glänzende Gewinne schreiben.

Dass Euro-Krisenstaaten so zögerlich und widerwillig geholfen wird, gilt heute als Brandbeschleuniger der Eurokrise. Vor allem Deutschland bremst. Erst im April 2010 einigt sich Europa auf ein kleines Hilfspaket für Griechenland, das mit etlichen Sparauflagen verbunden ist. Bald folgen weitere Pakete. Die Sorge um den Euro ist inzwischen so groß, dass nun neben Griechenland und Irland weitere Staaten als Pleitekandidaten ins Gerede kommen, etwa Spanien, Portugal und Italien.

In vielen Ländern wächst zwar in den Jahren 2010 und 2011 die Wirtschaft wieder, in Europas Krisenstaaten aber ist die Situation katastrophal. Die Wirtschaftseinbrüche und Arbeitslosenzahlen erreichen ungekannte Dimensionen. Hektisch bastelt die Eurozone an Reformen, zum Beispiel am dauerhaften Euro-Rettungsschirm ESM („Europäischer Stabilitätsmechanismus“) und an einem gemeinsamen Budget-Regime zur Verringerungen von Staatsschulden, dem sogenannten Stabilitätspakt.

Ende 2011 sehen viele trotzdem den Zerfall der Eurozone in unmittelbarer Nähe. Immer höhere Zinsen müssen Staaten nun für ihre Anleihen zahlen. Erst im Sommer 2012 schließlich beendet EZB-Chef Mario Draghi die Spekulation gegen die europäische Währung, indem er ankündigt, „alles Erforderliche zu tun, um den Euro zu erhalten“. Gleichzeitig senkt die EZB den Leitzins auf nie gekannte Tiefen. Danach beruhigt sich die Situation wieder.

Und heute? Seit Anfang 2014 wächst die Wirtschaft wieder leicht, nachdem sie sich in den vorangegangenen beiden Jahren in der Rezession befunden hat. Auch an den Finanzmärkten herrscht wieder mehr Vertrauen – zumindest was die Euro-Staaten betrifft. Manche sehen darin den Beginn einer nachhaltigen Erholung.

Andere warnen – vor weiterer Instabilität am Finanzmarkt oder vor trügerischer Stabilität, die mit hohen Schulden erkauft wurde. Das Schlimmste, meinen sie, steht vielleicht erst bevor.

EF

Glossar: Was man zum Streitgespräch der Ökonomen noch wissen sollte

Bankenunion

Wichtigster Teil der Bankenreform auf EU-Ebene, die durch Finanz- und Eurokrise notwendig geworden war. Die Bankenunion besteht aus drei Säulen: einer gemeinsamen europäischen Bankenaufsicht, einer ebensolchen Einlagensicherung für Sparer sowie einer europaweit geordneten Insolvenzmöglichkeit für Krisenbanken. Die EZB soll im November 2014 mit der gemeinsamen Aufsicht zunächst über die größten Institute starten, Vorbereitungen laufen.

Basel III

Reformpaket für Banken, das – mit zahlreichen Übergangsfristen – im Jänner 2014 in Kraft trat. Die Bemühungen um Basel III begannen nach der Bankenkrise 2008. Das Paket stellt höhere Anforderungen an die Banken hinsichtlich Höhe und Qualität des Eigenkapitals sowie ans Risiko- und Liquiditätsmanagement. Das soll die Banken krisenresistenter machen.

Behavioral Economics

Jener Teil der Wirtschaftswissenschaften, der sich mit dem tatsächlich beobachtbaren Verhalten in wirtschaftlichen Situationen beschäftigt.



Heinrich Brüning

Nationalkonservativer deutscher Reichskanzler von 1930 bis 1932. Der sogenannte „Hungerkanzler“ wollte mit harten Sparmaßnahmen gegen die Weltwirtschaftskrise ankämpfen – und ebnete den Nationalsozialisten den Weg.

Bruttoinlandsprodukt

Misst den Gesamtwert aller Dienstleistungen und Waren, die jährlich in einem Land hergestellt werden. Das BIP ist das zentrale Maß der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit eines Landes.

Bullen- und Bärenmärkte

Ein Bullenmarkt steht an der Börse für steigende Kurse – denn er stößt mit den Hörnern nach oben. Der Bär hingegen schlägt mit der Pranke nach unten.

Credit Default Swap

Eine sogenannte Kreditausfallsversicherung. Bei einem CDS zahlt eine Seite eine Prämie, damit die andere im Fall des Kreditausfalls den Verlust übernimmt. Die Kosten dieser Versicherungen dienen als Indikator für die Bonität des Schuldners. Der massive Handel mit CDS gilt als einer der Auslöser der Finanzkrise.



Draghis Ankündigung

Im Sommer 2012 sagte der EZB-Chef Mario Draghi, sein Institut werde „alles Erforderliche tun, um den Euro zu erhalten“. Danach beruhigte sich die Eurokrise, weil die Finanzmärkte aufhörten, auf den baldigen Zerfall der Währungsunion zu spekulieren.



Emissionshandel

Handel mit Luftverschmutzungsrechten für die Industrie. Auf EU-Ebene wurde er im Jahr 2005 eingeführt, um den Ausstoß von Treibhausgasen zu reduzieren. Gleichzeitig soll der Emissionshandel Marktmechanismen berücksichtigen. Gilt aufgrund von Lobbying und Billigzertifikaten als Misserfolg.

Federal Reserve

Die Fed ist das 1913 gegründete System der US-Notenbanken – und damit das US-Gegenstück zur EZB.



Finanzintermediation

Die Vermittlung zwischen Kapitalnachfrage und Kapitalangebot – also idealerweise das, worauf sich Banken konzentrieren sollten.

Finanztransaktionssteuer

Eine Steuer im Promillebereich, um die Spekulation auf sehr kleine Preisunterschiede unattraktiv zu machen. Sie gilt als ein Instrument, um den Handel mit Finanzprodukten im Millisekundenkontakt abzuschaffen. Ursprünglich wurde sie vom Nobelpreisträger James Tobin vorgeschlagen – und war für Attac namensgebend. Die jüngste Initiative von elf EU-Mitgliedsstaaten liegt derzeit noch auf Eis.

Fiskalpakt

Ein Ende 2011 vereinbarter Pakt der Euroländer, der strenge Obergrenzen für die (Neu-)Verschuldung der Mitgliedsstaaten vorsieht

Glass-Steagall-Act

Ein US-Gesetz von 1933 unter Franklin D. Roosevelt, das ein sogenanntes Trennbankensystem einführt – also Investment- von Einlagenbanken trennte. Dies sollte das Bankenwesen weniger risikofreudig machen. 1999 hob Bill Clinton den Glass-Steagall-Act auf.



Goldman Sachs

Große und mächtige US-Investmentbank mit Sitz in New York. Machte 2012 34 Milliarden Dollar Umsatz.

Green New Deal

Konzept für eine ökologische Wende des Wirtschaftssystems nach dem Vorbild von Roosevelts New Deal.

Homo oeconomicus

Theoretisches Modell des Menschen als eines ausschließlichen Nutzenmaximierers. Erdacht vom britischen Philosophen John Stuart Mill im 19. Jahrhundert.

Makroökonomie

Jener Teil der Volkswirtschaftslehre, der sich mit Wirtschaftskreisläufen als Ganzes beschäftigt.

Mikroökonomie

Jener Teil der Volkswirtschaftslehre, der sich mit einzelnen Wirtschaftssubjekten – mit Haushalten und Unternehmen – beschäftigt.

New Deal

Großangelegte Wirtschafts- und Sozialreformen in den USA zwischen 1933 und 1938. Er umfasste neben arbeitsrechtlichen und sozialstaatlichen Reformen auch Finanzmarktregulierung. Der New Deal half den USA aus der Weltwirtschaftskrise.

Ökonometrie

Jener Teil der Wirtschaftswissenschaften, der ökonomische Theorien mit mathematischen Methoden und statistischem Material zusammenführt.

Peak Oil

Das globale Maximum der Erdölförderung. Ab diesen Zeitpunkt werden sich die Vorräte erschöpfen, meinen manche Experten. Ihnen zufolge soll das Peak Oil zwischen 2020 und 2030 erreicht werden.

Ressourcenallokation

Die Aufteilung von vorhandenen Ressourcen (Arbeitskräfte, Rohstoffe etc.) in einer Volkswirtschaft auf verschiedene Verwendungsmöglichkeiten.



Franklin Delano Roosevelt

Von 1933 bis 1945 Präsident der Vereinigten Staaten im Anschluss an die Weltwirtschaftskrise – und Bauherr des New Deal.

Stiglitz-Kommission

Kommission aus den Ökonomen Joseph Stiglitz, Amartya Sen und Jean-Paul Fitoussi, die im Auftrag der französischen Regierung unter Nicolas Sarkozy im Jahr 2009 alternative Formen der Wohlstandsmessung entwickelten.

Richard Stone

Jener britische Ökonom (1913–1991), der die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung entwickelte.

Studenten-Initiative

Im Rahmen der Initiative „Isipe“ forderten 2014 Ökonomie-Studenten und -Professoren aus 19 Ländern mehr Pluralismus und weniger Formalismus in der ökonomischen Lehre.

Peter Victor

Kanadischer Umweltökonom, der seit über 40 Jahren an Alternativen zum Wirtschaftswachstum forscht. Siehe www.pvictor.com.

Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung

Statistisches Werk, mit dem vor allem das Bruttoinlandsprodukt beziehungsweise dessen Entstehung, Verteilung und Verwendung berechnet wird. Die VGR ist die Grundlage, um die wirtschaftliche Tätigkeit zu quantifizieren.



Jens Weidmann

Deutscher Ökonom und Präsident der Deutschen Bundesbank seit dem Jahr 2011. Gilt als marktliberaler Hardliner gegen gemeinschaftliche europäische Lösungen.

3. Die Erklärer

Wer spricht in Österreich zu Wirtschaftsthemen?
Institute und Personen im Überblick

„Seit es Politik gibt, tobt der Kampf um die öffentliche Meinung zwischen denen, die zu überzeugen, und denen, die zu überreden versuchen“

ARMIN THURNHER



FOTOS: APA/HERBERT NEUBAUER (2), APA/HERBERT PFARRHOFFER, APA/BARBARA GINDL

Vier der wichtigsten Wirtschaftserklärer in Österreich (von links nach rechts): Nationalbank-Gouverneur Ewald Nowotny, Statistik-Austria-Chef Konrad Pesendorfer, Budgetexpertin Margit Schratzenstaller und Wifo-Chef Karl Aiginger

Wie der Neoliberalismus die Hegemonie erlangte

Die Welt schwirrt vor Ratgebern. Kaum ein Machthaber kommt ohne sie aus. Mythische Erzählungen kennen alle Arten von ihnen, den weisen, schön sprechenden uneigennütigen Mentor ebenso wie den doppelzüngigen, falschen, nur auf Eigennutz bedachten Ohrenbläser des Königs.

Uns interessiert aber mehr die Zeit der Demokratie, als es notwendig wurde, nicht nur den Beifall der Masse zu gewinnen, sondern auch deren Zustimmung. In dem Moment, als die Frage auftaucht, wie sich der Souverän in der Demokratie seine Meinung bildet, wird sie zur Frage, wie Politik diese Meinung beeinflussen kann.

Die Kunst der Rhetorik dreht sich von Anfang an um diese Frage. Aus der Rhetorik sind alle abendländischen Wissenschaften entstanden. Die Beratungs- und die Gerichtsrede waren ihre vitalen Bereiche, solange demokratische Verhältnisse herrschten; hernach gab es nur noch die den jeweiligen Potentaten verherrlichende Prunkrede. Cicero, römischer Anwalt, republikanischer Politiker und respektierter Literat, deklariert trocken, es gehe um den Beifall. „Dass meine Beredsamkeit beim Volk Beifall findet, das ist mein Wunsch.“

Cicero hing der naiven Ansicht an, zwischen seiner Fähigkeit zu überzeugen und der sophistischen Fähigkeit zu überreden bestehe ein Unterschied. Der bestand schon damals nicht, und seither ging der Kampf zwischen denen, die zu überzeugen versuchen, und jenen, die überreden und überwältigen, immer wieder von neuem los; Erstere verloren ihn nicht immer, aber doch öfter.

Man könnte die Geschichte der Öffentlichkeit schreiben, wie sie als Forum der Demokratie dem Versuch, andere zu überzeugen, diene und zugleich als Forum der Manipulation missbraucht wurde. Man könnte der Geschichte des ökonomischen eine Geschichte des medialen Paradigmenwechsels zur Seite stellen. Dem nach 1945 herrschenden Keynesianismus entspräche dann eine Auffassung von Medienöffentlichkeit, die verhindern sollte, dass mithilfe medialer Macht jemals wieder totalitäre Systeme errichtet würden, wie es die Nazis mit der Goebbels'schen Propaganda taten.

Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Fernsehen waren der Inbegriff dieses „medialen Keynesianismus“; wie dieser befinden sie sich heute unversehens in einer offenbar nur schwer verständlich zu machenden Minderheitenposition; in anderen krisengeschüttelten Demokratien wie Griechenland und Israel wurden oder werden solche Institutionen gerade abgeschafft.

Diesem Aspekt können wir hier nicht weiter nachgehen. Aber der – auch ideelle – Rückzug des öffentlich-rechtlichen Wesens sollte als ein Moment einer neoliberalisierten Öffentlichkeit begriffen werden. Dass

Ideen setzen sich nicht durch, weil sie besser sind, sondern weil die Macht auf ihrer Seite ist

IDEOLOGE:
ARMIN THURNHER

„Während die emanzipatorischen Impulse der 68er kulturell verpufften, nutzten Wirtschaftsmächte die antistaatlichen Tendenzen dieser Bewegung für ihre Zwecke“



Antonio Gramsci
Der italienische Marxist (1891–1937) entwickelte eine Theorie der kulturellen Hegemonie. Die politische Rechte in den USA folgte seinem Konzept und setzte den Neoliberalismus als herrschende Ideologie durch

andere Institutionen der Überzeugung in einer demokratischen Öffentlichkeit ebenfalls der Kontrolle des Staates oder öffentlicher Institutionen entgleiten, passt ins Bild. Die einseitige Ausbildung an den Wirtschaftsuniversitäten, die zunehmende privatwirtschaftliche Dotierung von Think-Tanks und Publizisten und nicht zuletzt das Wachstum der PR-Wirtschaft (die vor zwei Jahren auch personalmäßig die Medienindustrie überholte) müssen als Teil der neoliberalen Offensive begriffen werden. An deren Ende steht ein beinahe unbefragbares herrschendes Paradigma.

Die dabei entstehende, sich aufdrängende Frage lautet: Wie bekommt man die Massen dazu, gegen ihre eigenen Interessen zu votieren und denen Beifall zu spenden, die für Ziele eintreten, die dem massenhaften Wohl oder der Wohlfahrt der Massen entgegen gesetzt sind? Die Antwort ist oft verblüffend, ja beschämend einfach. Blind durch die selbsterzeugte Illusion der Aufklärung, in einem Konstrukt, das wir Öffentlichkeit nennen, gäbe es nichts Stärkeres als die Macht des Arguments, wollen oder können wir diese Antwort in ihrer Schlichtheit nicht mehr sehen.

Naturgemäß geht es um einen Wettbewerb um die Gemüter. Viele Denkerinnen, die sich mit unserer Frage auseinandersetzen, zitieren deswegen Antoni Gramsci, den italienischen Marxisten, dessen Konzept der kulturellen Hegemonie auf einen intellektuellen Wettstreit abzielt. Gramsci zufolge erringt kulturelle Hegemonie nur, wer ein politisches Konzept hat, das er durchsetzen will. Wie er dieses Konzept durchzusetzen vermag, ist die entscheidende Frage.

Der Siegeszug des sogenannten Neoliberalismus ist ein Beispiel für den verblüffenden Siegeszug einer Ideologie, deren Folgen sich zuungunsten jener auswirken, die sie oder ihre Repräsentanten wählen; in den führenden Staaten des Westens mehrheitlich seit den 1970er-Jahren. Warum? Und wie war es möglich?

Im Angesicht des massiv auf Politik und Öffentlichkeit lastenden neoliberalen Paradigmas fragt man sich eher, ob und wie eine andere Weltsicht je möglich war. Und doch dominierte diese andere Weltsicht infolge der Krise in den späten 1920er- und 1930er-Jahren. In den USA nannte man sie New Deal. In Europa gab sie nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus und dem Ende des Zweiten Weltkrieges den Ton an. Ökonomisch gesehen handelte es sich um Keynesianismus in verschiedenen Schattierungen. Er ermöglichte Errungenschaften wie das Wirtschaftswunder, den Wiederaufbau und in Österreich ein paar Jahrzehnte des Kreisky'schen Sozialismus.

Nach 1945, daran muss man erinnern, war der Neoliberalismus nicht mehr als eine ökonomische Sekte. Selbst Instituti-

onen wie die Weltbank und die Welthandelsorganisation waren in keynesianischem Geist gegründet worden, um den internationalen Wettbewerb zu regulieren und nicht, um einzelne Staaten an die Kandare zu nehmen und den Wettbewerb zu entgrenzen.

Die zerstörerischen Erfahrungen von Krisen und Kriegen, von Totalitarismus und Nationalsozialismus ließen ein kontrolliertes internationales Miteinander als wünschenswert erscheinen; eine Synthese aus Kommunismus und Kapitalismus, die beide nach den Erfahrungen der 1920er- und 1930er-Jahre gescheitert schienen, ließ sich nicht durchführen; der Kalte Krieg verhinderte das. Dennoch konzentrierte sich der Westen auf den Aufbau von Wohlfahrtsstaaten, egal ob es um die Siegermächte USA, England und Frankreich ging oder um die Verlierer Deutschland und Japan. Vollbeschäftigung war das Ziel, gezähmter Kapitalismus der Weg. Dieser „embedded liberalism“ (David Harvey) mit seinen staatlich geführten Industrien, beschränkt mobilem Finanzkapital und dominanten öffentlich-rechtlichen Medien grenzte den Kapitalismus ein; diese Einschränkungen zu beseitigen war das Ziel des Neoliberalismus.

Die Krise der 1970er-Jahre brachte das keynesianische System in große Schwierigkeiten; hier ist nicht der Ort, diese Probleme ökonomisch zu erörtern. Jedenfalls geriet zu dieser Zeit nicht nur das wirtschaftliche System von Bretton Woods in die Krise, auch die Stellung der ökonomischen Elite geriet in Gefahr. Das System des gemäßigten Kapitalismus, ob man ihn jetzt embedded, rheinisch oder sozial-marktwirtschaftlich nennen mag, hatte sich auch in Umverteilung ausgewirkt. Der Aktienbesitz des oberen einen Prozents der US-Gesellschaft war um 1970 auf ein Allzeittief seit 1913 abgestürzt; wollte die besitzende Oberschicht ihre Position nicht verlieren, musste sie handeln.

Und sie handelte. In den USA erhöhten von 1978 bis 1999 die oberen 0,1 Prozent der Einkommensbezieher ihren Anteil am nationalen Einkommen von zwei auf sechs Prozent; Ähnliches gelang anderswo, etwa in Großbritannien. Nach 1989 entstanden Oligarchien in Russland und anderen exkommunistischen Ländern. Indien und Schweden öffneten sich dem Neoliberalismus. In Mexiko machte eine Privatisierungswelle nach 1992 Menschen wie Carlos Slim reich (ihn kennen nun auch wir Österreicher: Er kontrolliert die einst staatliche Telekom Austria). Selbst China änderte 1978 unter Deng Xiaoping seine Strategie und wurde kapitalistisch.

Das alles soll trotz des überwältigenden Erfolgs des Bretton-Woods-Systems der kleinen neoliberalen Sekte nur durch ihre argumentative Überzeugungskraft gelungen sein? Natürlich nicht. Der edle



Wettstreit der Argumente grenzt zumindest im Bereich der Ökonomie an Fiktion, weil es hier um den unedlen Wettstreit der Interessen geht. So kommt es, dass kulturelle Hegemonie entweder durch schiere Machtausübung erzwungen wird, wie in Chile oder Argentinien. Oder sie wird – eine etwas subtilere Form der Machtausübung – ganz einfach erkaufte.

Man nennt gern den Versammlungstermin der Mont-Pèlerin-Society 1947 bei Genf als Beginn für den Triumphzug des Neoliberalismus. Aber dieses Treffen, an dem Friedrich Hayek und Ludwig Mises teilnahmen, diente vor allem der intellektuellen Grundlegung, nicht der strategischen Durchsetzung. Noch war man Sekte.

Erst als der Anwalt und später von Nixon zum Bundesrichter ernannte Lewis Powell im August 1971 ein vertrauliches Memo an die amerikanische Wirtschaftskammer richtete, änderte sich das. Die amerikanische Wirtschaft müsse sich gegen jene wappnen, die sie zerstören wollen, schrieb Powell. Sie solle eine Offensive auf Universitäten, Schulen, Medien und Gerichte starten, um ein neues Wirtschaftsdenken durchzusetzen. Selten war ein Memo folgenreicher.

Die Chamber of Commerce steigerte ihre Mitgliederzahl innerhalb weniger Jahre von 60.000 auf eine Viertelmillion Firmen. Damit stieg ihre Finanzkraft. Bereits 1972 gab sie für ihre Propagandazwecke 900 Millionen Dollar im Jahr aus, „eine für jene Zeit ungeheure Summe“, wie Harvey bemerkt.

Sie gründete Think-Tanks, publizierte Bücher und beeinflusste Medien, Institutionen und Debatten in einem Ausmaß, das der europäischen Öffentlichkeit lange Zeit entging. Die durch Nobelpreise scheinbar sanktionierte Autorität der neoliberalen Denker (sieben Nobelpreise für Mitglieder der Mont-Pèlerin-Society in 18 Jahren) half dabei. Diese relativiert sich allerdings, wenn man weiß, dass der Chef des Nobelpreiskomitees, der schwedische Zentralbanker Erik Lundberg, selbst Mitglied der Mont-Pèlerin-Society war.

Die Politologin Susan George beschreibt ein frappierendes Beispiel einer neoliberal gesteuerten Publikation. Die Summen in Klammer nennen die jeweilige jährliche Subvention durch die konservative, neoliberal ausgerichtete Olin-Stiftung. „Allen Bloom vom Chicagoer Olin-Center for Inquiry into the Theory and Practice of Democracy (\$ 3,6 Millionen) lädt einen Beamten des Außenministeriums ein, ein Papier zu schrei-

Verwendete Literatur

Cicero: Brutus. Herausgegeben und neu übersetzt von Heinz Gunermann, Reclam 2012

Susan George: How to Win the War of Ideas, Dissent Magazine, Summer 1997

Nancy Fraser: A Triple Movement? Parsing the Politics of Crisis after Polányi. New Left Review May-June 2013

David Harvey: A Brief History of Neoliberalism, Oxford University Press 2005

Karl Polanyi: The Great Transformation. Suhrkamp 1973 (vgl. S. 18 in diesem Heft)

ben. Dieser verkündet den totalen Sieg neoliberaler Werte. Die Zeitschrift *National Interest* (\$ 1 Million), herausgegeben von Irving Kristol (\$ 376.000 als Olin Distinguished Professor an der NYU) publiziert zugleich mit dem Papier zwei Antworten, eine eigene und eine von Samuel Huntington (\$ 1,4 Millionen, Olin Institute for Strategic Studies in Harvard).“ So setzt man Bücher und Thesen durch! Der beamtete Autor hieß übrigens Frances Fukuyama und sein Buch „Das Ende der Geschichte“.

Man kann, was geschehen war, in den Worten des Sozialtheoretikers David Harvey so beschreiben: Die Wirtschaft hatte gelernt, „als politische Klasse Geld auszugeben“. Und sie schlug so gründlich zurück, dass bald kein Grashalm mehr wuchs, der nicht neoliberal aussah. Medien beklagen sich selten über sich selbst und ihren Wandel, und schon gar nicht tun das die wohl ausgestatteten Think-Tanks und PR-Agenturen. Immerhin beklagen sich Studenten in einer europäischen Initiative über die herrschende neoliberale Monokratie und mangelnden Pluralismus auf Wirtschaftsuniversitäten (www.isipe.net/open-letter).

Harvey und George weisen darauf hin, dass der Siegeszug der neoliberalen Ideologie mehr brauchte als die intellektuelle Grundlegung durch die Mont-Pèlerin-Society und den finanziellen Großaufwand der amerikanischen Wirtschaft. Er bedurfte auch der Attraktivität des Freiheitsbegriffs, den schon Hayeks Hauptwerk „Der Weg zur Knechtschaft“ polemisch beansprucht. Im Manifest der Mont-Pèlerin-Society war ausdrücklich von menschlicher Würde und individueller Freiheit die Rede.

In Wahrheit schufen nicht nur die wirtschaftlichen Probleme der keynesianisch regierten Staaten, sondern auch die Emanzipationsbewegungen der 1968er Voraussetzungen für jene Missverständnisse, die zum Erfolg der neoliberalen Sektenideologie beitrugen. Der Protest der 68er richtete sich gegen staatliche Institutionen, gegen als versteinert empfundene öffentliche Einrichtungen, gegen muffige kulturelle Konventionen. Ihre Rebellion wollte aus ganz anderen Motiven Strukturen wegfegen, die auch den Neoliberalen im Weg standen.

So ergaben sich merkwürdige Allianzen; während die emanzipatorischen Impulse der 1968er kulturell verpufften, konnten wirtschaftliche Interessengruppen diese antistaatlichen Impulse für sich nutzen.

Die klassischen „protektiven“ Arbeitnehmer-Schutzorganisationen wie Gewerkschaften wurden immer unattraktiver und sahen immer unfreier aus, geradezu wie Exponenten der „Knechtschaft“. Der befreite Markt hingegen glänzte mit dem Versprechen postmoderner Konsumentenfreuden umso attraktiver. Wie diese endeten, nämlich im Debakel diverser platzender Spekulationsblasen, steht auf einem anderen Kontoblatt.

Karl Polanyi, der große Wiener Wirtschaftsanalytiker, beschrieb die Umwandlung der Gesellschaft des 19. Jahrhunderts in eine industrialisierte Marktgesellschaft, die alles zur Ware macht. Er schilderte deren Konsequenzen noch mit ungläubigem Unterton: „Die Schlussfolgerung ist zwar unheimlich, aber für die völlige Klarstellung unvermeidlich: Die von solchen Einrichtungen (jenes des Marktes, Anm.) verursachten Verschiebungen müssen zwangsläufig die zwischenmenschlichen Beziehungen zerreißen und den natürlichen Lebensraum des Menschen mit Vernichtung bedrohen.“

Polanyi war 1943 noch der Ansicht, die Zeiten seien vorbei, da sich die Gesellschaft die Kontrolle über die Wirtschaft je wieder entreißen lassen würde. Er erlebte das Regime von Margaret Thatcher nicht mehr, die kaltschnäuzig die Summe aus der Ideologie der an die Macht gebrachten Sekte zog und deklarierte: „There is no such thing as society.“ Es gab, ebenfalls ihre Worte, keine Alternative. Dagegen gab es zwar viele Argumente, aber sie vermochten die Mehrheit nicht zu überzeugen. Die machtvollen Überredungskünstler behielten bis heute die Oberhand. Um ein Wort Ciceros zu gebrauchen: Wie lange noch? **F**

Wer erklärt uns die

Ist es eine Gefahr für Österreichs Finanzplatz, wenn Hypo-Anleiher draufzahlen müssen? Nein, sagen die einen. Ja, die anderen. Seit das Desaster der Hypo Alpe Adria öffentlich ist, bestimmt Uneinigkeit die Schlagzeilen. Und nicht nur hier.

Ob Politiker, Interessenvertreter oder Bürger – sobald es um komplizierte Wirtschaftsangelegenheiten geht, wirken sie oft wie einer Geheimlehre ausgeliefert. Deren Gesetze verstehen sie nicht, deren Wahrheitsgehalt können sie nicht überprüfen. Also müssen regelmäßig die Experten ran. Sie sollen die Zahlen lesen, die Ereignisse deuten, das Komplizierte – und doch augenscheinlich so Bedeutende – erklären. Derzeit etwa bei der Kärntner Hypo. Zu anderen Zeitpunkten kann es sich beispielsweise um den Salzburger Finanzskandal handeln, um die neueste Fiskalclippe in den USA, ums nächste Griechenland-Paket oder um die Budgetrede des Finanzministers.

Die Expertise der Fachleute wird umso bedeutender, je dominierender die Wirtschaftsschlagzeile, je größer die allgemeine Verunsicherung ist. In der aktuellen Debatte um die Hypo etwa zeigt sich die Rolle der Experten – einmal mehr – besonders schön.

Die SPÖ-ÖVP-Regierung wünscht sich beispielsweise ein Hypo-Sondergesetz, um die Gläubiger an Kosten für die Kärntner Problembank zu beteiligen. Einen Tag vor der Verabschiedung luden Regierung und Opposition Fachleute zur Diskussion in den Finanzausschuss im Parlament. Zum Beispiel Ewald Nowotny, Gouverneur der Österreichischen Nationalbank. Oder Barbara Kolm, Präsidentin des Friedrich August v. Hayek Instituts, eines neoliberalen Thinktanks. Die Experten erklären den Abgeordneten, welcher der richtige Weg wäre. Doch auch hier: Uneinigkeit. Während Nowotny den Entschluss der Regierung als „spezielle Maßnahme“ ohne negativen Effekt auf die Finanzmärkte verteidigte, sprach sich Kolm dafür aus, die Hypo in die Insolvenz zu schicken. Ähnlich wie bei mancher medizinischen Diagnose trifft bei vielen wirtschaftlichen Analysen eine Redewendung zu – zwei Forscher, drei Meinungen.

Doch wer sind diese Menschen überhaupt, die politische Entscheidungsträger beraten und uns Tag für Tag die Wirtschaft erklären, im Fernsehen, in den Zeitungen, im Internet? Wer formte ihre Ansichten? Wessen Interesse verfolgen jene, die offenkundig über viel Einfluss verfügen?

In Österreich prägen – neben Universitäten, Kammern und staatlichen Stellen

Wer sind die Institute und Personen, die unsere Meinungen über die Wirtschaft prägen? Wer finanziert sie, wen repräsentieren sie, wer prägt ihre Ansichten? Ein Rundblick

BERICHT:
SÁNDOR FÜLÖP
PETER SIM

wie etwa der Nationalbank – vor allem zwei Institute das Bild von Wirtschaft: das Österreichische Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo) und das Institut für Höhere Studien (IHS). Sie beraten die Regierung, prognostizieren Wirtschaftsentwicklungen und vermitteln Wirtschaftsthemen in der Öffentlichkeit. Die meisten der porträtierten Wissenschaftler auf den folgenden Seiten haben entweder Wifo- oder IHS-Bezug. Die Finanzierung der Einrichtungen erfolgt hauptsächlich durch die Sozialpartner (beim Wifo), die Stadt Wien (beim IHS) sowie Finanzministerium und Nationalbank (bei beiden).

Beide Institute gehen auf große Namen zurück. Das Wifo gründeten im Jahr 1927 Friedrich August von Hayek und Ludwig von Mises, zwei renommierte Vertreter der österreichischen Schule der Nationalökonomie. Das IHS entstand 1963 unter der Leitung von Oskar Morgenstern und Paul Lazarsfeld, Mitautor der berühmten Soziologiestudie „Die Arbeitslosen von Marienthal“. Beim Wifo arbeiten derzeit rund 100 Personen, beim IHS 140. Weltanschaulich wurden die Institute von SPÖ und ÖVP in den Nachkriegsjahren bewusst breit aufgestellt, um eine ideologische Polarisierung wie in der Ersten Republik zu vermeiden. Nach ihrer Wissenschaftskarriere landeten etliche Wifo- und IHS-Ökonomen in der Politik, bei SPÖ wie ÖVP.

In den 90er-Jahren allerdings setzte sich eine klarere ideologische Positionierung durch. Während sich unter dem Dach des Wifo weiterhin relativ viele Meinungen vereint fanden, entwickelte sich das IHS unter dem langjährigen Chef Bernhard Felderer (siehe Porträt) zu einem klaren Befürworter des schlanken Staats und freien Markts. Felderer, der im vergangenen Sommer aus Altersgründen abtrat und an Christian Keuschnigg (siehe Porträt) übergab, brachte es zum Lieblingsökonom der schwarz-blauen Regierung.

Da überrascht es wenig, dass heute auch die beiden heimischen Wirtschaftsforscher des Landes hinsichtlich des Hypo-Sondergesetzes uneins sind. IHS-Leiter Christian Keuschnigg hält die Entwertung der Anleihen der Gläubiger für „schlecht“, da damit Zusicherungen im Nachhinein ausgehebelt würden. Wifo-Chef Karl Aiginger hingegen bezeichnete es als gut, „alles zu versuchen, um die Gläubiger miteinzubeziehen“, sprich zur Kasse zu bitten.

Wie viel die Hypo Alpe Adria der Republik Österreich letztendlich kostet, berechnet eine weitere Institution, die in Sachen Wirt-

schaftserklärung über viel Einfluss verfügt: die Statistik Austria (STAT). Sie ist per Gesetz dazu verpflichtet, den öffentlichen Schuldenstand auszuweisen. In der STAT arbeiten zurzeit rund 800 Mitarbeiter, sie gehört zu 100 Prozent dem Bund und hat ein Budget von mehr als 50 Millionen Euro. Neben dem Schuldenstand des Landes liefert der „führende Informationsdienstleister Österreichs“, wie es Pressesprecherin Julia Fischer nennt, noch weitere wesentliche Wirtschaftsindikatoren, wie etwa das Bruttoinlandsprodukt (BIP).

Das BIP bildet die jährliche Wirtschaftsleistung eines Landes ab – also wie viel produziert, gekauft und verteilt wurde. Meistens interessiert aber nicht die absolute Zahl, sondern nur das Wachstum – wie hat sich das BIP im Vergleich zum Vorjahr verändert. Wird in den Medien darüber berichtet, wie stark oder schwach Österreich im vergangenen Quartal oder Jahr gewachsen ist, werden selten die Zahlen der Sta-

„In Österreich prägen vor allem zwei Institute die Wirtschaftsforschung: das Wifo und das IHS“

tistik Austria verwendet. Die Tageszeitungen und der ORF greifen meist auf Prognosen des Wifo oder des IHS zurück, weil die endgültigen Zahlen der Statistik Austria erst Jahre später erscheinen.

Hundertfach weniger Mitarbeiter als die Statistik Austria hat die Agenda Austria, nämlich insgesamt nur acht. Der 2013 gegründete Thinktank ist eine der jüngsten Wirtschaftserklärinstanzen in Österreich – und er zeigt, wohin sich Teile des Expertentums entwickeln könnten: nämlich dorthin, wo sich unabhängige Expertise mit PR und Lobbying mischt. Finanziert von Unternehmen wie der Raiffeisen Zentralbank und reichen Privatiers wie Hans Michel Piech aus dem Porsche-Clan, propagiert die Agenda Austria ultraliberale Ansichten – und bringt diese in heftig beworbenen Veranstaltungen und Publikationen unters Volk.

Die Agenda Austria will „Österreich in gesellschaftspolitischen und wirtschaftlichen Belangen öffnen“, sagt Franz Schellhorn, Leiter der Organisation und Ex-Press-Journalist (siehe Porträt). Auch Schellhorn plädiert übrigens für eine Pleite der Hypo: „Eine nicht systemrelevante Bank wie die Hypo Alpe Adria muss grundsätz-

Wirtschaft?

lich pleitegehen können“, sagte er in einem Interview mit dem liberalen deutschen *Handelsblatt*.

Am anderen Ende des ideologischen Spektrums steht eine Organisation, die ebenfalls immer mehr an Deutungshoheit gewinnt: das globalisierungskritische Netzwerk Attac. Die Organisation ging aus einer Initiative für die Einführung einer internationalen Finanztransaktionssteuer hervor – inzwischen ist Attac jedoch viel breiter aufgestellt.

Die Reformideen umfassen etwa das globale Bankensystem, den Welthandel sowie Geschlechter- und Generationengerechtigkeit. Attac, das sich weitgehend über Kleinspenden und Mitgliedsbeiträge finanziert, profitierte in den vergangenen Jahren merklich von der Verunsicherung, die die Krise bei vielen Leuten ausgelöst hat. Mit fünf Büroangestellten und einem Budget von rund 370.000 Euro möchte Attac „die Debatte zu wirtschaftlichen Themen demokratisieren statt sie wie bisher wenigen sogenannten Experten zu überlassen“, sagt die Pressesprecherin Natascha Strobl. Denn: „Die neoliberalen Thinktanks stellen sich als unabhängige Wirtschaftsforschungsinstitute dar, vertreten allerdings die Interessen der Industrie und verfolgen eine konsequent neoliberale Linie.“

Einig sind sich die Vertreter von Agenda Austria und Attac nur in einem: Die Rolle der universitären Forschung in wirtschaftlichen Fragen in Österreich sei nicht zufriedenstellend. Die Unis kommen hierzulande bei der Deutung von Wirtschaft zu wenig zu Wort, meinen Schellhorn und Strobl unisono. „Die Wirtschaftsfakultäten sollten stärker unabhängige Analysen erarbeiten und gezielt darauf hinarbeiten, die wirtschaftspolitische Debatte in Österreich zu beleben“, sagt Strobl. Franz Schellhorn verortet die Ursache für die mangelnde Präsenz darin, dass „die Wissenschaftler in den Universitäten zu sehr damit beschäftigt sind, in wissenschaftlich relevanten Journalen zu publizieren“.

„In anderen Ländern sind die Beziehungen zwischen Universitätsforschung und Wirtschaftspolitik enger, die Verbindungen

stärker und dauerhafter angelegt“, schreibt Dekan Oliver Fabel von der Universität Wien in einem E-Mail. Für gesellschaftliche Diskussionsprozesse erachtet Fabel die unvoreingenommene universitäre Forschung für sehr wichtig. Aber er räumt ein: „Als Beratungsinstanz, die von der Politik regelmäßig angefragt und angefordert wird, spielt die universitäre Forschung in Österreich jedoch eine untergeordnete Rolle.“

An der WU Wien sieht Barbara Sporn, Vizerektorin für Forschung, Internationales und External Relations, das anders. In Österreich werde sehr wohl auf die Expertise universitärer Forschung zurückgegriffen. „Viel passiert hier aber im Hintergrund“, so Sporn. Studien würden in Auftrag gegeben, wissenschaftliche Ergebnisse auch in Entscheidungsprozesse einfließen. „Sicherlich könnte die Bedeutung aber noch weiterhin steigen“, sagt die Vizerektorin. Zum Hypo-Sondergesetz äußerte sich jüngst bei-

spielsweise WU-Professor Stefan Pichler: Der sogenannte „Haircut“ für nachrangige Anleihegläubiger sei ein „ganz massiver Eingriff in die Rechtssicherheit“ und den Gläubigerschutz. Eine solche Maßnahme sei, abgesehen von Ungarn, in der EU einmalig und beschädige die Reputation Österreichs schwer, sagte Pichler im ORF-Radio.

Anfang 2012 gründete auch die Industriellenvereinigung ein eigenes Wirtschaftsforschungsinstitut: Eco Austria soll die wirtschaftspolitischen Forderungen der Industriellenvereinigung in Politik und Öffentlichkeit stärker repräsentieren. Chef des Instituts ist der vormalige IHS-Ökonom Ulrich Schuh (siehe Porträt). Forscherkollegen staunen, wie präsent das neue Institut inzwischen in den Medien ist, das sich die Industriellenvereinigung einige 100.000 Euro im Jahr kosten lässt. Trotzdem: Zum Hypo-Sondergesetz nahm Eco Austria bisher nicht Stellung.

Fazit: Das Erklären und Deuten von Wirtschaft ist ein breites Feld. Universitäten sind darin ebenso involviert wie große außeruniversitäre Institute mit langer Geschichte. Manche Einrichtungen fokussieren gar nur auf begrenzte Themenfelder – so wie beispielsweise das Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, das sich trotz seines breit klingenden Namens derzeit auf Mittel- und Osteuropa konzentriert. Private Think Tanks versuchen zudem, die öffentliche Meinung zu beeinflussen. NGOs tragen zu Kontroversen bei. Dazu kommen auch die Großbanken, die Arbeiter- und die Wirtschaftskammer sowie die Nationalbank – all diese Institute haben ihre Experten, die in der Öffentlichkeit zu Wirtschaftsthemen Stellung nehmen.

Wirtschaftsexperten prophezeien Wirtschaftswachstum oder Rezessionen, sie sprechen vom Zerfall des Euroraums oder prognostizieren dessen weiteren Bestand, sie warnen vor Finanzkrisen und schwärmen von Wirtschaftswundern. Das Problem wirtschaftlicher Analysen ist nur: Wer recht hat, das zeigt sich immer erst im Nachhinein. So wie auch bei der Hypo Alpe Adria. **F**



Die Personen: wer in Österreich die Wirtschaft erforscht -

Karl Aiginger



Studierte Volkswirtschaft an der Universität Wien und forschte später in den USA. Arbeitet seit 1970 beim Wifo, dessen Chef er 2005 wurde. 65 Jahre alt

Untrennbar ist Aingingers Name mit dem Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung verbunden. Schon im Jahr 1970, noch vor dem Abschluss seines Volkswirtschaftsstudiums an der Uni Wien, begann er für das Wifo zu arbeiten. Am Wifo lernte der zweifache Vater später seine Frau Elsa kennen, im Wifo brachte er es 2005 bis zum Leiter. Als einer der bekanntesten Wirtschaftsforscher tritt Aiginger seither regelmäßig im Fernsehen auf, etwa wenn die neuesten Prognosen für die Wirtschaftsentwicklung anstehen.

Ebenso stabil wie die berufliche Laufbahn sind auch Aingingers Forschungsinteressen. Der Industrieökonom behandelte schon in seiner Doktorarbeit Entscheidungen, die Unternehmen auf sogenannten „unvollständigen“ Märkten treffen. Bei der Analyse solcher Märkte geht man nicht von gleichberechtigten Teilnehmern aus, sondern von Marktverzerrungen wie Oligopolen, unvollständiger Information, Korruption und Ähnlichem. Dass Ökonomie und Politik in einem solchen Umfeld nicht getrennt voneinander untersucht werden können, darauf weist Aiginger immer wieder hin, etwa wenn er für mehr wirtschaftliche Anreize zu Wachstum, Forschung und Bildung plädiert.

Kollegen beschreiben Karl Aiginger als ehrgeizigen Mann, der auf seinen Traumjob als Wifo-Chef jahrelang konsequent hinarbeitete. Er selbst engagierte sich in den 80er-Jahren im liberalen Flügel der ÖVP. Im engen Umfeld von Vizkanzler Josef Riegler setzte er sich für Ökosteuern ein. Später legte Aiginger seine ÖVP-Mitgliedschaft zurück, um als Wifo-Chef nicht parteiisch zu wirken.

Zur Analyse der vielfältigen Wechselwirkungen von Politik und Wirtschaft gründete Aiginger unter anderem im Jahr 2001 die Fachzeitschrift *Journal of Industry, Competition and Trade*. Seit 2013 leitet er zudem das Projekt „Welfare, Wealth, Work for Europe – ein neuer Wachstumspfad für Europa“. Unter der Leitung des Wifo arbeiten hier 34 Forschungsinstitutionen aus zwölf europäischen Ländern an Zukunftsszenarien für Europa.

Die EU sei ein „Erfolgsmodell in der Midlife-Crisis“ sagte Karl Aiginger bei der Präsentation des Projekts im Dezember 2012. Er fordert einen Kurswechsel von Spar- zu Wachstumspolitik. Vehement setzt sich Aiginger seit Jahren für eine grundlegende Steuerreform ein. Vor allem die Steuern auf Arbeit und Lohnnebenkosten seien schädlich für die wirtschaftliche Entwicklung.

Lesetipp: Karl Aiginger: A new strategy for the European periphery.
www.foreurope.eu/fileadmin/documents/pdf/PolicyPapers/WWWforEurope_Policy_Paper_001.pdf

Christian Keuschnigg



Studierte Betriebswirtschaft in Innsbruck, seit 2012 IHS-Chef, forschte in Bonn, Princeton und Oxford, lehrt Nationalökonomie in Sankt Gallen. 55 Jahre alt

Ganze zwei Jahrzehnte lang hatte das IHS unter der Ägide von Bernhard Felderer gestanden. Im Sommer 2012 trat Christian Keuschnigg als Nachfolger seinen Dienst an.

Keuschnigg, Tiroler und Vater von Zwillingen, lehrt nebenher an der Schweizer Universität St. Gallen Nationalökonomie mit Schwerpunkt Öffentliche Finanzen. In der internationalen wissenschaftlichen Gemeinschaft ist er bestens vernetzt: Keuschnigg gibt Fachzeitschriften heraus, gehört Forschungskreisen an, publiziert immer wieder zu aktuellen Themen wie etwa Bankenregulierung und arbeitete etwa an den Unis Princeton und Oxford, beispielsweise zum Thema Wohlfahrtssysteme.

Forscherkollegen verorten Keuschnigg gern im liberalen ökonomischen Mainstream. Er selbst bezeichnet sich ganz in der Tradition seines IHS-Vorgängers Felderer als „liberalen Ökonomen“. In Sachen Eurokrise etwa fordert er rigorose Budgetdisziplin und Schuldenbremsen. Nach der Regulierung der Banken sieht er die Weltwirtschaft im Großen und Ganzen auf dem richtigen Weg hinaus aus der Krise (siehe auch Interview S. 22). Kürzlich hat sich Keuschnigg beispielsweise auf die Seite der Kritiker des Hypo-Sondergesetzes gestellt. Dieses beschädige die Glaubwürdigkeit der Republik Österreich, so Keuschnigg.

Buchtip: C. Keuschnigg: Reform des Wohlfahrtsstaates in Österreich. Manz, 100 S., € 24,-

Ewald Nowotny



Studierte Jus an der Uni Wien. 2004 bis 2008 Generaldirektor der Bawag, seither Gouverneur der Österreichischen Nationalbank. 70 Jahre alt

Ewald Nowotny hat sich seinen Traum erfüllt: Seit 2008 ist er Gouverneur der Österreichischen Nationalbank. Sein Weg dorthin war lang und reich an Wendungen: von den Rechtswissenschaften zur Ökonomie, von der Universität zur Politik und zurück, von der Europäischen Investitionsbank zur Bawag und mit 64 Jahren schließlich zur Nationalbank.

Nowotny wurde 1944 in Wien geboren, studierte Rechts- und Staatswissenschaften an der Uni Wien und wechselte dann zum Institut für Höhere Studien (IHS). Er habilitierte sich schließlich als Ökonom an der Johannes Kepler Universität in Linz, im Alter von 28 Jahren. Nach einem Abstecher an die Harvard University und an die Technische Universität Darmstadt kehrte er nach

Linz zurück und wurde Vorstand des Instituts für Finanzwissenschaften. Dort unterrichtete er unter anderem den heutigen Wirtschaftskammerpräsidenten Christoph Leitl und die ehemalige Finanzministerin Maria Fekter.

Schon 1968 hatte Bruno Kreisky versucht, Nowotny für die Politik zu gewinnen. Der Ökonom folgte dem Ruf des Kanzlers erst zehn Jahre später, als er Finanzsprecher des SPÖ-Parlamentsklubs wird. 20 Jahre später kehrt Nowotny der Politik den Rücken, es zieht ihn nach Luxemburg, zur Europäischen Investitionsbank (EIB).

2004 bewirbt Nowotny sich für die Stelle des Rechnungshofpräsidenten in Österreich – ohne Erfolg. Ein Jahr später ist er Generaldirektor der Gewerkschaftsbank Bawag. Drei turbulente Jahre danach übernimmt der US-Fonds Cerberus die Bawag. Just als Nowotny 2008 zum Gouverneur der Österreichischen Nationalbank aufsteigt, strudelt die Welt in die Finanzkrise. Seither erklärt Nowotny in österreichischen Medien fast täglich, wie die Krise zu meistern sei. Zugleich ist seine Behörde aber durchaus auch mit der Kritik konfrontiert, vor der Krise nicht genau genug auf den Zustand der Banken geschaut zu haben.

Zuletzt leitete Nowotny die Task-Force zur Hypo Alpe Adria, in deren Endbericht er sich gegen eine Insolvenz der Pleitebank ausspricht – auch dies ein diffiziles Feld, denn Oppositionelle werfen dem Nationalbankchef gern vor, auf Zuruf der Politik zu agieren. 2013 wurde sein Vertrag bei der Österreichischen Nationalbank bis September 2019 verlängert.

Buchtip: Ewald Nowotny/Martin Zagler: Der öffentliche Sektor, Springer, 665 S., € 39,00

Konrad Pesendorfer



Studierte Ökonomie an der Wiener WU, ist seit 2010 Leiter der Statistik Austria. 45 Jahre alt

Statistiker ist er keiner, der fachstatistische Generaldirektor der Statistik Austria (STAT). Konrad Pesendorfer ist Manager, Politikberater und Ökonom. 2010 übernahm der heute 45-Jährige die Leitung der seiner Meinung nach „wichtigsten Institution des Landes in puncto Datensammlung“.

Sein Berufsleben begann er als Ökonom bei der Österreichischen Nationalbank, wurde dann Finanzattaché bei der OECD und Berater des Direktoriums der Europäischen Zentralbank. Bevor Pesendorfer zum Generaldirektor wurde, beriet er Bundeskanzler Werner Faymann in wirtschaftspolitischen Angelegenheiten und war für die Agenden seines neuen Arbeitgebers, der Statistik Austria, zuständig.

War sein Vorgänger, der Vollblutstatistiker Peter Hackl, in Zahlen vertieft, zieht mit Pesendorfer ein neuer Führungsstil ins Haus ein – der eines Managers. Nach sei-

und wer sich zu ihr gern in den Medien zu Wort meldet

nem Amtsantritt dreht er Runden im Haus und spricht mit seinen Mitarbeitern. Pesendorfer setzt vermehrt auf Öffentlichkeitsarbeit. Hatten zuvor das Wirtschaftsforschungsinstitut (Wifo) und das Institut für Höhere Studien (IHS) die Deutungshoheit über Wirtschaftsstatistiken, tritt Pesendorfer selbst in Presseausendungen, Interviews und Fernsehauftritten in den Vordergrund. Dazu befasst sich die Statistik Austria unter seiner Führung mit innovativen Reformkonzepten zum Wirtschaftswachstum, etwa bei der Entwicklung von Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt.

Margit Schratzenstaller



Studierte Finanz- und Wirtschaftswissenschaft im deutschen Gießen, arbeitet seit 2003 am Wifo, bis 2013 im Staatsschuldenausschuss, 46 Jahre alt

Margit Schratzenstaller verfügt über zwei Eigenschaften, die in Österreich – wie man auch an dieser Aufstellung unsicher erkennen kann – eher nicht zum bekannten Wirtschaftsforscher prädestinieren: Sie ist weiblich und Migrantin.

Dennoch handelt es sich bei der Deutschen, die in einem 50-Seelen-Dorf in Niederbayern aufwuchs, um „die Steuer- und Budgetexpertin Österreichs“, wie es anlässlich einer Preisverleihung an Schratzenstaller im Jahr 2009 hieß. Im Anschluss an die alljährlichen Budgetreden der Finanzminister sind Schratzenstallers Statements ebenso unerlässlich wie in einschlägigen TV-Debatten. In einer Kolumne in der Tageszeitung *Der Standard* befasst sich Schratzenstaller-Altzinger, wie sie mit vollem Namen heißt, mit Themen wie Bankenrettung, Familienpolitik und Umweltsteuern.

Hauptsächlich jedoch forscht die Steuerexpertin, die aus beruflichen Gründen nach Österreich übersiedelte, am Wifo. Seit dem Jahr 2003 entwirrt sie dort als Referentin für öffentliche Finanzen etwa die Zahlungsflüsse des heimischen Bundesbudgets, das für die allermeisten ein Buch mit sieben Siegeln darstellt. Damit verbunden weist Schratzenstaller immer wieder auf (verpassete) Möglichkeiten im Budget hin. In zahl- und zahlenreichen Analysen argumentiert sie gern, dass eine Föderalismusreform, grüne Investitionen oder auch eine Erbschaftsteuer wesentlich nachhaltiger und „wachstumsverträglicher“ wären als beispielsweise Nulllohnstunden im öffentlichen Dienst – von populistischen Alibiaktionen wie Politikergehaltskürzungen ganz zu schweigen. Zwischen 2005 und 2013 beriet Schratzenstaller die österreichische Politik auch durch den Staatsschuldenausschuss. Von 2006 bis 2009 war sie stellvertretende Wifo-Chefin, zudem verfügt Schratzenstaller über Lehraufträge etwa an der Uni Wien und der WU Wien. Auch gehört sie dem deutschen Netzwerk Gender Studies an: In Vorträgen und Publikationen befasst Schratzenstaller sich mit Themen wie sozialer Infrastruktur oder gendergerechtem Budgetieren.

Wie kann ein Staat **gendergerecht** budgetieren, also im Sinne der Geschlechtergerechtigkeit. Das erforschte Margit Schratzenstaller im Jahr 2012 im Auftrag der Arbeiterkammer. Die Ergebnisse sind online nachzulesen unter: M. Schratzenstaller: Gender Budgeting im Steuersystem, 2012. Download: <http://www.arbeiterkammer.at>

Bernhard Felderer



Studierte Jus und Volkswirtschaft in Wien, Paris und Princeton. 1991 bis 2012 Chef des IHS, seit 2006 Chef des Fiskalrates (früher Staatsschuldenausschuss), 73 Jahre alt

Der Sohn eines Klagenfurter Handwerkers gilt insbesondere im konservativen Lager als Koryphäe schlechthin. Felderers Spartipps an die Regierung sind Legion – und die Pressekonferenzen, auf denen er Prognosen bekannt gibt, haben Tradition.

Zwei Jahrzehnte leitete Felderer das Institut für Höhere Studien, das unter seiner Führung immens an Bedeutung gewann. Sogar in seiner Kärntner Heimat gründete der zweifache Vater und passionierte Motorradfahrer 1999 eine Zweigstelle des IHS – als hätte Felderer gehaut, dass dort aufgrund der Causa Hypo schon bald Expertise zum öffentlichen Schuldenabbau gefragt sein würde. Im Sommer 2012 trat der IHS-Chef aus Altersgründen ab und übergab an Christian Keuschnigg.

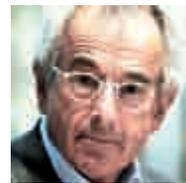
In der schwarz-blauen Ära wurde Felderer zum Wirtschaftserklärer der Nation, der – ganz im Geist der Nullerjahre – immerzu Budgetdisziplin und einen schlanken Staat predigte. Obwohl Felderer die Regierung Schlüssel beriet, pochte er stets auf seine Parteiunabhängigkeit. Von 2006 bis 2013 war er zudem Vorsitzender des Staatsschuldenausschusses, in dieser Funktion forderte er etwa Schuldenbremsen in der Verfassung. Seit 2013 ist Felderer Präsident des neu gegründeten Fiskalrates und überwacht somit auch die Einhaltung der EU-Budgetregeln.

Felderer sieht sich als Liberaler in der Tradition Friedrich August von Hayeks. So gehört er auch der von Hayek gegründeten Mont Pelerin Society an, einem durchaus umstrittenen Netzwerk liberaler Ökonomen, das Ronald Reagan und Margaret Thatcher prägte. Folgerichtig meinte ÖVP-Finanzministerin Maria Fekter einmal über Felderer, ohne ihn wäre das Land „im Keynesianismus versunken“.

Kaum überraschend also, dass viele Kritiker in Felderer einen vehementen Neoliberalen sehen. In die Kritik geriet er etwa 2012, nachdem er angeblich den Aufruf des deutschen Ökonomen Hans-Werner Sinn gegen eine europäische Bankenunion unterschrieben hatte – Felderer dementierte. 2012 sagte er bei einer Diskussion, er hoffe auf eine Herabstufung Österreichs durch die Ratingagenturen. Nur so werde der Leidensdruck groß genug, „um endlich die Strukturen anzugehen“. In der aktuellen Debatte um eine Steuerreform gibt sich Felderer gemäßiger. Neue Steuern seien vorstellbar, sofern sie das Wachstum nicht hemmen. Eine mögliche Vermögenssteuer bezeichnete er bei einer Diskussion der Wirtschaftskammer im Juni jedoch als „Desaster“.

Buchtip: Bernhard Felderer, Stefan Homburg: Makroökonomik und neue Makroökonomik, Springer, 461 S., € 19,95

Stephan Schulmeister



Studierte Jus und Volkswirtschaft in Wien. Forschungsaufenthalte in den USA und Italien. Arbeitet seit 1972 am Wifo, 66 Jahre alt

Stephan Schulmeister ist der Rebell unter Österreichs Wirtschaftsforschern. Nicht erst seit dem Kollaps der US-Investmentbank Lehman Brothers im September 2008 weist er unentwegt darauf hin, was das Wirtschaftssystem seiner Ansicht nach instabil macht: der ungezügelt Finanzkapitalismus (siehe auch Interview S. 21). Stephan Schulmeister fordert eine strikte Regulierung der „Finanzalchemisten“, wie er das nennt. Er geht darin deutlich weiter als die meisten seiner Forscherkollegen, die ihm teils übergroßes Vertrauen ins Funktionieren staatlicher Ordnungspolitik vorwerfen.

Im Rahmen eines groß angelegten „New Deal für Europa“, meint Schulmeister, sollen etwa Zinsen auf Staatsanleihen fixiert werden, um Spekulation zu vermeiden. So sieht er etwa den Grund für den rasanten Aufstieg Chinas auch in der Stabilität, die entsteht, weil die Zinsen und Wechselkurse dort staatlich festgelegt sind. Dass Europa spare, statt Reformschritte in eine ähnliche Richtung zu setzen, führt laut Schulmeister zu einer „Strangulierung“ der Wirtschaft – die doch gerade jetzt Investitionen so bitter nötig hätte.

Stephan Schulmeister – übrigens der Sohn des langjährigen *Presse*-Chefredakteurs Otto Schulmeister und Bruder des verstorbenen ORF-Journalisten Paul Schulmeister – hatte Gastprofessuren an mehreren Universitäten inne, etwa an der Uni Wien, in Berlin, Bologna, New York und New Hampshire. Dazu forscht er seit dem Jahr 1972 am Österreichischen Institut für Wirtschaftsforschung (Wifo). Er äußert sich oft im TV und schreibt Beiträge in Zeitungen, regelmäßig etwa auch im *Falter*. Zudem unterstützt er die Gründer der Bank für Gemeinwohl um den Publizisten und Attac-Österreich-Mitbegründer Christian Felber.

Am Wirtschaftsforschungsinstitut betrieb Schulmeister viele Jahre Feldforschungen in den Handelsräumen von Investoren und Spekulanten, dazu arbeitet er etwa an der Konzeption einer Finanztransaktionssteuer. Weiters befasste sich Schulmeister intensiv mit der Weltwirtschaftskrise 1929: ihren Ursachen ebenso wie ihrer Eindämmung durch US-Präsident Franklin D. Roosevelt mittels massiver Reformprogramme. Dass der damalige Weg der Krisenbewältigung dem heutigen so ganz und gar nicht gleicht, das bedauert Stephan Schulmeister – wenig überraschend – zutiefst.

Buchtip: Stephan Schulmeister: Mitten in der großen Krise. Ein „New Deal“ für Europa. Picus, 160 S., € 9,90

Fortsetzung nächste Seite

Fortsetzung von Seite 41

Markus Marterbauer



Studierte Volkswirtschaft, arbeitet als Wirtschaftswissenschaftler in der Arbeiterkammer und Vizepräsident des Fiskalrates. 49 Jahre alt

Zahlt Europa zu Recht die Strafe, weil es, wie es so oft heißt, „über seine Verhältnisse gelebt“ hat? Markus Marterbauer (siehe auch S. 8) hat auf diese Frage eine klare Antwort: Nein. Oft und mit Leidenschaft erklärt der studierte Volkswirt die Krise und all ihre Folgen.

Markus Marterbauer, der auch im *Falter* regelmäßig schreibt, forschte viele Jahre an der WU Wien und am Wifo. Dort beschäftigte er sich mit Konjunkturprognosen und Umverteilungsfragen. Im Jahr 2011 schließlich wechselte er in die wirtschaftswissenschaftliche Abteilung der Arbeiterkammer.

In dieser Funktion verbreitet Marterbauer auf Vorträgen und in verständlich geschriebenen Büchern seine Botschaft: Nicht Staatsschulden hätten die Finanzkrise ausgelöst, sondern vor allem der Herdentrieb spekulativer Finanzmärkte. Alle weiteren Probleme – zum Beispiel die überbordenden Staatsschulden – hätten sich als Folgen aus der Bankenkrise ergeben. Deshalb sollte der Finanzsektor nun auch die Folgekosten tragen – zum Beispiel in Form von strikten Bankenregeln und Vermögenssteuern.

Buchtip: M. Marterbauer: Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle. Deutike, 256 S., € 18,40

Ulrich Schuh



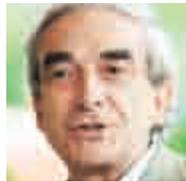
Studierte Volkswirtschaft an der Uni Wien, arbeitet am Institut Eco Austria der Industriellenvereinigung, war davor am IHS. 44 Jahre alt

Ulrich Schuh gehört zu den jungen Wirtschaftsforschern – und jung ist auch seine Wirkungsstätte: Er leitet das Wirtschaftsforschungsinstitut Eco Austria, das 2011 von der Industriellenvereinigung gegründet wurde, die damit ein wenig auf den ökonomischen Diskurs einwirken will.

Schuhs Expertise kommt häufig in Zeitungen sowie im ORF-Radio und -Fernsehen vor. Ganz im Sinn seines Brötchengebers Industriellenvereinigung hält der Experte wenig vom klassisch-sozialpartnerschaftlichen Weg der österreichischen Wirtschaftspolitik: Die berühmte „Benya-Formel“ beispielsweise, wonach sich jährliche Lohnerhöhungen an der Inflations- und Produktionserhöhung orientieren sollen, kritisiert er als schlecht für die Wettbewerbsfähigkeit. Dazu fordert Schuh ein höheres Pensionsantrittsalter.

Als Ersatzmitglied der Wettbewerbskommission berät Ulrich Schuh die Wettbewerbsbehörde bei Unternehmensfusionen und in Fragen zur Wettbewerbspolitik. Vor seinem Wechsel zu Eco Austria forschte er am Institut für Höhere Studien über Lohnbildung, Inflation und Konjunkturprognosen.

Werner Doralt



Studierte Jus und habilitierte sich in Finanzrecht, arbeitete bis 2011 am Institut für Finanzrecht am Juridicum der Universität Wien. 72 Jahre alt

Wenn er wollte, könnte er für betuchte Kunden ein hochkreativer Steueroptimierer sein – denn kaum jemand weiß so viel über Steueroasen, Gruppenbesteuerung und internationale Steuervermeidungsstricks wie Doralt. Doch der Mann arbeitet lieber im Dienst der Wissenschaft.

Doralt, geprüfter Steuerberater, ist der renommierteste Steuerrechtler Österreichs, vor allem in Sachen Unternehmensbesteuerung. Bis zu seiner Emeritierung 2011 leitete Doralt das Institut für Finanzrecht der Universität Wien. Zudem gründete er die juristische Fachbuchreihe „Kodex“ und eine Fachzeitschrift für Wirtschaftsrecht.

Neben Kommentaren in Zeitungen ist Doralt immer wieder im ORF zu sehen, vor einiger Zeit etwa als vehementer Gegner von Österreichs Steuerabkommen mit der Schweiz, bei dem reuige Steuersünder straffrei ausgehen. Auch kritisiert Doralt unablässig milde Strafen für Steuerhinterzieher und das steuerschonende heimische Stiftungsrecht.

Gottfried Haber



Studierte VWL an der WU Wien, arbeitet im Bereich Wirtschafts- und Steuerpolitik der Donau-Universität Krems. 41 Jahre alt

Haber ist einer der jüngeren unter Österreichs bekannten Wirtschaftsfachleuten: Der Experte, der im ORF gern die Krise erklärt, beriet die Politik beispielsweise bei der Ratifizierung des Europäischen Rettungsschirms ESM und des EU-Fiskalpaktes. Dazu leitet der Kärntner seit dem Jahr 2009 den Wirtschaftspolitischen Beirat seines Heimatbundeslandes im Süden.

Gottfried Haber sieht in der europäischen Krise keine Euro-, sondern eine Schuldenkrise. Soll heißen: Nicht die Währung ist falsch konstruiert, sondern die Sozialsysteme zu teuer. Die müssen stabilisiert werden – weshalb Europas vielkritisiertes Sparkurs genau das richtige Rezept sei.

Vergangenes Jahr wechselte Haber, der gern auch populärwissenschaftliche Bücher zum Thema Wirtschaft schreibt, von der Universität Klagenfurt an die Donau-Universität Krems. Hier leitet er nun die Bereiche Wirtschafts- und Finanzpolitik sowie Management im Gesundheitswesen. Zusammen mit Markus Marterbauer ist Haber auch Vizepräsident des Fiskalrates. Auch neuen Medien ist der 41-Jährige nicht abgeneigt. Für den österreichischen Managementclub beispielsweise erklärt er im Youtube-Podcast „Haber on Economics“ wirtschaftliche Themen.

Buchtip: G. Haber: Kärnten – bist du noch zu retten? Verlag Carinthia 2011, 192 S., € 19,95

Christian Felber will mit seinem Konzept der **Gemeinwohl-ökonomie** den Grundstein für eine „ethische Marktwirtschaft“ legen. Dazu sollen Unternehmen nach Gemeinwohl-Bilanzen arbeiten und ihr Wirken in Gemeinwohl-Berichten veröffentlichen. Bisher hat die Initiative, die europaweit Beachtung findet, knapp 8000 Unterstützer. Mehr Informationen unter: www.ecogood.org

Christian Felber



Studierte Romanische Philologie und Spanisch in Wien und Madrid, Mitbegründer von Attac Österreich und freier Publizist. 41 Jahre alt

Owohl Felber niemals Ökonomie studiert hat, ist er wohl einer der bekanntesten Wirtschaftserklärer Österreichs: Seit vielen Jahren setzt sich der Mitbegründer der heimischen Sektion des internationalen globalisierungskritischen Netzwerks Attac für einen anderen und verträglicheren Kapitalismus ein.

Christian Felber hält Vorträge und schreibt in Zeitungen Manifeste für die sogenannte „Gemeinwohl-Ökonomie“, in der individuelle Gier der Vergangenheit angehören soll und die Unternehmen nicht mehr ausschließlich ihrem Profit hinterherjagen. Zudem publiziert der gebürtige Salzburger viel gelesene populärwissenschaftliche Bücher.

Das Spektrum der Tätigkeiten der „sozialverträglichen Ich-AG“, wie ihn der *Falter* einmal nannte, reicht von Kritik an Großkonzernen und an der EU-Liberalisierungspolitik bis zur Gründung einer „Bank für Gemeinwohl“. Ganz grundsätzlich fordert Felber, der im Nebenberuf übrigens als Tänzer fungiert, dass Kooperation Konkurrenz ablösen und der Kapitalismus an neuen Werten gesunden soll.

Felbers Bücher zählen regelmäßig zu den Bestsellern in Österreich. In seinem aktuellen Werk plädiert er beispielsweise für eine radikale Demokratisierung und Neuordnung der (europäischen) Geldpolitik, die seit der Krise ins Gerede gekommen ist.

Buchtip: Christian Felber: Geld – Die neuen Spielregeln, Deutike, 208 S., € 18,40

Barbara Kolm



Studierte BWL an der Uni Innsbruck und in Los Angeles, leitet seit 2000 das neoliberale Hayek Institut. 49 Jahre alt

Barbara Kolm will „die Öffentlichkeit erleuchten und die Ideen der freien Marktwirtschaft fördern“. So lautet ein Ziel, das sie als Präsidentin des Friedrich August v. Hayek Instituts verfolgt.

Seit dem Jahr 2000 leitet die Betriebswirtin, die in den 90er-Jahren zweimal für die FPÖ im Innsbrucker Gemeinderat saß, den wirtschaftsliberalen Think-tank, der nach dem berühmten österreichischen Neoliberalen benannt ist. Barbara Kolm gilt als gut vernetzt in Wirtschafts- und Finanzkreisen.

In ORF-Sendungen nimmt Kolm häufig die Gegenposition zu linken Ökonomen, Gewerkschaftern und Vertretern des Staates ein. Im Juni 2014 lud die FPÖ Kolm in den Finanzausschuss zu einem Expertenhearing zum Hypo-Sondergesetz. Dort sprach sie sich für eine Insolvenz der Hypo Alpe Adria aus.

Stefan Bruckbauer



Studierte Volkswirtschaft in Linz, Chefökonom der Bank Austria. 52 Jahre alt

Stefan Bruckbauer arbeitet direkt bei einer Bank – aber wer setzt sich hierzu-lande eigentlich auf Expertenebene mit den heimischen Banken auseinander? Hier nehmen vor allem zwei Experten in der Öffentlichkeit Stellung: **Stefan Pichler** von der WU und **Franz Hahn** vom Wifo. Beide erläutern gern komplizierte Themen wie etwa die Hypo Alpe Adria und den Salzburger Finanzskandal. Hahn gilt als scharfer Kritiker des Zögerns der Regierung beim Hypo-Debakel

Der Chefökonom der Bank Austria, Stefan Bruckbauer, hat in Österreichs Medien zu vielen Themen etwas zu sagen. Etwa dazu, wie sich die EU-Wahl auf Aktienkurse auswirkt und wieso Kärnten ein Problemfall ist.

Der Volkswirt unterrichtete an seiner Heimatuni Linz, an der Fachhochschule für Bank- und Finanzwirtschaft und an der Bankenakademie. Bevor er zum Chefökonom aufstieg, war er schon lange Jahre in diversen Ökonomie-Abteilungen der Bank Austria tätig. Studenten der WU Wien sagte Bruckbauer jüngst, dass die Welt nicht pleitegehen könne, da ja alle Schuldner und Gläubiger auf der Erde leben – haben die einen mehr Schulden, haben andere mehr Vermögen. Schön gesprochen.

Kurt Bayer



Studierte Jus in Graz und Ökonomie in Maryland/USA. Bis 2012 unter anderem Exekutivdirektor der Weltbank, heute freier Wirtschaftspublizist. 71 Jahre alt

Kurt Bayer schreibt einen interessanten Blog, in dem er sich – in deutscher oder englischer Sprache – mit neuesten Entwicklungen in der **Bankenwelt** auseinandersetzt. Nachzulesen unter: kurtbayer.wordpress.com

Obwohl beruflich darin verwurzelt, spart Kurt Bayer nicht mit heftiger Kritik am Bankensystem. Als Kommentator in heimischen Zeitungen – oft auch im *Falter* – fordert der streitbare Ökonom mit Vehemenz, den Einfluss der Banken auf die Politik zu verringern und die Finanzmärkte stärker zu regulieren.

Seine Karriere begann der Jurist und Ökonom als Mitarbeiter des Wirtschaftsforschungsinstituts in den 70er-Jahren. Im Jahr 1995 wechselte er ins Finanzministerium, wo er bis Anfang 2000 arbeitete. Der heute 61-jährige Steirer saß zwischen 2002 bis 2012 im Direktorium der Weltbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung.

Silvia Angelo



Studierte Volkswirtschaft in Wien und Mexiko, seit 2008 Leiterin der Wirtschaftspolitik bei der AK Wien. 44 Jahre alt

Im Blog des Magazins **Arbeit und Wirtschaft**, das Arbeiterkammer und ÖGB betreiben, setzen sich Autoren wie Silvia Angelo etwa mit Verteilungsgerechtigkeit, Steuerpolitik und Neoliberalismus auseinander. Nachzulesen unter: blog.arbeit-wirtschaft.at

Verteilungsgerechtigkeit und Wirtschaftspolitik sind die Anliegen der Volkswirtin Silvia Angelo, die man häufig bei Diskussionsveranstaltungen erlebt. Seit dem Jahr 2008 leitet sie die wirtschaftspolitische Abteilung der Arbeiterkammer Wien.

Silvia Angelo befürwortet staatliche Interventionen, etwa um spekulativen Preis-

anstiegen bei Nahrungsmitteln oder Energie entgegenzuwirken. Ihre berufliche Laufbahn begann sie Ende der 90er-Jahre im Bundesministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit.

Ihre Karriere führte über den Österreichischen Gewerkschaftsbund und den SPÖ-Parlamentsklub zur Arbeiterkammer.

Franz Schellhorn



Studierte Handelswissenschaften an der WU Wien. Gründete 2013 den neoliberalen Thinktank Agenda Austria. 45 Jahre alt

Staatliche Eingriffe in die Wirtschaft sind eher nicht sein Ding. Franz Schellhorn gilt als vehementer Vertreter neoliberalen Denkens in Österreich.

Vergangenes Jahr initiierte er den ersten privat finanzierten Thinktank in Österreich, die Agenda Austria – eine „Denkfabrik der Millionäre“, wie der *Kurier* Anfang 2013 kommentierte. Sie wird von Banken, Großkonzernen und vermögenden Privatpersonen finanziert, wie eine jüngst veröffentlichte Spenderliste zeigt.

Franz Schellhorn studierte Handelswissenschaften und kam im Jahr 1997 zur Tageszeitung *Die Presse*. Dort brach er es zum stellvertretenden Chefredakteur und zum Leiter der Wirtschaftsredaktion, der mit seinen kompromisslos liberalen Kommentaren gern auch ein wenig provozierte, zum Beispiel zum Thema Wohnpolitik.

Franz Schellhorn beendete seine journalistische Karriere, nachdem er im Jahr 2013 sein Institut Agenda Austria gegründet hatte.

Ulrich Brand



Studierte VWL und Politikwissenschaft in Frankfurt am Main, Berlin und Buenos Aires. Seit 2007 an der Uni Wien. 47 Jahre alt

Ulrich Brand stammt von der 185-Seen-Insel Mainau im Bodensee. Heute gilt der 47-jährige gebürtige Deutsche und Wahl-Wiener als einer der wichtigsten Globalisierungs- und Wirtschaftswachstumskritiker im ganzen deutschsprachigen Raum.

Nach einem Studium der Betriebswirtschaft und Politikwissenschaft übernahm Brand 2007 eine Professur für internationale Politik an der Universität Wien. Dort forscht er zu politischer Ökonomie, sozialen Bewegungen und Umweltpolitik. Außerdem engagiert Brand sich im wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland.

Brand nahm auch an der zweijährigen Enquete des Deutschen Bundestags zum Thema „Wachstum, Wohlstand, Lebensqualität“ teil, die im Jahr 2013 auslief. Sie befasste sich mit Alternativen zum Wirtschaftswachstum.

Diese Uni-Professoren sollte man kennen

Sigrid Stagl (siehe auch Interview S. 21) war weltweit die erste PhD-Absolventin für Umweltökonomie. Sie lehrt an der Wiener Wirtschaftsuniversität, wo sie das neue Masterstudium für sozioökologische Wirtschaft und Politik initiierte.

Heinz D. Kurz, Professor am Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Graz, ist einer der wenigen heimischen Ökonomen in Österreich, die sich akademisch profund mit der sogenannten „Österreichischen Schule der Nationalökonomie“ auseinandersetzen – oft auch durchaus kritisch (siehe auch S. 14).

Edeltraud Hanappi-Egger ist eine der wenigen Frauen in Österreich, die ein Universitätsinstitut mit Wirtschaftsbezug leiten – an der Wirtschaftsuniversität in Wien. Ihre Schwerpunkte sind Gender- und Organisationsforschung.

Wilfried Altzinger ist an der Wiener Wirtschaftsuniversität am Institut für Makroökonomie beschäftigt. Er gilt als Spezialist für Verteilungsfragen und scheut auch nicht davor zurück, abseits der universitären Debatte zu aktuellen Wirtschaftsthemen Stellung zu nehmen.

Elisabeth Springler, Fachbereichsleiterin an der Fachhochschule des BFI in Wien-Leopoldsdorf, befasst sich intensiv mit dem Finanzsektor im weitesten Sinne sowie mit postkeynesianischer Theorie (siehe auch S. 18).

Jakob Kapeller gilt als Nachwuchsökonom abseits des Mainstreams. Der Linzer ist Herausgeber des Newsletters der globalen Plattform für Heterodox Economics und engagiert sich beim jährlichen Momentum-Kongress in Hallstatt.

Diese Bankanalysten sollte man kennen

Friedrich Mostböck bekleidet den Posten des so genannten „Head of Group Research“ bei der Erste Bank. Der Betriebswirt leitet ein Netz von Abteilungen der Bank in Osteuropa und gilt als Experte für die Finanzmärkte und ihre derzeit schwierige Lage in Zentral- und Osteuropa.

Peter Brezinschek ist seit dem Jahr 2011 der globale Leiter der Research Abteilung der Raiffeisen Bank International. Der 56-jährige gebürtige Wiener studierte Volkswirtschaft an der Wirtschaftsuniversität Wien. Seine Karriere bei Raiffeisen begann er bereits im Jahr 1983.

Stefan Rossmann ist der Chefökonom der Bawag P.S.K. Seit dem Jahr 2001 arbeitet er im Bereich Strategy and Economics. In den Economic Newsletters der Bawag analysieren er und sein Team monatlich die wirtschaftliche Situation in Österreich und international.

„Wir brauchen einen Wirtschaftsjournalismus für Dummies“

INTERVIEW:
JOSEPH GEPP

Reinhard Christl war Wirtschaftsjournalist, leitete bis 2014 Medien-Fachhochschulen in Wien und St. Pölten und ist heute als Medienberater tätig

Falter: Herr Christl, Sie fordern gern einen anderen Wirtschaftsjournalismus. Warum?
Reinhard Christl: Wirtschaftsjournalismus – und das sage ich als Ex-Wirtschaftsjournalist durchaus selbstkritisch – war immer eine Sache für Insider. Den Wirtschaftsteil einer Zeitung haben früher Banker, Finanzexperten, Manager und Volkswirte vom Wifo gelesen. Das hat sich jedoch spätestens seit der Finanzkrise massiv geändert.

Wieso?
Christl: Einerseits will man Antworten, wie man etwa sein Geld anlegen soll und ob die eigene Pension sicher ist. Andererseits ist heute die politische Berichterstattung stärker mit wirtschaftlichen Themen durchsetzt. Wer sich bei Globalisierung, Finanzkrise oder EU-Rettungsschirm nicht auskennt, kann nicht mitreden.

Was braucht ein neuer Wirtschaftsjournalismus?
Christl: Zunächst mehr Allgemeinverständlichkeit. Es müsste eine massive Übersetzungsarbeit aus dem Ökonomenjargon geleistet werden. Wir brauchen, wenn Sie so wollen, einen Wirtschaftsjournalismus für Dummies. Zweitens bräuchte es weniger strikte Ressortgrenzen im Journalismus – Wirtschaft, EU und Innenpolitik könnten beispielsweise ein Großressort werden.

In Medien wird derzeit überall massiv gespart. Liegen Probleme, wie Sie sie schildern, wirklich an der Verfasstheit des Wirtschaftsjournalismus?
Christl: Natürlich gibt es auch andere Faktoren. Neben dem Spardruck in den Medien denke ich hier etwa an die zunehmende Bedeutung der PR. Wenn auf einen Journalisten im Schnitt drei PR-Leute kommen, macht das bei ohnehin grassierendem Zeitdruck den Blick hinter die Kulissen immer schwieriger. Weiters möchte ich die wissenschaftliche Kultur nennen: Im angelsächsischen Raum etwa fühlen sich Akademiker viel stärker der Allgemeinverständlichkeit verpflichtet als im deutschsprachigen.

Welche Medien sollen Wirtschaftsinteressierte lesen?
Christl: Auf Englisch etwa die Kolumne von Paul Krugman in der *New York Times* sowie den *Economist*. Im deutschsprachigen Journalismus rate ich zu *Zeit* und *Spiegel*. In Österreich kann ich etwa Eric Frey im *Standard* und Josef Urschitz in der *Presse* empfehlen, wenn es um die allgemeinverständliche Erklärung politisch-wirtschaftlicher Zusammenhänge geht.

Kleines ABC des Anlegerjournalismus

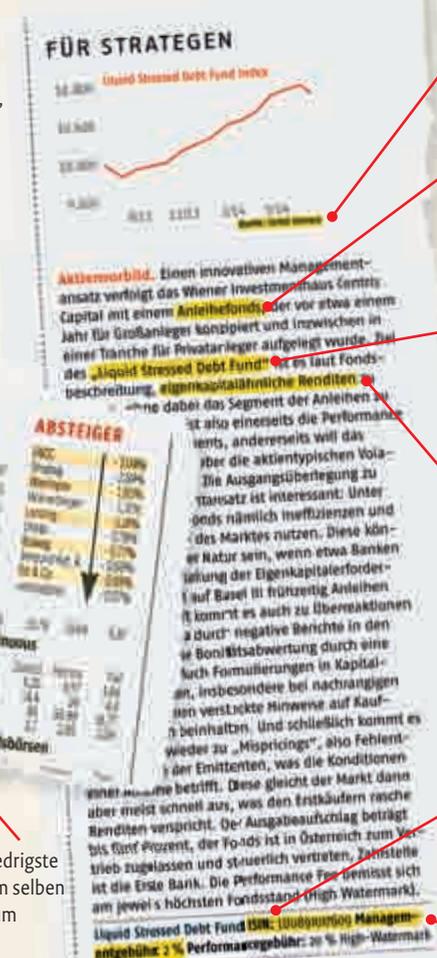
Der wichtigste österreichische Aktienindex heißt ATX. Indizes sind zusammengefasste ausgewählte Aktienkurse, die nach Firmengröße, Streubesitz, Börsenumsatz, Sektoren und/oder Ländern gegliedert werden, etwa der Dow Jones in den USA. Die Zahl 2345,10 signalisiert die Entwicklung von einem Grundwert weg (beim ATX zum Beispiel von 1000 im Jahr 1991)

Die wichtigsten Aktien in Österreich



Der aktuelle Kurswert der Agrana-Aktie

Der gestrige Rekordwert in einem bestimmten Zeitraum (hier: 365 Tage)



Finanzdienstleister wie dieser stellen das Zahlenmaterial zur Verfügung. Die bekanntesten sind Bloomberg und Reuters

Eine Anlagemöglichkeit in Form gebündelter Anleihen von Staaten und/oder Unternehmen

Derartige Ausdrücke denken sich Firmen für ihre Finanzprodukte aus. Dieser Fonds etwa beinhaltet überwiegend Anleihen, deren Ratings auch schlecht sein können („stressed“), aber auch eine Menge anderer Investmentprodukte

Anleihen sind sicherer als Aktien, weil sie im Konkursfall zuerst bedient werden. Dieser Fonds bietet angeblich trotz seines Anleihen-Charakters Profite wie bei Aktien („eigenkapitalähnliche Rendite“)

Eine Art Identifikationsnummer für Wertpapiere

Wenn man dieses Produkt um beispielsweise 1000 Euro kauft, zahlt man 20 Euro „Managementgebühr“. Die „Performancegebühr“ hingegen wird lediglich auf die Rendite fällig



Das Kurs-Gewinn-Verhältnis ist der aktuelle Kurs dividiert durch den Gewinn je Aktie. Es zeigt an, wie teuer die Aktie im Verhältnis zu den erwirtschafteten Unternehmensgewinnen eines Jahres ist



Diese typische Tabelle zeigt aktuelle Kurswerte, sogenannte Spot-Märkte. Daneben gibt es im Devisenhandel auch den großen Bereich der sogenannten Future-Märkte. Bei diesen kauft man die Währung nicht zum aktuellen Wert, sondern zu jenem in beispielsweise sechs Monaten. Je nachdem, wie richtig man lag, verdient man am Ende

Vierteljährlich erscheinen die Berichte großer Unternehmen über ihre Geschäftsentwicklung. Je nach Börsenplatz verdichten sich die Quartalsberichte in wenigen Tagen, in Wien beispielsweise jeweils im zweiten Monat nach Quartalsende. Wie viel ein Unternehmen von seinen Daten preisgibt, hängt von firmeninternen Auflagen sowie nationalen und europäischen Vorschriften ab

Devisenkurse

	Kunde zahlt	erhält
US-Dollar	1,3484	1,3384
Kanadische Dollar	1,461	1,444
Australische Dollar	1,438	1,42
Neuseeländische Dollar	1,61	1,545
Pfund Sterling	0,7956	0,7896
Schweizer Franken	1,2221	1,2081
Schwedische Kronen	9,217	9,147
Japanische Yen	137,65	136,35
Thailändische Baht	314,7	305,9

Diese Wirtschaftsblogs sollte man kennen:
aus Österreich: <http://blog.arbeit-wirtschaft.at/> +++ <http://jahoda-bauer-institut.at/> **aus Deutschland:** <http://www.nachdenkseiten.de/> +++ <http://blog.zeit.de/herdentrieb/> +++ <http://www.verschuer.de/> +++ <http://www.antonotazioni.de/> +++ <http://www.oekonomenstimme.org/> +++ **aus anderen Ländern:** +++ <http://krugman.blogs.nytimes.com/> +++ <http://www.social-europe.eu/> +++ <http://rwer.wordpress.com/> +++ <http://www.economistasfrontealacrisis.com/> +++ <http://www.economist.com/blogs/freeexchange> +++ <http://www.voxeu.org/>

4. Die Bücher

Thomas Piketty über seinen Bestseller, John Lanchester über Flash Boys, Robert Misik über Gleichheit und Glück

„Der Markt mag unabdingbar sein, aber es gibt Dinge, die er nicht tun kann und für die wir spezielle Einrichtungen brauchen“

THOMAS PIKETTY IM INTERVIEW

FOTOS: MARIAN MURAT, HERBY SACHS / WDR, WESTEND VERLAG, WIKIPEDIA



John Lanchester (l.) über Hochfrequenzhandel, Ulrike Herrmann (daneben) über die Selbstabschaffung der Mittelschicht, Chrystia Freeland über Superreiche und Joseph Stiglitz (r.) über die Folgen der Krise: Diese und andere Wirtschaftsbücher sollte man gelesen haben

„Europa denkt nicht an seine Zukunft“

Ein Buch gilt als wissenschaftliche Sensation und wird in aller Welt besprochen und kritisiert, bejubelt und angezweifelt. Seine Thesen gelten als gelungene und spannend zu lesende Zusammenfassung von dem, was längst in der Luft lag und anscheinend nur darauf wartete, zusammengefasst zu werden: dem Faktum, dass die Schere zwischen Arm und Reich in den vergangenen Jahrzehnten immer größer und größer wird (siehe auch Rezension S. 52).

Vor einem Jahr war Thomas Piketty noch ein französischer Ökonom und Gleichheitsforscher, der nur einigen Eingeweihten bekannt war. Heute gilt der 43-Jährige, der an mehreren Pariser Universitäten forscht, als ein Superstar der Ökonomie.

Das nachfolgende, ausführliche Interview gab Thomas Piketty im November 2013 dem französischen Magazin *Esprit*. Wir haben das Gespräch übersetzt und nachgedruckt.

Ihr neues Buch „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ stellt die Ergebnisse eines beeindruckenden Forschungsprogramms dar, das einen langfristigen, vergleichenden Ansatz verwendet. Die Ergebnisse sind, was die Verteilung des Wohlstands betrifft, in verschiedenen Ländern bemerkenswert einheitlich: Sie stellen sowohl die „Konvergenz“-Theorien infrage als auch die Annahme, dass ungerechte Verteilung dazu neigt, mit der Zeit abzunehmen. Wie erklären Sie, dass nationale Besonderheiten fehlen – und inwieweit können diese Langzeitergebnisse dazu dienen, Prognosen für die Zukunft zu erstellen?

Thomas Piketty: „Das Kapital im 21. Jahrhundert“ skizziert einen grundlegenden interpretativen Rahmen für Daten, die ein ganzes Team gesammelt hat. Es unterscheidet sich stark von meinem Buch aus dem Jahr 2001 über Spitzeneinkommen in Frankreich, indem es zwei Dutzend Länder behandelt anstatt nur eines, dabei einen Zeitraum von mehreren Jahrhunderten abdeckt und Wohlstand sowohl in Form von Besitz als auch von Einkommen betrachtet.

Der Schlüssel beim Besitz ist, dass die verfügbaren Daten es uns möglich machen, einen längerfristigen Blick auf die ungerechte Verteilung des Wohlstandes zu werfen: Einkommenssteuern wurden in den meisten westlichen Ländern erst im frühen 20. Jahrhundert eingeführt, auf dieser Basis können wir also nicht weit genug zurückgehen, um die zwei Weltkriege in eine vernünftige Perspektive zu setzen.

Indem wir den Fokus von Einkommen zu Besitz verschieben, inklusive geerbten Wohlstandes, haben wir die Möglichkeit, das Forschungsmodell zu verändern und den Zeitraum bis zur Industriellen Revolution auszuweiten und so die Dynamiken, die im 19. Jahrhundert am Werk waren, zu

Thomas Piketty, Autor des globalen Bestsellers „Das Kapital im 21. Jahrhundert“, im Gespräch

GESPRÄCH:
ALICE BÉJA
MARC-OLIVIER
PADIS

ÜBERSETZUNG:
EMILY WALTON

„Wachstumsraten sind niedriger als Kapitalrenditen, und folglich gibt es eine Tendenz, dass Ungleichheiten zu- statt abnehmen“

Zur Person

Thomas Piketty, geboren 1971 in Clichy, ist französischer Ökonom und Professor an der Paris School of Economics und der École des Hautes Études en Sciences Sociales (EHESS). Im französischen Präsidentschaftswahlkampf 2007 beriet er die sozialistische Kandidatin Ségolène Royal in wirtschaftspolitischen Agenden. Pikettys Weltbestseller über die globale Ungleichverteilung erschien im Jahr 2013 auf Französisch

untersuchen. Diese Ausweitung des Rahmens wäre ohne die Hilfe meiner Kollegen unmöglich gewesen.

Zu den Gemeinsamkeiten unter den Ländern: Diese müssen aus den Daten ausgehoben und in der Analyse begründet werden. Ich habe das versucht, ohne die jeweilige nationale Geschichte des Wohlstandes außer Acht zu lassen – zum Beispiel die Rolle, die das durch Sklavenarbeit erwirtschaftete Kapital in den Vereinigten Staaten spielte; das Rheinland-Modell in Deutschland oder das Ausmaß der britischen Staatsschulden im 19. Jahrhundert, das den privaten Reichtum ansteigen ließ, indem finanzielle Renten geschaffen wurden, zusätzlich zu den existierenden Renten auf Grund und Boden.

In Frankreich war die Situation anders, weil die Staatsschulden mehrmals geregelt (vom Staat nicht beglichen, Anm.) wurden und die Verstaatlichung eine zentrale Rolle spielte. Jedes Land hat also seine Eigenheiten und seine eigene kulturelle Geschichte.

Die nationalen Antworten auf die ungerechte Verteilung hängen auch davon ab, wie sich das Land in Bezug auf andere Länder sieht. Ein Beispiel: Die Vereinigten Staaten haben die Ungleichheit im eigenen Land oft durch den Vergleich mit der Ungleichheit in Europa als das Land der Privilegien gesehen – was die Amerikaner dazu gebracht hat, im frühen 20. Jahrhundert eine Steuer auf Spitzeneinkommen zu erheben, weil sie vermeiden wollten, dem alten Europa ähnlich zu sein, das sie als höchst unegalitär betrachteten – oder, umgekehrt, die USA haben Europas Kollektivismus und Egalitarismus angeprangert, wie das in den vergangenen Jahrzehnten passiert ist. Jedes Land betrachtet sein eigenes Modell als intrinsisch gerechter.

Meine Betonung bestimmter universeller Gesetze, wie das Verhältnis zwischen der Wachstumsrate und der Kapitalrendite, impliziert keinen Glauben an absolute ökonomische Determinismen – im Gegenteil. Trotzdem können die Gemeinsamkeiten nicht ignoriert werden.

Europäische Staaten teilen im 20. Jahrhundert die Erfahrung der beiden Weltkriege. Die Dynamik der Ungleichheit entwickelte sich in all diesen Staaten entlang ähnlicher Linien: Die Ungleichheiten wuchsen in der Belle Époque rasant, mit einer nie dagewesenen Konzentration von Reichtum, nahmen dann ab 1914 wegen der sozialen Veränderungen, die durch Konflikt, Dekolonialisierung und die Entwicklung des Wohlfahrtsstaates zustande kamen, allmählich ab. Aber seit den 1980ern ist die ungerechte Verteilung wieder gestiegen.

Die Staaten haben zwischen 1914 und 1918 sowie zwischen 1939 und 1945 unterschiedliche Ausmaße von materieller Zer-

störung erlitten, aber die politischen Erschütterungen und die Bürden der Ausgaben in Kriegszeiten haben letztendlich einen ähnlichen Effekt auf ihre Ökonomien gehabt. Das trifft beispielsweise auf das Vereinigte Königreich zu, das weniger Zerstörung erlitten hat als Frankreich oder Deutschland, aber nichtsdestotrotz mit stark reduzierten Privatvermögen aus dem Zweiten Weltkrieg gekommen ist.

In der Zeit zwischen 1945 und 1973 hat dieser Rückgang der privaten Wohlstandsniveaus zu der Illusion geführt, dass wir in eine neue Phase des Kapitalismus eingetreten wären – eine Form von Kapitalismus ohne Kapital, oder zumindest ohne Kapitalisten. Aber Kapitalismus war nicht auf irgendeine strukturelle Art ersetzt worden; stattdessen war das im Grunde genommen eine Übergangsphase des Wiederaufbaus. Reichtum wurde wiederhergestellt, wenn auch schrittweise.

Erst heute, im frühen 21. Jahrhundert, sehen wir die gleichen Wohlstandsniveaus wie in den Jahren vor dem Ersten Weltkrieg: Ungefähr das Sechsfache des jährlichen Nationaleinkommens, verglichen mit etwas mehr als dem Zweifachen des Nationaleinkommens in den 1950ern.

Natürlich gibt es nationale Unterschiede: In Deutschland beispielsweise war die Valorisierungsrate von Kapital niedriger als in Frankreich, unter anderem deshalb, weil im Rheinland-Modell die Eigentümerschaft von Unternehmen zwischen Aktionären und Angestellten aufgeteilt ist. Trotzdem gibt es generelle Tendenzen – etwa, dass Wachstumsraten niedriger sind als Kapitalrenditen und es folglich eine Tendenz gibt, dass Ungleichheiten zu- statt abnehmen. Das trifft auf lange Zeiträume der Menschheitsgeschichte zu, mit Ausnahme des 20. Jahrhunderts.

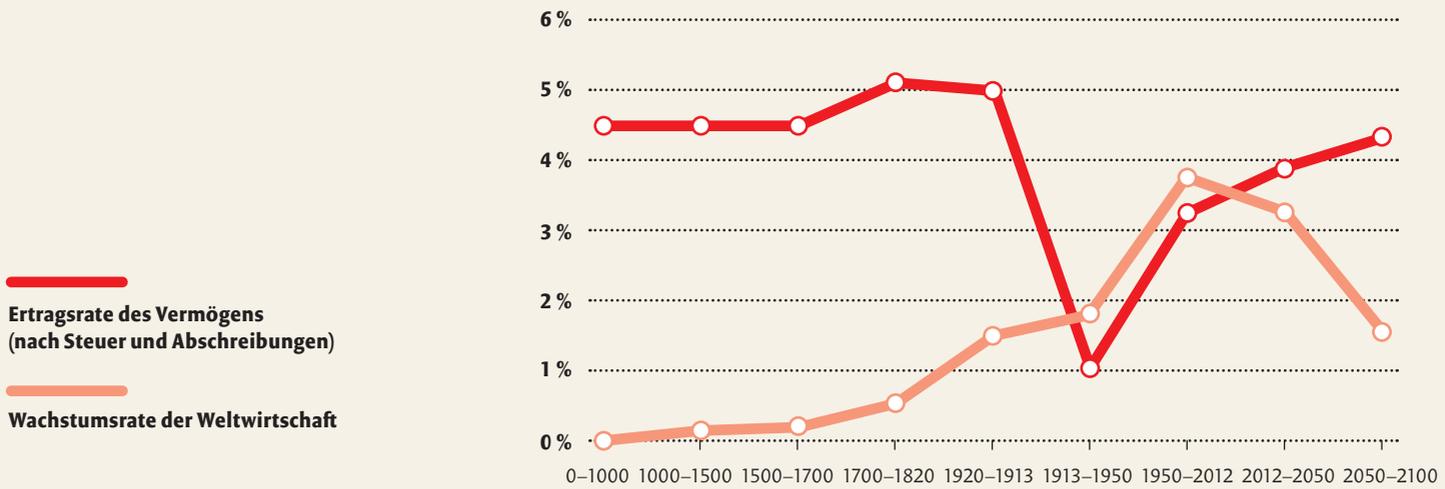
Die These der Konvergenz, die besagt, dass Ungleichheit mit der Entwicklung des Kapitalismus automatisch reduziert wird, hat fragile theoretische und empirische Fundamente. Sie basiert größtenteils auf einer Hypothese, die von Simon Kuznets in den 1950ern formuliert wurde. Er beobachtete eine Verringerung der Einkommensunterschiede in den Vereinigten Staaten zwischen 1910 und 1940. Ökonomen wollten an diese optimistischen Resultate glauben und machten daraus ein Gesetz.

In der Realität jedoch ist diese Reduktion der Ungleichheiten zu einem großen Teil den Weltkriegen geschuldet, aber die Menschen bildeten sich plötzlich ein, dass ein universeller theoretischer Mechanismus existierte, der eine Tendenz Richtung Harmonie produzierte. Ein weiterer Faktor war, dass eigentlich nur sehr wenige historische Studien über Ungleichheit gemacht wurden, teilweise wegen der disziplinären

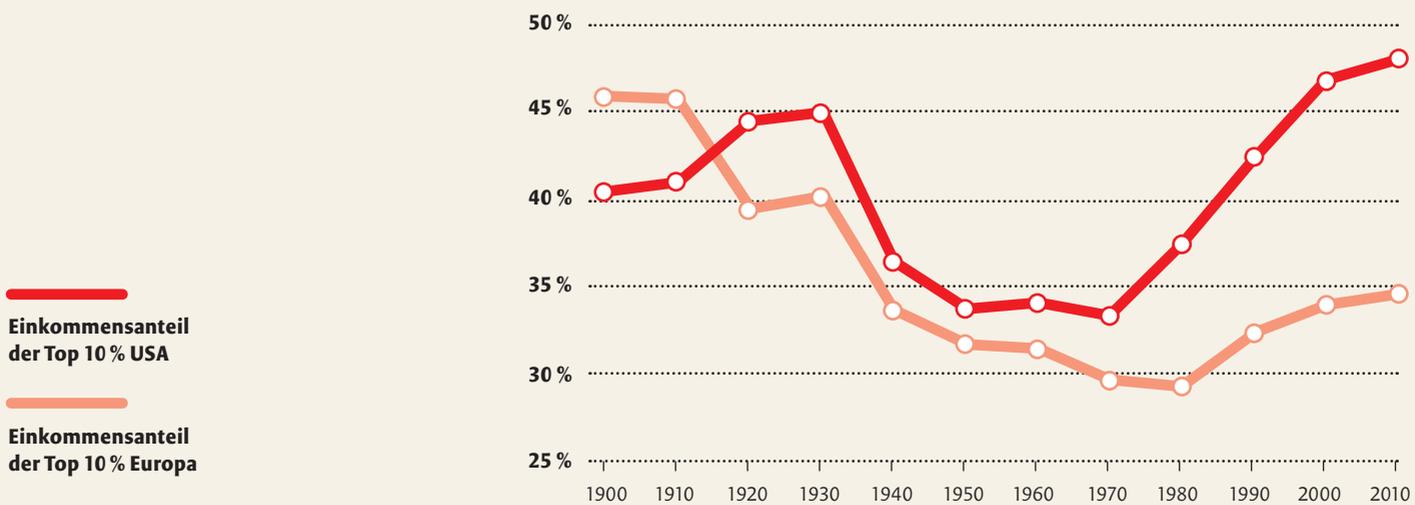
Fortsetzung Seite 49



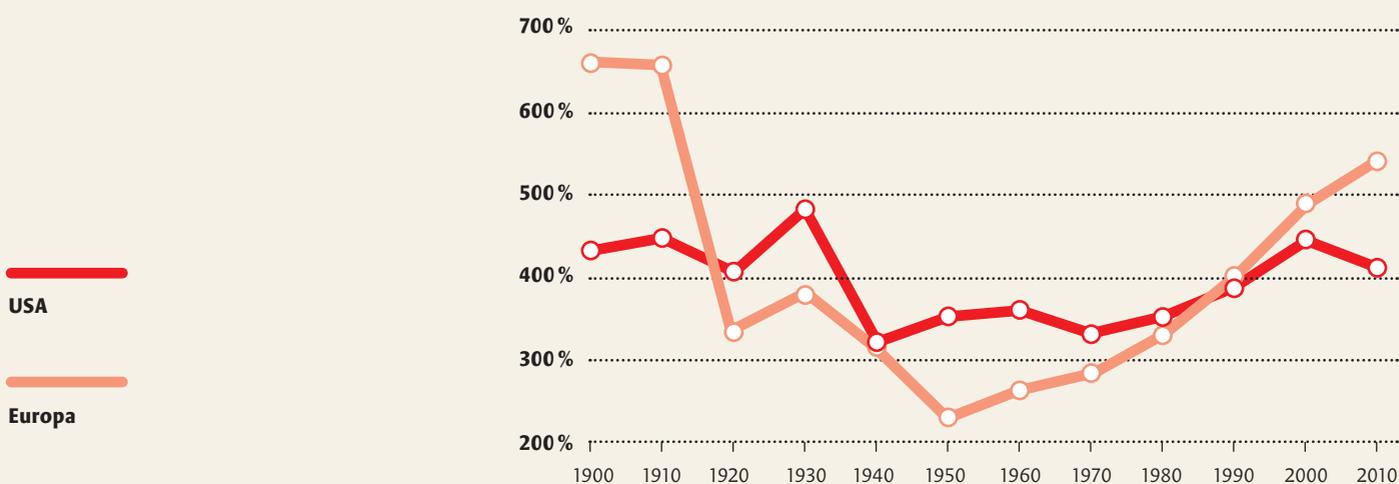
Jährliche Wachstumsraten von Vermögensrenditen und Nationaleinkommen



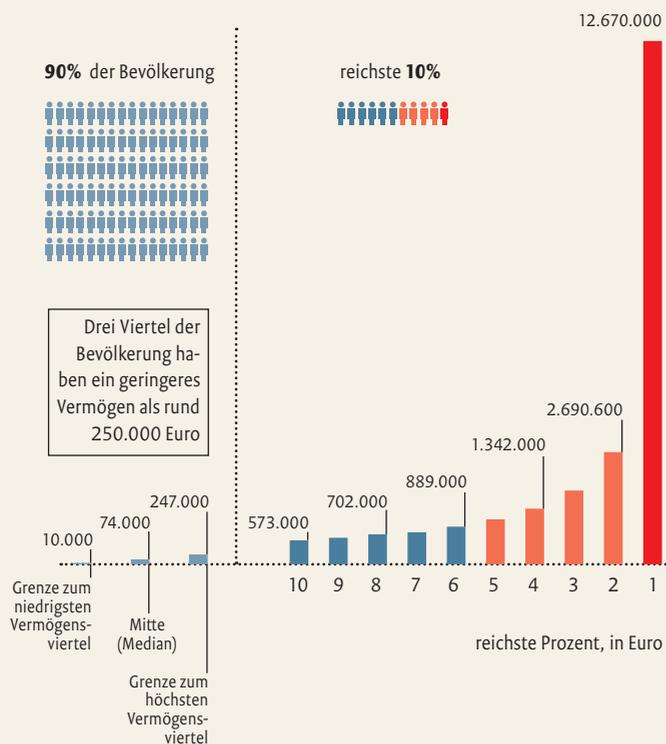
Der Einkommensanteil der 10 % Bestverdiener beträgt...



Private Vermögen steigen im Verhältnis zum Nationaleinkommen

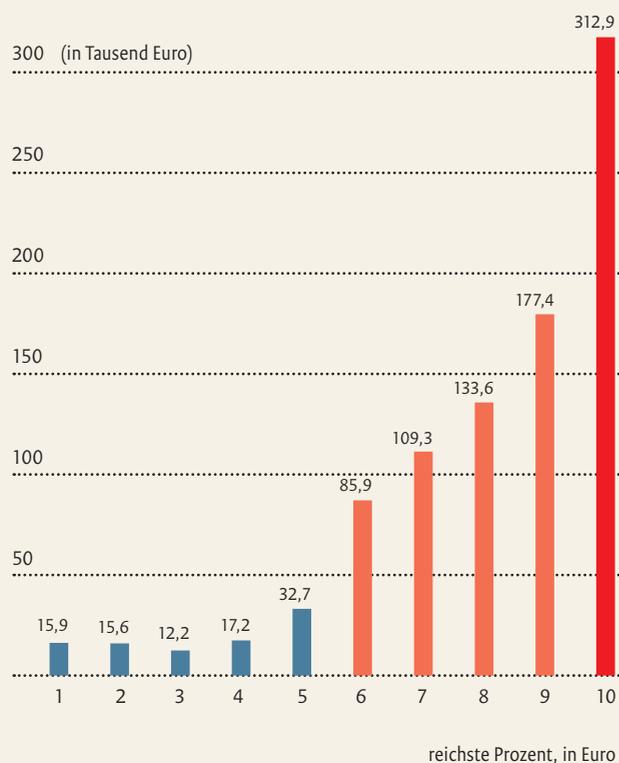


5% der Haushalte besitzen mehr als 1 Million Euro



„Die Reichen“ haben am meisten geerbt

Die reichsten 10% erbten durchschnittlich mehr als 300.000 Euro!



Fortsetzung von Seite 46

Trennung von Geschichtsforschung und Wirtschaftswissenschaft.

Ich habe versucht eine ausgewogene Darstellung der Dynamiken zu geben, die am Werk sind. Es gibt natürlich Kräfte der Konvergenz, die auffälligste ist die Ausbreitung von Wissen. Derzeit sind die Pro-Kopf-Niveaus der Produktivität in den fortgeschritten-kapitalistischen Ländern sehr ähnlich: In Europa, den Vereinigten Staaten, in Japan liegt das durchschnittliche jährliche Pro-Kopf-Einkommen bei rund 30.000 Euro. Die Unterschiede sind minimal, trotz der großen Abweichungen bei den nationalen Sozialmodellen und den Steuersätzen.

Es ist möglich, dass dieser Prozess der Konvergenz sich fortsetzt und auch einige der Entwicklungsländer umfassen wird. Aber wenn wir die Dynamik des Wohlstands betrachten, gibt es einen kräftigen Druck in Richtung Divergenz, sowohl innerhalb der Staaten als auch auf globaler Ebene. In einer Welt mit schwachem Wachstum führt die Tatsache, dass Kapitalrenditen höher sind als Wachstumsraten zur Tendenz, dass vererbte Ungleichheiten beim Wohlstand verstärkt werden.

Sind es also nur externe Erschütterungen wie Kriege, die diese Anhäufung begrenzen können?

Piketty: Wachstum kann den Konzentrationsprozess ausgleichen. Aber schwaches Wachstum kann nicht sehr viel ausgleichen. Sowohl Marx als auch die Neoliberalen irren beim Wachstum. Marx ignoriert es, während die Neoliberalen glauben, dass es die Lösung aller Probleme ist.

Für Marx entsteht Wachstum einzig und allein durch die Anhäufung von Kapital; es gibt keinen eigenständigen Anstieg an Produktivität. Der logische Widerspruch des Kapitalismus, den Marx identifiziert hat, ist, dass sich die Kapital-zu-Einkommens-Quote unendlich steigert und die Kapitalrendite so irgendwann gegen null gehen muss. Das kapitalistische System ist intrinsisch instabil und führt natürlicherweise zur Revolution. Die Erfahrung des 20. Jahrhunderts zeigt, dass dieses Schema zu düster ist im ökonomischen Sinn – und zu mechanisch in seinen politischen Schlüssen.

Gesteigerte Produktivität und Bevölkerungswachstum haben es möglich gemacht, Marx' Gleichung in Balance zu bringen und das tendenzielle Absinken der Renditen zu vermeiden. Aber dieses Gleichgewicht kann nur erreicht werden auf einem extrem hohen Level an Anhäufung und Konzentration von Wohlstand, der mit demokratischen Werten inkompatibel ist. Nichts in der ökonomischen Theorie garantiert, dass das Niveau der Ungleichheiten am Punkt des Gleichgewichts akzeptabel sein wird. Genauso garantiert nichts das Vorhandensein von automatischen, stabilisierenden Mechanismen, die ein generelles Gleichgewicht schaffen könnten.

Manche haben behauptet, dass die Rate der Kapitalrendite „auf natürliche Weise“ auf das Niveau der Wachstumsrate absinken wird. Historisch gesehen gibt es allerdings keinerlei Beweis dafür. Den Großteil der Menschheitsgeschichte hat die Wachstumsrate null betragen, aber es gab dennoch eine Rendite auf Besitz – üblicherweise eine durchschnittliche Rendite von vier bis fünf Prozent bei Grund und Boden.

Tatsächlich war das die Grundlage der sozialen Ordnung, weil es einer Gruppe von Menschen, der Grundbesitzenden Aristokratie, ermöglicht hat, von diesen Gewinnen zu leben. Fakt ist, dass diese Rendite auf Besitz langfristig konstant höher war als die Wachstumsrate. Das stellt uns vor keine logischen Probleme, aber es wirft die Frage auf, ob die Reproduzierung und Festigung der Ungleichheiten, zu der ein solches Verhältnis führt, in einem demokratischen Kontext akzeptabel ist.

Im 20. Jahrhundert gab es die weit verbreitete Annahme, dass die Kräfte des Rationalismus zur Elimination der Grundrente führen würden – im Sinne von exzessiven Gewinnen, die durch Vorteile in der Stellung erzielt werden. Wir können das in der Entwicklung der Sprache sehen. Heute ist „Rendite“ systematisch assoziiert mit „Monopol“. Wenn EZB-Präsident Mario Draghi gefragt wird, was getan werden soll, um Europa zu retten, sagt er, dass wir das „Rent-Seeking“ bekämpfen sollen, womit er meint, dass geschützte Bereiche wie Taxiunternehmen und Apotheken geöffnet werden sollen – als ob nur Wettbewerb die Grundrente beseitigen könnte.

Aber die Tatsache, dass die Kapitalrendite höher ist als die Wachstumsrate, hat nichts mit Monopolen zu tun und kann auch nicht mit mehr Wettbewerb gelöst werden.

Im Gegenteil, je reiner und konkurrenzbetonter der Kapitalmarkt ist, desto größer ist die Lücke zwischen Kapitalrendite und Wachstumsrate. Das Endergebnis ist die Trennung von Eigentümer und Manager. In diesem Sinne ist das Ziel von Marktrationalität jenem der Leistungsgesellschaft entgegengesetzt. Das Ziel von Markteinrichtungen ist nicht, soziale Gerechtigkeit zu schaffen oder demokratische Werte durchzusetzen; das Preissystem kennt weder Grenzen noch Moral.

Der Markt mag unabdingbar sein, aber es gibt Dinge, die er nicht tun kann und für die wir spezielle Einrichtungen brauchen. Zu oft wird angenommen, dass die natürlichen Kräfte von Wettbewerb und Wachstum selbst unaufhörlich ihre Positionen wechseln. Aber im 20. Jahrhundert waren es vorrangig Kriege, die die Vergangenheit eingestampft und die Karten neu verteilt haben. Wettbewerb an sich wird weder soziale Gerechtigkeit noch demokratische Harmonie garantieren.

„Das Kapital im 21. Jahrhundert“ betont die Wichtigkeit von wirtschaftlicher Geschichtsforschung, die eine Verbindung mit den anderen Sozialwissenschaften bedingt. Wie kann sich die Forschung von der Dominanz der mathematisierten Wirtschaftstheorie befreien, um diese Veränderung zu schaffen?

Piketty: Ich sehe mich selbst ebenso als Sozialwissenschaftler wie als Ökonomen. Wenn man Fragen wie die Verteilung von Wohlstand untersucht, sind die Grenzen fließend und die Ansätze müssen notwendigerweise kombiniert werden.

Nachdem ich mein Doktorat an der École normale supérieure abgeschlossen hatte, verbrachte ich die frühen 1990er-Jahre in den USA, wo ich unter anderem am MIT unterrichtete – und ich war verblüfft von der Selbstzufriedenheit der Ökonomen

Fortsetzung Seite 50

Fortsetzung von Seite 49

an den Universitäten. Sie waren überzeugt davon, dass ihre Methoden viel wissenschaftlicher waren als die ihrer Kollegen in den sogenannten „weichen“ Wissenschaften wie Soziologie, Geschichte, Anthropologie. Aber ihre „Wissenschaft“ war oft höchst ideologisch.

Seit dem Fall der Berliner Mauer haben Ökonomen sowohl in den USA als auch weltweit eine wichtige Rolle gespielt in der Idealisierung des Marktes. Trotz meines wissenschaftlichen Hintergrundes hat mich die Geschichte immer angezogen. Von Anfang an habe ich versucht, Daten zur historischen Entwicklung der Reichtumsverteilung zu sammeln, weil sehr wenig davon verfügbar war. Im Gegensatz zu dem, was man oft hört, gibt es historische Daten, man muss sich nur die Zeit nehmen, sie zu sammeln, etwa indem man im Archiv des Finanzministeriums recherchiert oder Testamentsbestätigungen einseht.

Ich habe nichts gegen Theorie, aber sie muss spärlich eingesetzt werden: Eine kleine Menge an Theorie kann viele Fakten erklären. Aber meistens machen Ökonomen das Gegenteil: Sie verbreiten Theorien in der Illusion, sie seien wissenschaftlich, auch wenn die Basis an Fakten dafür extrem fragil ist.

An einigen Stellen beziehen Sie sich auf Literatur, um zu vermitteln, wie sich die Art der Ungleichheit verändert. In den Werken von Balzac und Austen sind der

„Im Herzen jeder großen demokratischen Revolution steht eine fiskalische Revolution“

„Ich war verblüfft von der Selbstzufriedenheit der Ökonomen an den Universitäten. Ihre Wissenschaft war oft höchst ideologisch“

Besitz und das Einkommen der Charaktere systematisch vermerkt; die Leser damals wussten, wofür sie standen. In der zeitgenössischen Literatur ist diese Skala verloren gegangen: Die wirtschaftliche Situation der Charaktere wird kaum beachtet. Hat die ungerechte Verteilung eine Art kognitive Unsichtbarkeit erlangt, die ihr einen sozial akzeptableren Anschein gibt?

Piketty: Das Buch rührt in weiten Teilen von der Angst, dass sich die sozialen Strukturen unabänderlich verändern – Stück für Stück, ohne dass wir es merken. Die Dynamiken sind nicht leicht verständlich, und es gibt ein reales Risiko, dass wir eines Tages in einer Gesellschaft aufwachen, die sogar noch weniger auf Gleichheit ausgerichtet ist als jene des 19. Jahrhunderts, weil sie die Willkür der vererbten Ungleichheiten mit einem leistungsorientierten Diskurs vermischt, der „Verlierer“ für ihre Situation verantwortlich macht – beispielsweise, weil ihre Produktivität zu niedrig ist.

Das Potenzial, diese Ungleichheit in der Literatur abzubilden, ist unter anderem durch das Verschwinden finanzieller Bezugspunkte reduziert worden. Im 19. Jahrhundert, als es keine Inflation gab, waren diese in Stein gemeißelt. Jeder Leser verstand sofort, was gemeint war mit den Summen, die Balzac und Austen erwähnen.

Aber das Wachstum und die hohe Inflation des 20. Jahrhunderts haben diese Bezugspunkte weggewischt. Zahlen sind schnell überholt, und heute finden wir es

vielleicht sogar schon schwer, ein Gehalt aus den 1990er-Jahren mit einem gewissen Lebensstandard oder einer gewissen Kaufkraft in Bezug zu setzen.

Generell gesprochen: Der kollektive Glaube an Fortschritt und steigende Lebensstandards bedeutet zugleich, dass wir uns weigern, uns eine moderne Welt vorzustellen, die so ungleich ist wie jene des 19. Jahrhunderts. Natürlich, wir sind noch nicht so weit und ich will auch nicht in Katastrophenszenarien verfallen. Aber unter bestimmten Bedingungen könnte es passieren; es gibt ein bewusstes Verschließen vor der Logik der zeitgenössischen Dynamiken.

Beispielsweise weigert sich die nationale Statistikbehörde, Spitzeneinkommen zu veröffentlichen: Üblicherweise gehen sie nicht über das 90. Zentil – offiziell, um nicht „Populismus anzufachen“, und Neid. Mit dieser Logik wäre es möglich gewesen, 1788 einen Bericht zu veröffentlichen, der besagt, dass alles in Ordnung ist, da die Aristokratie nur ein oder zwei Prozent der Bevölkerung ausmachte. Aber in einem Land wie Frankreich oder Großbritannien sind ein Prozent noch immer 500.000 oder 600.000 Menschen; in den USA sind es drei Millionen. So viele Menschen nehmen ganz schön Platz ein; sie sorgen für eine Struktur in der sozialen Rangordnung.

Das Ziel ist nicht, Neid anzufachen – soziale Unterschiede sorgen nicht für Probleme, wenn sie allen nutzen, wie Artikel 1 der Erklärung der Menschen- und Bürgerrechte

Das Ereignis Piketty: Ein Buch verändert die wirtschaftspolitische Debatte

„Eine „intellektuelle Sensation“ sei dieses Buch, jubelt die *New York Times*, und auch Martin Wolf, der Starkkommentator der *Financial Times* ist ganz ergriffen: „Außerordentlich wichtig“, schreibt er, sei dieses Buch.

Paul Krugman, der linke, keynesianische Wirtschaftsnobelpreisträger, nennt die Arbeit „eine Erleuchtung“ und spricht bereits von der „Piketty-Revolution“. Dieses Buch werde „die Art, wie wir über unsere Gesellschaft denken, und die Wirtschaftswissenschaft verändern“.

Der linke Essayist Will Hutton sekundiert im *Guardian*: „Man muss in die 1970er zu Milton Friedman zurückgehen, um einen Wirtschaftswissenschaftler zu finden, der einen solchen Einfluss ausübte.“

Für die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* ist Piketty schlicht „der neue Star“. Der amerikanische Finanzminister hat das Buch auch studiert, und der Papst, ist zu hören, liest es gerade.

Bei Büchern, die eine solche Aufnahme erfahren wie Thomas Pikettys „Capital in the Twenty-First Century“, hat eine Rezension beinahe etwas Unangemessenes. Das eigentliche Ereignis ist die Rezeption, die es erfährt. Eine solche Rezeption lässt sich mit dem Erkenntnisgewinn oder der Originalität eines Buches allein überhaupt nicht mehr erklären. Sondern: Etwas ist offenbar in der Luft gelegen.

Das ist umso augenfälliger, als der Hype um Pikettys grandiose Studie und die Originalität seiner Erkenntnisse ja in einem merkwürdigen Kontrast zueinander stehen. Das Buch, das man am ehesten als wirt-

schaftshistorische Großstudie charakterisieren kann, weist nach: Vermögen konzentriert sich. In nahezu allen entwickelten kapitalistischen Ländern besitzen die obersten zehn Prozent heute wieder mehr als 60 Prozent aller Vermögen – und das oberste eine Prozent konzentriert seinerseits allein über 30 Prozent. Die Mittelschicht erodiert. Und die untere Hälfte besitzt nichts.

Das allerdings haben wir schon vor Pikettys monumentalem Wälzer gewusst. Was das Buch so speziell macht, ist die ungeheure empirische Materialfülle, das Zwingende seiner Beweisführung und drittens der Nachweis, dass das im Kapitalismus unter normalen Bedingungen einfach so sein muss: Wenn es nicht überdurchschnittlich hohes Wachstum, hohe Besteuerung von Kapital und dessen Erträgen und sonstige außergewöhnliche Faktoren gibt, dann ist die Kapitalrendite immer größer als die Wachstumsrate und damit der Zuwachs bei Löhnen, Gehältern und sonstigen „normalen“ Einkommensarten.

Aufstieg durch Arbeit? Gibt's allenfalls in homöopathischen Dosen. In der Realität scheidet der Teufel immer auf den größten Haufen. Piketty zeigt, „dass der Kapitalismus von sich aus keine natürlichen Regelmäßigkeiten aufweist, die Ungleichheit begrenzen. Wohl aber kann sie ständig zunehmen“, formuliert beispielsweise Pikettys Ökonomenkollege Giacomo Corneo.

Bleiben die vorherrschenden Tendenzen unverändert, dann wird in ein paar Jahrzehnten wieder jener bizarre Grad an Ungleichheit erreicht sein, wie er Ende des 19. Jahrhunderts herrschte: Eine Oligar-

chie der obersten zehn Prozent besitzt 90 Prozent der Vermögen, diese vermehren sich ohne großes Zutun und werden vererbt.

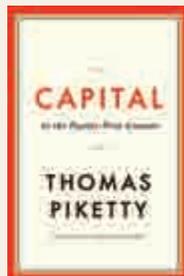
Leistung, die sich lohnt? Fehlanzeige. „Es ist schwer, sich eine Ökonomie vorzustellen, die damit fortfährt, unbegrenzt so zu funktionieren, ohne dass extreme Konflikte zwischen den sozialen Gruppen entstehen“, ist Piketty sicher.

In den vergangenen Jahrzehnten entstanden überall „politische Regimes, die objektiv privates Kapital begünstigen“. Durch den Wettlauf nach unten – Stichwort: Standortwettbewerb – wurde Kapital gegenüber Arbeitseinkommen sogar noch privilegiert.

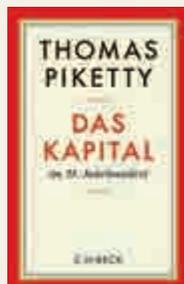
Pikettys Plädoyer ist es, dieses Verhältnis wieder umzudrehen. Durch Erbschaftssteuern, eine global konzentrierte Steuerharmonisierung, eine progressive globale Kapitalsteuer (global im Sinne von international akkordiert, aber von den Nationalstaaten bzw. der EU eingehoben), die flach beginnt und bei den höchsten Vermögen konfiskatorisch wirkt. Das hat dem Autor schon den Vorwurf eingehandelt, seine Vorschläge seien absolut unrealistisch.

Aber so unrealistisch ist die Idee gar nicht. In praktischer Hinsicht ist heute eine Besteuerung von Finanzvermögen eigentlich völlig unkompliziert. Die Europäische Union hat sich vor 20 Jahren daran gemacht, die nationalen Währungen abzuschaffen und sie durch die Einheitswährung Euro zu ersetzen. Dagegen ist die Idee akkordierter Steuerstandards für Kapital und dessen Erträge nun wirklich keine fantastische Vorstellung.

REZENSION: ROBERT MISIK



Thomas Piketty: Capital in the Twenty-First Century. Harvard University Press, 685 S., € 40,80



Thomas Piketty: Das Kapital im 21. Jahrhundert. Übersetzt von Ilse Utz und Stefan Lorenzer. C. H. Beck, lieferbar ab Oktober 2014

von 1789 klarmacht („Gesellschaftliche Unterschiede dürfen nur im allgemeinen Nutzen begründet sein“). Aber sie müssen reguliert werden, wenn sie beginnen, gegen den allgemeinen Nutzen zu wirken.

Es kommt einem Abdanken von der Verantwortung gleich, wenn Forscher und öffentliche Einrichtungen daran scheitern, existierende Ungleichheiten akkurat zu beschreiben. So wird das Feld Reichtums-Rankings Magazinen wie *Forbes* überlassen oder dem Global Wealth Report, der von großen Banken veröffentlicht wird, die in die Rolle von „Wissensproduzenten“ schlüpfen. Dabei bleibt die methodische Basis für ihre Daten unklar; die Ergebnisse sind größtenteils ideologisch, eine Hymne auf Unternehmerteil und wohlverdiente Vermögen.

Hinzu kommt, dass die simple Tatsache, dass man sich ausschließlich auf die „reichsten Fünfhundert“ konzentriert, ein Weg ist, um das Thema der Ungleichheiten zu entpolitisieren. Denn diese Zahl ist so klein, dass das Thema damit bedeutungslos wird. Es hat dann den Anschein, dass extreme Ungleichheiten aufgezeigt werden – aber in Wirklichkeit wird ein besänftigendes Bild vermittelt.

Ungleichheiten müssen auf einem umfangreicheren Weg begriffen werden. Wenn man beispielsweise Vermögen über zehn Millionen Euro hernimmt statt jene über einer Milliarde, dann machen diese einen sehr erheblichen Teil des gesamten Wohlstands aus.

Wir brauchen die richtigen Werkzeuge, um ungerechte Verteilung darzustellen. Die amerikanische Bewegung der „99 Prozent“ war ein Weg, das zu tun. Sich auf das reichste Prozent zu konzentrieren macht es möglich, verschiedene Gesellschaften zu vergleichen, die sonst in keinem Verhältnis zueinander zu stehen scheinen. Über „Top-Manager“ oder „Privatiers“ zu sprechen mag akkurater scheinen, aber diese Begriffe sind historisch gesehen sehr spezifisch.

Gegenwärtige Ungleichheiten werden manchmal als „Krieg der Generationen“ dargestellt, in dem die Jungen ihres sozialen Erbes beraubt werden, das an die Babyboomer der Nachkriegszeit vergeudet wird. Wie sehen Sie das?

Piketty: Aus den Jahren zwischen 1945 und 1973 sind zwei Illusionen über ungerechte Verteilung aufgetaucht: Die erste ist der „Krieg der Generationen“-Ansatz der besagt, dass – mit dem Ansteigen der Lebenserwartung – Besitz ein Weg wurde, um Arbeitseinkommen in die Pension mitzunehmen. Wenn du jung bist, bist du arm, aber dann häufst du ein Vermögen an, das du verbrauchst, wenn du in Pension gehst. Das vermittelt ein beruhigendes Bild von der ungleichen Verteilung von Reichtum, weil es suggeriert, dass jeder erst arm und dann reich ist, was legitim genug wäre.

Aber das macht nur einen winzigen Teil der Anhäufung und Konzentration des

Reichtums aus: In Wirklichkeit ist die ungleiche Verteilung von Wohlstand innerhalb von Generationen fast so groß wie zwischen den Generationen; anders gesagt, der Generationenkrieg hat den Klassenkrieg nicht ersetzt.

Ein Grund dafür ist die kumulative Dimension der Konzentration: Wo immer man Anhäufung und Vererbung von Wohlstand hat, beschleunigt sich die Konzentration. Um ein konkretes Beispiel zu nennen: Es ist einfacher, Geld beiseitezulegen – und damit Wohlstand anzuhäufen –, wenn man eine Wohnung geerbt hat und keine Miete zahlen muss. Umlagefinanzierte Pensionen können das verstärken, indem

sie helfen, angehäuften Reichtum zu erhalten, weil die Menschen ihr Vermögen in der Pension nicht verbrauchen müssen.

Die zweite Illusion ist die Theorie des „humanen Kapitals“. Sie basiert auf der Idee, dass durch die technologische Entwicklung menschliche Kompetenzen Vorrang haben würden gegenüber industriellen Fabriken, Gebäuden, Maschinen und so weiter. Es würde folglich immer mehr Bedarf für individuelle Expertise und immer weniger für nicht-menschliches Kapital geben – Immobilien, Rohstoffe und finanzielles Kapital.

Gemäß dieser Hypothese würden die Shareholder von Managern ersetzt werden. Nun, das ist nicht passiert. Wenn sich die Kompetenzen entwickelt haben, dann hat sich das nicht-menschliche Kapital auch entwickelt und das Verhältnis zwischen den beiden hat sich nicht stark verändert. Man könnte sich sogar eine Roboter-Wirtschaft im 21. Jahrhundert vorstellen, in der der

Anteil des menschlichen Kapitals am Nationaleinkommen sinkt.

Das heißt nicht, dass unbedingt das Schlimmste eintreten muss, aber der Markt hat keine automatischen Korrekturmechanismen. Wir müssen Einrichtungen schaffen, die diese korrigierende Rolle spielen können. Ich behaupte, dass eine progressive Steuer auf privates Kapital so ein Mechanismus wäre.

Sie betonen die Rolle der Besteuerung im letzten Teil von „Das Kapital im 21. Jahrhundert“, in dem Sie mehrere Szenarien erörtern, um der Schuldenfalle zu entkommen, inklusive Abzahlung, Inflation und Zahlungsausfall. Schulden sind natürlich einer der Faktoren, die die Bewahrung riesiger Vermögen fördern, weil sie finanzielle Renten schaffen. Warum setzen Sie sich für Besteuerung als Lösung ein?

Piketty: Wofür ich mich einsetze, ist nicht irgendeine Steuer, sondern eine progressive Steuer auf Vermögen, die besser zum „patrimonialen Kapitalismus“ des 21. Jahrhunderts passt als eine Einkommenssteuer – was nicht heißt, dass die Einkommenssteuer abgeschafft werden soll.

Eine Steuer auf privates Vermögen ist entscheidend, um die steigenden Ungleichheiten zu bekämpfen – aber sie wäre auch ein nützliches Werkzeug, um die Krise der öffentlichen Schulden zu lösen, indem jeder seinem Wohlstand entsprechend einen Beitrag leistet. Das wäre das Ideal – schwierig zu erreichen, aber unabdingbar.

Im Herzen jeder großen demokratischen Revolution stand in der Vergangenheit eine fiskale Revolution, und das wird auch in der Zukunft so sein.

Inflation ist eine Steuer auf das Kapital der Armen. Sie reduziert den Wert von kleinen Vermögen – individuellen Kontoständen –, während Aktien und Immobilien geschützt sind. Es ist nicht die richtige Lösung, aber es ist die einfachste.

Eine andere Möglichkeit ist, eine lange Periode der Abzahlung zu beschließen, so wie Großbritannien das im 19. Jahrhundert gemacht hat, um seine Schulden zu beseitigen. Aber das kann jahrzehntelang dauern und am Ende hat man mehr für die Zinsen ausgegeben als für Investitionen in Bildung.

In vielerlei Hinsicht sind Staatsschulden ein falsches Problem: Sie stehen für ein Darlehen von uns selbst. Gemessen an den privaten Vermögen war Europa noch nie so reich wie heute – es sind die Staaten, die arm sind. Also liegt das Problem in der Verteilung. Diese simple Realität hat man vergessen.

Europa hat enorme Vorteile: Sein Sozialmodell, seine vererbten Lebensstandards; es macht 25 Prozent des globalen BIP aus. Europa hat genug geografischen Raum, um den Kapitalismus effektiv zu regulieren. Aber es denkt nicht voraus, denkt nicht an seine eigene Zukunft. **F**



Dieses Interview erschien erstmals in der französischen Zeitschrift *Esprit*

Absahner GmbH –

Am frühen Nachmittag des 6. Mai 2010 begann der führende Börsenindex der USA, der Dow Jones Industrial Average, plötzlich zu fallen. Es gab keinen sichtbaren äußeren Grund für den Absturz – keine Nachricht, keine Wirtschaftsdaten –, aber der Markt, der sich an diesem Tag in einer leichten Abwärtsspirale befand, brach in wenigen Minuten um sechs Prozent ein. Dann war die Hölle los: Einige Aktien wurden um einen Cent gehandelt, andere zu Preisen um die 100.000 Dollar, in beiden Fällen ohne ersichtlichen Grund. In 15 Minuten ging etwa eine Billion Dollar an Marktkapitalisierung verloren.

So weit, so seltsam, aber so etwas hatte es schon gegeben. Seltsame Dinge passieren auf Märkten, oft nur ausgelöst durch Massenhysterie; aus gutem Grund trägt eines der besten Bücher über Finanzgeschichte den Titel „Manias, Panics and Crashes“. Was als Nächstes passierte, war aber wirklich bizarr und ohne jedes Vorbild. So schnell der Markt eingebrochen war, so schnell erholte er sich. Die Preise stiegen langsam wieder, und nach einem 20-minütigen Ausraster war der Dow Jones wieder, wo er begonnen hatte. Das Ende der Welt! Moment, nein, ein völlig normaler Donnerstag.

Dieser Vorfall wurde als „Flash Crash“ bekannt. Der offizielle Bericht der Securities and Exchange Commission machte einen einzigen, zeitlich schlecht geplanten und sinnlos großen Aktienverkauf für den Crash verantwortlich, aber diese Erklärung überzeugte informierte Beobachter nicht. Stattdessen machten viele Marktbeobachter eine Hochfrequenzhandel oder „Flash Trading“ genannte Reihe neuer Finanztechniken und Technologien verantwortlich. Dieser Streit rumpelt so dahin, und die Zuschreibung der Verantwortung ist noch immer wild umstritten. Der Schluss, der umso besorgniserregender wird, je mehr man über ihn nachdenkt: Niemand versteht den Flash Crash wirklich.

Der Flash Crash war fein erstes Schlaglicht auf den Hochfrequenzhandel. Diese neue Art der Marktaktivität hatte so stark zugenommen, dass die meisten Aktienmärkte nicht mehr aus Menschen bestanden, die miteinander handelten, sondern aus Computern, die kauften und verkauften, ohne jede menschlichen Anteil, außer am Design ihrer Algorithmen. 2008 wurden 65 Prozent des Aktienhandels in den USA auf diese Weise durchgeführt. Tatsächlich machten von Menschen getätigte Käufe und Verkäufe nur mehr ein Drittel des Marktes aus.

Computer handelten (und handeln) in Tausendstelsekunden und beuten winzige Preisunterschiede aus, um garantierten Profit zu machen. Darüber hinaus konnte fast niemand weitere Details. Oder besser: Die

Michael Lewis erzählt die Geschichte des US-Hochfrequenzhandels. Niemand hätte das so hingekriegt wie er

REZENSION:
JOHN LANCHESTER



John Lanchesters Text erschien zuerst in der London Review of Books vom 5. Juni 2014. Der leicht gekürzte Text wurde von Armin Thurnher übersetzt

John Lanchester, geboren 1962, britischer Journalist und Autor, schrieb Romane und Sachbücher wie „Kapital“ (in 5. Auflage, Klett-Cotta) und „Warum jeder jedem etwas schuldet und keiner jemals etwas zurückzahlt: Die bizarre Geschichte der Finanzen“ (ebenfalls Klett-Cotta)

einigen Leute, die Bescheid wussten, waren die Leute, die Geld damit verdienten, und die hatten allen Grund, den Mund zu halten. Der Flash Crash dramatisierte die Tatsache, dass öffentliche Aktienmärkte, deren Grundprinzip darin besteht, offen und transparent zu sein, nun einen Punkt erreicht hatten, wo die meisten ihrer Aktivitäten geheim und mysteriös waren.

Auftritt Michael Lewis. Sein Buch „Flash Boys“ ist eine Reihe von Dingen, zuallererst eine Darstellung dessen, was auf dem Aktienmarkt passiert; eine einheitliche Erklärung des Hochfrequenzhandels (ab jetzt HFH). Das Buch liest sich wie ein Thriller, tatsächlich ist es so aufgebaut. Sein Held hat die Mission, einen Kriminalfall aufzuklären. Der Held ist ein kanadischer Banker namens Brad Katsuyama, und der Kriminalfall scheint oberflächlich betrachtet simpel.

Katsuyamas Job beinhaltete Kauf und Verkauf von Aktien. Das Problem war, wenn er an seinem Computer saß und versuchte, eine Aktie zu kaufen, änderte sich ihr Preis in dem Augenblick, als er klickte, um den Kauf auszuführen. Der scheinbare Marktpreis war nicht wirklich erhältlich. Er ging das Thema mit den Computerleuten in seiner Bank durch. Zuerst schoben sie es auf ihn, als er aber das Problem vorführte und sie sahen, wie sich der Preis änderte, wenn er „Enter“ drückte, wurden sie still.

Katsuyama erkannte, dass das Problem überall in der Finanzindustrie zu Hause war. Der Preis war nicht der Preis. Das Bild

„Die Besitzenden hatten die beste Sicht auf den Markt, die Habenichtse sahen ihn nicht einmal“

des Marktes, das stabile Preise suggerierte, die sich über Bildschirme bewegten, war eine Illusion; der echte Markt blieb für ihn unerreichbar. Sehr viele Menschen in der ganzen Industrie mussten sich diese Frage gestellt haben. Das Ungewöhnliche an Katsuyama ist, dass er nicht von ihr abließ. Er blieb dran, bis er die Antwort fand. Ein Teil dieser Antwort verdankte sich der korrekten Formulierung der Frage: Was zum Teufel ist denn dieser Markt?

Dieser Markt war mittlerweile eine reine Abstraktion. Es gab kein einleuchtendes Bild, um das alte zu ersetzen, das die Leute in ihren Köpfen herumtrugen.

Das gute alte Tickerband lief unten über die TV-Schirme – obwohl es nur einen Bruchteil des tatsächlichen Handels darstellte. Marktexperten berichteten aus der New Yorker Börse, obwohl dort kein Handel mehr stattfand. Wollte ein Markt-

experte wirklich an den Ort der Börse gelangen, müsste er in einen riesigen, schwarzen Stapel von Computerservern klettern, der sich in einer von einer kleinen Armee schwerbewaffneter Männer und reizbarer Schäferhunde bewachten Festung in Wahwah, New Jersey, befindet. Wollte er einen Überblick über den Aktienmarkt gewinnen – oder nur den Handel in einer einzigen Firma wie IBM –, müsste er die Computerausdrucke von zwölf anderen über das nördliche New Jersey verteilten Börsen inspizieren sowie die Aufzeichnungen der privaten Geschäfte, die in der wachsenden Zahl der Dark Pools getätigt werden. Er würde allerdings bald merken, dass es keine solchen Computerausdrucke gibt. Wenigstens keine zuverlässigen. Es schien also unmöglich, eine Vorstellung von diesem neuen Finanzmarkt zu gewinnen.

Wir stellen uns gern vor, dass ein Markt aus Menschen besteht, die einander Dinge verkaufen, an einem bestimmten Ort, idealerweise mit ausgewiesenen Preisen. Auf dem neuen Markt sind die Hauptakteure keine Menschen, sondern Algorithmen; das Hauptgeschehen spielt sich innerhalb von Computern ab, und der alte Markt ist nichts als eine Bühne, deren Hauptaufgabe es ist, die Kulisse für Storys über die Börse abzugeben. Die Preise bewegen sich, wenn man versucht, mit ihnen zu handeln, und dann gibt es noch, wie Lewis es ausdrückt, das Problem mit den Dark Pools.

Das sind private Börsen, meist im Besitz großer Investmentbanken, deren einzige Funktion darin besteht, Geschäfte unemerkt von der Öffentlichkeit durchzuführen: Niemand weiß, wer kauft, niemand weiß, wer verkauft, niemand weiß, welche Preise bezahlt werden. Der Mann, der Katsuyama am meisten half, diese Vorgänge zu verstehen, war ein irischer Telekom-Ingenieur namens Ronan Ryan. Er ist für die Verkabelung von Börsen zuständig, und er erklärte Katsuyama, wie wichtig Geschwindigkeit beim Vorgang des Handelns geworden war. Alle Börsen gestatten nun „Co-Location“, erlauben also Privatfirmen, ihr eigene Ausrüstung neben den Börsecomputern aufzustellen, damit sie von dem verschwindend geringen Vorteil profitieren, den örtliche Nähe bei der Handelszeit verschafft.

Ryan füllte Katsuyamas Wissenslücken über Finanzmärkte. „Was er sagte, machte mir klar, dass wir uns um Mikro- und Nanosekunden kümmern mussten“, sagte er. Der US-Aktienmarkt war nun ein auf Geschwindigkeit basierendes Klassensystem von Besitzenden und Habenichtsen. Die Besitzenden erfreuten sich bester Sicht auf den Markt, die Habenichtse sahen den Markt nicht einmal. Was einmal der öffentlichste, demokratischste Markt der Welt war, gleich nun der privaten Betrachtung eines gestohlenen Kunstwerks.

sie kassiert immer mit

Geschwindigkeit ist so wichtig, weil die neuen Finanztechniken die Ausbeutung minimalster Preisdiskrepanzen beinhalten, die nur für Bruchteile von Sekunden existieren. Deren Ausbeutung und mitunter auch deren Erschaffung. Unterstützt durch örtliche Nähe (Co-Location), „erschnüffeln“ Hochfrequenzhändler hereinkommende Bestellungen, die Leute wie Katsuyama aufgeben. In Mikrosekunden (also Millionstelsekunden) kaufen ihre Computeralgorithmen die Aktie, bevor die Bestellung platziert wurde, und verkaufen sie dem ursprünglichen Verkäufer für einen minimalen, aber garantierten Profit weiter. Deswegen konnte Katsuyama seine Aktien nicht zu dem Preis kaufen, der ihm auf dem Bildschirm angezeigt wurde. Er wurde Opfer eines risikolosen Insidergeschäfts. Das ist eine der Weisen, wie Hochfrequenzhändler ihr Geld machen. Die anderen beiden Techniken, die Lewis aufzeigt, sind die Rabatt-Arbitrage (Arbitrage = Ausnutzung von Kursunterschieden) und die „Langsamer-Markt-Arbitrage“.

Rabatt-Arbitrage geschieht, wenn HFH-Firmen davon profitieren, dass manche Börsen für den Verkehr bezahlen und den Zahlungsverkehr so umleiten, dass sie von Kickbacks profitieren. Den langsamen Markt nutzen Hochfrequenzhändler so aus: Angenommen, eine Procter & Gamble-Aktie ist 80 bis 80,01 Dollar wert, Käufer und Verkäufer sitzen auf beiden Seiten aller Börsen. Ein großer Verkäufer tritt an der New Yorker Börse auf und treibt den Kurs auf 79,99 herunter. HFH-Händler kaufen nun blitzartig an der New Yorker Börse um 79,99 und verkaufen an allen anderen Börsen um 80, ehe der Preis offiziell sinkt. Das passierte den ganzen Tag lang und brachte mehr Dollar milliarden ein als alle anderen Strategien zusammen. Und all das, macht Lewis klar, ist die neue Normalität – die Art, wie moderne Märkte funktionieren.

Die Reaktionen auf „Flash Boys“ waren heftig. Lewis ist jene Art von Autor, der sein eigenes Wettersystem erschafft. Das Buch eroberte stracks die Bestsellerlisten auf beiden Seiten des Atlantiks. In der Woche des Erscheinens kündigten Justizministerium, FBI, Security and Exchange Commission, New Yorker Generalstaatsanwalt, Commodities Future Trading Commission und EU Untersuchungen des Hochfrequenzhandels an (einige dieser erlauchten Körperschaften behaupteten, ihre Untersuchungen seien bereits gelaufen, als das Buch erschien).

Nur Lewis konnte diese Wirkung erreichen, nur er konnte dieses Buch überhaupt schreiben. Es wird immer schwieriger für Außenseiter, Einblicke in die Welt der Wirtschaft zu erhalten, und alle Beteiligten tun eine Menge dafür, den Eindruck zu erwecken, dass sie von solchen Untersuchungen sehr viel zu befürchten haben. Leute reden mit Lewis, weil er selbst einmal ein Insider



Michael Lewis, geboren 1960, amerikanischer Journalist und Autor, studierte in Princeton und an der London School of Economics. Er arbeitete als Investmentbanker und schrieb danach den Bestseller „Liar’s Poker“. Auch „The Big Short“ wurde ein Bestseller, ebenso wie „Flash Boys“

war; weil er „es kapiert“, das ist die wichtigste und kostbarste Sache für jemanden, der über eine geschlossene Welt schreibt; und weil die Institutionen dieser Welt immer kontrollierender und geheimniskrämerischer werden, worauf die Menschen, die in ihnen arbeiten, „zynischer werden und umso bereitwilliger ihr Insiderwissen offenbaren, wenn nur ihre Namen nicht mit ihren Enthüllungen verknüpft sind“. Niemand sonst hätte diese Freimütigkeit von Leuten erreicht, die wirklich wissen, was sich abspielt.

Interessant zu beobachten waren die Reaktionen der Flash Boys selbst. Eine bestand etwa darin, zu behaupten, HFH stelle eine wichtige Dienstleistung für die Märkte bereit: „Liquidität“. Ein magisches Wort in Finanzausammenhängen. „Liquidität war eines der Wörter“, schreibt Lewis, „mit dem Wall-Street-Leute um sich warfen, wenn sie ein Gespräch zum Stillstand bringen, alle Hirne töten und alle Fragen beenden wollten“. Auf Märkten kommt Liquidität, ver-

„Liquidität ist eines der Wörter, mit denen Wall-Street-Leute alle Fragen beenden und Hirne töten“

standen als die Anwesenheit williger Käufer und Verkäufer auf beiden Seiten zukünftiger Transaktionen zu allen möglichen Zeiten, einem absoluten Gut nahe. Aber Lewis macht mit der Idee, HFH sei eine echte Quelle von Liquidität, kurzen Prozess.

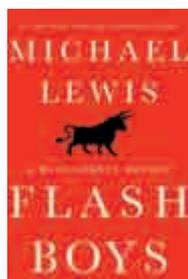
Er nimmt eine hypothetische Firma an, die Absahner-GmbH, deren Anwesenheit bei allen Transaktionen gesetzlich benötigt wird. Jedes Mal, wenn Sie eine Aktie kaufen, werden Sie von der Absahner-GmbH unterlaufen, die zuerst die Aktien kauft und Sie Ihnen weiterverkauft. Die Absahner-GmbH hat kein Risiko. Sie handelt „zu dem einzigen Zweck, bei einem Handel zu intervenieren, der ohne sie genauso stattgefunden hätte“. Ganz offensichtlich bringt die Absahner-GmbH keine Liquidität in den Markt, da sie nie ein Risiko auf sich nimmt. Sie ist kein „Marktmacher“, der altmodisch für Kauf und Verkauf sorgt und garantiert, dass der Markt immer existiert. Die Absahner-GmbH ist „kein Marktermöglicher, sondern eine seltsame Marktbürde“. Außerdem hat die Absahner-GmbH die Neigung, die Unsicherheit in Märkten zu vergrößern, da sie von Preisbewegungen immer profitiert. Je stärker die Preise wackeln, desto mehr Gelegenheit gibt es, aus der Bewegung Geld zu machen.

Soweit zum Liquiditätsargument. Die Flash Boys berufen sich aber in ihrer Verteidigung auch auf anderes. Ihr oberflächlich

betrachtet plausibelstes Argument bezieht sich auf „Spreads“, den Abstand zwischen Einkaufs- und Verkaufspreis einer Aktie. In unserem Procter-&-Gamble-Beispiel beträgt der Spread 80–80,01. Dieser Spread bedeutet garantierten Profit für die Börse, an der die Aktie verkauft wird, es ist also eine Art Transaktionsgebühr oder Steuer auf alle Marktaktivitäten. Je niedriger die Spreads, desto besser für die Marktteilnehmer. Hochfrequenzhändler weisen darauf hin, dass sich die Spreads im letzten Jahrzehnt verringert hätten, und nehmen in Anspruch, das herbeigeführt zu haben; sie sagen, ihr superschneller Computerhandel sei die Hauptursache. Das Problem ist nur, dass Hochfrequenzhändler so geheimniskrämerisch sind, dass sie keine Daten anbieten. Ja, die Spreads sind gefallen, vor allem am Anfang des neuen Jahrtausends, als mehr und mehr Computer zum Einsatz kamen. Davon konnte man Kostensenkungen erwarten, also auch schrumpfende Spreads, das war ja der Grund, warum man Computer einsetzte. HFH beansprucht den Kredit für diese gesunkenen Kosten, ohne irgendeinen Beweis dafür anzubieten.

Lewis erzählt seine Geschichte und überlässt es dem Publikum, die Schlüsse daraus zu ziehen. Er bleibt immer auf die Sache konzentriert. Darum hat dieses Buch bei hartgesotenen Linken wie bei glühenden Marktverfechtern gleichermaßen Erfolg: Beide können mit allem einverstanden sein. Wenn man aber will, kann man im Hintergrund die großen Fragen herumgeistern sehen. Eine von ihnen lautet: Bis zu welchem Grad ist „Flash Boys“ nur die Geschichte der Flash Boys, und bis zu welchem Grad ist sie die des modernen Kapitalismus? In der *New York Times* argumentierte Paul Krugman, das Entscheidende seien nicht die Details von Lewis’ Geschichte, das Entscheidende sei das große Bild eines dysfunktionalen und räuberischen Finanzsektors: „Vergessen Sie die Debatte darüber, wie viel Schaden HFH wirklich anrichtet. Es ist die gesamte Finanzindustrie, nicht nur dieser Teil, der unsere Wirtschaft und Gesellschaft unterminiert.“

Die Geschichte des HFH ist mehr oder weniger die gleiche Geschichte, die Thomas Piketty erzählt. Lewis geht erzählerisch vor, Piketty mit Analysen und Daten. Aber beide Bücher über modernen Kapitalismus berichten davon, wie das Kapital immer rücksichtsloser und die Reichsten immer reicher werden. „Flash Boys“ ließe sich als Fallstudie von Kapital im 21. Jahrhundert sehen. „Man kommt in Versuchung“, schrieb Lewis über die Wall Street im Nachwort zu seinem Buch „Liar’s Poker“ (2010), „zu glauben, dass diese Leute eines Tages auffliegen. Das tun sie nicht. Sie werden einfach reicher. Ich bin sicher, die meisten von ihnen sterben fett und zufrieden.“



Michael Lewis: Flash Boys. Revolte an der Wall Street. Deutsch von Jürgen Neubauer, Campus, 290 S., € 25,70

Die Kosten der Krise tragen wir alle

Als vor sieben Jahren die Kredit- und Immobilienblase in den USA platzte, wurde dies zunächst als raumzeitlich stark begrenztes Phänomen dargestellt. In den darauffolgenden Monaten wurde aber zunehmend klar, dass das Platzen dieser Blase eine Weltwirtschaftskrise auslöste, deren strukturelle Ursachen sich in den vergangenen Jahrzehnten aufgebaut hatten.

Im siebenten Krisenjahr sind die sozialen Auswirkungen nach wie vor für den Großteil der Bevölkerung Europas tägliche Realität. Hohe Arbeitslosigkeit und soziale Ungleichheit, mangelnde Zukunftsperspektiven und ein abnehmendes Vertrauen der Bevölkerung in etablierte politische Institutionen drängen nach einer drastischen Neuausrichtung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene. Vor diesem Hintergrund ist Markus Marterbauers 2011 erschienenes Buch „Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle“, das als eines der ersten Bücher im deutschsprachigen Raum sowohl eine detaillierte Analyse der Krisenursachen als auch eine umfassende wirtschaftspolitische Antwort anbietet, nach wie vor höchst aktuell.

Wie in Marterbauers erstem Buch, „Wem gehört der Wohlstand“ (2007), fällt der wirtschafts- und gesellschaftspolitische Weitblick äußerst positiv auf: In beiden Büchern nimmt die hohe Ungleichheit bei Einkommen und Vermögen einen zentralen Stellenwert ein – ein Thema, das damals noch von vielen Ökonomen und Ökonominen ignoriert oder belächelt wurde, nun aber mit Thomas Pikettys internationalem Bestseller „Capital in the 21st Century“ zunehmend als zentrales ökonomisches Problem anerkannt wird.

Ähnliches gilt für Marterbauers Analyse der negativen Auswirkungen von Sparpolitik auf Wirtschaft und Gesellschaft. Noch vor wenigen Jahren galten Ausgabenkürzungen sowohl in der Mainstream-Ökonomie als auch in der öffentlichen Debatte als notwendige Maßnahme, um den krisenbedingten Anstieg der Staatsverschuldung einzudämmen. Allerdings wird dies zunehmend von einflussreichen wirtschaftspolitischen Institutionen wie dem Internationalen Währungsfonds und teilweise der Europäischen Kommission infrage gestellt, die vor den negativen ökonomischen Konsequenzen der Sparpolitik im wirtschaftlichen Abschwung warnen.

Aber auch in anderer Hinsicht hat Marterbauer Weitsicht bewiesen. Im zweiten Kapitel zeigt er auf, wie die weltweit zunehmende Ungleichverteilung von Einkommen und Vermögen in den letzten Jahrzehnten international zu unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Entwicklungen führte, um der Grundtendenz stagnierender Nachfrage zu begegnen: Länder wie Deutschland oder Österreich wurden aufgrund der schwachen Entwicklung der Lohnneinkommen und Binnennachfrage zunehmend abhängig von der Importnachfrage anderer Länder. Dem gegenüber stehen die USA, Großbritannien und teilweise einige europäische Länder, welche trotz steigender Ungleichheit und schwacher Entwicklung der Mas-seneinkommen durch eine starke Konsum-

Im seinem Buch „Zahlen bitte“ skizziert Markus Marterbauer einen Weg aus der Krise

REZENSION:
KLARA ZWICKL

Ein Porträt von
Markus Marterbauer
finden Sie auf Seite 42

Die Rezensentin lehrt am
Institut für Regional- und
Umweltwirtschaft der WU
Wien und am Department
of Economics der University
of Massachusetts Amherst

Eine ältere Version dieser
Buchrezension erschien in
WSI Mitteilungen 04/2012
(S. 318–319)



Markus Marterbauer: Zahlen bitte! Die Kosten der Krise tragen wir alle. Deuticke 2011, 253 S., € 18,40

und Wachstumsdynamik geprägt waren und deshalb auch deutlich mehr importierten als exportierten. Allerdings basierte dort die Ausweitung der Konsumnachfrage auch auf einer stetigen und letztlich nicht nachhaltigen Ausweitung der Haushaltsverschuldung, angetrieben durch Immobilien- und Finanzmarktblasen. Somit also bedingten sich diese beiden Entwicklungen. Und insofern ist die Zunahme der Ungleichheit eine wichtige – und von internationalen Experten zunehmend betonte – Krisenursache.

Marterbauer diskutiert in diesem Kapitel auch eine äußerst spannende Hypothese, die in der allgemeinen Krisendebatte bisher unterbeleuchtet geblieben ist: die Rolle der sozialen Wohnungspolitik zur Prävention von verschuldungsbasierten Hauspreisblasen. Ähnlich wie der bekannte US-Ökonom Raghuram Rajan in „Fault Lines“ (2010) argumentiert Marterbauer, dass in den USA die hohe Haushaltsverschuldung und die Hauspreisblase durch politische und finanzielle Interessen gefördert wurden.

In Österreich hingegen zeigt er auf, dass eine Kombination aus Regulierung des Wohnungsmarktes und sozialem Wohnbau ähnliche Entwicklungen der Hauspreise und Haushaltsverschuldung verhindern konnten. Zugleich jedoch warnt Marterbauer, dass die österreichische Wohnungspolitik aktuell auch ein Opfer der Krise und Sparpolitik werden könnte – nachdem sie bereits im vergangenen Jahrzehnt teilweise von ihren ursprünglichen Zielsetzungen abgekommen ist.

Im dritten Kapitel beschäftigt sich Marterbauer mit Lehren aus der Krise und appelliert sowohl für eine strikte Re-Regulierung der Finanzmärkte als auch eine substanzielle Umverteilung von Einkommen und Vermögen, um insbesondere in Exportüberschussländern wie Deutschland und Österreich die Binnennachfrage zu stärken und unabhängiger von Exporten zu werden. Das hilft auch, die Spannungen im Euroraum zu lindern.

Neben der Einführung einer Vermögenssteuer – welcher Marterbauer ein eigenes Kapitel widmet – empfiehlt er insbesondere den Ausbau öffentlicher Dienstleistungen. Somit kommt auch dem Sozialstaat eine wichtige Rolle bei der Reduktion der Ungleichheit zu. Aber nicht nur das: Marterbauer zeigt überdies auf, wie sich der österreichische Sozialstaat in der Krise bewährte und einen noch viel stärkeren Konjunkturreinbruch verhindern konnte. Außerdem warnt er, dass Sparmaßnahmen und Konsolidierungspakete, die Sozialabbau zur Folge haben, aufgrund ihrer negativen Auswirkungen auf die Wirtschaft kontraproduktiv sind.

Anstatt durch Sparen die Konjunktur zu bremsen, was wegen steigender Arbeitslosigkeit und Sozialausgaben wiederum die Ausgaben belastet, empfiehlt Marterbauer die gegenteilige Strategie: Durch Sozialpolitik – insbesondere den Ausbau sozialer Dienstleistungen – soll Beschäftigung geschaffen und die Wirtschaft angekurbelt werden, was langfristig einen Abbau der Staatsschulden erleichtert. Außerdem argumentiert Marterbauer, dass ein Ausbau des Sozialstaats die Haushaltsnachfrage erhöhen könnte, weil er Haushalten mehr Si-

cherheit vermittelt und diese nicht mehr privat für Gesundheit und Pensionen vorsorgen müssen.

Ein weiteres zentrales Thema im vorliegenden Buch ist Arbeitsmarktpolitik. Hier diskutiert Marterbauer zuerst die Ursachen der – im EU-Vergleich – relativ günstigen Arbeitsmarktentwicklung in Österreich und Deutschland und geht dabei insbesondere auf die Rolle der Kurzarbeit ein. Zugleich vergisst er jedoch nicht, die – trotz vergleichsweise guter Werte Österreichs bei den Arbeitslosenzahlen – hohe Jugendarbeitslosigkeit und die Unterbeschäftigung vieler teilzeitbeschäftigter Frauen zu problematisieren.

Marterbauer spricht sich dafür aus, dass Vollbeschäftigung als wirtschaftspolitisches Ziel auf nationaler und europäischer Ebene betrachtet werden muss. Um in der Krise Beschäftigung zu schaffen, empfiehlt der Autor eine gesetzliche Arbeitszeitverkürzung und setzt sich im sechsten Kapitel umfassend mit den Möglichkeiten und Effekten einer Arbeitszeitverkürzung auseinander. Zugleich diskutiert er die gesellschaftlichen und ökologischen Vorteile einer Reduktion der Arbeitszeit.

Wenngleich die vorgeschlagenen Politikmaßnahmen für Österreich entwickelt wurden, scheinen sie für andere Exportüberschussländer ebenfalls äußerst relevant zu sein. Auch zur Lösung der Euroraumkrise präsentiert Marterbauer zahlreiche Vorschläge und plädiert für eine veränderte wirtschaftspolitische Strategie der EU-Institutionen.

Kritisch anzumerken bleibt, dass seine Lösungsvorschläge für die Leistungsbilanzdefizitländer des Euroraums unterentwickelt sind. Hier äußert sich der Autor überraschend zurückhaltend und präsentiert keine Maßnahmen, wie der langfristige Abbau der Ungleichgewichte aus der Perspektive der Südländer erfolgen soll. Ferner ist sein Vorschlag, Griechenland müsse die Industrialisierung des Landes vorantreiben, vor dem Hintergrund des Kapitels über Wachstum und Umweltzerstörung widersprüchlich. Auch argumentiert Marterbauer, die Lohnzuwächse in den Südländern seien im Verhältnis zur Produktivitätsentwicklung zu hoch gewesen. Allerdings sank in den meisten Südländern in der Dekade vor der Krise die Lohnquote, in Spanien sogar ähnlich stark wie in Deutschland.

Trotz dieser kleinen Lücke ist das Buch sowohl aufgrund seiner sorgfältigen Krisenanalyse als auch wegen der konkreten wirtschaftspolitischen Handlungsanleitungen für interessierte Bürgerinnen und Bürger, politische Parteien, Gewerkschaften und soziale Bewegungen äußerst zu empfehlen. Die aktuellen ökonomischen, sozialen und ökologischen Probleme sind gewaltig. Markus Marterbauer schafft es, seriöse und konkrete Lösungen zu präsentieren.

Das vorliegende Buch ist eine Pflichtlektüre für alle, die nach einer umfassenden wirtschaftspolitischen Strategie für einen Ausweg aus der Krise und gesellschaftlichen Fortschritt suchen. Zu hoffen bleibt, dass außer Ungleichheit und Sparpolitik noch viele weitere Themen des Buchs in Wirtschaftswissenschaften und Politik an Bedeutung gewinnen. **F**

Die Euroländer sparen sich zu Tode

Tag für Tag trägt er in seinem Blog in der *New York Times* seine Argumente vor, Woche für Woche erklärt er in seiner Kolumne, warum die Krisenlösungsstrategien der US-Regierung und der europäischen Eliten ins Desaster führen müssen: Paul Krugman, Wirtschaftsnobelpreisträger des Jahres 2008.

Sparen mitten in einer Wirtschaftskrise führt nur weiter ins Loch einer lang andauernden Depression, ist mit millionenfachem menschlichem Leid verbunden und wird auch noch an dem selbstgesteckten Ziel, nämlich der Haushaltskonsolidierung, scheitern. Warum? Ganz einfach: Weil die Schrumpfung der Wirtschaftsleistung keine sehr kluge Konsolidierungsstrategie ist.

Das Desaster in Griechenland, aber auch in Spanien, Irland und Portugal, liefert mittlerweile auch den empirischen Beweis: Austerität funktioniert nicht. Seit Mai 2012 wissen wir, dass uns Europas Trümmer um die Ohren fliegen, wenn wir so weitermachen: Die „Merkozy“-Suizidstrategie wurde von den Franzosen abgewählt, die Griechen haben gleich ihre gesamte alte politische Kaste vertrieben. Aber Angela Merkel beharrt darauf: An Schrumpfungskurs und Fiskalpakt könne unmöglich gerüttelt werden.

„Einen fast schon religiösen Fanatismus“ nennt das Paul Krugman in seinem Buch – wenn auch nicht auf Merkel, sondern auf die radikalliberalen Ökonomen gemünzt, die auch der deutschen Bundeskanzlerin einflüstern.

Krugman ist nicht nur einer der besten und renommiertesten Wirtschaftswissenschaftler unserer Zeit, er ist auch ein begnadeter Autor, der es versteht, komplexe Zusammenhänge so zu beschreiben, dass sie auch der interessierte Laie ohne Probleme versteht. Und er hat eine Mission: die neoklassischen Scharlatane seiner Zunft, die in

Wirtschaftsnobelpreisträger Paul Krugman warnt vor der Politik von Europas Eliten und zeigt diese eines fast schon religiösen Fanatismus

REZENSION:
ROBERT MISIK

Diese Rezension erschien ursprünglich im Falter 20/2012



Paul Krugman: Vergesst die Krise! Warum wir jetzt Geld ausgeben müssen.
Campus 2012, 270 S., € 25,70

den vergangenen 30 Jahren den Ton angeben haben, zu vertreiben und einen wirtschaftspolitischen Kurswechsel anzuschieben. Dieses Vorhaben gibt seinem Buch die Verve, den kämpferischen Ton.

Im Original heißt es „End This Depression Now“, und kein Mensch weiß, warum der Campus-Verlag der deutschen Ausgabe den Titel „Vergesst die Krise!“ gegeben hat. Die Krise vergessen? Das ist so ziemlich das Letzte, was Krugman will.

Nicht allzu lange hält er sich in seinem Buch mit den Ursachen auf, die in die Finanzkollapse der vergangenen vier Jahre führten: die Deregulierung des Finanzsektors, die endemische Korruption dieser Branche, das dramatische Wachstum der Ungleichheit. Schon im ersten Absatz seines Buches stellt er klar, diesmal ginge es ihm nicht so sehr um die „Frage: „Wie konnte das passieren? Meine Frage lautet dagegen: Was können wir jetzt tun?“.

Die Regierungen haben die Mittel in der Hand, die Wirtschaft anzukurbeln. Für die USA hieße das: das Bankensystem in Ordnung bringen und die Steuergeschenke an Superreiche zurückzunehmen.

Das wäre nicht nur eine Frage der Gerechtigkeit, sondern würde zudem die Wirtschaft in Schwung bringen (weil eine gleichere Verteilung mehr Nachfrage generiert), aber auch die Schuldenkrise bekämpfen: denn neben der Verschuldung des Bankensektors gibt es auch die Überschuldung der privaten Haushalte, und die ist eine direkte Folge der Einkommenseinbußen, die diese hinnehmen mussten.

In Europa liegen die Dinge ähnlich, aber doch signifikant anders: Europas Volkswirtschaften sind in der EU miteinander verbunden, die Euroländer haben eine gemeinsame Währung, aber die Fiskalpolitik blieb in den Händen der Nationalstaaten. Die Re-

gierungen haben so jedoch keinen Einfluss mehr auf die Geldpolitik, weshalb die einzelnen Eurostaaten zu Spielbällen der Finanzmärkte geworden sind.

Die Regierungen haben mit ihrem Defacto-Machtverlust auch ein wichtiges Instrument verloren, auf wirtschaftliche Ungleichgewichte zu reagieren – sie können beispielsweise ihre Währung nicht mehr abwerten, wenn sie Wettbewerbsnachteile hinnehmen müssen. Erst diese Umstände haben die Eurokrise ermöglicht und dazu geführt, dass Länder wie Griechenland zu Staatsbankrott-Kandidaten wurden.

„Viele Eurostaaten zahlen höhere Zinsen als andere Länder mit einer ähnlichen Wirtschafts- und Haushaltslage“, schreibt Krugman. Das ist der eigentliche Grund für die Eurokrise.

Es sind vor allem falsche Bilder im Kopf, die eine Lösung der Krise verhindern: zum Beispiel, dass wir das Wirtschaftsleben als Moralfabel ansehen und somit die Griechen nun eben mit Recht bestraft würden für ihr unmoralisches Verhalten. Und weil die Griechen sich so „unmoralisch“ verhalten haben, erwürgen wir sie jetzt und schießen uns zudem auch noch selbst ins Knie. „Keine vernünftige Strategie“, schreibt Krugman.

Die reichen Euroländer müssen die angeschlagenen unterstützen. Etwa indem in Deutschland die Löhne endlich wieder in vernünftigem Maß steigen, sodass sich die Konkurrenzsituation für die anderen Länder verbessert und die Nachfrage steigt. Nur die starken Euroländer können zum Wachstumsmotor werden. Und die EZB muss aufhören, bloßer Exekutor deutscher Forderungen zu sein.

Es brauche, schreibt Krugman, eine „Roosevelt'sche Entschlossenheit, alle nötigen Maßnahmen zur Belebung der Wirtschaft zu ergreifen“.

Wie viel ist genug für ein gutes Leben?

Robert und Edward Skidelsky stellen die Frage nach der Ursache des **Wachstumszwangs** in unserem Wirtschaftssystem

Der Ökonom Robert und der Philosoph Edward Skidelsky stellen sich in diesem außergewöhnlichen Buch gemeinsam eine einfache, grundsätzliche Frage: „Wie viel ist denn genug für ein gutes Leben?“

Vater Robert erlangte einst Berühmtheit mit seiner dreibändigen Biografie des berühmten Ökonomen John Maynard Keynes. Dessen Aufsatz „The Economic Possibilities for Our Grandchildren“ aus dem Jahr 1930 bildet nun den Ausgangspunkt für das mit seinem Sohn verfasste Buch zum guten Leben.

In seinem Werk prognostizierte einst Keynes aufgrund des technischen Fortschritts eine Vervier- bis Verachtfachung des Lebensstandards in den kommenden 100 Jahren. Die Lösung der drängenden Knappheitsprobleme würde den Menschen dann die 15-Stunden-Woche und die Verwirklichung der wichtigen nichtökonomischen Ziele ermöglichen, schreibt Keynes. „To live wisely,

REZENSION:
MARKUS
MARTERBAUER



Robert und Edward Skidelsky: Wie viel ist genug?
Verlag Antje Kunstmann 2013, 319 S., € 20,60

agreeably and well“, darum gehe es, meint der britische Ökonom – und nimmt damit vorweg, was die sogenannte Postwachstumsbewegung erst Jahrzehnte später wieder aufgriff.

Keynes hatte zwar in Bezug auf das Bruttoinlandsprodukt Recht – er irrte sich allerdings bei seiner Einschätzung der Arbeitszeit. Die Skidelskys fragen nach dem Grund – und warten mit zwei Antworten auf. Zum einen wurzle eine Unersättlichkeit schlicht in der menschlichen Natur, die angetrieben von der kapitalistischen Wirtschaftsweise den eigenen Status andauernd mit jenem der Nachbarn vergleiche. Zum anderen präge auch die Zunahme der Ungleichheit die Unersättlichkeit im Kapitalismus: Der Überfluss der sehr Reichen enteilte der Lebensweise der breiten Masse.

Wie konnten die moralischen Beschränkungen der Gewinnsucht verschwinden? Die Autoren stellen die Sichtweisen wichtiger Ökonomen und die Ideen der Philosophen von

Aristoteles bis Konfuzius zum Nutzen des Reichtums dar.

In ihrer Kritik der obsessiven Fixierung auf Wirtschaftswachstum betonen sie deshalb die moralischen gegenüber den natürlichen Grenzen, die sich aus dem Ressourcenverbrauch ergeben.

Folgerichtig definieren sie Wirtschaft moralisch – und nennen sieben universelle und unverzichtbare sogenannte „Basisgüter“ als Voraussetzung für ein gutes Leben und als Richtschnur des politischen wie auch persönlichen Handelns: Sicherheit, Respekt, Muße, Gesundheit, Freundschaft, Persönlichkeit und Harmonie mit der Natur. Dem ist zuzustimmen, auch wenn man den Skidelsky'schen Vorschlag des Basiseinkommens nicht teilt.

Dem Wertekatalog der Basisgüter ist wohl mit der sozialstaatlichen Idee der Sicherung materieller Grundbedürfnisse durch das Recht auf soziale Dienstleistungen viel eher gerecht zu werden.

Plädoyer gegen Ungleichmacherei

Die gesellschaftliche Gleichheit ist in den letzten Jahrzehnten ziemlich aus der Mode gekommen. Wer für Umverteilung von oben nach unten plädiert, gilt als verstaubter Retro-Sozialist, wer für mehr Gleichheit plädiert, schnell als naiver Spinner, der sich den Vorwurf der „Gleichmacherei“ gefallen lassen muss. Denn „Gleichmacherei“ sei gefährlich: Sie würde die Leistungsträger bestrafen und sei dysfunktional für prosperierende Gesellschaften. Ja, von einer Gesellschaft, die Ungleichheiten zulässt und ihnen sogar positiv gegenübersteht, hätten am Ende alle etwas, wurde argumentiert: weil die Prosperität, die sie schafft, auch den Ärmsten nützt. Weil, was hätten die denn davon, wenn sie relativ zu den Reichen bessergestellt sind, aber eklatanten Mangel litten.

An all dem ist, kurz gesagt, nichts dran. In den 1950er- bis 1970er-Jahren wurden die westlichen Gesellschaften sukzessive „gleicher“, und die Wachstumsraten waren hoch; seither geht die Schere der Ungleichheit wieder auf, und die Wachstumsraten sind niedrig. Also, dass wachsende Ungleichheit zu einer brummenden Marktwirtschaft notwendigerweise dazugehört, kann man getrost ins Reich der Mythen verbannen.

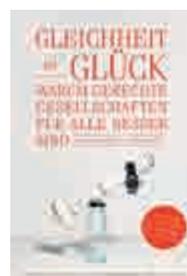
Der britische Ungleichheitsforscher Richard Wilkinson und die Epidemiologin Kate Pickett haben nun aber in einer fundamentalen Untersuchung nachgewiesen, wie sehr wachsende Ungleichheit schadet – und zwar jedem in einer Gesellschaft, sogar den „Profiteuren“. So haben Gesellschaften mit einem hohen Grad an Ungleichheit durchschnittlich eine geringere Lebenserwartung, die Bürger sind ungesünder, das Bildungsniveau niedriger, mehr Menschen haben psychische Erkrankungen, es werden mehr Drogen konsumiert, die Kriminalität ist höher – und zwar ziemlich unabhängig vom Nationaleinkommen pro Kopf. Oder anders gesagt: In armen Ländern steigert Wirtschaftswachstum das allgemeine Wohlbefinden noch, aber in reichen Ländern haben Einkommenssteigerungen weniger Relevanz als die Verteilung des Reichtums. „Gesundheitliche und soziale Probleme kommen signifikant häufiger in Ländern vor, in denen die Einkommensschere weit geöffnet ist“, resümieren die Autoren.

Die beiden Forscher haben Berge von Datenmaterialien aus Dutzenden Ländern angehäuft, und die Eindeutigkeit ihres Be-

Gleichheit ist sogar für die Privilegierten besser, ermitteln zwei britische Forscher in einer Studie

REZENSION:
ROBERT MISIK

Diese Rezension erschien in leicht veränderter Form zuerst in der Tageszeitung Standard (3.–5.4.2010)



Richard Wilkinson, Kate Pickett: Gleichheit ist Glück. Haffmans & Tolkemitt 2010, 368 S., € 20,50

funds ist tatsächlich frappierend. Nun kann man das im Einzelfall auf schlecht funktionierende Institutionen schieben: Krankheit auf das miserable Gesundheitswesen, eklatante Bildungsmängel auf das Schulsystem. Besonders überzeugend sind deshalb die im Buch vielfach enthaltenen Vergleiche zwischen US-Bundesstaaten, weil dort die Zusammenhänge genau so feststellbar sind. Während etwa zwischen den USA und Österreich, Japan oder Griechenland der Einfluss unterschiedlicher Institutionen und Kulturen neben der Ungleichheit teilweise ebenfalls einen relevanten Beitrag zur Erklärung der Unterschiede liefern kann, ist das zwischen US-Bundesstaaten wohl viel weniger der Fall.

Trotz des umfangreichen Datenmaterials liest sich das Buch aber nicht trocken, wofür alleine schon die Zitate und Comics sorgen, die die Aussagen nochmals auf den Punkt bringen.

Wilkinson und Pickett zeigen, dass das durchschnittliche Niveau der Lebensqualität in Ländern mit hoher Ungleichheit nicht bloß deshalb geringer ist, weil die Malaise der Schlechtgestellten den Durchschnitt drückt, sondern auch, weil nahezu alle in diesen Gesellschaften unter dem sozialen Stress zu leiden haben. So haben auch weiße US-Mittelschichtsbürger eine geringere Lebenserwartung als vergleichbare Einwohner in den egalitären skandinavischen Ländern. Aber das heißt ja nur: Gesellschaften mit einem hohen Grad an Ungleichheit werden von einem antiegalitären Geist durchweht, und der produziert schlecht funktionierende Institutionen.

Ungleichheit macht uns unglücklich. Sie führt dazu, dass das Vertrauensniveau in einer Gesellschaft sinkt, und damit zu mehr Kriminalität und auch Angst vor Kriminalität. Gleichzeitig ist der Umgang mit Kriminalität härter, wobei ihre Bestrafung abermals vom Grad der Ungleichheit in einer Gesellschaft abhängt – sowohl was die Zahl der Häftlinge als auch deren Zusammensetzung betrifft.

Gesellschaften mit einem hohen Grad an Ungleichheit sind Gesellschaften mit großer Statuskonkurrenz, und die erzeugt bei Menschen durchgehend Stress, verdunkelt ihr Gemüt, verschlechtert ihr psychisches Wohlbefinden. Das erklärt vielleicht, warum es auch den relativ Bessergestellten in diesen Gesellschaften oft noch schlecht geht: Weil sie immer Angst haben, dass sich jemand findet, der höher als sie in der sozi-

alen Hierarchie steht. Ungleichheit vergiftet alle sozialen Beziehungen, nicht nur die zwischen der Upper- und der Underclass.

Ungleiche Gesellschaften führen für sich oft ins Treffen, dass in ihnen die soziale Mobilität höher ist: Oben und unten trenne zwar ein hoher Wohlstandsgraben, aber jeder könne in ihnen nach oben aufsteigen. Auch das wird durch das Datenmaterial klar widerlegt. Wer in Gesellschaften, die materielle Armut akzeptieren, in Armut hineingeboren wird, bleibt unten. Und er wird auch noch durch unsichtbare Stereotypisierungen unten gehalten. Er bringt schlechtere Leistungen in der Schule, selbst dann, wenn er über die gleichen Fähigkeiten verfügt wie seine höher situierten Mitschüler. Der Statusstress durchzieht alles: Selbst Wunden heilen bei Unterprivilegierten langsamer, weil die Stresshormone, die sie andauernd ausschütten, die Heilung verlangsamen.

Die beiden britischen Universitätsprofessoren haben ein fulminantes Buch geschrieben, das Erkenntnisse der modernen „Glücksforschung“ mit einer Fülle von Fakten unterlegt. Über weite Strecken ist es im nüchternen Ton der empirischen Sozialforschung gehalten. Doch es ist auch ein engagiertes Buch. Nach Jahrzehnten der Ungleichmacherei müsse es nun wieder in die andere Richtung gehen, fordern die Autoren. Ganz im Stile des „engagierten Intellektuellen“ rufen sie auf, eine oder, besser: viele Bewegungen für mehr Gleichheit zu begründen. Mehr Gleichheit ist mit kapitalistischen Marktwirtschaften vereinbar, unterstreichen sie immer wieder: Schließlich haben sie ja auch ihr „positives“ Datenmaterial aus demokratischen Marktwirtschaften.

Und auch Trendwenden sind möglich: Wenn es ab Mitte der 1970er-Jahre wieder rasant in Richtung mehr Ungerechtigkeit ging, dann ist das ja ein Beweis dafür, dass es auch wieder ganz schnell in die andere Richtung gehen kann, so ihr raffiniertes Argument. Es liegt, schließen Wilkinson und Pickett etwas pathetisch, an jedem von uns, einen Wandel anzustoßen. Es braucht dafür keine Revolution, aber „was wir brauchen, ist ein kontinuierlicher Fluss kleiner Veränderungen“ mit dem Ziel: „Die Gesellschaft sozialer machen.“

Ein ganz, ganz wichtiges Buch, an dem künftig keiner vorbeikann, der substanziell etwas zur „Sozialstaatsdebatte“ oder auch zur „Bildungsdebatte“ beitragen will. **F**

Die Vielfalt der Wirtschaftswissenschaften

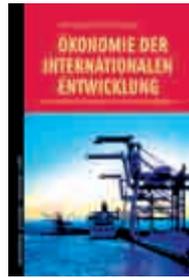
Wie Ökonomie verstanden und erklärt wird, hat weitreichende Auswirkungen. Dies zeigt sich deutlich an den unterschiedlichen Erklärungen der aktuellen Wirtschaftskrise und den daraus gezogenen Schlussfolgerungen und Empfehlungen an die Wirtschaftspolitik. Liegt die Lösung in „mehr Markt, weniger Staat“ oder in einem massiven Eingreifen des Staates? Sollen wir den Kapitalismus als dysfunktionales System sehen oder als System, das bloß besser reguliert werden muss?

Obwohl sie nach Ausbruch der Krise in Verruf kamen, haben es marktliberale, neoklassische Erklärungsmuster und Handlungsempfehlungen geschafft, sich als Mainstream in den Wirtschaftswissenschaften zu behaupten. Ein einseitiger, eingeschränkter Blickwinkel birgt jedoch die Gefahr, dass – wie dies etwa im Vorfeld der Finanzkrise der Fall war – Problemstellungen schlicht übersehen oder nicht als solche erkannt werden.

Vor diesem Hintergrund ist das Buch „Ökonomie der Internationalen Entwicklung“ von Elisabeth Springler und Johannes Jäger eine willkommene Abkehr zur etablierten Darstellung ökonomischer Grundlagen. Die beiden lehren Volkswirtschaft und stellen drei zentrale Denkweisen der Wirtschaftswissenschaften einander gegenüber. Neben der Neoklassik gehen sie auf die Grundlagen des Keynesianismus und der Politi-

Johannes Jäger und Elisabeth Springler vergleichen ökonomische Denkweisen

REZENSION:
MANUEL MELZER



Johannes Jäger und Elisabeth Springler: Ökonomie der Internationalen Entwicklung. Eine kritische Einführung in die Volkswirtschaftslehre. Mandelbaum 2012, 380 S., € 19,80.

schen Ökonomie ein. Damit wollen sie die Basis für ein differenziertes Verständnis von Ökonomie und wirtschaftspolitischen Debatten für ein breites Publikum liefern.

Springler und Jäger gelingt dies dank des klaren und intuitiven Aufbaus des Buches. Anders als viele ökonomische Lehrbücher, die gleich damit beginnen, Schritt für Schritt ihre Modelle zu erklären, verortet „Ökonomie der Internationalen Entwicklung“ zuerst deren Denkweisen, ehe zen-

„Konzepte werden parallel dargestellt, um den direkten Vergleich zu ermöglichen“

trale ökonomische Themenfelder beleuchtet werden. Die Denkweisen werden dabei parallel dargestellt, um den direkten Vergleich zu ermöglichen.

Am Beginn stehen Fragen nach polit- und wirtschaftshistorischen Faktoren für Entstehung und Bedeutung der Denkströmungen. Diese Grundlagen werden durch die zentralen Methoden, die wissenschaftstheoretische Basis und die Grundkonzepte der drei Denkweisen vervollständigt. Der zweite, wesentlich umfangreichere Teil des Buches befasst sich in fünf Kapiteln mit zentralen ökonomischen Themenfeldern.

Beleuchtet werden dabei die Themen Staat, Gesellschaft und Wirtschaft, Fragestellungen zu Wachstum, Entwicklung und Krise, gefolgt von Ungleichheit und Verteilung. Die letzten beiden Abschnitte befassen sich mit Geld und dem Finanzsystem und mit der Geografie der globalen Ökonomie. Veranschaulicht werden die Themen durch elf Vertiefungen von Gastautoren. Diese Kurzdarstellungen spannen einen weiten Bogen von Arbeits-, Wohlstands- und Verteilungsfragen über Klimawandel und Ressourcenpolitik bis hin zur feministischen Ökonomie.

Aus diesem Kurzabriss des Buches wird schnell ersichtlich, dass es sich um keine gemütliche Abendlektüre, sondern um ein Lehrbuch handelt. Den Anspruch, eine leichte Einführung für ein breites Publikum zu bieten, erfüllt das Buch – auch auf Grund der thematischen Dichte – nicht immer.

Doch zeigt es eindrucksvoll, wie vielfältig die Denkweisen in den Wirtschaftswissenschaften und wie unterschiedlich die Interpretationen zu verschiedenen Themen und Problemen sind. Dieser weite Zugang ist eine wichtige und willkommene Abwechslung zur Mainstream-Monokultur vieler Universitäten und Zeitschriften. All jenen, die ein Interesse daran haben, einen Einblick in die Breite wirtschaftswissenschaftlicher Denkweisen zu gewinnen und sich eine eigene Meinung zu bilden, kann dieses Buch daher nahegelegt werden. **F**

Aus der Parallelwelt der Superreichen

Manch einer kann sich vielleicht noch an das Schlagwort vom „Global Village“ erinnern. Zu diesem wachse die Welt angesichts der digitalen Revolution zusammen. Heute ist das Global Village Wirklichkeit geworden – aber anders als erwartet. Seine Hauptstraßen liegen in London oder Mumbai, seine Ausbildungsstätten in Harvard, und den schönsten Ausblick hat man im Schweizer Davos. Immer stärker formiert sich ein Dorf der Milliardäre, eine „transglobale Gemeinde von Gleichen, die mehr miteinander als mit ihren Landsleuten zu Hause gemein hat“, schreibt Christia Freeland.

Die kanadische Wirtschaftsjournalistin hat sich in dem abgezielten Dorf auf bislang einzigartige Weise umgesehen. Ihr vielfach prämiertes Buch verbindet ökonomische und soziologische Hintergründe mit konkretem Anschauungsmaterial und Interviews aus der Parallelwelt der Superreichen – und dies äußerst gelungen.

Freeland lässt dabei glücklicherweise die üblichen Muster der Reichtumdebatte außer Acht: Weder gibt sie sich klassenkämpferisch-polemisch noch kommen die Reichen als Helden des Kapitalismus daher, deren Wohlstand uns allen am Herzen liegen muss, weil er sicherlich noch auf die Normalbürger heruntertröpfeln wird.

Stattdessen konstatiert Freeland nüchtern: An der Spitze der Gesellschaft findet eine Reichtumskonzentration wie zuletzt in den 1920ern statt – im Westen ebenso

Die kanadische Journalistin Christia Freeland tut sich in einer fremden Welt um – und entdeckt Verblüffendes

REZENSION:
JOSEPH GEPP

Diese Rezension erschien zuerst im Falter 43/2013



Christia Freeland: Die Superreichen. Westend 2013, 368 S., € 23,70

wie in Russland, China oder Indien. Nie zuvor wurden so riesige Vermögenswerte in so kurzer Zeit in private Hände transferiert. „Wer je daran zweifelt, welche Macht eine Idee entfalten kann, sollte den erstaunlichen, ohne Blutvergießen errungenen Sieg des neoliberalen Denkens betrachten.“

Kurios daran: Innerhalb des reichsten Prozents ist die Vermögensungleichheit nicht kleiner als innerhalb der gesamten Gesellschaft. Nicht das oberste Prozent ist also der wahre Gewinner, sondern das oberste Promille. Bei diesem offenbart Freeland verblüffende Merkmale.

So sind die wahrhaft Reichen keine Angestellten, sondern Selbstständige – und dies vor allem im Finanzsektor. Die fünf obersten Hedgefonds-Investoren etwa verdienten 2004 zusammen mehr als alle Vorstände der 500 wichtigsten US-Unternehmen.

Auch stammen die neuen Plutokraten nicht etwa aus der Mitte der traditionell reichen Establishments ihrer Länder. Stattdessen kennzeichnet sie „die richtige Mischung aus Insidertum und Randständigkeit“. In den USA etwa erkannte niemand so rasch die Chancen von technischer Digitalisierung und finanzieller Deregulierung wie „die Harvard-Burschen mit Provinzschulbildung“, schreibt Freeland. Und in Russland schaffte es nicht etwa der Kern des vormals kommunistischen Kaders in die neue Oligarchie – sondern jene, „die nahe genug an den Hebeln der Macht waren, um

den Übergang zur Marktwirtschaft zu ihrem Vorteil zu nutzen, aber weit genug davon entrückt, um zu verstehen, dass das alte Regime auseinanderbrach“.

Was bei all diesen faszinierenden Betrachtungen etwas zu kurz kommt, sind die strukturellen Vorbedingungen des Aufstiegs der Plutokraten. Was war die Ursache? Das schwache Wirtschaftswachstum? Die angeblich ineffizienten verstaatlichten Industrien? Diese Fragen bleiben außen vor. Dafür beschreibt sie meisterhaft, wie die Reichen – einmal einflussreich geworden – laufend mehr Macht erringen.

Dazu nutzen sie einerseits „legale Korruption“, etwa wenn sie sich in den USA in Gesetzgebungsprozesse einkaufen. Und andererseits das, was Freeland „die kognitive Kaperung des Staates“ nennt. Also die nachhaltige öffentliche Verankerung jener Mär, wonach mehr Privilegien für Reiche letztlich allen Bürgern nutzen.

Und noch eine Tendenz arbeitet Freeland heraus: Gerade in der westlichen Technik-elite verbirgt sich der Reichtum gern hinter einer egalitären Fassade und Betriebskultur. So sind im kalifornischen Silicon Valley Limousinen und Chauffeure verpönt, erzählt Ex-Google-Chef Eric Schmidt, der geschätzt 4,6 Milliarden Euro besitzt.

An einem Privatjet hingegen findet niemand etwas Verwerfliches. Und wenn Schmidt gerade nicht da ist, dann dürfen die Untergebenen sein kleines Büro im Google-Gebäude mitbenutzen. **F**

Aufstieg und Elend des globalen Finanzsystems

Wie viel Bank braucht der Mensch?“ nennt der deutsche Ökonom Thomas Fricke sein Buch. Österreichische Antwort: Eine bestimmte Bank hätten wir jedenfalls nicht gebraucht. Bei der Hypo Alpe Adria machten Geschäftsführungen und Politik so ziemlich alle Fehler, die man machen kann. Zunächst drehten sie jahrelang ohne ausreichende Sicherheiten und Kontrollen am großen Spekulationsrad in Südosteuropa, mit dem Ergebnis riesiger Verluste. Gleichzeitig übernahm das Bundesland Kärnten Haftungen für die Bank, die zum Höhepunkt 2006 dem zwölffachen Landesbudget eines Jahres entsprachen. Nach der Notverstaatlichung der Bank im Jahr 2009 verhandelte die zuständige Bundesministerin fürchterlich schlecht mit der Europäischen Kommission über die Abwicklung und verschleppte die Einrichtung einer Abbaubank über Jahre.

All diese Fehlentscheidungen maximieren die Kosten, die mit Steuern zu decken sind. Ähnliche Fälle wie jener der Hypo Alpe Adria sind in ganz Europa aufgefliegen, viele dürften noch folgen.

Exzessive Profite führten zum Sittenverfall im Bankgeschäft

Fricke ist der ehemalige „Chefökonom“ der *Financial Times Deutschland*. Er stellt anders als viele Autoren nicht fehlende Moral und menschliches Scheitern im Bankgeschäft in das Zentrum seines Narrativs der Krise. Er rekonstruiert schlüssig die Systemfehler, die dazu führten, dass das System derart an die Wand fahren konnte. Denn es gab ja nicht zuerst eine höhere Moral, die dann verfallen wäre. In jeder Branche, die derart leicht faktisch aus dem Nichts Profite schöpfen kann, würden über kurz oder lang die Sitten verfallen. Das Übel muss also an der Wurzel gepackt werden. Nur, wo liegen diese Wurzeln?

Die Kernaufgabe des Bankensystems bildet eigentlich die Vermittlung zwischen den Ersparnissen der privaten Haushalte und den kreditfinanzierten Investitionen der Unternehmen – eine relative langweilige Angelegenheit, ohne die jedoch eine Marktwirtschaft nicht funktionieren kann. Die besondere Stellung des Bankensystems und das in ihm schlummernde Risiko, das gan-

Das Finanzsystem ist uns über den Kopf gewachsen. Es gehört gesundgeschrumpft

REZENSION:
THOMAS ZOTTER



Thomas Fricke:
Wie viel Bank braucht der Mensch? Raus aus der verrückten Finanzwelt.
Westend 2013,
256 S., € 20,60

ze Volkswirtschaften in den Abgrund reißen kann, hatten zu besonderen Regeln für das Banken- und Finanzsystem geführt. Viele Jahrzehnte lang saß der Schock der Weltwirtschaftskrise tief genug, niemand wagte, an diesen Regeln zu heftig zu rütteln.

Neoliberale Verheißungen und Herdenverhalten

Doch seit Mitte der 1980er-Jahre begann man, das Finanzsystem und die Banken schrittweise zu „entfesseln“, um – so die Verheißung – Wachstum, Wohlstand und Beschäftigung für alle zu mehren. Einer der Väter dieser Ideologie war Milton Friedman mit seiner Theorie effizienter Märkte und stabilisierender Spekulation. Fricke zeigt in seinem Analyseteil in wohl dosierter Ausführlichkeit, wie sich diese Versprechungen ins Gegenteil verkehrten: Von Effizienz, Stabilisierung, Selbstregulierung und Allwissenheit blieb keine Spur. Gerne wird behauptet, finanzielle Allgemeinbildung würde dazu beitragen, dass etwa der Zusammenhang zwischen Risiko und erwartbarem Ertrag besser verstanden würde. Viele Beispiele zeigen aber, dass es gerade „finanziell gebildete Investmentprofis“ waren, die in Banken, Pensionsfonds und Versicherungen dem Herdentrieb folgten.

Der britische Ökonom John Maynard Keynes hatte schon in der Finanzkrise der 1930er-Jahre erkannt, dass unregulierte Finanzmärkte durch ein Herdenverhalten geprägt sind. Kurse steigen, weil alle erwarten, dass alle anderen Spekulanten erwarten, die Kurse würden weiter steigen. Umgekehrt fallen sie, wenn alle pessimistisch sind. Dieses Herdenverhalten führt nicht nur zu starken Schwankungen auf den Finanzmärkten, es gefährdet auch die Stabilität der realen Wirtschaft.

Der staatlichen Finanzaufsicht wird heute von neoliberaler Seite gerne vorgeworfen, sie hätte in der Krise versagt. Doch die unbestreitbare Schwäche der Aufsicht war ja gerade die Folge der neoliberalen Ablehnung der Kontrolle von Banken und Finanzmärkten.

In den Jahren seit dem Ausbruch der Krise wurde auf internationaler, europäischer und nationaler Ebene eine kaum noch überschaubare Welle regulatorischer Einzelmaßnahmen auf den Weg gebracht, die Fri-

cke einem Realitätscheck unterzieht. Das Erbauliche daran: Er lässt sich nicht vom Mainstream und von Populismus verführen, der das Heil in der Begrenzung von Bonuszahlungen sucht. Fricke zufolge geht es viel mehr darum, die systemische Logik des Herdenverhaltens und der Möglichkeit exzessiver Profite zu durchbrechen und das Finanzsystem gesundzuschumpfen.

Er nennt dabei fünf Reformziele: die Ausschläge des Herdentriebs spürbar dämpfen; den Kräften der gefährlichen Prozyklizität entgegenwirken und sie umkehren; das unverhältnismäßig hohe Renditepotenzial von Finanzanlagen senken, um die Geldströme so in die Realwirtschaft umzuleiten; die enormen Gefälle bei Einkommen und Vermögen abbauen helfen – was zu soliderem Wachstum führt; und Mittel für die Realwirtschaft frei machen, die bisher in der Sphäre der Finanzauberei gebunden waren.

Die falsche Antwort: Re-Regulierung ohne echte Reformziele

Einige der Maßnahmen, die er zur Erfüllung dieser Ziele vorschlägt, sind geeignet, diese Ziele zu erreichen (Finanztransaktionssteuer, antizyklische und spürbar höhere Eigenkapitalvorschriften), andere werden angesichts der politischen Realität wohl noch lange auf sich warten lassen (Weltwährungssystem, spürbare und aktive Staatsanleihen und Rohstoffmarktregulierung). Die Liste der Maßnahmen, die Fricke vorschlägt, ist letztlich etwas kurz.

Aber man kann nicht von einem Autor das letztgültige Rezept verlangen. Es bedarf einer umfassenderen wirtschaftspolitischen Antwort auf die Krise, bei der die Exzesse des Finanzsystems nur einen Teil der Ursachen ausmachen. Eine solche Antwort wird ohne die Frage nach der Schieflage bei der Verteilung von Einkommen und Vermögen, nach der nötigen Balance der Interessengruppen oder nach einem neuen, nachhaltigen Wachstumsmodell, über das der Autor in seinem abschließenden, utopischen Kapitel reflektiert („von Bankfurt nach Solarfurt“), nicht zu erhalten sein.

Thomas Fricke liefert aber in jedem Fall eine ausgezeichnete, unaufgeregte Analyse des Scheiterns des globalen neoliberalen Finanzsystems. **F**

Reden wir über Markt, Moral und Sittlichkeit

Sind Sie auch der Meinung, dass in der kapitalistischen Marktwirtschaft nur das egoistische Profitstreben zählt und die Moral nicht gefragt ist? Die allermeisten Menschen wären wohl instinktiv dieser Ansicht: dass nur das Geld zählt, alles zur Ware wird und sich alle zwischenmenschlichen Beziehungen auf ein System der nackten, baren Zahlung reduzieren.

Die ultraliberalen Kapitalismusfreunde würden sagen: Ja, das ist so – und gut so. Die schneidigen marxistischen Kapitalismusgegner würden sagen: Ja, das ist so – und schlecht so. Axel Honneth will in seinem Opus magnum „Das Recht der Freiheit“ zeigen, dass beide Unrecht haben. Honneth ist Frankfurter Philosophieprofessor und Direktor des legendären Instituts für Sozialforschung (also der direkte Erbe von Max Horkheimer, Theodor W. Adorno und Jürgen Habermas).

Er hat keinen flotten Essay geschrieben, sondern eine grundlegende philosophische Studie, die große Begriffe neu durchbuchstabiert: Freiheit und Gerechtigkeit. Das sind zwei Begriffe, Vokabeln, Werte, die in der öffentlichen Diskussion gerne als Antipoden dargestellt werden. „Freiheit“ – das umschließt den Wert der personalen Autonomie, gesichert von individuellen Freiheitsrechten, dazu gehört das Recht auf Privatheit und auch das Recht des Einzelnen, seine eigenen Zwecke zu verfolgen. Sie braucht, so gesehen, keine anderen. Sie lebt im Gegenteil davon, dass man von anderen und auch vom Staat in Ruhe gelassen wird. „Gerechtigkeit“ dagegen ist ein relationaler Wert, der Begriff ist völlig sinnlos, wenn man ihn nicht im Verhältnis zu anderen denkt: Werde ich von anderen fair behandelt? Erfährt man die Anerkennung und den Respekt, die einem zustehen? Werde ich gerecht bezahlt?

Wenn man die Dichotomie dieser beiden großen Begriffe simpel auslegt, kann man zum Schluss kommen: Die Liberalen

Im Kapitalismus zählt nur egoistisches Profitstreben? Ist gar nicht wahr, sagt der Sozialphilosoph Axel Honneth

REZENSION:
ROBERT MISIK

Die Rezension erschien
zuerst im Falter
27/2011



Axel Honneth: Das Recht der Freiheit.
Suhrkamp 2011,
628 S., € 35,90

– auch die Ultra- und Neoliberalen – sind mehr für die Freiheit, die Linken mehr für die Gerechtigkeit.

Aber so simpel sind die Dinge nicht, allein, weil demokratische Freiheitsrechte (Wahlen, demokratische Mitbestimmung) darauf abzielen, dass man sie mit anderen gemeinsam ausübt. Freiheit ist aber auch ohne Gerechtigkeit schwer zu denken, denn, so Honneth, „als ‚gerecht‘ muss gelten, was den Schutz, die Förderung und oder die Verwirklichung der Autonomie aller Gesellschaftsmitglieder gewährleistet“.

Echte Freiheit braucht mehr als bloß die Garantie, von anderen nicht behelligt zu werden, und es ist eine lächerliche Schwundform der Freiheit, sie auf das Recht zu reduzieren, meine egozentrischen Lebensziele zu realisieren. Erstens, weil ich damit womöglich andere daran hindere, ihre Lebensziele zu realisieren. Zweitens, weil Selbstverwirklichung und Autonomie von Voraussetzungen leben, etwa von kulturellen und materiellen Ressourcen, von Bildung, aber auch von Sicherheit. Und drittens wäre ich ja gar nicht in der Lage, meine „egozentrischen Lebensziele“ zu formulieren, wenn ich nicht mit anderen kommunikativ verbunden wäre.

Die Idee des Eigenen kann bei einem sozialen Tier wie dem Menschen nicht alleine aus dem Inneren kommen. Gerechtigkeit und Freiheit sind zirkulär verbunden, und sei es bloß in der simpelsten aller Weisen: Gerecht ist Freiheit für alle. „Reflexive Freiheit“, wie Honneth das nennt, ist ohne das Zusammenwirken von Subjekten nicht zu denken. Honneth interessiert sich für „Freiheit“ und „Gerechtigkeitsnormen“ aber nicht in einem idealistischen Sinn, als reine Kategorien – er fragt nicht nach der „idealen Freiheit“ –, sondern er versucht zu entwirren, wie Freiheitsnormen und Gerechtigkeitsnormen in der Wirklichkeit vorkommen. Er analysiert sie gewissermaßen in freier Wildbahn. In der Realität

materialisieren sie sich etwa im Funktionieren von Institutionen, aber auch im sozialen Verkehr der Bürger untereinander. Man setzt im Umgang miteinander voraus, sich wechselseitig anzuerkennen und zu respektieren, man erwartet auch in der Sphäre der Marktökonomie nicht übervorteilt zu werden, und diese Erwartung materialisiert sich in Regeln, vom Kollektivvertragslohn bis hin zum Verbraucherschutz.

Die Pointe ist nun, dass auch die Marktwirtschaft, die das individuelle Profitstreben des Einzelnen anstacheln will, in solche moralische Vorannahmen eingebettet ist, in das, was Honneth in Anlehnung an Friedrich Hegel „Sittlichkeit“ nennt. Diese Art von „Sittlichkeit“ zieht eine Grenze zwischen dem gesellschaftlich Akzeptierten und dem nicht Akzeptierten. Den hohen Preis, der am Schwarzmarkt für Babys zu erzielen ist, würde kaum jemand als Beweis dafür nehmen, wie sehr wir den Wert menschlichen Lebens schätzen, sondern der Vorgang selbst – der Verkauf von Kleinkindern – würde als illegitimer, ja degoutanter Vorgang angesehen werden. Nicht einmal die verschrobensten Lobredner der Marktwirtschaft würden behaupten, dass man mit Babys handeln solle, solange es ein Angebot oder eine Nachfrage gibt.

Kurzum: Nicht nur ist der Markt auch von Moral eingehegt, die Marktwirtschaft selbst kann gar nicht funktionieren, wenn alleine nackte Zahlungsvorgänge die Fäden gesellschaftlichen Zusammenhalts ersetzen. Wie genau Regeln, Moral und Verkehrsformen die Ökonomie begrenzen, das variiert doppelt: über den Zeitverlauf und von Land zu Land. Der Philosoph, der „zu Hegel zurück geht“, muss sie im Detail und in aller Wirklichkeit, also: in allen Wirklichkeiten analysieren. Das tut Honneth im zweiten Teil seiner Studie, deren optimistischer Sound gegen Ende hin gedämpft wird. Aber das liegt vielleicht nicht an ihm, sondern an der Wirklichkeit. **F**

Ein Lehrbuch über den Kapitalismus

Ulrike Herrmann befasst sich mit den Grundlagen unseres Wirtschaftssystems – und der Mentalität der Mittelschicht

Nein, der Kapitalismus entstand nicht im Alten Rom, wo enorme Reichtümer angehäuft wurden. Er entstand auch nicht – wie die US-amerikanische Historikerin Joyce Appleby behauptet – im Goldenen Zeitalter Hollands, wo die Überseehandelsgeschäfte über Aktien durch private Unternehmer abgewickelt wurden – Zins, Wettbewerb, Finanzkapital, Banken waren ohnehin längst bekannt.

Nein, der Kapitalismus entstand im mittleren 18. Jahrhunderts im frühindustriellen Nordwesten Englands. Aber warum ausgerechnet dort?

In England waren die Löhne im Gegensatz zu früheren Zeiten mit der Produktivität gestiegen und letztlich doppelt so hoch wie die auf dem Kontinent. Um die wegbrechende Konkurrenzfähigkeit zu kompensieren, taten die britischen Unternehmen etwas,

REZENSION:
SEBASTIAN KIEFER

Dieser Text erschien
zuerst leicht verändert
im Falter 10/2014



U. Herrmann: Der Sieg des Kapitals.
Westend 2013,
288 S., € 20,60

das allen neoklassischen Lehren von heute widerspricht: Sie erfanden den modernen Kapitalismus. Die Unternehmer senkten nicht die Löhne, sondern ersetzten mensch-

„Warum entstand der Kapitalismus ausgerechnet in England im 18. Jahrhundert?“

liche Arbeit durch Maschinen, steigerten so die Produktivität und nicht die Ausbeutung. Sie zahlten bessere Löhne, reinvestierten die steigenden Gewinne, statt sie zu verprassen. Seither explodieren Wachstum und Wohlstand – und keine der Krisen hat das nachhaltig erschüttern können.

Ulrike Herrmanns Buch ist ein Coup, ein beeindruckendes Dokument geistiger Unabhängigkeit, die sich mit historischem Wissen und argumentativer Klarheit paart. Nur am Ende wird Herrmann, die Eurokrise sezierend, parteiisch – diesen Part, mögen die Argumente auch stark sein, hätte sie besser einem zweiten, tagesaktuellen Buch überlassen sollen.

Ein weiteres, aufsehenerregendes Buch Herrmanns aus dem Jahr 2012 handelt vom Selbstbetrug der deutschen Mittelschicht („Hurra, wir dürfen zahlen“). Darin schildert Herrmann, wie Handwerker, Beamte und Angestellte ihren eigenen Abstieg fördern, indem sie klaglos zulassen, dass die sogenannten Eliten immer weniger Steuern zahlen – weil sich die Mittelschicht selbst fälschlicherweise als Teil dieser Elite versteht. **F**

Prospekt für den Supermarkt Europa

Wer beim Titel an die übliche Bedeutung (nämlich an ein Lebensmittelgeschäft) denkt, liegt falsch. Viel eher ist die Marktdominanz der EU-Wirtschaftspolitik gemeint. Die Broschüre „Supermarkt Europa“ ist zeitgemäß, von optimistischer Grundhaltung getragen und lesenswert – gerade richtig für eine Zeit, in der Europa-Themen immer mehr an Bedeutung gewinnen.

Das Buch erklärt die Wirtschafts- und Finanzkrise sehr einleuchtend, wenn auch unvollständig – aber doch in einer Sprache, die gebildeten Laien (das heißt Nicht-Ökonomen) einige der Absurditäten des bestehenden Finanzsystems gut nahebringen kann.

Welchen Anteil die EU-Politik an deregulierten Finanzmärkten hat

Nicht ganz klar wird, was der Beitrag der Globalisierung und was der Beitrag der verfehlten EU-Politik zur Krise ist. Zur Vervollständigung würde es helfen, mehr in die Tiefe zu gehen – etwa zum Gegensatz zwischen der Behauptung, strukturierte Bündel von Hypotheken würden durch breite Streuung das Gesamtrisiko minimieren, und der Tatsache, dass ebendiese Streuung die Ansteckung der ganzen Welt mit der Finanzmisere ermöglicht hat. Weiters wären Details zu den absurden elektronischen Handelssystemen wünschenswert, die Herdtrieb und damit Volatilität verursachen; zu Risiken von Leerverkäufen und Sekundenhandel; zur Rolle der nicht regulierten Schattenbanken und vieles andere mehr. Aber dann wäre es am Ende ein Buch über die internationale Finanzkrise und nicht über die EU geworden.

Es verwundert, dass die Autoren Robert Misik und Michel Reimon die verfehlte, primär auf Austerität setzende EU-Wirtschaftspolitik erst mit der Wirtschaftskrise entstehen lassen – obwohl der Stabilitäts- und Wachstumspakt bereits bei der Gründung der Währungsunion unheilvoller Pate war und zumindest seit damals diese unvollständige und einseitige EU-Politik bestimmt. Dieses Manko einer gesamthafte Wirtschaftspolitik (früher hat man vom „magischen Fünfeck“ gesprochen) durchzieht die letzten 30 Jahre.

**Journalist
Robert Misik
und Grünen-
Politiker
Michel Reimon
skizzieren die
EU-Wirtschafts-
politik**

REZENSION:
KURT BAYER

Diese Rezension
erschien ursprünglich
im Falter 18/2014

Der Rezensent war
Österreichs Vertreter
bei der Europäischen
Bank für Wiederaufbau
in London und ist
heute Wirtschaftspublizist
(siehe Porträt S. 43)



**Robert Misik,
Michel Reimon:
Supermarkt
Europa. Czernin
2014, 128 S., € 7,90**

Sehr gut beschreiben die Autoren die Tatsache, dass die angebliche EU-Länderrettung (Irland, Griechenland, Spanien, Portugal, Zypern) primär eine Rettung der je eigenen Banken (vor allem deutscher und französischer) war und ist. Und dass die Angst der europäischen und nationalen Politiker vor ihrer Benotung durch die Finanzmärkte das „Sparen“, welches in Wirklichkeit eine Kürzung der Ausgaben ist, antreibt. Und dass die zunehmende Umgehung der offiziellen Institutionen durch bindende Verträge einzelner Mitgliedsstaaten mit der Kommission (Fiskalpakt, Europäischer Stabilitätsmechanismus, geplanter Wettbewerbspakt) zu einer De-facto-Entmachtung der Parlamente geführt hat – und einer durch Technokraten implementierten Regelbindung.

Das ist der Hauptkritikpunkt, wenn Misik und Reimon vom „Ausverkauf unserer Demokratie“ reden. Einige Male sprechen die Autoren von der „Fehlkonstruktion“ der Eurozone, erklären aber nicht, worin diese Fehlkonstruktion besteht. Es ist auch meines Erachtens nicht nur so, dass die Finanz- und Wirtschaftsseite und deren Lobbyisten die neuen Regeln seit Lissabon rascher erkannt und darauf reagiert haben als die Arbeitnehmerseite – vielmehr stellen die Schwächung der Arbeitnehmer, die Durchsetzung des „Marktes“ auf immer weitere Ebenen sowie die damit einhergehende Deregulierung und „Entfesselung“ der Wirtschaft („Strukturpolitik“) bereits seit 30 Jahren die Haupttrichtung der EU-Politik dar.

Die Autoren warnen vor dem „Ausverkauf unserer Demokratie“

Es ist ja paradox: Während sich die USA, wo die sogenannte „österreichische Schule der Nationalökonomie“ nach dem Zweiten Weltkrieg ihre neue Heimat fand (siehe Machlup, Haberler und Hayek) und von wo diese neoliberale Richtung der Wirtschaftspolitik ausging, längst von deren Auswüchsen befreit haben, hält die Europäische Union stärker denn je an diesem überholten Paradigma fest.

Spätestens die Finanz- und die darauf folgende Wirtschaftskrise, die schwerste und längste seit der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre, hätten auch den europäischen Wirtschaftspolitikern klarmachen

müssen, dass das marktliberale, den Finanzmärkten hörige Wirtschaftssystem überholt ist.

Leider machen sie derzeit trotzdem munter weiter mit dem *business as usual*, mit Ausnahme einiger Verschärfungen bei der Finanzmarktregulierung – so, als ob nichts gewesen wäre. Misik und Reimon beschreiben sehr genau, dass die Absurdität des Hauptrezepts gegen die Krise, nämlich nach vorläufiger Rettung der Banken durch die Steuerzahler die Staatsschuldenkrise durch „Sparen“ zu bekämpfen, das heißt durch Budgetkonsolidierung, auch den Politikern und den Ratingagenturen klar war – da dadurch die Tiefe der Krise verschärft und das Ziel, den Anteil der Staatsschulden am Bruttoinlandsprodukt zu reduzieren, verfehlt werden muss. Denn durch die sinkende Nachfrage gehen auch die Steuereinnahmen zurück – und damit steigt das Defizit wieder.

Misik und Reimon schreiben die Weiterführung dieser auch in sich verfehlten Politik allerdings der Panik der Politiker zu, also einem quasi technischen Fehler, statt die Interessen hinter dieser Politik klarzulegen.

Die EU braucht eine inhaltliche und institutionelle Demokratisierung

Interessant wäre bei all dem auch eine Diskussion darüber gewesen, ob die neue Praxis, dass der Kandidat der gewinnenden Partei bei der EU-Parlamentswahl auch der Kommissionspräsident wird, tatsächlich eine Richtungsentscheidung für die künftige EU-Wirtschaftspolitik darstellt – oder ob die Spitzenkandidaten alle lediglich den bestehenden verderblichen Mainstream vertreten. Nur Ersteres würde nämlich zum gewünschten demokratiepolitischen Durchbruch führen, wie ihn Misik und Reimon fordern.

Die abschließenden Vorschläge der Autoren zu einer stärkeren inhaltlichen und institutionellen Demokratisierung der EU sind positiv und scheinen geeignet, einige Wählerinnen und Wähler zu überzeugen, dass die Europäische Union reformfähig sein kann.

Das Buch ist einleuchtend und leicht lesbar. Etwas mehr Struktur hätte gutgetan. Dennoch: absolut lesenswert. **F**

Letzte Station Aktienmarktsozialismus?

Es gibt Fragen, die darf man sich nicht stellen, sonst gilt man als Naivling und als weltfremder Träumer. Zum Beispiel die nach Alternativen zum Kapitalismus. Diese Frage, sagen die Verteidiger, habe die Geschichte doch längst beantwortet. Der Kapitalismus sei alternativlos.

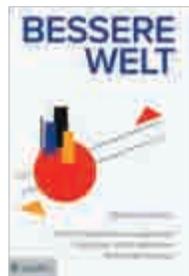
Der italienischstämmige Berliner Ökonom Giacomo Corneo stellt die Frage in einem kürzlich erschienenen Buch trotzdem. Und darauf aufbauend liefert er ein faszinierendes Porträt unseres Wirtschaftssystems – und etwaiger anderer.

Corneo ist nicht etwa ein wütender Kapitalismuskritiker. Nein, er definiert sich sogar als „Neoklassiker“, also als ein Anhänger der herrschenden ökonomischen Lehre. Dennoch konstatiert Corneo ganz nüchtern, dass in unserem System einiges schief läuft: die hohe Arbeitslosigkeit etwa, die wachsende Ungleichheit, die Ressourcenverschwendung und Umweltzerstörung. Gibt es also andere, bessere Möglichkeiten? Ohne in seinen Befunden Gnade walten zu lassen, klopft Corneo sämtliche Alternativen auf ihre Praxistauglichkeit ab.

Könnten die anderen Systeme denn ausreichend Ressourcen produzieren, um allgemeinen Wohlstand zu schaffen? Würden die Menschen ausreichend mitarbeiten? Oder ihrem jeweiligen System aufgrund mangelnder Motivation den Rücken kehren? Solche Fragen stellt sich der Ökonom auf erfrischend undogmatische Weise.

Giacomo Corneo begibt sich auf die faszinierende Suche nach einem besseren Wirtschaftssystem

REZENSION:
JOSEPH GEPP



Giacomo Corneo: Bessere Welt. Hat der Kapitalismus ausgedient? Goldegg 2014, 368 S., € 24,90

Corneos Tour führt lehrreich durch Jahrhunderte westlicher Ideengeschichte. Sie beginnt bei Platons Wächterstaat, in dem ein allmächtiges oberstes Gremium die Ressourcenverteilung harmonisch regeln soll, ohne dass Marktkräfte ins Spiel kommen. Später führt die Tour etwa zur Insel Utopia, erdacht von Thomas Morus im 16. Jahrhundert, wo sich Demokratie und Toleranz mit dem Verbot von Privateigentum verbinden. Schließlich endet Corneo bei modernen Konzepten wie dem Genossenschaftswesen, dem Realsozialismus osteuropäischen Zuschnitts und dem bedingungslosen Grundeinkommen.

Doch bei all diesen Modellen fällt Corneos Urteil enttäuschend aus. Manchmal hätten die Menschen nicht genügend Anreize zur Mitarbeit, erhebt der Ökonom mithilfe spieltheoretischer Ansätze. In anderen Fällen reiche der Grad an Innovation und Produktion nicht aus. Das Zwischenfazit: Es muss eine Art Marktsystem sein. Nur dieses, so Corneo, Sorge für genug Anreize und Güter.

Doch seine Reise ist an dieser Stelle nicht vorbei, denn es gibt unterschiedliche Marktsysteme. Die Rolle des öffentlichen Eigentums ist in ihnen etwa verschieden geregelt. Oder die Frage, was mit dem Vermögen von Verstorbenen geschieht: Bekommen es die Erben oder beispielsweise eine staatliche Einrichtung?

Corneo durchleuchtet die Vor- und Nachteile sämtlicher Marktsysteme. Hier

wird sein Buch stellenweise etwas technisch, schließlich sind die Unterschiede nicht allzu groß. Doch es mangelt Corneo niemals an Verständlichkeit und wissenschaftlicher Redlichkeit. Schließlich stößt er auf den sogenannten „Aktienmarktsozialismus“.

Es ist eine wilde Mischung der Systeme, auf die der unkonventionelle Denker da gekommen ist: Große Unternehmen würden verstaatlicht und an die Börse gebracht, wo sie gegeneinander um höhere Effizienz ringen sollen – die Gewinne flössen an die Allgemeinheit. Ein florierender Sektor aus privaten Kleinunternehmen sorgt zudem dafür, dass die Innovationen nicht ausgehen.

Corneo sieht hier die Chance auf einen weniger mangelhaften Kapitalismus – und zugleich eine Art wohlfahrtsstaatliches Modell für die Zukunft. Denn vereinfacht gesagt sorgt im Aktienmarktsozialismus der Staat für Gerechtigkeit – und gleichzeitig sollen neuartige Organisationsweisen und Anreizstrukturen dafür sorgen, dass diesem System ein Schicksal erspart bleibt, wie es beispielsweise die verstaatlichten Industrien in den 1970er-Jahren erlitten.

Corneo plädiert in aktuellen Interviews gern dafür, den Praxistest in Sachen Aktienmarktsozialismus zu wagen – vorerst etwa bei zwei oder drei Großunternehmen. Mal schauen, was besser funktioniert. Man mag seine Meinung teilen oder nicht, jedenfalls war Corneos Weg zu diesem Ziel ein höchst aufschluss- und lehrreicher. **F**

Die zerstörerische Gewalt der Ungleichheit

Nein, Deutschland, das derzeit den Zuchtmeister spielt und dem Rest Europas im Verein mit der Europäischen Zentralbank und dem Internationalen Währungsfonds das „Erfolgsmodell“ eines „liberalisierten“ Arbeits- und Kapitalmarkts aufzwingen will, ist schon längst nicht mehr die wohlhabendste Nation Europas. Das Durchschnittsvermögen der Deutschen ist längst geringer als das der westeuropäischen Nachbarn, sodass jetzt seine ohnehin geschöpften Normalverdiener auch noch zu Transferleistungen an Italiener gezwungen werden, die im Schnitt ungleich vermöglicher sind, nächstens gar an Belgier, deren Pro-Kopf-Vermögen mehr als 70 Prozent höher liegt.

Deutschland hat eines der unsocialsten Steuersysteme Westeuropas, eine chronisch niedrige Reinvestitionsquote und sinkende Reallohne. Das rückständige Bildungssystem verstärkt die Klassentrennung, der Niedriglohnsektor ist zum größten der OECD-Länder geworden, die Rentenkassen sind entsprechend demoliert, die Umstellung auf Kapitaldeckung ist ein Desaster, das nur die Versicherer mäset.

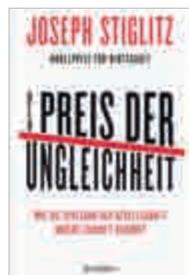
Hätten die Deutschen einen Joseph Stiglitz in den Beraterkommissionen gehabt, wäre ihnen und mittelbar Europa einiges erspart geblieben.

Südeuropa wird derzeit fast dieselbe „Liberalisierungs“-Rosskur verordnet, die der IWF im Verein mit der Weltbank – de-

Die Thesen des US-Ökonomen Joseph Stiglitz verdienen auch hierzulande Beachtung

REZENSION:
SEBASTIAN
KIEFER

Diese Rezension erschien zuerst im Falter-Bücherherbst 41/2012



Joseph Stiglitz: Der Preis der Ungleichheit. Siedler 2012, 450 S., € 25,70

ren Chefökonom Stiglitz bis zum Zerwürfnis 2000 war – seit den 1990er-Jahren den asiatischen, südamerikanischen und osteuropäischen Staaten aufzwang.

Stiglitz zog in „Die Schatten der Globalisierung“ 2002 die verheerende Bilanz dieses ideologie- und interessengetriebenen Feldzugs und schuf nicht nur einen modernen Klassiker der politischen Ökonomie: Das Buch machte ihn, längst eine nobelpreisgekürte Eminenz seines Fachs, zu einer Galionsfigur der Globalisierungskritiker. Heute ist er eine einzigartige Vermittlerfigur, ein gefragter Redner auf dem Davoser Weltwirtschaftsforum und auf Attac-Kongressen gleichermaßen.

Geduldig legt er Buch um Buch fakten-gestützt die ideologischen Illusionen und Verwerfungen offen, die der Glaube an angeblich wertfrei modellierbare, „liberalisierte“ Märkte produziert – und macht in guter angelsächsisch-pragmatischer Tradition ebenso konkrete Verbesserungsvorschläge. In „Die Chancen der Globalisierung“ von 2006 etwa schlug er vor, Arbeitsmigration zu fördern und Kapitalströme einzuschränken. Die Entwicklungsländer sollten zwischen legitimen und illegitimen Schulden unterscheiden, keine Dollar-Reserven horten, sondern investieren und so fort.

Auch sein Buch „Der Preis der Ungleichheit“ liefert Argumente und Daten, um – ähnlich wie John Kenneth Galbraith – etwas zu beweisen, was heute viele intuitiv emp-

finden: dass große Vermögensungleichheiten kein rein moralisches Problem sind, sondern der Volkswirtschaft als Ganzes schaden, die Demokratie aushöhlen und keine Folge von Leistungsgratifikation, sondern eines unsozialen Bildungssystems und interessengeleiteter politischer Entscheidungen sind – von der Deregulierung des Finanzmarkts bis hin zur Entscheidung, nicht die Subprime-Hypotheknehmer, sondern deren Gläubiger, die großen Investmentbanken, zu retten.

Für heutige Europäer höchst aktuell sind die Nachweise der relativen Ineffizienz privater Kranken- und Sozialversicherungen gegenüber (gut organisierten) öffentlichen Systemen, der Mehrkosten, die die meisten Privatisierungen von Dienstleistungen (zum Beispiel Sicherheitsdienste im Irak) erzeugen und der Verhinderung von Wachstum und Stabilität durch Senkung der Steuern für Vermögende und Konzerne.

Stiglitz hegt einige typisch angelsächsische Überzeugungen, etwa dass die Notenbank sich nicht auf Geldwertstabilität beschränken, sondern Impulse für Wachstum und Beschäftigung geben soll. Manches, so der verheerende Einfluss von Geld auf Gerichtsentscheidungen, ist US-spezifisch. Doch sein Buch stellt in seinem klaren und unaufgeregten Stil eine Anleitung für alle dar, die ihr vages Unwohlsein am Zustand Europas und seiner Ökonomie in Argumente verwandeln wollen. **F**

Demokratie oder Kapitalismus, das ist hier die Frage

In der Finanzkrise, die Europa seit dem Jahr 2008 erschüttert, kulminiert eine tiefgreifende Krise des demokratischen Kapitalismus. Sie begann schon in den 1970er-Jahren, als die Kapitalseite aus dem sozialstaatlichen Konsens ausbrach und ihr Liberalisierungsprojekt startete. Negative soziale und wirtschaftliche Folgen dieses Projekts für die Lohnabhängigen wurden jedoch immer wieder übertüncht: zunächst durch die Inflation der 1970er-Jahre, dann durch die Zunahme der Staatsverschuldung in den 1980er-Jahren – und schließlich, als dritte Etappe, durch die enorme Ausweitung der Verschuldung der privaten Haushalte.

In der Finanzkrise erschöpfen sich die Strategien der westlichen Welt

Doch in der Finanzkrise sind diese Strategien an ihrem Ende angelangt, und nun stehen wir vor der Frage: Kapitalismus oder Demokratie? Diese These Wolfgang Streecks, des Direktors des Max-Planck-Instituts für Gesellschaftsforschung, sorgt seit Erscheinen seines Buches „Gekaufte Zeit“ für eine intensive Debatte in Blogs, im Feuilleton und in der Wissenschaft.

Das Buch ist politische Literatur im besten Sinn: Es setzt an den realen Problemen der sozialen Entwicklung an, stellt den historischen Kontext her, skizziert den institutionellen Rahmen für Politik und ist mit dem Mut zu einem klaren Positionsbezug verfasst.

Streeck fasst das neoliberale Projekt der wirtschaftlichen und politischen Dominanz von Märkten und Rentiers in groben Zügen zusammen und versieht es auch mit dem Namen seines ideologischen Paten: Dem österreichischen Ökonomen Friedrich August von Hayek schwebte ein Kapitalismus vor, der nicht von demokratischen Strukturen, einem Sozialsystem oder der Idee von sozialer Gerechtigkeit eingeschränkt ist. Die Demokratie ist dem Markt also im Weg und muss ihm im Fall des Falles, wenn es aufs Ganze geht, eben auch weichen.

Streeck sieht dieses Hayek'sche Projekt im Agieren der Europäischen Union in der Finanzkrise umgesetzt: Im Mittelpunkt steht die Liberalisierung der Märkte, demokratische Entscheidungsstrukturen in den Nationalstaaten werden durch strenge eu-

Wolfgang Streeck legt mit „Gekaufte Zeit“ eine brillante Analyse der demokratischen Marktwirtschaft vor

REZENSION:
MARKUS
MARTERBAUER

Diese Rezension erschien zuerst in leicht veränderter Form im Falter 25/2013



Wolfgang Streeck: Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus. Suhrkamp 2013, 270 S., € 25,70

ropäische Vorgaben für den Staatshaushalt ausgehebelt, der mühsam errungene Sozialstaat wird durch Strukturreformen zerstört. Und die gemeinsame Währung Euro verunmöglicht etwaige nationale Sonderwege, weil sie Währungsabwertungen nicht mehr zulässt.

Wolfgang Streeck beendet seine treffende Analyse mit einem Resümee ganz im Zeichen des Pessimismus: Der alte Konflikt zwischen Kapitalismus und Demokratie werde in der Finanzkrise auf europäischer Ebene zugunsten des Ersteren entschieden: „Der heute wahrscheinlichste Ausgang wäre dann die Vollendung des hayekianischen Gesellschaftsmodells der Diktatur einer vor demokratischer Korrektur geschützten kapitalistischen Marktwirtschaft“, prognostiziert der Sozialwissenschaftler in seinem Werk.

Hayek'sche Diktaturen lösen laut Streeck Europas Demokratien ab

Eine emanzipatorisch motivierte Gegenstrategie könne derzeit nur darin bestehen, Zeit für den Aufbau neuer politischer Handlungsfähigkeit zu gewinnen. Dabei müssen die Reste jener politischen Institutionen verteidigt werden, die noch für soziale Gerechtigkeit stehen.

Ein Instrument dafür sei, so Streeck, die Möglichkeit der Währungsabwertung, weil sie dem Nationalstaat neue Handlungsräume eröffne. Streeck plädiert also für das Ende des Euro, den er als „frivoles Experiment“ bezeichnet.

Um diese Schlussfolgerungen Streecks für die Zukunft des europäischen Projekts entspannt sich eine intensive öffentliche Debatte. Der deutsche Philosoph Jürgen Habermas, der Doyen der Sozialwissenschaften im deutschsprachigen Raum und auch darüber hinaus, hat Streecks Werk eine lange Besprechung in der Zeitschrift *Blätter für deutsche und internationale Politik* gewidmet.

Habermas kommentiert die Grundzüge der Analyse und der Kritik an der EU-Politik zustimmend, die defensive und seiner Ansicht nach „nostalgische“ Position der Rückabwicklung des Euro und des Versuchs, Handlungsspielräume primär auf nationalstaatlicher Ebene wiederzugewinnen, aber kritisch.

Jürgen Habermas sieht die Alternative zur Entdemokratisierung der europäischen Marktwirtschaft im Gegensatz zu Streeck in einem „offensiven Ausbau der Währungsgemeinschaft zu einer supranationalen Demokratie“.

Die Handlungsspielräume des Nationalstaats im Umfeld liberalisierter Güter- und Finanzmärkte sind in nennenswertem Umfang kaum zurückzugewinnen. Der Steuerwettbewerb beeinträchtigt das Aufkommen von Gewinn- und Vermögenssteuern und damit die Finanzierung des Sozialstaats. Einzelstaatliche Regulierungen zur Eindämmung des spekulativen Kapitalverkehrs greifen kaum, damit sind auch die Spielräume für eine geordnete Abwertung der Währungen gering.

Die einzelkämpferischen Nationalstaaten würden also zum Spielball der Finanzmärkte, meint Habermas – und mit ihm zahlreiche andere Experten. Deshalb scheint es reizvoller, offensiv um ein neues Europa zu kämpfen: Die emanzipatorischen Kräfte müssen eine demokratische Verfassung, das Prinzip der Sozialstaatlichkeit und die Handlungsspielräume für eine Wirtschaftspolitik der Eingrenzung der Finanzmärkte auf gesamteuropäischer Ebene wiedergewinnen.

Streeck plädiert für ein Ende des Euros, des „frivolen Experiments“

Allerdings bleibt auch für einen Gegenwurf zum neoliberalen Europa völlig offen, wer politisch seine Träger sein könnten. Die linken Parteien verfügen derzeit weder über ein konsistentes Konzept noch durchsetzungsfähige Entscheidungsträger.

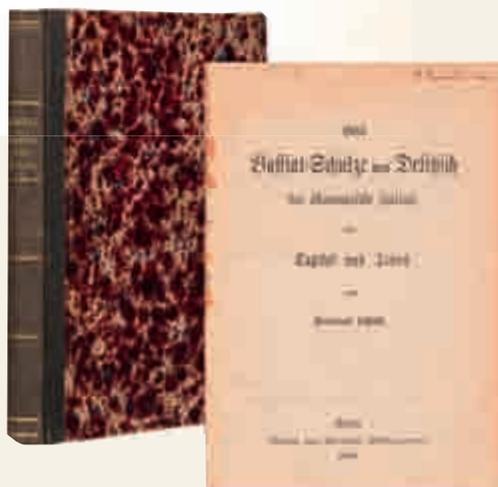
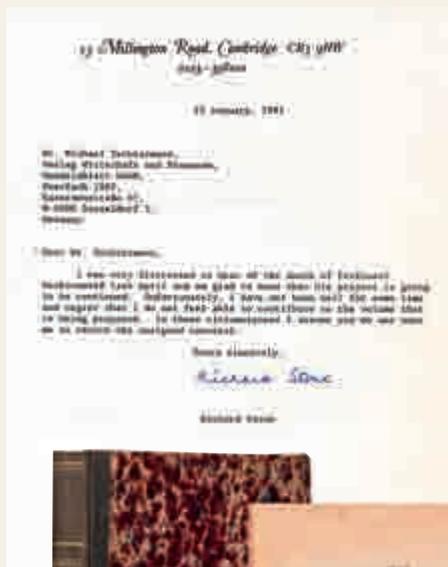
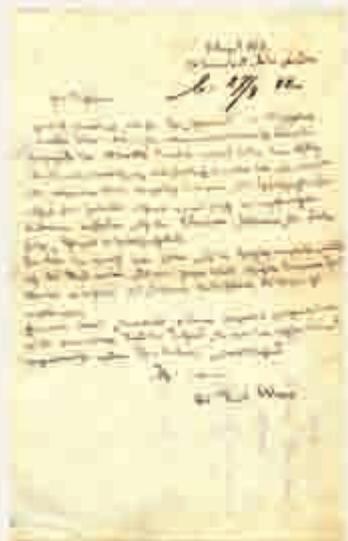
Auch dazu hätte Wolfgang Streeck einen wertvollen Beitrag leisten können, weil er Ende der 1990er-Jahre noch jene Arbeitsmarktreformen der Regierung Gerhard Schröder unterstützte, die die Lohnabhängigen entscheidend schwächten. Heute hingegen betont Streeck zu Recht die Unabdingbarkeit der Stärkung demokratischer und sozialstaatlicher Strukturen. Darauf kann die Entwicklung eines emanzipatorischen Konzepts aufbauen.

In der Wiedergewinnung von Handlungsfähigkeit auf europäischer Ebene sollte es sich hingegen besser auf Jürgen Habermas beziehen. **F**

Papierene Schätze: Prunkstücke für Ökonomie-Freaks

Brief von Richard Stone

Der Begründer der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung bedauert hier den Tod eines Kollegen. Erhältlich beim Autografenhändler Kotte im deutschen Rosshaupten um € 240,-



Brief von Karl Marx

Der Philosoph und Ökonom bietet im Jahr 1852 einer Leipziger Zeitschrift einen Artikel an. Erhältlich beim Wiener Antiquariat Inlibris um € 125.000,-

Seltene Ausgabe von Ferdinand Lassalle

Dieses Werk des Sozialphilosophen und Politikers erschien im Jahr 1864 in Berlin. Erhältlich beim Stuttgarter Antiquariat Voerster um € 200,-

Manuskript von Karl Marx

Das „Vierte Brüsseler Heft“ verfasste Marx im Frühjahr 1845 im Brüsseler Exil als Teil der Vorarbeit zur „Kritik der politischen Ökonomie“ und zum „Kapital“. Erhältlich beim Wiener Antiquariat Inlibris um € 2.500.000,-



Frühe Ausgabe von Adam Smith

Der Klassiker der Nationalökonomie wurde im Jahr 1810 erstmals gut ins Deutsche übertragen. Bei Inlibris um € 1200,-

„Es geht um die Frage, ob wir im richtigen Wirtschaftssystem leben“

INTERVIEW:
JOSEPH GEPP

Annette C. Anton ist Cheflektorin für Sachbuch bei den deutschen Verlagen DVA, Siedler, und Pantheon und arbeitete davor sechs Jahre als Verlagsmanagerin und Programmleiterin beim Campus Verlag.

Falter: Frau Anton, wie wird ein Wirtschaftssachbuch erfolgreich?

Annette Anton: Wüsste ich das, würde ich nur noch erfolgreiche Bücher machen. Aber es gibt immerhin zwei Zutaten für ein erfolgreiches Wirtschaftsbuch: ein bekannter Autor, zum Beispiel ein Topjournalist wie der US-Amerikaner Michael Lewis oder renommierte Experten wie George Soros oder Joseph Stiglitz. Und weiters eine gute Geschichte, wobei sich dies nicht nur auf den Plot bezieht, sondern auch auf das Aufzeigen von Zusammenhängen.

Ist das Interesse an Wirtschaftsbüchern mit der Krise gestiegen?

Anton: Ja, nach 2008 spürten wir das eindeutig. Über die Wirtschaftsverlage hinaus bemühen sich seither auch große Publikumsverlage intensiv um Wirtschaftsthemen, sodass es mit der Zeit wieder schwieriger wurde auf diesem Gebiet, weil schon derart viele Bücher erschienen waren. Heute will meiner Ansicht nach kaum noch jemand über die eigentliche Krise lesen. Von schieren Krisenerklärungen weg verlagert sich das Interesse hin zu allgemeineren Büchern über Kapitalismuskritik – zum Beispiel zu David Graebers „Schulden“, Thomas Piketty und Felix Martin. Heute geht es mehr um die Frage, ob wir im richtigen Wirtschaftssystem leben.

Wohin, glauben Sie, wird sich das Interesse der Leser künftig entwickeln?

Anton: Das zu erspüren, ist die große Herausforderung von Verlagen. Ich denke, das Spektrum der Wirtschaftsbücher wird breiter. Die Debatte über ein vernünftiges Leben und Nachhaltigkeit etwa ist ein Ausläufer der Krisenthematik. Viele Wirtschaftsbücher werden heute gar nicht mehr von den Lesern als solche wahrgenommen.

Und welche Bücher verkaufen sich innerhalb dieses breiten Spektrums?

Anton: Ich halte die Arbeitswelt für einen lang anhaltenden Trend. Viele Arbeitnehmer wünschen sich ein erfüllteres Arbeitsleben und greifen zu Büchern von Martin Wehrle oder Förster/Kreuz. Das Spektrum reicht von Ratgeberbüchern bis zur gehobenen Management-Literatur, wie Reinhard Sprenger sie schreibt. Ein zweiter Trend ist es, Mechanismen hinter Wirtschaftsabläufen zu erklären. Ich will hier nochmals auf Lewis verweisen. Sein „Flash Boys“ (siehe auch S. 52) erklärt wie kein anderes Buch, was „Börse“ heutzutage bedeutet – so etwa wollen die Kunden lesen.

FOTOS: INLIBRIS (3), VOERSTER, KOTTE

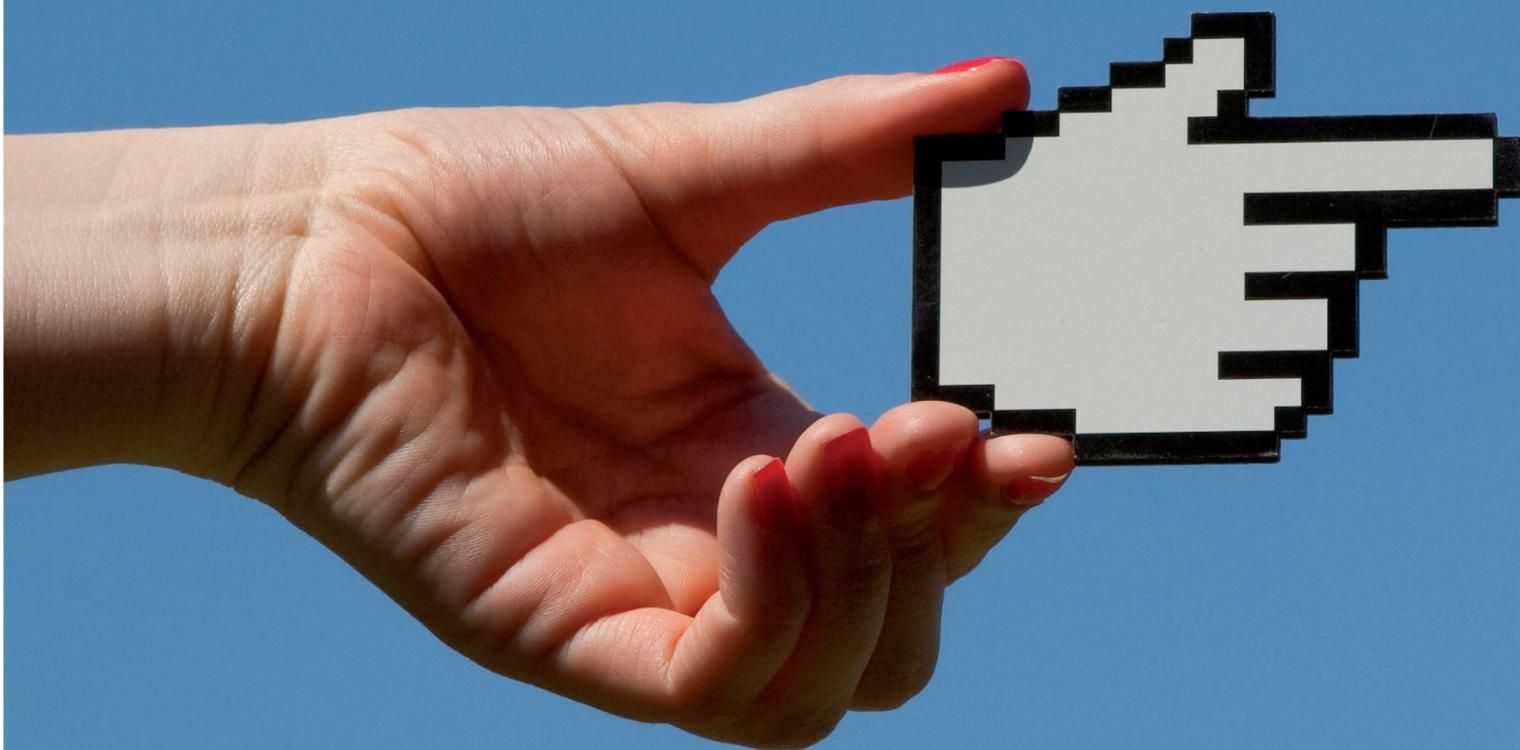
Wirtschaftsbuch-Bestsellerliste seit 2005:

2005: Frank Schirrmacher: Das Methusalem-Komplott +++ Corinne Maier: Die Entdeckung der Faulheit **2006:** Klaus Werner/Hans Weiss: Das neue Schwarzbuch Markenfirmen +++ Matthias Horx: Wie wir leben werden +++ Joseph Stiglitz: Die Chancen der Globalisierung **2007:** Steven. D. Levitt/Stephen J. Dubner: Freakonomics +++ Christine Bauer-Jelinek: Die geheimen Spielregeln der Macht **2008:** Max Otte: Der Crash kommt +++ Timothy Ferris: Die 4-Stunden-Woche **2009:** Nassim Nicholas Taleb: Der schwarze Schwan +++ Hans Bürger/Kurt Rotschild: Wie Wirtschaft die Welt bewegt +++ Christian Felber: Kooperation statt Konkurrenz **2010:** Thilo Sarrazin: Deutschland schafft sich ab +++ Richard Schneider: Tatort Hypo Alpe Adria **2011:** Jean Ziegler: Der Hass auf den Westen +++ Joseph Stiglitz: Im freien Fall +++ Walter Isaacson: Steve Jobs **2012:** Daniel Kahneman: Schnelles Denken, langsames Denken +++ Christian Felber: Gemeinwohlökonomie +++ Tomáš Sedláček: Die Ökonomie von Gut und Böse (Hanser) **2013:** Reinhard K. Sprenger: Radikal führen +++ Dirk Müller: Showdown +++ Matthias Weik/Marc Friedrich: Der größte Raubzug der Geschichte **2014:** Matthias Weik, Marc Friedrich: Der Crash ist die Lösung +++ Christian Felber: Geld +++ Jaron Lanier: Wem gehört die Zukunft?

QUELLE: MORAWA

blog.arbeit-wirtschaft.at

blog.arbeit-wirtschaft.at leuchtet Hintergründe aus, stößt Debatten an und hält mit Fakten dem Mainstream kritisch gegen. Der A&W Blog bezieht klar Position: Auf Seiten der arbeitenden Menschen. Dazu bringen engagierte Leute aus Wissenschaft, interessierter Öffentlichkeit und ArbeitnehmerInnenvertretung kurze Analysen und klare Argumente auf den Blog.



Anklicken:

blog.arbeit-wirtschaft.at

 twitter.com/AundW

 facebook.com/arbeit.wirtschaft